Stadt
Langenfeld

Beteiligungsbericht 2022

www.langenfeld.de

Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes der Stadt Langenfeld
für das Kalenderjahr 2022 zum Stichtag 31.12.2022

Herausgeber:
Stadt Langenfeld Rheinland
Der Bürgermeister
Referat Finanzen

Konrad-Adenauer-Platz 1
Tel.: 02173/794-6503
Fax: 02173/794-6555
E-Mail: benjamin.portugall@langenfeld.de

Internet: www.langenfeld.de

Stand: 23.11.2023

Abkürzungsverzeichnis

abH	Ausbildungsbegleitende Hilfen
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AGH	Arbeitsgelegenheit
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
Bildung³	Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein
BVBpro	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit **produktionsorientiertem** Ansatz
Co. KG	Compagnie Kommanditgesellschaft
Dip.-Ing.	Diplom-Ingenieur
DIL	Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH
Dr.	Doktor
e. V.	eingetragener Verein
EE-Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag
FfF	Förderzentrum für Flüchtlinge
Gewst.	Gewerbesteuer
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GPW GmbH	Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH
GPW	Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG
HGB	Handelsgesetzbuch
JAplus	Jugend in Arbeit Plus
KAoA	Kein Abschluss ohne Anschluss
KomHVO	Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
KSt	Körperschaftssteuer
KStG	Körperschaftssteuergesetz
kWh	Kilowattstunde
Lokalradio	Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
LWL Netz	Lichtwellenleiter Netz (Glasfaser)

Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MVV	Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-(GmbH)
MWh	Megawattstunde
p. a.	Per annum / pro anno
PerjuF	Perspektiven für junge Flüchtlinge
rd.	Rund
Rhld.	Rheinland
SE	Socieatas Europea
SEG	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SKE	Steinkohleeinheit
SolZ	Solidaritätszuschlag
SPL	Schauplatz Langenfeld GmbH
stv.	stellvertretend
SWL	Stadtwerke Langenfeld GmbH
T €	Tausend Euro
TG	Tiefgarage
Ur-Nr.	Urkundenrollen-Nummer
VWW GmbH	Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH
VWW	Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG
ZAG	Zukunft aktiv gestalten
zzgl.	zuzüglich

Einführung

Wenn in den Medien vom „Konzern Stadt Langenfeld“ die Rede ist, stellen sich viele Personen die Frage: Was verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff? Dieser Beteiligungsbericht gibt darauf eine Antwort.

Hier findet sich ein Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungen der Beteiligungen der Stadt Langenfeld und ihrer Unternehmen. Zugleich soll dieser Bericht auch Arbeitsgrundlage für die vom Rat gewählten oder von der Verwaltung bestellten Personen sein, die die Stadt Langenfeld in den Aufsichtsgremien der Unternehmen vertreten. Diese kompakte Darstellung gibt einen Überblick über das auf die Beteiligungen übertragene Aufgabenspektrum des „Konzerns Stadt Langenfeld“. Es reicht von der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen der Wasser- und Energieversorgung über den Bildungsbereich, der Digitalisierung und den Betrieb der Straßenbeleuchtung (ab 2020) bis zur Stadtgestaltung und Stadtentwicklung.

Der vorliegende Bericht stellt die nach § 7 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) geforderten Angaben zu haushaltswirtschaftlichen Belastungen aus den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kommune an den Unternehmen dar. Gemäß § 53 KomHVO NRW sind im Beteiligungsbericht anzugeben und zu erläutern: 1. die Beteiligungsverhältnisse, 2. die Ziele der Beteiligung und 3. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks. Zudem enthält der Bericht bereits wesentliche Angaben gem. § 117 GO. Zudem hat der Rat der Stadt Langenfeld im September 2022 beschlossen, dass der Gesamtabschluss 2021 zugunsten einer Konzentration auf die rasche Erstellung eines Beteiligungsberichtes nicht erstellt werden soll. Entsprechende Befreiungsvoraussetzungen sind in der Langenfelder Konzernstruktur gegeben.

Des Weiteren erfolgte in 2020 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW auch eine umfassende Prüfung des Beteiligungswesens. Die GPA NRW begrüßt die Ausrichtung des Beteiligungsmanagements und den im Juni 2020 erfolgten Beschluss der Beteiligungsrichtlinie. Daraus ergeben sich für die Beteiligungen entsprechende unterjährige Berichtspflichten, die eine zeitnahe Information des Rates über kurzfristige Steuerungsnotwendigkeiten ermöglicht.

Dargestellt werden in der Regel die Zahlen aus den testierten Jahresabschlüssen 2022 der städtischen Beteiligungen mit den Langenfelder Mitgliedern der jeweiligen Gremien. Die in den Beteiligungsunternehmen aufgeführten Mitglieder des Aufsichtsrates geben ebenfalls den Stand zum 31.12.2022 wieder. In den Fällen, in denen noch kein Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 vorgelegen hat, wurden die letzten testierten Jahresabschlüsse verwendet. Die geforderte Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen wird über die Lageberichte und Wirtschaftspläne gegeben. Zu Zwecken der Übersichtlichkeit sind die Zahlen überwiegend in Tausend Euro (T €) und auf ganze Zahlen gerundet ausgewiesen. Daher können sich vereinzelt Rundungsdifferenzen ergeben.

Zielsetzung des Berichtes ist eine weitere Erhöhung der Transparenz der Beteiligungen der Stadt sowie ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Aus diesem Grunde wird der Beteiligungsbericht im Internet unter www.langenfeld.de veröffentlicht.

Langenfeld, 23.11.2023

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	7
2	Beteiligungsbericht 2022	9
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	9
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	10
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Langenfeld	11
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	12
3.2	Beteiligungsstruktur	12
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	14
3.4	Einzeldarstellung	17
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld zum 31. Dezember 2021	17
3.4.1.1	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	18
3.4.1.2	Schauplatz Langenfeld GmbH	38
3.4.1.3	Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein	56
3.4.1.4	Stiftung Haus Graven gGmbH	74
3.4.1.5	Bauverein Langenfeld eG	80
3.4.1.6	Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & CO. KG	95
3.4.1.7	Zweckverband Gesamtschule Langenfeld-Hilden	105
3.4.1.8	Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld-Monheim	112
3.4.1.9	Zweckverband Berufsbildende Schulen Opladen	122
3.4.1.10	PD – Partnerschaft der öffentlichen Hand GmbH	132

3.4.1.11	Regio IT-Beteiligungsgenossenschaft eG	151
3.4.1.12	d-NRW AöR - Anstalt des öffentlichen Rechts	155
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld Rhld. zum 31.12.2022	169
3.4.2.1	Stadtwerke Langenfeld GmbH	169
3.4.2.2	Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG	190
3.4.2.3	Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH	200
3.4.2.4	Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	206
3.4.2.5	Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH	225
3.4.2.6	Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld	230
3.4.2.7	Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH	238
3.4.2.8	Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH	243

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2022

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Langenfeld hat am 09.11.2023 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Langenfeld gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Langenfeld. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Langenfeld, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Langenfeld durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Langenfeld durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Langenfeld insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

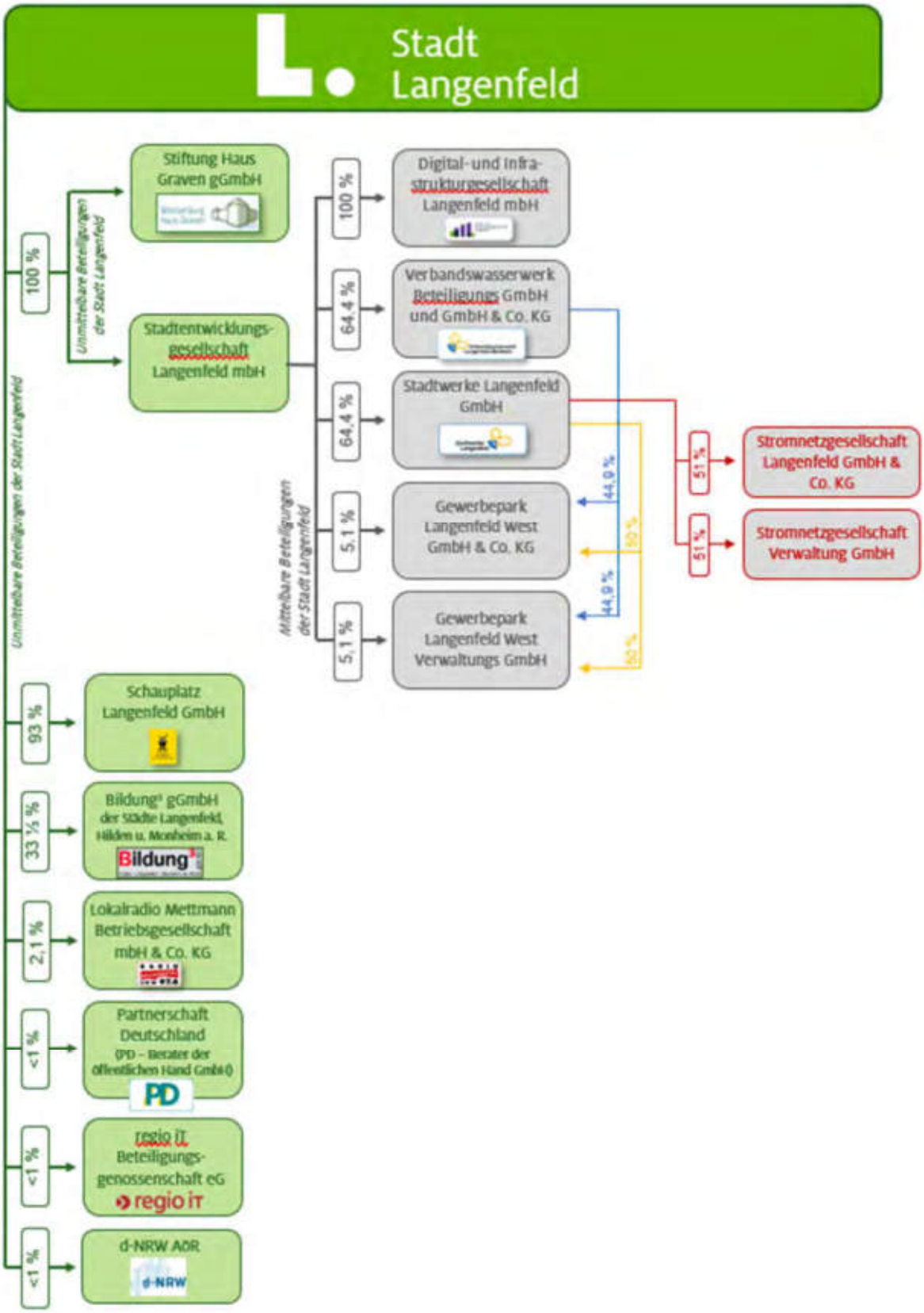
Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Langenfeld. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Langenfeld die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Langenfeld unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten und Lageberichte beruhen auf den festgestellten Abschlüssen der einzelnen Gesellschaften für das **Geschäftsjahr 2022**. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus.

Die Darstellungen der Geschäftsentwicklungen der einzelnen Gesellschaften wurden in der Regel den entsprechenden Berichten über die Prüfung des Jahresabschlusses bzw. den Geschäftsberichten entnommen.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Langenfeld



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2022 erhält das Portfolio der Stadt Langenfeld mit der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG eine neue mittelbare Beteiligung. Die Stadtwerke Langenfeld sind zu 51% am Stammkapitals beteiligt.

3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1: Übersicht der Beteiligungen der Stadt Langenfeld mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses (gerundet) am 31.12.2022	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Langenfeld am Stammkapital (gerundet)		Beteiligungsart
		Euro	Euro	%	
1	**Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH**	150.000	150.000	100	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	35.000			
2	**Schauplatz Langenfeld GmbH**	26.000	23.000	93	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-1.039.000			
3	**Bildung³ gGmbH**	78.000	26.000	33,3	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	+12.750			
4	**Stiftung Haus Graven gGmbH**	25.000	25.000	100	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-10.728			
5	**Bauverein Langenfeld eG**	2.968.000	324.000	9,17	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	+342.537			
6	**Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & CO. KG**	520.000	11.000	2,1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-149.203			
7	**Zweckverband Gesamtschule Langenfeld-Hilden**	-	-	59,47	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	-227.654			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses (gerundet) am 31.12.2022	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Langenfeld am Stammkapital (gerundet)		Beteiligungsart
		Euro	Euro	%	
8	**Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld-Monheim**	-	-	50	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	+103.000			
9	**Zweckverband Berufsbildende Schulen Opladen**	-	-	20	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2020	+453.000			
10	**PD-Partnerschaft Deutschland GmbH**	2.004.000	2.000	<1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	+9.353.00			
11	**Regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG**	491.000	25.000	5,1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	+7,96			
12	**d-NRW AöR – Anstalt**	1.368.000	1.000	<1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2022	+7,96			
13	**Stadtwerke Langenfeld GmbH**	4.338.000	2.794.000	64,4	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	+2.625.000			
14	**Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG**	4.035.000	1.234.000	30,6	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	565.000			
15	**Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH**	27.000	8.262	30,6	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	+2.000			
16	**Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG**	5.150.000	3.317.000	64,4	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	+1.789.000			
17	**Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH**	25.000	16.000	64,4	Mittelbar

	Jahresergebnis 2022	-945,00			
18	**Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG**	796.000	509.000	64	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	+185.000			
19	**Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH**	25.000	16.000	64	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	-800			
20	**Digital- und Infrastruktur-gesellschaft Langenfeld mbH**	25.000	25.000	100	Mittelbar
	Jahresergebnis 2022	-386.000			

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 2:

Übersicht über wesentliche und unwesentliche finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt im Jahr 2022 (aus der Sicht der Stadt Langenfeld)[1] auf Basis der Ergebnisrechnung 2022 – zum 31.12.2022.

Die Wertgrenze für wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bei der Einzeldarstellung der Gesellschaften ab 3.4. liegt bei 100.000,00 €.

(ohne Berücksichtigung von Gewerbesteuern, Grundsteuern, Gebühren wie Abfall-, Straßenreinigungs- oder Kanalbenutzungsgebühren, Mieten, Pachten, Energielieferung etc. sowie Liquiditätskredite)

Beteiligung	**Produkt**	**Bezeichnung**	**Ertrag RE 2022 €**	**Aufwand RE 2022 €**
Schauplatz Langenfeld GmbH	01.04.01	Verlustabdeckung		865.000,00
	01.04.01	Investitionszuschuss		20.000,00
Bildung[3] gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein	06.03.02	Jährlicher Zuschuss		130.000,00
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.04.01	Gewinnablieferung 2021		

[1] Ohne diverse Abgaben (insbesondere Grundsteuern, Gewerbesteuern, Gebühren, Beiträge – auch ohne Erschließungsbeiträge – Wasser-, Strom-, Gasbezug)

Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.06.01	Personal- / Sachkosten-erstattung	25.000,00	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.06.04	Personalkostenerstattung städt. Mitarbeiter Stadtbad	217.623,46	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.08.04	Personalkostenerstattung Unterhaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden	10.145,00[2]	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	03.01.02 u.a.	Ausgleichszahlung für Schulschwimmen		42.686,91
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	08.01.01	Ausgleichszahlung durch Vereine		38.271,03
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	12.01.03	Preisausgleich Parkraumbewirtschaftung		274.723,28
Stadtwerke Langenfeld GmbH	16.01.01	Konzessionsabgabe	487.183,49	
		Zinserträge Darlehen	101.216,01	
Verbandswasserwerk Langenfeld- Monheim GmbH & Co. KG	16.01.01	Konzessionsabgabe	821.674,04	
Zweckverband Gesamtschule Langenfeld - Hilden	01.06.01	Personalkostenerstattung für Verwaltungsmitarbeiter	193.816,00	
	01.06.01	Personalkostenerstattung		
	03.01.01	Umlage an Zweckverband		895.212,14
	03.01.01	Zuwend. für Investitionen		91.344,29
	03.01.01	Schülerbeförderungskosten Zweckverband		100.306,27
Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld – Monheim	06.02.01	Umlage Zweckverband		447.191,00
		Personalkostenerstattung	32.828,00	
Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	03.01.01	Zweckverbandsumlage		677.154,00
Bauverein Langenfeld eG	01.04.01	Dividende aus Bauvereinsanteilen	12.972,40	
Digital- und Infrastrukturgesellschaft	01.01.04	Dienstleistungsaufwand	276.760,82	
	12.01.01	Erweiterung Straßenbeleuchtung	116.780,46	
	12.01.01	Kosten der Straßenbeleuchtung	449.739,25	

[2] USK 06100.16500

Tabelle 3: Weitere Finanzbeziehungen (Bilanzpositionen) aus Sicht der Stadt Langenfeld

Beteiligung	Sachverhalt	Betrag in EUR
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Darlehen gegenüber der Stadt Langenfeld aus 2017 über ursprünglich 3.700.000 EUR	Stand: 31.12.2021: 3.066.549,80 Stand 31.12.2022: 2.900.594,25
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Darlehen gegenüber der Stadt Langenfeld aus 2019 über ursprünglich 2.750.000 EUR	Stand 31.12.2021: 2.578.125,00 Stand 31.12.2022: 2.440.625,00
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Langenfeld	Stand: 31.12.2021: 50.248,20 Stand 31.12.2022: 0,00

Tabelle 4: Finanzbeziehungen (GuV-Positionen) zwischen einzelnen Beteiligungen

Beteiligung	Sachverhalt	Betrag in EUR
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Gewinnablieferung netto an Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (bereinigt um Ausschüttungen an Thüga AG und Westenergie AG)	1.879.978,33
VerbandswasserwerkLangenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Gewinnablieferung an Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	351.053,35
Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Erträge aus Personalkostenerstattungen durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH (beschäftigen kein eigenes Personal)	3.899.905,84
Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Erträge aus Verwaltungskostenzuschläge durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH	106.922,66

3.4 Einzeldarstellung

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld zum 31. Dezember 2021

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Langenfeld einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Langenfeld mehr als 50 % der Anteile hält,

- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.

- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Langenfeld geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,

- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Langenfeld zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Langenfeld gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Langenfeld dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH

Basisdaten

Anschrift	Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 100 %
Gegenstand	Die Gesellschaft hat die Aufgabe, der städtebaulichen und sozialen Entwicklung der Stadt Langenfeld zu dienen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt. Hierzu gehören insbesondere der An- und Verkauf und die Erschließung von Grundstücken, die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Planung und Durchführung von Hochbaumaßnahmen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen oder sich an anderen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft betreibt das kombinierte Hallen- und Freibad Langforter Straße 70, 40764 Langenfeld. Sie kann sich zur Erfüllung dieser Aufgabe Dritter bedienen.
Gründungsdatum	08.05.1989
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	150.000,00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadt Langenfeld Rhld. 150.000,00 €
Geschäftsführung	Gesamtvertretungsberechtigte Geschäftsführer Herr Frank Schneider, Bürgermeister Herr Thomas Küppers Gesamtprokura Herr Thomas Grieger und Herr Roy Wiltschut
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter-versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister Frau Hiltrud Markett, Ratsfrau Herr Dieter Braschoss, Ratsherr Herr Andreas Krömer, Ratsherr Herr Franz Janssen, Ratsherr Herr Tobias Bohn, Ratsherr Herr Georg Loer, Ratsherr Herr Marcus Rexfort, Ratsherr Herr Torsten Fuhrmann, Ratsherr Herr Dietmar Sonntag, Sachkundiger Bürger Herr Marc Schimmelpfennig, Ratsherr Frau Beate Wagner
Anzahl der Mitarbeiter	8 (davon 3 Mitarbeiter im Stadtbad)
Wirtschaftsprüfer	Schellhorn und Wietschorke (EversheimStuible)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages definiert die globale „Aufgabe, der weiteren städtebaulichen und sozialen Entwicklung der Stadt Langenfeld zu dienen“. § 2 Abs. 2 und 3 führt konkreter aus, dass hierzu „insbesondere der An- und Verkauf und die Erschließung von Grundstücken, die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Durchführung von Hochbaumaßnahmen“ und der „Betrieb des kombinierten Hallen- und Freibades Langforter Straße“ gehören. Unter dieser teils eher abstrakten Definition des Unternehmensgegenstandes hat die Gesellschaft – und sicherlich im Sinne einer öffentlichen Zwecksetzung - im Schwerpunkt nachstehende Projekte abgewickelt:

a) Erschließung von Gewerbegrundstücken im: Gewerbegebiet „Fuhrkamp Süd“, Gewerbegebiet „Reusrath Nord-West“, Gewerbegebiet „Fuhrkamp Nord-West“

b) Betreiben der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt von Langenfeld

c) Betrieb des Hallen- und Freibades Langforter Straße 70.

Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Langenfeld Rhld. Ist an der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit 100 % direkt beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist der Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Langenfeld GmbH. Durch diesen Vertrag vom 21.11.2005 und Änderung vom 04.11.2014 verpflichtet sich die Stadtwerke Langenfeld GmbH ab 01.01.2006 ihren Gewinn an die Stadtentwicklungsgesellschaft abzuführen. Entsprechend dieses Vertrags 1.882.887,72 € (2021 1.173.745,35 €) an die Stadtentwicklungsgesellschaft abgeführt.

Gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages des Verbandswasserwerks Langenfeld-Monheim ist Grundlage für die Gewinnverteilung unter den Gesellschaftern das Verhältnis der Wasserabnahme zwischen den Städten Langenfeld und Monheim am Rhein. Für das Jahr 2022 beträgt der Anteil der Stadt Langenfeld bzw. der Anteil der Gesellschafterin Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit 3.279 Tm³ 60 % des Gesamtverbrauchs und somit einem Bilanzgewinn von 351.053,35 € (2021 424.900 €).

Der Aufwand für Personalkostenerstattungen der städt. Mitarbeiter Stadtbad beträgt 217.623,46 € (2021 213.838,15 €) Erträge für den Preisausgleich der Parkraumbewirtschaftung betragen Netto 230.859,90 € (2021 351.342,68 €).

Darüber hinaus finden nachfolgende Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Durch o.g. Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken

Langenfeld GmbH verpflichtet sich die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH zur Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafter der Stadtwerke Langenfeld GmbH. Diese Ausgleichszahlungen betrugen 241.687,66 € (2021 475.128,40 €).

Weitere Aufwendungen bestehen für Personal- und Sachkostenerstattungen in Höhe von 25.000,00 € und Personalkostenerstattungen für den Unterhalt und die Bewirtschaftung von Gebäuden in Höhe von 10.076,00 € (2021 10.145,00 €). Erträge werden erzielt durch Ausgleichszahlungen im Bereich Schulschwimmen 42.686,91 € (2021 20.880,00 €) und durch Vereine 38.271,03 € (2021 20.457,00 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[3]

AKTIVSEITE

	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.179,00	9.464,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	740.571,51	841.070,51
2. Technische Anlagen und Maschinen	511.290,30	547.056,30
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.206,00	30.296,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.595,00	3.595,00
	1.273.662,81	1.422.017,81
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	13.878.411,68	10.692.384,59
2. Beteiligungen	88.435,39	88.435,39
	13.966.847,07	10.780.819,98
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Unfertige Bauten und Leistungen	2.709.544,86	2.769.067,48
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.906,98	2.677,76
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	92.983,76
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.459.590,55	2.046.175,90
4. sonstige Vermögensgegenstände	109.997,21	84.148,95
	2.575.494,74	2.225.986,37
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	546.263,27	2.818.264,60
	21.072.991,75	20.025.620,24

[3] Abgebildete Bilanzen und GuV-Rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVSEITE

	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	150.000,00	150.000,00
II. Kapitalrücklage	16.867.452,07	16.867.452,07
III. Gewinnvortrag	1.033.891,89	2.011.605,56
IV. Jahresfehlbetrag	35.041,22	-977.713,67
	18.086.385,18	18.051.343,96
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	1.052.677,00	500.833,00
2. Sonstige Rückstellungen	68.200,00	72.200,00
	1.120.877,00	573.033,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 152,59 € (i.Vj.: 0,00 €)	152,59	0,00
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 110.182,95 € (i.Vj.: 85.059,09 €)	110.182,95	85.059,09
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 1.053.541,71 € (i.Vj.: 0,00 €)	1.053.541,71	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 0,00 € (i.Vj.: 0,00 €)	0,00	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 507.980,32 € (i.Vj.: 559.118,19 €) davon aus Steuern: 45.190,78 € (i.Vj.: 71.008,92 €)	507.980,32	559.118,19
	1.671.857,57	644.177,28
E. Passive latente Steuern	193.872,00	757.066,00
	21.072.991,75	20.025.620,24

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse		1.568.995,69	1.750.656,71
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Bauten und Leistungen		-59.522,62	-218.244,15
3. Sonstige betriebliche Erträge		4.766,88	18.728,37
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	408.839,33		386.577,59
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.689.285,99		1.825.394,42
		2.098.125,32	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	214.039,22		198.489,71
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 13.393,63 € (i.Vj.: 12.855,51 €)	51.107,37		48.501,91
		265.146,59	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		156.640,00	163.188,80
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		171.497,00	268.109,67
8. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 351.053,35 € (i.Vj.: 424.900,00 €)		351.053,35	424.900,00
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		1.882.887,72	1.173.745,35
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 3.004,46 € (i.Vj.: 5.818,84 €)		3.299,46	6.259,84
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		386.273,91	752.449,14
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		6.171,27	745,17
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus der Auflösung / Zuführung passiver latenter Steuern: -563.194,00 € (i.Vj.: -114.649,00 €)		629.351,78	487.069,99
14. Ergebnis nach Steuern		38.274,61	-974.480,28
15. Sonstige Steuern		3.233,39	3.233,39
16. Jahresfehlbetrag		35.041,22	-977.713,67

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	85,83	90,14	-4,31
Eigenkapitalrentabilität	0,19	-5,42	+5,61
Anlagendeckungsgrad 2	118,67	147,81	-29,14
Verschuldungsgrad	16,52	11,23	+5,29
Umsatzrentabilität	2,23	-55,85	+58,08

Personalbestand

Im Kalenderjahr beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 5 Angestellten und 3 aufgrund des Personalgestellungsvertrags überlassene Mitarbeiter im Stadtbad.

Geschäftsentwicklung[4]

1. Geschäftsverlauf in 2022

Die Sparte „**Parkraumbewirtschaftung**“ in der Innenstadt von Langenfeld erzielt bei den Erlösen der Kurzparker mit rund 808.000 Euro, Vorjahr (Vj.) 629.000 Euro, weiterhin bedingt durch die Pandemie und die temporären Schließungen, noch um rund 70.000 Euro weniger als vor den krisenbedingten Veränderungen durch die Coronapandemie und den Ukrainekrieg. Die nachfolgend abgebildete Darstellung erlaubt einen monatsweisen Überblick der Einnahmen im Segment „Parkraumbewirtung“ im Mehrjahresvergleich:

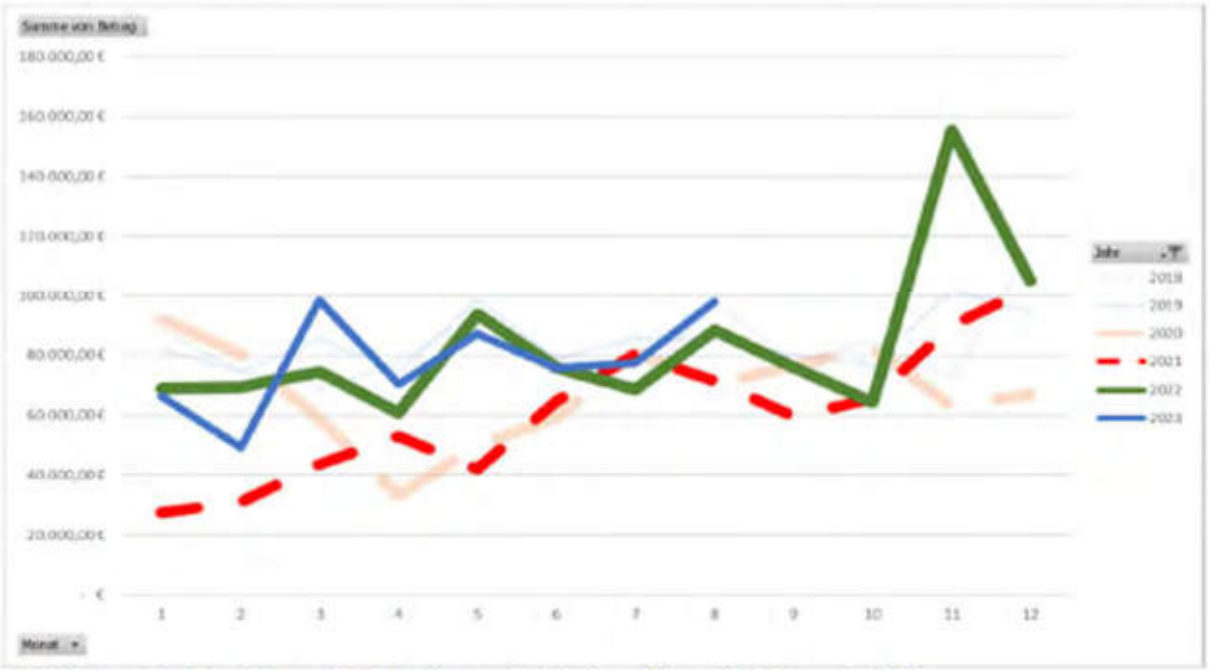


Abbildung 1 - Einnahmen Parken im mehrjährigen Vergleich (monatlich)

Durch die gesonderte Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld zum Preisausgleich entsteht für das damit verbundene betriebswirtschaftliche Defizit kein wirtschaftliches Risiko der Gesellschaft aus diesem Geschäftsfeld. Allerdings hat dieser Umstand direkten Einfluss auf den Haushalt der Stadt Langenfeld. Zum Ausgleich des Defizits der Sparte „Parkraumbewirtschaftung“ sind unter Berücksichtigung der übrigen Erträge in der Sparte für das Jahr 2022 rund 231.000 Euro nötig gewesen. Im vorausgegangenen Geschäftsjahr 2021 waren dies noch 369.000 Euro. Mit Blick auf die systemische Umstellung der Parkraumbewirtschaftung auf eine schrankenlose digitale Kameratechnik ab Mitte 2024 kann davon ausgegangen werden, dass in Zukunft von der Stadt keine Ausgleichsfinanzierung mehr zu leisten ist.

Die Aufwendungen für das Betriebsjahr 2022 sind in Höhe von 1.137.000 Euro entstanden, vor allem für die Anmietung der Tiefgaragen sowie für den Parkraumservice nebst Betrieb der Parkanlagen, für Abschreibungen, Zinsen und Pachten/Erbbauzinsen an die Stadt Langenfeld.

[4] Zum Redaktionsschluss lag kein geprüfter Jahresabschluss 2021 mit entsprechenden Angaben vor. Dieser kann erst erfolgen sobald alle Beteiligungen einen geprüften Jahresabschluss vorlegen. Daher erfolgen hier die Darstellungen des Abschlusses 2020.

Die Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 87.000 Euro erhöht.Kostentreiber waren hier inflationsbedingte Indexierungsvereinbarungen in Pachtverträgen, die zum Teil Pachtzinsverteuerungen von mindestens 10% nach sich zogen, höhere Energiekosten, steigende Kosten bei dem Bezug von Dienstleistungen, wie z. B. Reinigung und Sicherheitsservice.

In der Sparte „**Erschließung**" sind ausschließlich Gewerbegebiete in der Bearbeitung bzw. Vermarktung, wenn auch nur mit mäßiger Bauaktivität und eher geringen Erträgen aus der Vermarktung in nachstehenden Gebieten. Die geringe Ertragslage hängt auch und gerade mit der quantitativen Zurückhaltung der SEG bei der Vermarktung zusammen, die wiederum Ausdruck der hohen qualitativen Ansprüche ist, die bei der Auswahl von geeigneten, Arbeitsplatz- und Gewerbesteuer-intensiven Unternehmen als maßgebliche Auswahlkriterien anzulegen sind. Im Jahr 2022 wurde lediglich eine Erschließungsanlage im Gewerbegebiet Reusrath Nord-West veräußert.

Im **Gewerbegebiet Reusrath Nord-West** sind keine weiteren Erschließungsaufwendungen angefallen. Dem gegenüber stehen Erlöse aus Erschließung in Höhe von 90.756 Euro und Abgänge im Bestand an unfertigen Erzeugnissen in Höhe von 62.010 Euro. Die netto verfügbare Gewerbefläche nach Ende 2022 beträgt 53.657 qm.

Im **Gewerbegebiet Fuhrkamp Süd** sind Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.488 Euro angefallen, die wertgleich zur Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen führen. Hier ist der Ergebnisbeitrag 0 €.
Aus allen Erschließungsaktivitäten resultiert nach Berücksichtigung aller sonstiger Erlöse und Kosten ein Ergebnisbeitrag in Höhe von +59.522,62 Euro.

Die für 2022 vorgesehene Errichtung eines Parkhauses im Gewerbegebiet „Am Solpert" wurde nicht realisiert und im Projektplan für das Wirtschaftsjahr 2023 erneut aufgenommen. Es wird jedoch auch in 2024 zunächst nicht weiterverfolgt werden.

Aus dem Betrieb des **„Stadtbades"** resultieren Umsatzerlöse von 346.000 Euro (Vorj. 169.000 Euro). Das Ergebnis liegt rund 63.500 Euro über der Planung. Im Einzelnen sind dies: Eintrittsgelder einschl. Schul-/Vereinsschwimmen 295.000 Euro (zum Vergleich 2020: 123.000 Euro), Reinwasserlieferungen an das SGL-Bewegungszentrum sowie Mieten/Pachten der SGL 35.700 Euro, Miete/Dienstleistungen Energiezentrale der SWL 15.000 €. Die Erlöse aus dem Eintritt in die Bäder zeigen sich im mehrjährigen Vergleich wie folgt. Nach den Auswirkungen insbesondere der Coronakrise zeigen sich die Erträge nach den Jahren 2020 und 2021, in denen die Erträge stark zurückgegangen sind, wieder erholt. Das Ertragsvolumen befindet sich bereits jetzt wieder auf dem Niveau vor den Krisenzeiten.

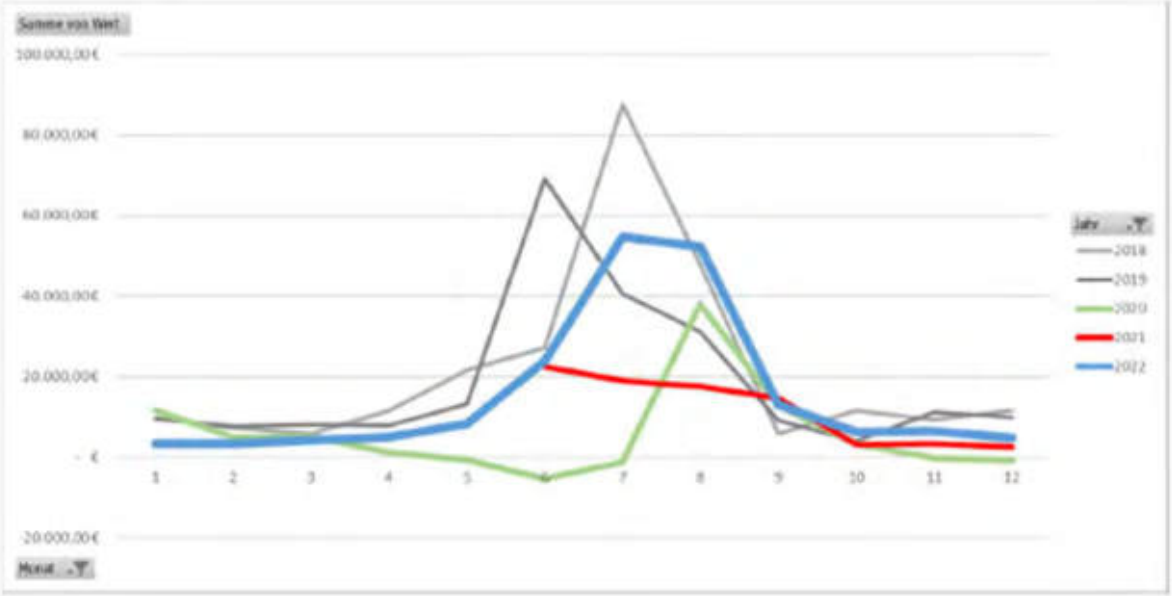


Abbildung 2 - Einnahmen Bad mehrjähriger Vergleich (monatlich)

Die Aufwendungen von 1.431.000 Euro (Vorj. 1.192.000 Euro, Erhöhung um 20%) entfallen insbesondere auf die nachfolgenden aufgeführten Positionen.

- Gebäude- und Beckenunterhaltung 26.000 (Vorj.29.000 Euro),
- Unterhaltung Technik 82.000 (Vorj. 191.000 Euro),
- Unterhaltung Außenanlagen 18.000 (Vorj. 10.000 Euro)
- Betriebsstoffe 409.000 (Vorj. 387.000 Euro),
- Badebetrieb SGL 363.000 (Vorj. 352.000 Euro),
- Personalaufwand 175.000 (Vorj. 167.000 Euro),
- Abschreibungen 53.700 Euro,
- sonstige betriebliche Aufwendungen 39.000 Euro.

Insgesamt steht für das Geschäftsjahr 2022 ein negativer Ergebnisbeitrag in Höhe von rund 1.085.000 Euro (Vorj. 1.296.000 Euro) zu Buche.

Der Fehlbetrag war immer abhängig von den im Geschäftsjahr getätigten Aufwendungen nach dem langfristigen Sanierungsplan für Gebäude und Technik des Stadtbades. In 2022 waren keine größeren Reparaturen und Sanierungen durchgeführt worden. Durch die um 20% gestiegenen Aufwendungen konnten durch die wieder erhöhten Erträge nach Ende der Coronapandemie aufgefangen werden.

Im Bäderbetrieb sind die Auswirkungen der Coronapandemie und auch die Folgen der Ukrainekrise im Geschäftsjahr 2022 nicht wie in den Vorjahren durch verringerte Erträge, sondern durch um 20% stark gestiegene Aufwendungen weiterhin spürbar.

Die zahlungswirksamen Spartenergebnisse „Erschließung", „Parkraumbewirtschaftung", „Stadtbad" haben in 2022 zum Ende des Jahres einen Liquiditätskredit in Höhe von 1.050.000 Euro erforderlich gemacht. Eine auskömmliche Liquidität zur Innenfinanzierung der Leistungen in allen Sparten hat somit nicht bestanden.In der Sparte „**Versorgung**" fließen Ergebnisablieferungen der verbundenen Unternehmen und der Beteiligungen ein.

Aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der **Stadtwerke Langenfeld GmbH** (in 2022 durch die Übernahme von Anteilen des ausscheidenden Gesellschafters Thüga sowie durch die Eigenkapitalstärkung zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Langenfeld nunmehr 74,99 %, ehemals 60%) ergeben sich Erträge nach Ausgleichszahlungen an die Minderheitsgesellschafter in Höhe von 1.883.000 Euro (+709.000 Euro gegenüber 2021), aus der **Verbandswasserwerk Langenfeld Monheim GmbH & Co. KG** (64,4 %) 351.000 Euro (-74.000 € gegenüber 2021).

Unter Einrechnung von Zinsaufwendungen aus Steuerlasten, saldierte Veränderungen bei latenten Steuern, sowie die Abführung der Ertragssteuern verbleibt ein positiver Ergebnisbeitrag von 1.608.000 Euro (Zum Vergleich: +1.029.000 € in 2021).

Nachfolgende Aktivitäten finden sich in der Sparte „**Vermietung**":

Die **Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG** und die Komplementärin Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH (5,1 %) haben nur untergeordnete Bedeutung. Sämtliche Flächen sind durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH, die Verbandswasserwerk Langenfeld Monheim GmbH & Co. KG und eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angemietet. Eine Gewinnabführung erfolgte für 2021 nicht. Lediglich ein Aufwand aus einer **Restabwicklung** der Vermietung der früher im Eigentum der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld befindlichen **Technologieförderzentrums** in Höhe von 725 Euro ist hier zu berücksichtigen.

Für die Ermittlung des Jahresergebnisses für steuerliche Zwecke wird eine Spartenrechnung „**Allg. Verwaltung**" für die verschiedenen Tätigkeitsfelder der Gesellschaft erstellt.

Das Ergebnis der Sparte „**Allg. Verwaltung**" ist auch 2022 geprägt durch die Entwicklung der Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH. Ende des Jahres 2019 wurde die **Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH (DIL)** als 100%ige Beteiligung der Stadtentwicklungsgesellschaft gegründet. Nach langjährigen Verhandlungen konnte das Straßenbeleuchtungsnetz in Langenfeld insbesondere als ein stadtweites Netz für die zukünftige digitale Infrastruktur rekommunalisiert werden. Damit sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass auch Dritte diese Infrastruktur, beispielsweise Anbieter von 5G-Mobilfunk, nutzen können. Weiterhin wird die Gesellschaft in diesem Kontext dazu dienen, redundante digitale Strukturen zu vermeiden. Der Aufbau der Gesellschaft ist in 2021 fortgeführt worden. Hierzu wurden Mitarbeitende eingestellt. Bei der von der Stadt Langenfeld gewünschten Modernisierung der Straßenbeleuchtung konnte die Gesellschaft auch in 2022 keine spürbaren Fortschritte erzielen. Ein erst Ende 2021 erfolgter Projektstart mit einer Beantragung von Fördermitteln hat erst im Jahr 2023 zu ersten Modernisierungsmaßnahmen geführt, die einen großen Beitrag dazu leisten werden, den Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung in Langenfeld zu reduzieren.

Durch die geringe Umsetzungsquote von geplanten Projekten der DIL, konnten auch in 2022 nicht im geplanten Umfange Weiterbelastungen und Beaufschlagungen von Gemeinkostenzuschlägen erfolgen, so dass das Unternehmen laut vorliegendem Jahresabschluss Fehlbeträge in einer Höhe von rund -386.000 Euro (Vorj. -387.000 Euro) erwirtschaftet hat. Gegenüber den bereits beträchtlichen Verlusten aus 2020 und 2021 von insgesamt 752.000 Euro wurde eine Umkehr nicht erreicht. Ausschüttungen an die Stadtentwicklungsgesellschaft waren von vornherein auf Dauer nicht zu erwarten.

Die Konzentration, die Weiterentwicklung und das Erzeugen von Synergieeffekten im Bereich der digitalen Infrastrukturen sowie das Heben von Refinanzierungspotentialen Dritter sollte da-

her bei der DIL im Vordergrund stehen. Vorsorglich wurde bereits für die Aufbauarbeiten eine Eigenkapitalrücklage in Höhe von rund 1 Mio. Euro geschaffen, um die anfänglichen erwarteten Verluste aufzufangen. Aus verschiedensten Gründen konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Derzeit sind Entscheidungen in der Vorbereitung, die Digital- und Infrastrukturgesellschaft auf die Stadtwerke Langenfeld GmbH für das Geschäftsfeld Straßenbeleuchtung aufzuschmelzen.

Das Jahresergebnis 2022 in Höhe von 34.591,22 Euro resultiert somit aus den zusammengefassten Betrieben „Erschließung, Vermietung und Parken" (+20.000 Euro), Überschüssen aus der GuV-Sparte Versorgung (+1.607.000 Euro), Stadtbad (-1.085.000 Euro) sowie Allgemeine Verwaltung der Stadtentwicklungsgesellschaft (-508.000 Euro).

Im Rahmen der Steuerermittlung ist die Verrechnung von Gewinnen und Verlusten allerdings nur innerhalb bestimmter Sparten möglich. Verluste, die sich im Rahmen einzelner Sparten ergeben, können nicht grundsätzlich mit Gewinnen anderer Sparten verrechnet, allerdings innerhalb der Sparte in Folgejahre vorgetragen werden. Zur Sparte der sogenannten „Zusammenfassenden Tätigkeiten" gehören Erschließung, Vermietung und Parkraumbewirtschaftung. Zur Sparte „Versorgung" zählen die Beteiligungen an den Versorgungsbetrieben und das Stadtbad. Eine dritte Sparte bildet das Schulschwimmen (weil dem Hoheitsbereich der Stadt zugeordnet und steuerlich nicht verrechenbar, Fehlbetrag 89.400 Euro, im Ergebnis der Sparte „Versorgung" hinzugerechnet).

Die Ertragsteuern von zusammen 1.192.000 Euro (davon KSt/SolZ 815.000 € und GewSt 377.000 €) betreffen das laufende Geschäftsjahr. Sie entfallen ausschließlich auf die Erträge der Versorgungsbetriebe Stadtwerke/Verbandswasserwerk (nach Verrechnung mit den Verlusten aus dem Stadtbad; ohne Schulschwimmen). Die angesichts des Jahresergebnisses hohe Ertragsteuerbelastung ist dem Umstand geschuldet, dass hohe Dotierungen der Rückstellungen aus den Beteiligungen dennoch im Jahresergebnis der Stadtentwicklungsgesellschaft zu versteuern sind.

Die latenten Steuern (563.000 €) betrifft die Sparte Versorgung.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt letztlich ab mit einem Jahresüberschuss von 35.041,22 Euro.

2. Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zeigt eine Eigenkapitalquote von 86 %. Der Rückgang um 5 %-Punkte resultiert vor allem auf einer höheren Bilanzsumme. Diese ist um 1,0 Mio€ = 5,2 % auf 21,1 Mio€ gestiegen.

Das langfristige Vermögen ist durch langfristiges Kapital nach wie vor mehr als 100 % gedeckt.

Die Finanzlage ist durch Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit gekennzeichnet. Dadurch verringert sich der Finanzmittelbestand zum Jahresende auf 0,5 Mio€ (Vorjahr 2,8 Mio€). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die von der Stadt Langenfeld bereitgestellten Mittel für die Kapitalausstattung der Stadtwerke Langenfeld bereits Ende 2021 zur Verfügung standen und erst im Jahr 2022 weitergeleitet wurden.

Die Ertragslage zeigt einen Jahresüberschuss von 35 T€, der um 1.013 T€ besser ausfällt als noch im Vorjahr. Das Finanz- und Beteiligungsergebnis (1.845 T€) kann – trotz einer Teil-

wertabschreibung bei der DIL (386 T€) – zusammen mit dem Erschließungsergebnis (59 T€) die Verluste (-1.240 T€) aus den Betätigungen der Daseinsvorsorge (Bäder, Parken) unter Berücksichtigung der Steuerbelastung (629 T€) kompensieren.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die **Parkraumbewirtschaftung** 2023 wird gegenüber dem Ergebnis 2022 insgesamt keine Veränderungen zeigen. Durch die weiter steigenden Preise im Rahmen der bezogenen Leistungen und bei leicht steigender Frequentierung wird das Rohergebnis voraussichtlich auf gleichem Niveau verbleiben, zudem die Sparte durch den Preisausgleich der Stadt abgesichert sein wird. Für das Jahr 2024 steht eine einschneidende Veränderung der technischen Einrichtung, der Organisation der Parkeinrichtungen sowie eine Beendigung des städtischen Preisausgleichs an. Die künstlich reduzierten Preise zur Förderung der Innenstadt sollen einer kostendeckenden Preisgestaltung der von der Stadtentwicklungsgesellschaft verantworteten Parkflächen weichen.

Für die Parkraumbewirtschaftung gilt weiter, dass durch die kommende, jedoch noch zu beschließende Tarifumstellung ein merkliches, durch Kostensteigerungen in der Tendenz auch ständig wachsendes Defizit gedeckt werden muss. Dies kann mit dem Abschluss der Verträge mit einem externen Dienstleister erreicht werden. Hinzu kommt, dass die Parkraumtechnik umfassend durch den externen Dienstleister modernisiert wird. Ziel ist es, die Parkraumbewirtschaftung „auf den Stand der digitalen Technik" zu überführen und zu halten. Es ist dabei darauf zu achten, dass durch Synergieeffekte auch wirtschaftliche Verbesserungen bewirkt werden. Für den Fall wird auf einen städtischen Ausgleich von Defiziten der Parkraumbewirtschaftung verzichtet.

Der **Betrieb des Stadtbades** wird in 2023 weiterhin erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Die Besucherzahlen haben sich zwar insgesamt wieder erholt, erreichen jedoch nicht das Besucheraufkommen vor den Krisenzeiten.

In 2023 ist die Kassenanlage und der Kassenautomat für die Eintrittskarten nach einer überraschenden und kurzfristig erfolgten Vertragskündigung durch den bisherigen IT-Dienstleister erforderlich geworden. Die größtenteils investiven Mittelbereitstellungen nehmen einen Umfang von deutlich mehr als 100 TEUR ein.

Darüber hinaus sind bereits im Februar 2023 erhebliche Schäden am Lehrschwimmbecken im Hallenbad aufgetreten. Das aus dem Jahr 1973 stammende Becken musste für 2 Wochen ungeplant schließen. In der 75. Gesellschafterversammlung am 20. September 2023 ist eine vollumfängliche Sanierung mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1,1 Mio. EUR beschlossen worden, da nur teilweise Sanierungen unwirtschaftlich wären. Der Planungsauftrag ist bereits erteilt worden. Die Bautätigkeiten werden nach einer Ausschreibung in Q1 2024 voraussichtlich in Q3 2024 erfolgen.

Durch die Priorisierung dieser Maßnahme muss der Umbau des Eingangsbereiches zum Freibad verschoben werden. Auch die Sanierung des Freibadspielplatzes und verschiedene weitere Sanierungsvorhaben (z. B. Ausstattungserneuerung Aufenthaltsraum Bademeister) sind aus Kapazitätsgründen in 2023 noch nicht erfolgt und werden auf die Folgeperioden verschoben.

Weiterhin sind in 2023 und 2024 weitere Kostensteigerungen, z. B. für Energie (im Strombereich eine Verteuerung von mehr als 400%) und Personal, zu refinanzieren. Das Ergebnis der Sparte „Stadtbad" wird sich daher für 2023 noch verschlechtern. Eine angemessene Erhöhung der seit 2012 festgelegten und konstant gebliebenen Eintrittspreise ist in Vorbereitung und aufgrund der hohen Aufwandssteigerungen erforderlich.

Der Betrieb des Stadtbades wird auch zukünftig weitere Investitionen erfordern. Weitere besondere Modernisierungen werden im Rahmen der Digitalisierung fortzuführen sein. Eine neue Bezahlplattform sowie eine Erneuerung des Eingangsbereiches des Hallenbades ist bereits erfolgt. Die nach wie vor begrenzten Überschüsse der Versorgungswerke werden die Finanzierung der Bädersparte nach wie vor schwierig gestalten. Auch die Verteuerung der Energie und deutliche Kostensteigerungen in sämtlichen Kostenarten der Betriebsführung werden eine zeitnahe Tarifanpassung nötig machen. Hier liegen bereits Entwürfe für Entscheidungsvorlagen vor. Zudem ist beabsichtigt, in einem Gutachten Optimierungspotentiale untersuchen zu lassen und auch die Einbindung regenerativer Energien in den Stadtbadbetrieb mitzudenken.

Im fertiggestellten **Gewerbegebiet „Reusrath Nord West"** sind in 2023 weitere Grundstücksanteile veräußert worden.

Im **Gewerbegebiet „Fuhrkamp Süd"** sind die Erschließungsmaßnahmen bis auf die Asphaltdecke vollständig abgeschlossen. Die Asphaltdecke wird eingebaut, sobald rund 80 Prozent der Hochbaumaßnahmen fertig gestellt sind. Aktuell liegt eine konkrete Grundstücksanfrage vor. Wie generell für Gewerbelandflächen in Langenfeld gilt auch hierfür, dass die Grundstücke nur sehr gezielt an arbeitsplatzintensive und steuerkräftige Unternehmen veräußert werden sollen.

In den nächsten Geschäftsjahren wird sich dich SEG wieder auf eine ganzheitliche Entwicklung von Erschließungsgebieten konzentrieren. Dies wird einschließlich des Erwerbs von Grundstücken und der Organisation der Erschließungen zu höherem Investitionsvolumina in der Sparte „Erschließung" führen.

Zum Jahreswechsel 2022/2023 konnte die SEG zwei **städtebauliche Entwicklungsprojekte** starten und erwarb hierfür in Langenfeld Immigrath zwei größere Gewerbeflächen: Das älteste noch in Langenfeld erhaltene Betriebsgelände der ehem. Weberei Neumann & Büren an der Hardt (ca. 2 Hektar) sowie einen der größten und ältesten Industriestandorte, dem Standort der Schuhfabrikation ara mit zwei jeweils nördlich und südlich der Straße „Zur Schlenckhecke" gelegenen Gewerbegrundstücken mit insgesamt 4,5 Hektar.

Auf beiden Arealen stehen Gebäude, die nach dem Abschluss der in 2023 gestarteten städtebaulichen und freiraumplanerischen Mehrfachbeauftragungen zumindest zum (großen) Teil von der SEG zurückgebaut werden. Im Anschluss hieran wird voraussichtlich ab 2026 die Vermarktung anstehen.

Für den Erwerb der Grundstücke sind fremdkapitalfinanziert Kaufpreise in Höhe von insgesamt rund 17 Mio. EUR zu leisten (zahlungswirksam maßgeblich in 2023).

Die SEG ist bis zur Vermarktung bemüht die Zinslasten und weiteren Aufwendungen, wie übliche Nebenkosten (Versicherung, Hausmeister, Bewachung, Grünpflege etc.), die mit den beiden Arealen verbunden sind durch Zwischennutzungen zumindest teilweise zu kompensieren. In diesem Zusammenhang konzentrieren sich die Zwischennutzungen vor allem auf das Gelän-

Weiterhin sind in 2023 und 2024 weitere Kostensteigerungen, z. B. für Energie (im Strombereich eine Verteuerung von mehr als 400%) und Personal, zu refinanzieren. Das Ergebnis der Sparte „Stadtbad" wird sich daher für 2023 noch verschlechtern. Eine angemessene Erhöhung der seit 2012 festgelegten und konstant gebliebenen Eintrittspreise ist in Vorbereitung und aufgrund der hohen Aufwandssteigerungen erforderlich.

Der Betrieb des Stadtbades wird auch zukünftig weitere Investitionen erfordern. Weitere besondere Modernisierungen werden im Rahmen der Digitalisierung fortzuführen sein. Eine neue Bezahlplattform sowie eine Erneuerung des Eingangsbereiches des Hallenbades ist bereits erfolgt. Die nach wie vor begrenzten Überschüsse der Versorgungswerke werden die Finanzierung der Bädersparte nach wie vor schwierig gestalten. Auch die Verteuerung der Energie und deutliche Kostensteigerungen in sämtlichen Kostenarten der Betriebsführung werden eine zeitnahe Tarifanpassung nötig machen. Hier liegen bereits Entwürfe für Entscheidungsvorlagen vor. Zudem ist beabsichtigt, in einem Gutachten Optimierungspotentiale untersuchen zu lassen und auch die Einbindung regenerativer Energien in den Stadtbadbetrieb mitzudenken.

Im fertiggestellten **Gewerbegebiet „Reusrath Nord West"** sind in 2023 weitere Grundstücksanteile veräußert worden.

Im **Gewerbegebiet „Fuhrkamp Süd"** sind die Erschließungsmaßnahmen bis auf die Asphaltdecke vollständig abgeschlossen. Die Asphaltdecke wird eingebaut, sobald rund 80 Prozent der Hochbaumaßnahmen fertig gestellt sind. Aktuell liegt eine konkrete Grundstücksanfrage vor. Wie generell für Gewerbelandflächen in Langenfeld gilt auch hierfür, dass die Grundstücke nur sehr gezielt an arbeitsplatzintensive und steuerkräftige Unternehmen veräußert werden sollen.

In den nächsten Geschäftsjahren wird sich dich SEG wieder auf eine ganzheitliche Entwicklung von Erschließungsgebieten konzentrieren. Dies wird einschließlich des Erwerbs von Grundstücken und der Organisation der Erschließungen zu höherem Investitionsvolumina in der Sparte „Erschließung" führen.

Zum Jahreswechsel 2022/2023 konnte die SEG zwei **städtebauliche Entwicklungsprojekte** starten und erwarb hierfür in Langenfeld Immigrath zwei größere Gewerbeflächen: Das älteste noch in Langenfeld erhaltene Betriebsgelände der ehem. Weberei Neumann & Büren an der Hardt (ca. 2 Hektar) sowie einen der größten und ältesten Industriestandorte, dem Standort der Schuhfabrikation ara mit zwei jeweils nördlich und südlich der Straße „Zur Schlenckhecke" gelegenen Gewerbegrundstücken mit insgesamt 4,5 Hektar.

Auf beiden Arealen stehen Gebäude, die nach dem Abschluss der in 2023 gestarteten städtebaulichen und freiraumplanerischen Mehrfachbeauftragungen zumindest zum (großen) Teil von der SEG zurückgebaut werden. Im Anschluss hieran wird voraussichtlich ab 2026 die Vermarktung anstehen.

Für den Erwerb der Grundstücke sind fremdkapitalfinanziert Kaufpreise in Höhe von insgesamt rund 17 Mio. EUR zu leisten (zahlungswirksam maßgeblich in 2023).

Die SEG ist bis zur Vermarktung bemüht die Zinslasten und weiteren Aufwendungen, wie übliche Nebenkosten (Versicherung, Hausmeister, Bewachung, Grünpflege etc.), die mit den beiden Arealen verbunden sind durch Zwischennutzungen zumindest teilweise zu kompensieren. In diesem Zusammenhang konzentrieren sich die Zwischennutzungen vor allem auf das Gelän-

de der Firma ara: Hier sind vom Erwerb auch 24 ehem. Werkswohnungen umfasst. Diese sind weitestgehend vermietet und führen seit 2023 in der SEG nach einer mehrjährigen Unterbrechung wieder zu wohnungswirtschaftlichen Aktivitäten (früher befanden sich im Eigentum der SEG die Wohnhäuser „Zum Bräuhaus" sowie „Am Brüngersbroich". Hier werden in 2023 erstmals wieder Mieterlöse aber auch Aufwendungen entstehen. Die operativen Verwaltungsdienstleistungen der Mietwohnungen werden über einen in 2023 abgeschlossenen Wohnungsverwaltungsvertrag durch die in Langenfeld ansässige und mehr als 1000 Wohneinheiten verwaltende Bauverein Langenfeld eG erledigt.

Der Bauverein führt für die SEG ein Nebenkonto welches die erzielten Ausschüttungen an die SEG leisten wird.

Zu den Zwischennutzungen gehört auch die Vermietung eines Outlet Centers mit einer Verkaufsfläche von ca. 2.000 qm durch die SEG an die ara shoes GmbH sowie die Vermietung/Verpachtung von Lagerflächen an verschiedene Nutzer. Ende 2023 ist zudem geplant mehrere tausend qm Lagerfläche für die Errichtung einer zeitweisen Flüchtlingsunterkunft an die Stadt Langenfeld zu verpachten.

Die Fortführung und der Abschluss bestehender **Erschließungsmaßnahmen** ist unter Punkt 2 – Darstellung der Lage – bereits angesprochen worden. Weitere Erschließungsmaßnahmen stehen an. Nunmehr sind Projekte geplant, die vollständig, einschließlich der Grundstückgeschäfte, durch die SEG abgewickelt werden sollen. Dadurch wird sichergestellt, dass der Planungsgewinn vollumfänglich durch den Konzern „Stadt Langenfeld" abgeschöpft wird. Damit beschreitet die Geschäftsführung der SEG einen für die Stadt Langenfeld neuen und zukunftsfähigen Weg.

Die ausschüttenden **Beteiligungen der SEG** werden in der aktuellen Prognose für das Geschäftsjahr 2023 gering unter den geplanten Überschüssen bleiben wollen. Die Stadtwerke GmbH schlagen angesichts der höchst wahrscheinlich vermehrten vorzeitigen Kündigungen von Anteilen der Bürgeranleihen eine hohe Einstellung in die Gewinnrücklage der Stadtwerke vor. Die Ausschüttung bleibt somit in der Prognose zum Ausgang des Jahres 2023 um ca. 200.000 Euro hinter den Planungen zurück. Zu beachten wäre dabei, dass die Steuerlast auf den gesamten Überschuss der Stadtwerke Langenfeld GmbH durch den Ergebnisabführungsvertrag zu großen Teilen durch die Stadtentwicklungsgesellschaft zu tragen ist.

Das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG prognostiziert ein planmäßiges Ergebnis für das Geschäftsjahr 2023. Hier sind jedoch in den kommenden Jahren massive Investitionen notwendig, die ebenso eine weitere Stärkung der Gewinnrücklage erforderlich machen.

Der Stand der Liquiditätskredite der Stadtentwicklungsgesellschaft beläuft sich im November 2022 auf einer Höhe von 14 Mio. Euro. Hiervon beläuft sich der Anteil zur Vorfinanzierung der Entwicklungsmaßnahmen Hard 1-4 sowie an der Schlenkhecke auf rund 13,2 Mio. Euro. Ein ausschließlicher Liquiditätskredit über die Stadt Langenfeld hat einen Stand von 800.000 Euro. Derzeit wird über die weiteren Folgekredite und die bereits zugesagte Umschuldung der Kredite verhandelt. Hier ist die wirtschaftlichste Alternative zu wählen.

Insbesondere muss die **Aufsplittung und Aufschmelzung der Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH** eng begleitet werden. Die negative wirtschaftliche Entwicklung

muss kurzfristig durch entsprechende Entscheidungen in Zukunft vermieden werden. Die Grundsatzentscheidung zur Aufschmelzung steht kurz bevor.

Weitere als die oben genannten Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Kontinuität der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft durch die regelmäßige, wenn auch derzeit sehr ruhige Erschließungstätigkeit, den Betrieb des Stadtbades und die Parkraumbewirtschaftung sowie die Organträgerschaft für die Versorgungsbetriebe Stadtwerke und Verbandswasserwerk bei gleichzeitiger Aufsplittung der Digital- und Infrastrukturgesellschaft mbH gewahrt bleibt, wenn die eben dargestellten weitergehenden Beschlüsse gefasst werden.

4. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der **Erschließung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken** sind die üblichen Risiken der Gesellschaft verbunden, insbesondere bezogen auf die mitunter lange Zeitschiene. Derzeit stehen mit Reusrath Nord-West und Fuhrkamp Süd nach wie vor nur zwei Erschließungsflächen in der Vermarktung bzw. baulichen Entwicklung. Die Nachfrage ist stets vorhanden, allerdings weniger aus den für die Ansiedlung gewünschten Wirtschaftszweigen. Die in aller Regel sehr belastbare Kalkulation beim Start von Erschließungsmaßnahmen sowohl bei Aufwand und Ertrag bringt in der Gesamtschau unverändert positive Ergebnisbeiträge.

Die zukünftig wieder verstärkt aufgenommene ganzheitliche Entwicklung von Flächen führt zu höheren Aufwendungen. Unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Chancen solcher Entwicklungen muss darauf geachtet werden, dass sich die Sparte „Erschließungen" insgesamt überschusssteigernd auf die Finanzen der Gesellschaft auswirkt.
Durch die beiden städtebaulichen Entwicklungsräume ara und Neumann & Büren werden sehr erhebliche Entwicklungspotentiale für die Stadt Langenfeld gehoben. Für die SEG ergeben sich dadurch wirtschaftliche Ertragspotentiale, die grundsätzlich über die bisherigen „klassischen" Erschließungsprojekte hinausgehen, sich aber erst nach Abschluss der städtebaulichen und freiraumplanerischen Mehrfachbeauftragungen auf der Grundlage des auch für das sich anschließende Bauleitplanverfahren maßgeblichen Entwurf konkret bestimmen lassen.

Die werthaltigen **verbundenen Unternehmen** Stadtwerke Langenfeld GmbH (insbesondereStrom- und Gasgeschäft) und Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG haben bisher eine stabile Ertragssituation der Gesellschaft gesichert. Nachdem das Verbandswasserwerk in den zurückliegenden Jahren hohe Überschüsse ausgeschüttet hat, ist in den kommenden Jahren ein Rückgang und das Verbleiben auf einem weitaus geringeren Niveau zu erwarten. Die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur des Wasserwerkes werden in den kommenden Jahren zu erhöhten Gewinnrücklagen führen müssen, die die Ausschüttungen nicht nur im folgenden Jahr, sondern auf absehbare Zeit reduzieren werden.

Die Stadtwerke Langenfeld GmbH stellt sich derzeit der großen Herausforderung ihre Geschäftsfelder und die dazu benötigte Infrastruktur durch hohe Investitionen perspektivisch zukunftssicher zu gestalten. Auch dies wird kurzfristig dazu führen, dass die Gewinnabführung bestenfalls nicht über die Anforderungen einer Mindestausschüttung an die Mitgesellschafter und die entsprechenden Anteile der SEG hinausgehen können. Wichtig wäre, dass die Vorteile der Gewinnabführung und des Steuerverbundes mit der Sparte „Bäder" noch entsprechende

positive Effekte generieren können. Durch die nun umgesetzte höhere Beteiligungsquote an den Stadtwerken werden jedoch mittel- bis langfristig stetig höhere Ausschüttungen zu erwarten sein. Dies wäre jedoch ohne die Investition in Strukturen nicht möglich. Ebenso ist die Beteiligung an der neu gegründeten Stromnetzgesellschaft Langenfeld mbH ein Garant einer stetigen Ausschüttung. Allerdings ist anzumerken, dass die Beteiligung an der Kom9 GmbH seitens der Stadtwerke aufgegeben wird. Durch das Ausscheiden des Gesellschafters Thüga AG ist eine Weiterführung der an die Thüga gebundenen Beteiligung nicht möglich. Hier werden in den Folgejahren die gewohnten Ausschüttungen in der Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtwerke fehlen (in der Regel jährlich zwischen 0,5 und 0,6 Mio. EUR!). Allerdings ist ein Kaufpreis für die Beteiligung noch nicht ausgehandelt. Mit großer Wahrscheinlichkeit liegt der Verkaufspreis weit über dem Buchwert von ca. 5 Mio. EUR.

Allerdings ist hier anzumerken, dass insbesondere durch den Gewinnabführungsvertrag bei den Stadtwerken und die Diskussionen zu Gewinnrücklagen in der Gesellschaft die volle Steuerschuld für die Rücklage auf die SEG verlagert wird und so die Liquidität weiter vermindert wird. Gerade die Buchgewinne der Kom9-Veräußerung sollen laut Stadtwerke über eine Gewinnrücklage bei der Gesellschaft bleiben. Dies würde jedoch zu einer extrem hohen Steuerbelastung der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH führen, die allein getragen werden muss und möglicherweise zu weiterem Kreditbedarf zu Überbrückung führen wird. Hier wäre noch eine zukünftige Strategie zwischen den Gesellschaftern der Stadtwerke Langenfeld GmbH zu verhandeln.

Die **Parkraumbewirtschaftung steht vor der größten Modernisierungsinitiative seit Bestehen des Geschäftsfeldes innerhalb der SEG**. Neben der Einbindung von modernen Bezahlmöglichkeiten, die bereits seit längerem möglich sind, sollten zur Zukunftssicherung weitere digitale Hilfen wie digitale Steuerung des Parkverkehrs zusammen mit der Stadt Langenfeld in Angriff genommen werden. Die Aktivierung von externer Expertise im Bereich der Parkraumbewirtschaftung ist politisch beschlossen und wird derzeit umgesetzt. Zukünftig soll auf einen Parkausgleich durch Anhebung der Gebühren bei gleichzeitiger Modernisierung der Parkeinrichtungen verzichtet werden können. Hier ist anzumerken, dass dabei zu beachten ist, dass die Parkflächen des Marktkarrees nunmehr ab Ende 2023 durch den Eigentümer bewirtschaftet werden, da der Eigentümer versucht hat, absolut überzogene und marktunübliche Preiserhöhungen bei Pachtzins und Nebenkostenpauschalen durchzusetzen.

Außerdem bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die Entscheidungen hinsichtlich des Klimaschutzes auf den motorisierten Individualverkehr haben wird, insbesondere auf den PKW-Verkehr. Die Folgen für die Parkverkehre und die Auslastung der Parkflächen sollte damit einhergehend aufmerksam beobachtet, analysiert und neu beurteilt werden. Daraus werden sicherlich auch Konsequenzen für diese Sparte der SEG zu ziehen sein.

Die Zielsetzungen des Standortmarketings für die Langenfelder Innenstadt sind natürlich in die Überlegungen einzubeziehen.

Die **Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH** (DIL) hat eine Klammer um verschiedene Komponenten der digitalen Infrastruktur geboten und sollte dadurch Chancen für die sich digital progressiv entwickelnde Stadt Langenfeld erarbeiten. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt jedoch bisher deutliche Schwächen in der zielgerichteten und wirtschaftlichen Umsetzung dieser Anforderung. Dies führte zur Wertberichtigung der Beteiligung im Wirtschaftsjahr 2022.

Die Herausforderung wird es nun sein, allgemein nutzbare Strukturen zu schaffen und zu gewährleisten. Dieses wird auf absehbare Zeit nicht zu Überschüssen in der Geschäftstätigkeit führen. Dazu wird derzeit eine Aufsplittung der Geschäftsfelder auf Stadtwerke – Straßenbeleuchtung – und ggf. Stadt Langenfeld – übrige Sparten der Digitalgesellschaft – organisiert. Alternativ könnten auch die übrigen Sparten ausgesteuert werden. Die Aufschmelzung der Sparte „Straßenbeleuchtung" ist auskömmlich zu gestalten, so dass die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH zukünftig keine wirtschaftlichen Nachteile durch die Form der Aufschmelzung zu befürchten hat. Die vertraglichen Grundlagen für den sogenannten inhaltlichen von den Stadtwerken abgetrennten „Tracking Stock" müssen danach ausgerichtet werden, dass in den jeweiligen Wirtschaftsjahren keine Verluste entstehen. Mögliche Gewinne werden dann im Rahmen dieses „Tracking Stocks" ausschließlich auf die SEG entfallen.

Je nach Geschäftsverlauf in den Versorgungsunternehmen werden die Ausschüttungen in Zukunft mindestens konstant bleiben können, auch, wenn sich die Beteiligungsquote der SEG von 60% auf 74,99% erhöht hat. Die Entwicklungen der Versorgungswerke und deren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der SEG sind noch genauer zu begleiten, insbesondere im Zuge der weiter fortschreitenden Herausforderungen der Wärmeplanung und des Ausbaus von erneuerbaren Energien.

Daraus sind kurzfristige Entscheidungsbedarfe zu beachten und konsequent zu verfolgen.

Herausfordernd bleiben die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Ausgehend vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seit dem 24.02.2022 hat sich eine Energiekrise und eine hierdurch massiv getriebene Inflation ergeben. Nachdem bereits in 2021 die Inflation deutlich angezogen hat, sind die Inflationsraten in 2022 teilweise auf um die 8% p.a. angestiegen. Die sich daraus ergebenden Kostenbelastungen treffen auch die Geschäftsfelder der SEG.

Erschwerend kommt hinzu, dass Lieferkettenunterbrechungen zu größeren Verzögerungen bei der Umsetzung von Maßnahmen geführt haben. So konnte eine für den Jahreswechsel 2021/2022 geplante Reparatur der Freibadbeckenabdeckung aufgrund von Ersatzteillieferengpässen erst im Jahresverlauf 2023 abgeschlossen werden.

Flankierend zur Bekämpfung der Inflation haben die Notenbanken in 2022 verstärkt damit begonnen die Leitzinsen spürbar anzuheben. Dies hat neben den Inflations- und langfristigen Zinserwartungen die Finanzierungskonditionen für Fremdkapital deutlich belastet. Das Zinsniveau ist im Jahresverlauf 2022 deutlich angestiegen und wird auch in 2023 perspektivisch weiter anziehen. Dies schlägt durch die enormen Finanzierungsbedarfe der Entwicklungsprojekte bis zur Veräußerung der Flächen voll durch.

Die SEG hat verantwortungsvoll auf die Energiekrise reagiert und in vielen Bereichen Energiesparmaßnahmen umgesetzt. So wurde bereits im April 2022 damit begonnen, die Wasser- und Raumlufttemperaturen im Hallenbad zu senken. Im Freibadbereich wurde die Beheizung nach der Aufheizphase komplett eingestellt. Ziel dieser Maßnahmen ist, ein Versorgungsengpass zu verhindern und vorsorgend die Füllstände der Gasspeicher möglichst auszuschöpfen. Zumindest letzteres Ziel ist in Deutschland durch die Bevorratungsstrategie und die umfassenden Einsparbemühungen erreicht worden. Im November 2023 waren die Gasspeicher in Deutschland zu nahezu 100% gefüllt.

Risiken bestehen jedoch bei länger andauernder kalter Witterung im Winter, Sabotageaktionen, sonstigen Angriffen, wie z. B. auch Cyber-Angriffen auf die (Energie-)Infrastruktur in Deutschland bzw. Europa.

Im Ausblick auf 2024 sind daher auch Risiken bei den Tochterunternehmen vorhanden, da diese ebenfalls von dem Bündel an Herausforderungen getroffen sind und deren Ertragslage und Profitabilität auch von den geopolitischen Entwicklungen abhängig ist.

5. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages definiert die globale „Aufgabe, der weiteren städtebaulichen und sozialen Entwicklung der Stadt Langenfeld zu dienen". § 2 Abs. 2 und 3 führt konkreter aus, dass hierzu „insbesondere der An- und Verkauf und die Erschließung von Grundstücken, die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Durchführung von Hochbaumaßnahmen" und der „Betrieb des kombinierten Hallen- und Freibades Langforter Straße" gehören.

Dem Lagebericht ist zu entnehmen, dass die Gesellschaft die in § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW geforderte öffentliche Zwecksetzung erfüllt hat.

3.4.1.2 Schauplatz Langenfeld GmbH

Basisdaten

Anschrift	Hauptstraße 129, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 93% Schützenverein Langenfeld 1834 e.V. 1,0% Sankt Sebastian Schützenbruderschaft Langenfeld-Immigrath e.V. 1,0% Kunstverein Langenfeld e.V. 1,0% Stadtsportverband der Stadt Langenfeld 1,0% Sophie Offenberg-Sersch 1,0% Karnevalsgesellschaft Prinzengarde Langenfeld 1,0% Festkomitee Langenfeld Karneval e.V. 1,0%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens sind die Verwaltung und der Betrieb der Stadthalle Langenfeld, der Kulturfabrik in Langenfeld sowie das Rex Kinocenter in Langenfeld. Damit verbunden ist insbesondere die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen kultureller, sozialer und kommerzieller Natur sowie öffentliche Versammlungen, Feste, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und Messen.
Gründungsdatum	11.01.1989
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 05.11.2003
Stammkapital	25.564,59 € (50.000,00 DM) **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadt Langenfeld Rhld. 23.775,07 € (46.500,00 DM) Schützenverein Langenfeld 1834 e.V. 255,65 € (500,00 DM) Sankt Sebastian Schützenbruderschaft Langenfeld-Immigrath e.V. 255,65 € (500,00 DM) Kunstverein Langenfeld e.V. 255,65 € (500,00 DM) Stadtsportverband der Stadt Langenfeld 255,65 € (500,00 DM) Sophie Offenberg-Sersch 255,65 € (500,00 DM)

	Karnevalsgesellschaft Prinzengarde Langenfeld 255,65 € (500,00 DM) Festkomitee Langenfeld Karneval e.V. 255,65 € (500,00 DM)
Geschäftsführung	Herrn Georg Huff
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafterversamm-lung	Frank Schneider, Vorsitzender Karsten Fröhlich Sophie Offenberg-Sersch Elke Horbach Rolf Kamp Thomas Kirbisch Bruno Kremer Dirk Schulz-Tillenburg Sven Lucht Harald Degner Casten Nummert
Anzahl der Mitarbeiter	34 (davon 17 Aushilfskräfte)
Wirtschaftsprüfer	Mark Ebbinghaus Michael Klima

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Beteiligung ist die kulturelle Grundversorgung der Stadt Langenfeld. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Langenfeld Rhld. ist an der Schauplatz Langenfeld GmbH mit 93% direkt beteiligt, die übrigen 7% verteilen sich zu je 1% auf den Schützenverein Langenfeld 1834 e.V., dem Sankt Sebastian Schützenbruderschaft e.V., dem Kunstverein Langenfeld e.V., dem Stadtsportverband der Stadt Langenfeld, der Karnevalsgesellschaft Prinzengarde Langenfeld, dem Festkomitee Langenfeld Karneval e.V. und Frau Sophie Offenberg-Sersch.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Verlustabdeckung bzw. Einstellung des Defizitausgleiches, diese erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Stadt Langenfeld und beträgt im Jahr 2022 865.000,00 €, hiervon wurden zum Ausgleich eines Defizits 865.000,00 € entnommen.

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Zu nennen ist hier die Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld vom 10.01.2001. Die Vereinbarung beinhaltet die Kostenübernahme der Stadt Langenfeld für die Betreuung und Verwaltung des Kulturhauses, Hauptstraße 133 in Langenfeld durch die Schauplatz Langenfeld GmbH. Für die Tätigkeit erstellt die Schauplatz Langenfeld GmbH quartalsweise eine Rechnung in Höhe von 11.250,00 €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren aus einem auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Mietvertag in Höhe von 55 T€ p.a. und aus einem Pachtvertrag in Höhe von 31 T€ p.a. Der Mietvertrag besteht mit einer Gesellschafterin. Der Pachtvertrag verlängerte sich ab dem 01.01.2019 mit einer festen Laufzeit von 20 Jahren bis zum 31.12.2039 und hat ein zweimaliges Optionsrecht von je 5 Jahren.

Darüber hinaus besteht durch die Stadt Langenfeld ein Investitionszuschuss an die Schauplatz GmbH in Höhe von 20.000,00 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[5]

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1,00	1,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	226.984,64		270.716,20
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.101,30		17.208,00
		249.085,94	287.924,20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	500,00		500,00
2. fertige Erzeugnisse und Waren	11.905,96		7.729,10
		12.405,96	8.229,10
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon gegen Gesellschafter Euro 38.182,25 (Euro 11.091,81)	101.057,78		38.212,61
2. sonstige Vermögensgegenstände	19.078,04		19.656,68
		120.135,82	57.869,29
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		87.990,31	203.442,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten		480,00	1.790,17
		470.099,03	559.256,13

[5] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage		18.403,60	192.531,16
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		185.547,88	224.241,63
C. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen		41.190,00	35.790,00
D. Verbindlichkeiten			
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 77.906,17 (Euro 23.847,86)	77.906,17		23.847,86
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon gegenüber Gesellschaftern Euro 205,00 (Euro 5.998,94) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 47.989,50 (Euro 43.626,71)	47.989,50		43.626,71
3. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern Euro 10.496,92 (Euro 8.836,67) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 831,34 (Euro 1.995,50) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 72.499,04 (Euro 12.439,93) - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 998,25 (Euro 1.214,25)	73.497,29		13.654,18
		199.392,96	81.128,75
		470.099,03	559.256,13

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	806.329,07	432.036,01
2. Gesamtleistung	806.329,07	432.036,01
3. sonstige betriebliche Erträge	163.321,59	149.606,42
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	382.961,43	176.372,42
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	933.416,46	578.717,26
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	181.994,93	222.108,71
	1.115.411,39	800.825,97
6. Abschreibungen	65.895,80	72.654,92
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	444.161,60	353.920,15
8. Ergebnis nach Steuern	1.038.779,56-	822.131,03-
9. sonstige Steuern	348,00	348,00
10. Jahresfehlbetrag	1.039.127,56	822.479,03
11. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	1.039.127,56	822.479,03
12. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	9,36	39,18	-29,82
Eigenkapitalrentabilität	-2.361,36	-375,34	-1.986,02
Anlagendeckungsgrad 2	18,07	78,13	-60,06
Verschuldungsgrad	545,45	53,42	-492,03
Umsatzrentabilität	-128,91	-190,28	+61,37

Personalbestand

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer betrug in 2022 insgesamt 45 Personen. Davon 17 Mitarbeiter festangestellt; 1 Geschäftsführer, 12 Angestellte, 4 Arbeiter. Darüber hinaus wurden 28 Aushilfskräfte beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Unternehmens

Die Schauplatz Langenfeld GmbH betreibt den Schauplatz, den Schaustall, das REX-Kino in Langenfeld und erbringt Filmvorführungen in Kaarst und in Düsseldorf-Garath. Das Herbstkino in Monheim am Rhein wird seit 2022 nicht mehr von der Schauplatz Langenfeld GmbH betrieben. Außerdem realisiert sie die gemeinnützige Theaterarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch „Die Blinklichter" und die „Studiobühne". Die Schauplatz Langenfeld GmbH bietet ein eigenes kulturelles Programm an und stellt Räumlichkeiten für Tagungen, Messen und andere Veranstaltungen zur Verfügung. Sie führt die technische Betreuung des Kulturzentrums Langenfeld (Volkshochschule, Musikschule und Kunstverein) und der Bibliothek durch. Darüber hinaus betreut und organisiert sie den Flügelsaal. Kooperationen mit verschiedenen Referaten der Stadt Langenfeld, dem Kreis Mettmann und TheaTrend runden das Kulturprogramm ab. Darüber hinaus hält sie eine eigene Gastronomie vor. Ortsansässige Nutzer mit kulturellem und gemeinnützigem Hintergrund wie städtische Vereine, Schulen, Parteien und Referate zahlen einen Mindestmietpreis und erhalten Rabattierungen auf gemietetes Inventar und auf Dienstleistungen.

Geschäftsverlauf 2022

Allgemein

Die Angebote der Schauplatz Langenfeld GmbH tragen in hohem Maße zur kulturellen Grundversorgung der Stadt Langenfeld bei. Durch den finanziellen Rahmen, den die Stadt Langenfeld mit dem Leistungsbeitrag vorgibt, ist die Schauplatz Langenfeld GmbH in der Lage die direkten Veranstaltungskosten selbst zu finanzieren.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise haben sich nach dem Geschäftsjahr 2021 auch zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 weiterhin negativ auf die Ticketverkäufe und die Durchführung der Veranstaltungen bemerkbar gemacht. Durch den Wegfall der Corona-Beschränkungen im April 2022 konnte eine Rückkehr des öffentlichen Lebens in Richtung Normalität festgestellt werden, was sich auch an den Besucherzahlen bemerkbar gemacht hat.

Der Krieg in der Ukraine führt seit dem Frühjahr 2022 zu erheblich höheren Energie- und Rohstoffpreisen. Die Kosten für Strom- und Gaslieferungen haben sich vervielfacht. Die Folgen der Coronakrise und der Krieg in der Ukraine machten die Organisation und Planung des Geschäftsjahres zu einer großen Herausforderung. Energiepreissteigerungen, Kostensteigerungen bei Sach- und Dienstleistungen, Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel führen zu derzeit schwer zu überschaubaren Kostenrisiken. Eine stetige Beobachtung der Krisenauswirkungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist dabei unumgänglich.

Schauplatz / Schaustall

Eigene Veranstaltungen

Für 2022 konnte dem Langenfelder Publikum wieder ein attraktives Programm vorgestellt werden. Nachdem auf das Veranstaltungsangebot Anfang 2022 noch eher abwartend und zögerlich reagiert wurde, nahm das Publikumsinteresse im Frühjahr wieder an Fahrt auf. Mit dem Wegfall der letzten Coronamaßnahmen konnte der Spielbetrieb ohne Einschränkungen aufgenommen werden.

Da der Spielbetrieb im Geschäftsjahr 2021 nur sehr eingeschränkt ermöglicht wurde, ist ein Vergleich mit dem Geschäftsjahr nur bedingt aussagekräftig. Die Umsatzerlöse für eigene Veranstaltungen konnten in 2022 um 123,16 % gesteigert werden. Betrugen die Erlöse aus eigenen Veranstaltungen in 2021 nur 64.866,49 €, so konnten in 2022 144.758,55 € an Erlösen für eigene Veranstaltungen eingenommen werden.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Veranstaltungen Schauplatz und Schaustall				
Erlöse aus Eintritten (€)	52.162,12	126.117,09	73.954,97	141,78%
Übrige Erlöse aus Veranstaltungen (€)	5.731,99	852,53	-4.879,46	-85,13%
Erlöse VVK-Gebühren (€)	6.972,38	17.788,93	10.816,55	155,13%
	64.866,49	144.758,55	79.892,06	123,16%

In 2022 haben insgesamt 8.664 Besucher unsere Veranstaltungen im Schauplatz und Schaustall besucht. In 2021 waren es gerade 2.343 Besucher. Damit ist die Anzahl der Besucher um 67,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Jedoch sind wir noch weit von den Vorcorona-Zahlen von 2019 entfernt. 2019 besuchten insgesamt 20.152 Besucher unsere eigenen Veranstaltungen. Damit sind in 2022 11.338 (56,26 %) weniger Besucher zu unseren Veranstaltungen gegenüber 2019 gekommen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass 2022 besucherstarke Veranstaltungen wie die Zochparty zu Karneval oder die Silvesterparty nicht stattgefunden haben. Auch Außenveranstaltungen der Stadt Langenfeld wie die Karibiknacht oder die Schlemmermeile fanden in 2022 nicht statt.

Konnten in 2021 37 eigene Veranstaltungen durchgeführt werden, so waren es in 2022 bereits wieder 83 Veranstaltungen. Im Vorcoronajahr 2019 waren es 130 Veranstaltungen. Durchschnittlich wurden unsere Veranstaltungen 2022 von 106 Besuchern besucht.

	2021	2022	Veränderung	
Anzahl Veranstaltungen	37	83	46	124,32%
mit Eintritt	2.343	8.664	6.321	269,78%
ohne Eintritt	0	150	150	
Besucher	2.343	8.814	6.471	276,18%
Besucher pro Veranstaltung (Durchschnitt)	63	106	43	67,70%

Die Schauplatz Langenfeld GmbH ist weiterhin in der Lage durch die erwirtschafteten Eintrittserlöse die Künstlergagen, das Catering für die Künstler sowie die technische Betreuung der Veranstaltungen finanziell zu tragen.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Künstlergagen (€)	27.873,69	108.307,29	80.433,60	288,56%
Künstlernebenkosten (€)	2.138,38	10.414,14	8.275,76	387,01%
Technische VA-Betreuung (€)	1.922,08	6.949,50	5.027,42	261,56%
	31.934,15	125.670,93	93.736,78	293,53%

Vermietungen / Dienstleistungen

Auch das Vermietungsgeschäft konnte in 2022 Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Viele geplante Vermietungen wie Messen, Märkte, Abibälle, Tagungen, Mitgliederversammlungen und Konzerte konnten wieder stattfinden. Die sonst für Anfang des Jahres geplanten Karnevalsveranstaltungen für 2022 fanden weiterhin nicht statt, da diese einen längeren Planungsvorlauf haben. Im Vermietungsgeschäft spiegelt sich ebenfalls die allgemeine, unsichere wirtschaftliche Lage wider. Einige Veranstaltungen wie Weihnachtsfeiern fanden nicht statt, bei anderen Veranstaltungen wurde der Aufwand und die Technik reduziert um Kosten einzusparen.

Insgesamt sind die Erlöse aus der Vermietung und den dazugehörigen Dienstleistungen von 107.723,70 € in 2021 auf 143.200,97 € in 2022 um 32,93 % gestiegen.

Die von der Stadt Langenfeld geleisteten Beiträge zur technischen Betreuung des Kulturzentrums sind seit Beginn der Übernahme dieser Aufgaben in 2001 unverändert geblieben, obwohl der Betreuungsaufwand in der Zwischenzeit u. a. durch die verlängerten Öffnungszeiten des Kulturzentrums stark zugenommen hat. Auch wenn im Schauplatz keine Veranstaltungen stattfinden, muss für die Angebote im Kulturzentrum und der Bibliothek unser Hausmeisterpersonal im Zweischichtsystem eingesetzt werden.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Vermietung / Dienstleistungen				
Vermietung	37.409,99	62.079,22	24.669,23	65,94%
Dienstleistungen	25.313,71	36.121,75	10.808,04	42,70%
Technische Betreuung u. Reparaturen Kulturzentrum	45.000,00	45.000,00	0,00	0,00%
	107.723,70	143.200,97	35.477,27	32,93%

Gastronomie

Der eigene Gastronomiebereich erzielt seine Umsätze direkt über die Veranstaltungen und Vermietungen im Schauplatz und dem Schaustall. Auch 2022 konnte die beim Publikum beliebte Zochparty zu Karneval nicht stattfinden.

Die Verkaufserlöse bei eigenen Veranstaltungen sind mit 22.938,23 € in 2022 gegenüber 12.369,68 € in 2021 um 85 % gestiegen. Auch im Vermietungsgeschäft ist der Umsatz mit 17.911,21 € in 2022 gegenüber 3.114,09 € in 2021 um 475 % erheblich gestiegen. Ebenfalls im Servicebereich der Gastronomie konnte mit 10.923,75 € in 2022 gegenüber 2.325,50 € in 2021 eine deutliche Steigerung von 370 % erzielt werden.

Viele der Veranstaltungen verursachen einen hohen Personalaufwand, generieren aber nur einen geringen Umsatz. Das liegt u. a. an der besonderen Situation, dass die Gastronomieumsätze nur während der Veranstaltungspausen und im Veranstaltungsvor- und nachlauf erbracht werden.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Gastronomie				
Eintritte	0,00	0,00	0,00	-
Verkaufserlöse (eigene Veranstaltungen)	12.369,68	22.938,23	10.568,55	85,44%
Verkaufserlöse (Vermietungsgeschäft)	3.114,09	17.911,21	14.797,12	475,17%
Vermietung	0,00	50,00	50,00	
Dienstleistungen (Garderobe + Service)	2.325,50	10.923,75	8.598,25	369,74%
Sponsoring	0,00	0,00	0,00	-
	17.809,27	51.823,19	34.013,92	190,99%

Nach wie vor rundet das Kundenangebot der hauseigenen Gastronomie mit einem kompetenten Service das gesamte Leistungspaket der Schauplatz Langenfeld GmbH ab.

Kino (REX-Kino, Kino Kaarst, Freizeitstätte Garath, Herbstkino Monheim am Rhein)

Das positiveErgebnis im Bereich Kino, das sich schon in der zweiten Hälfte von 2021 abgezeichnet hat, konnte auch in 2022 weitergeführt werden. Mit 45.471 Besuchern kamen in 2022 insgesamt 22.086 mehr Besucher in unsere Kinosäle als 2021. Im Vergleich zu 2021, in dem im ersten Halbjahr die Kinos geschlossen waren, ist das eine Steigerung von 94,45 %. Im letzten vorpandemischen Jahr 2019 haben 56.905 Besucher unsere Kinos besucht. Das sind 20 % mehr als in 2022.

Das Kino in der Freizeitstätte Garath war 2022 wegen Umbauarbeiten größtenteils geschlossen. Der Spielbetrieb wurde am 01.12.2022 wieder aufgenommen. Das Herbstkino in der Aula am Berliner Ring in Monheim wird seit 2022 nicht mehr von der Schauplatz Langenfeld GmbH betrieben. Dafür wird im Mai 2023 das Kino im Forum Wasserturm in Meerbusch als weitere Leinwand dazukommen.

	2021	2022	Veränderung	
Besucher				
REX-Kino	20.899	38.526	17.627	84,34%
Kino Kaarst	2.048	6.623	4.575	223,39%
Freizeitstätte Garath	0	322	322	-
Herbstkino Monheim	438	0	-438	-100,00%
	23.385	45.471	22.086	94,45%

Im Bereich des Kinos konnten die Umsatzerlöse in 2022 von insgesamt 241.636,55 € in 2021 auf 466.546,36 € in 2022 gesteigert werden. Das ist eine Erhöhung von 93,08 %.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Kinos (REX, Kaarst, Garath)				
Erlöse aus Eintritt	155.085,05	300.529,04	145.443,99	93,78%
Erlöse aus Getränkeverkauf	30.771,00	57.458,86	26.687,86	86,73%
Erlöse aus Süßwarenverkauf	47.092,12	96.982,82	49.890,70	105,94%
Erlöse aus Kinowerbung	5.456,37	8.546,47	3.090,10	56,63%
Erlöse aus Dienstleistungen	3.232,01	1.779,17	-1.452,84	-44,95%
Erlöse aus Vermietung	0,00	1.250,00	1.250,00	-
	241.636,55	466.546,36	224.909,81	93,08%

Wirtschaftliche Lage

Allgemein

Die Angebote der Schauplatz Langenfeld GmbH tragen zur kulturellen Grundversorgung der Stadt Langenfeld bei. Durch den finanziellen Rahmen, den die Stadt Langenfeld mit dem Leistungsbeitrag vorgibt, ist die Schauplatz Langenfeld GmbH in der Lage die direkten Veranstaltungskosten selbst zu finanzieren.

Das REX-Kino wurde in 2013 bereits von einem neuen Eigentümer übernommen. Der Pachtvertrag wurde ab 01.01.2019 um 20 Jahre verlängert.

Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse sind insgesamt von 391.160,91 € in 2021 auf 806.329,07 € € in 2022 um 374.293,06 € gestiegen. Das ist eine Steigerung von 86,63 % zum Vorjahr.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Umsatzerlöse				
Veranstaltungen Schauplatz / Schaustall	64.866,49	144.758,55	79.892,06	123,16%
Vermietungsgeschäft	107.723,70	143.200,97	35.477,27	32,93%
Gastronomie	17.809,27	51.823,19	34.013,92	190,99%
Kinos (REX, Kaarst, Garath)	241.636,55	466.546,36	224.909,81	93,08%
	432.036,01	806.329,07	374.293,06	86,63%

Den größten Bereich der Umsatzerlöse generiert die Sparte Kino mit 466.546,36 €, gefolgt von den eigenen Veranstaltungen und dem Vermietungsgeschäft mit jeweils knapp 18 % der Gesamtumsatzerlöse. Das Veranstaltungs- und Vermietungsgeschäft wird durch die eigene Gastronomie unterstützt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 149.606,42 € in 2021 auf 163.321,59 € in 2022 um 9,17 % gestiegen. Den größten Posten bilden dabei die Erlöse aus den an die Stadt Langenfeld weiterzubelastenen Kosten für die Reinigung des Kulturzentrums und der Bibliothek. 2022 fielen die Zuschüsse für die in 2021 noch bestehende Kurzarbeit der Agentur für Arbeit weg. Die Energiepreispauschale in Höhe von 300,00 €, die pro anspruchsberechtigten Mitarbeiter in 2022 ausgezahlt wurde, wurde als sonstiger Ertrag in Höhe von insgesamt 10.800,00 € zurückerstattet.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
sonstige betriebliche Erträge				
Erlöse aus der Kostenweiterbelastung	56.022,68	87.432,60	31.409,92	56,07%
Betriebsfremde Erträge	0,00	0,00	0,00	
Periodenfremde Erträge	2.897,19	5.299,33	2402,14	82,91%
Sonstige Erträge unregelmäßig	0,00	0,00	0,00	
Ertrag aus Abgang von AV Gegenständen	0,00	0,00	0,00	
Erträge Auflösung von Rückstellungen	75,00	1.088,20	1.013,20	1350,93%
Erträge Auflösung stl. Sonderabschr.	58.792,59	58.667,55	-125,04	-0,21%
Sonstige Erträge	31.818,96	10.833,91	-20.985,05	-65,95%
	149.606,42	163.321,59	13.715,17	9,17%

Investitionen und Zuschüsse

Die Stadt Langenfeld stellt der Schauplatz Langenfeld GmbH jährlich 20.000,00 € als Investitionszuschuss zur Verfügung. Da der von der Stadt Langenfeld zur Verfügung gestellte Investitionszuschuss nur für Investitionen für den eigenen Veranstaltungsbetrieb ausgezahlt wurde, mussten Investitionen für das Vermietungsgeschäft und das Rex-Kino von der Schauplatz Langenfeld GmbH allein getragen werden.

Insgesamt wurde für 30.118,54 € Inventar angeschafft. Der Investitionszuschuss wurde in 2022 hauptsächlich für Ersatzbeschaffungen für defekte oder veraltete Technik benutzt. Der Zuschuss der Stadt Langenfeld betrug in 2022 insgesamt 19.973,80 €.

Materialaufwand

Die Ausgaben für Waren, Künstlergagen, Filmabgaben, Fremdleistungen u. ä., die im direkten Zusammenhang mit den Veranstaltungen stehen, sind von 176.372,42 € in 2021 auf 382.961,43 € in 2022 um 117,13 % % gestiegen. Der Materialaufwand im Vorcoronajahr 2019 liegt bei 561.503,59 €.

Beim Wareneinkauf macht sich die inflationäre Preissteigerung für Rohstoffe und Lebensmittel stark bemerkbar. Kostete beispielsweise 2021 ein 25 kg-Sack Zucker zur Popcornherstellung noch 28,90 € so ist der Preis 2022 auf 48,26 € angestiegen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beträgt in 2022 insgesamt 1.115.411,39 € und ist damit um 314.585,42 € gestiegen (39,28 %). Die Belegschaft der Schauplatz Langenfeld GmbH ist im Oktober 2021 aus der Kurzarbeit zurückgekehrt. Die Gehälter liegen damit wieder auf Vorcoronaniveau.

Eine Anhebung des Mindestlohns für geringfügig Beschäftige auf 10,45 €/Stunde erfolgte zum 01.07.2022. Seit Oktober 2022 beträgt der Mindestlohn 12,00 €/Stunde.

Im Leistungsbereich der Betreuungsaufgaben werden auch weiterhin erhöhte Personalkosten ausgelöst. Die Öffnungs- und Betriebszeiten des Kulturzentrums erstrecken sich über den Zeitraum von Montag bis Sonntag von 8:00 Uhr bis mindestens 22:00 Uhr und teilweise darüber hinaus. Das technische Personal wird vom Schauplatz Langenfeld für diese Zeit bereitgestellt. Es fallen vermehrt Kosten für die Zahlung der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit an. Auch wenn im Schauplatz keine Veranstaltungen möglich waren, musste für die stattfindenden Angebote im Kulturzentrum und der Bibliothek das Hausmeisterpersonal im Zweischichtsystem eingesetzt werden.

Abschreibungen

Die Abschreibungen sind von 72.654,92 € in 2021 auf 65.895,80 € in 2022 um 9,3 % gesunken. Den Abschreibungen stehen die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Zuschüsse gegenüber.

Betriebliche Aufwendungen

Insgesamt sind die Kosten von 1.168.046,12 in 2021 auf 1.524.567,07 € in 2022 um 30,52 % gestiegen.

Die Raumkosten sind in 2022 wegen der wieder normal ausgeführten Reinigungsarbeiten gegenüber 2021 gestiegen. Durch den stark eingeschränkten Spielbetrieb in 2021 wurde auch der Reinigungsaufwand entsprechend reduziert.

Das Firmenfahrzeug, ein Renault Trafic, ist in die Jahre gekommen. Mittelfristig sollte das alte Fahrzeug durch ein Neues ersetzt werden.

Die Werbe- und Reisekosten sind von 16.500,35 € in 2021 auf 23.185,19 € in 2022 gestiegen. Durch das Wiederstattfinden von Veranstaltungen konnte das Programmheft „Schaulust" wieder regelmäßig erscheinen. Auch Messen wie die Berlinale konnten 2022 wieder stattfinden.

Die Kosten für Reparatur- und Instandhaltung sind um 21,30 % von 24.455,95 € in 2021 auf 29.663,94 € in 2022 gestiegen. Einige größere Reparaturen mussten durchgeführt werden.

	2021	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Personalkosten	800.825,97	1.115.411,39	314.585,42	39,28%
Raumkosten	200.386,95	219.590,83	19.203,88	9,58%
Betriebliche Steuern	348,00	348,00	0,00	0,00%
Versicherungen, Beiträge	18.245,23	21.249,60	3.004,37	16,47%
Kfz Kosten ohne Steuern	1.234,40	1.024,87	-209,53	-16,97%
Werbe- und Reisekosten	16.500,35	23.185,19	6.684,84	40,51%
Kosten der Warenabgabe	107,40	216,61	109,21	101,69%
Abschreibungen	72.654,92	65.895,80	-6.759,12	-9,30%
Reparaturen, Instandhaltungen	24.455,95	29.663,94	5.207,99	21,30%
Sonstige Kosten	33.287,05	47.980,84	14.693,79	44,14%
Gesamtkosten	1.168.046,22	1.524.567,07	356.520,85	30,52%

Entwicklung der Kapitalrücklage

Um den Jahresfehlbetrag zum 31.12.2022 abzudecken wurde die Kapitalrücklage um 174.127,56 € aufgebraucht.

Die Kapitalrücklage entwickelt sich wie folgt:

– Stand 01.01.2022	Euro	192.531,16
– Einstellung Defizitausgleich Stadt Langenfeld	Euro	865.000,00
– Entnahme Defizitausgleich	Euro	-1.039.127,56
– Stand 31.12.2022	Euro	18.403,60

Zukünftige Entwicklung, Risiken und Chancen

Die Schauplatz Langenfeld GmbH erarbeitete sich in den vergangenen Jahren eine Marktposition, die Basis für eine positive Entwicklung ist. Sie bietet weiterhin ein exzellentes Kulturangebot und steht für interkommunale Zusammenarbeit und zukunftsweisende Kooperationen. Durch den Leistungsbeitrag der Stadt Langenfeld wird die Schauplatz Langenfeld GmbH in die Lage versetzt, weiterhin auf einem angemessenen Niveau agieren zu können.

Im Laufe der Zeit ist es durch das hohe Besucheraufkommen im Schauplatz durch eigene Veranstaltungen und Vermietungen/Messen zu Abnutzungen des Gebäudes und des eingebauten Inventars gekommen. Um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Städten aufrechtzuerhalten, ist es dringend notwendig mit der Stadt Langenfeld als Vermieter über Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten zu sprechen.

Die Schauplatz Langenfeld GmbH wird von Künstlern gerne für die Vorstellungen ihrer Programme

ausgesucht. Über die Jahre haben sich intensive Kontakte mit den Künstlern und Agenturen gebildet, die eine langfristige Planung hochwertiger Veranstaltungen möglich machen lässt.

Die Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld von 2001 über die Betreuung des Kulturzentrums wurde Ende 2022 / Anfang 2023 inhaltlich und kostenmäßig mit den Nutzern des Kulturzentrums überarbeitet. Voraussichtlich tritt die neugefasste Vereinbarung im dritten Quartal 2023 in Kraft. Bis zum Inkrafttreten ist der technische und personelle Betreuungsaufwand weiterhin hoch. Der Vertrag mit der Firma Bilo, die die Reinigung des Kulturzentrums und der Bibliothek durchführen, wurde Anfang 2022 zum 31.12.2022 gekündigt. Das Gebäudemanagement hat die Stelle neu ausgeschrieben und verwaltet selbst die Reinigungsarbeiten im Kulturzentrum und der Bibliothek.

Kostenrisiken werden durch eine möglichst detaillierte, der Realität des zukünftigen Geschäftsjahres entsprechende, Planung begrenzt.

Wegen des hohen Personalkostenanteils stellen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst generell ein beträchtliches Aufwandsrisiko für den Eigenbetrieb dar.

Infolge gesetzlicher Bestimmungen haben sich die Sicherheitsauflagen für Versammlungsstätten weiter erhöht. Für zahlreiche Veranstaltungen ist die Anwesenheit eines Meisters für Veranstaltungstechnik sowie fachlich ausgebildetes Personal wie Sicherheitspersonal notwendig. Die steigenden Personal- und Fremd- / Dienstleistungskosten mindern die Wirtschaftlichkeit des Veranstaltungsbetriebs erheblich.

Die Corona-Pandemie ist in den letzten drei Jahren als erheblicher Risikofaktor hinzugekommen. Obwohl das Ereignis „Corona-Pandemie" länger als ursprünglich erwartet angehalten hat, gehen wir nicht von einer Wiederholung eines solchen Ereignisses in den nächsten Jahren aus. Die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie wird als gering eingestuft. Dennoch zeigte sich während der Corona-Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind und bis heute noch nachklingen.

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Lage stellt seit dem Geschäftsjahr 2022 der Russland-Ukraine-Krieg mit seinen Folgeeffekten dar. Energiepreissteigerungen, Kostensteigerungen bei Sach- und Dienstleistungen, Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel führen zu derzeit schwer zu überschaubaren Kostenrisiken für Unternehmen und Kommunen. Eine stetige Beobachtung der Krisenauswirkungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist dabei unumgänglich.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nah § 5 LGG liegt für die Gesellschaft für das Jahr 2022 nicht vor.

3.4.1.3 Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein

Basisdaten

Anschrift	Johann-Vaillant-Straße 8, 40721 Hilden
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 33,3 % Stadt Hilden 33,3 % Stadt Monheim 33,3 %
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendberufshilfe und der beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigungsförderung. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch a) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen, die der Eingliederung erwerbsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in das Arbeitsleben dienen; b) die Entwicklung, Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten, die geeignet sind, von Arbeitslosigkeit bedrohte und betroffene Personen im regulären Arbeitsmarkt zu platzieren, die Position von Beschäftigten am Arbeitsmarkt durch Qualifizierung zu verbessern sowie Gelegenheit zur Beschäftigung anzubieten; c) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Bildung, Beratung und Orientierung; d) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe gem. § 13 SGB VIII Sozialgesetzbuch in der jeweils gültigen Fassung, die helfen, soziale Benachteiligung und individuelle Beeinträchtigungen von jungen Menschen zu verringern und ihre soziale, schulische und berufliche Integration zu fördern; e) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der Fachkräftesicherung vor Ort, insbesondere der Begleitung in die Ausbildung und während der Ausbildung; f) die Integration von Behinderten, sozial Bedürftigen und Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen in Arbeitsförderungs-, Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen; g) die Zusammenarbeit mit Institutionen, die sich einem gleichen

	oder ähnlichen Gesellschaftszweck widmen bzw. diesen fördern.
Gründungsdatum	02.10.1985
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 20.10.2022
Stammkapital	78.000,00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadt Langenfeld Rhld.; 26.000,00 € Stadt Hilden; 26.000,00 € Stadt Monheim; 26.000,00 €
Geschäftsführung	Herr Olaf Schüren
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Gesellschafterversamm-lung	Herr Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Langenfeld Herr Daniel Zimmermann, Bürgermeister Stadt Monheim am Rhein Herr Dr. Claus Pommer, Bürgermeister Stadt Hilden
Aufsichtsrat	Florian Große-Allermann, Vorsitzender, Rechtsassessor Jürgen Brüne Polizeibeamter Sönke Eichner Beigeordneter der Stadt Hilden Annegret Gronemeyer Lehrerin im Ruhestand Sonja Wienecke, Fachbereichsleiterin Jugend, Schule und Sport Andreas Menzel Privatier Simone Feldmann Bereichsleitung Kinder, Jugend und Familie der Stadt Monheim a.R. Susanne Brandenburg Landesbeamtin Christoph Bosbach Erzieher (bis 04.08.2022) Sarah Buchner Regierungsoberinspektorin (ab 04.08.2022) Stefanie Einheuser, Studentin Dirk Kapell, Hausmann Lina Schlupp, Sozialpädagogin
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2021 über 83 Arbeitnehmer
Wirtschaftsprüfer	U. Koch und S.Schäfer (beide 8P Treuhand GmbH)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendberufshilfe und der beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigungsförderung. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist der Geschäftsführer Herr Olaf Schüren. Gesellschafter sind die Städte Langenfeld Rhld., Stadt Monheim am Rhein und die Stadt Hilden mit einer Stammeinlage in Höhe von jeweils 26.000,00 € (33,3 %). Stammkapital gesamt 78.000,00€.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld besteht in Form eines Zuschusses der Stadt Langenfeld an die interkommunale gGmbH in Höhe von 130.000,00 €.

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Es bestehen nach § 285 Nummer 3a HGB anzugebende, nicht in der Bilanz ausgewiesene oder zu vermerkende Verpflichtungen aus diversen Mietverträgen; zum Bilanzstichtag im Gesamtbetrag von rund TEUR 472. Die Mietverpflichtungen für die Geschäftsräume in Hilden betragen TEUR 99 p.a. zzgl. Mietnebenkosten. Der Mietvertrag läuft bis zum 30. Juni 2026. Für einen Mietvertrag mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten zum Quartalsende beträgt die Miethöhe TEUR 18 p.a. zzgl. Mietnebenkosten. Ferner wurden zwei Mietverträge mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Monatsende abgeschlossen, deren Mietverpflichtungen TEUR 16 p.a. zzgl. Mietnebenkosten betragen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nah § 5 LGG liegt für die Gesellschaft für das Jahr 2022 nicht vor.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

		31.12.2022 EUR		31.12.2021 EUR
A.	**ANLAGEVERMÖGEN**			
I.	Sachanlagen			
1.	Technische Anlagen und Maschinen	25,00		27,00
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.018,00		5.687,00
			5.043,00	5.714,00
			5.043,00	5.714,00
B.	**UMLAUFVERMÖGEN**			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	217.916,19		185.354,32
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	6.790,68		3.052,22
			224.706,87	188.406,54
II.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		365.702,41	400.935,39
			590.409,28	589.341,93
C.	**RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**		2.532,00	2.532,00
			597.984,28	597.587,93

PASSIVA

		31.12.2022 EUR		31.12.2021 EUR
A.	**EIGENKAPITAL**			
I.	Gezeichnetes Kapital		78.000,00	78.000,00
II.	Kapitalrücklage		172.000,00	172.000,00
III.	Gewinnvortrag		275.501,41	277.849,61
IV.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag		12.750,14	-2.348,20
			538.251,55	525.501,41
B.	**RÜCKSTELLUNGEN**			
1.	Sonstige Rückstellungen		32.616,00	48.254,00
C.	**VERBINDLICHKEITEN**			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.417,98		7.242,09
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	22.698,75		16.590,43
			27.116,73	23.832,52
			597.984,28	597.587,93

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung[6]

		2022 EUR		Vorjahr EUR
1.	**Umsatzerlöse**		1.984.452,89	1.851.309,18
2.	**Sonstige betriebliche Erträge**		414.096,95	405.446,12
3.	**Rohergebnis**		2.398.549,84	2.256.755,30
4.	**Personalaufwand**			
	a. Löhne und Gehälter	-1.452.730,58		-1.365.891,64
	b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-395.135,69		-383.433,67
			-1.847.866,27	-1.749.325,31
5.	**Abschreibungen**			
	a. auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-5.340,80	-6.580,85
6.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**		-531.044,42	-501.649,13
7.	**Betriebsergebnis**		14.298,35	-799,99
8.	**Ergebnis nach Steuern**		14.298,35	-799,99
9.	**Sonstige Steuern**		-1.548,21	-1.548,21
10.	**Jahresüberschuss/-fehlbetrag**		12.750,14	-2.348,20

Kennzahlen

	2022	**2021**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,97	87,96	+2,01
Eigenkapitalrentabilität	2,37	-0,45	+2,82
Anlagendeckungsgrad 2	10.673,24	9.196,73	+1.476,51
Verschuldungsgrad	11,10	13.72	-2,62
Umsatzrentabilität	0,72	-0,04	-1,73

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über 87 Arbeitnehmer, die sich im Jahr 2022 auf 24 Angestellte in Voll- und Teilzeit aufteilen, sowie 63 Auszubildende.

[6] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde zum 01.01.2015 gegründet. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung. Der Sitz der Gesellschaft ist in Hilden.

Der Zweck der Gesellschaft ist festgeschrieben im § 2 des Gesellschaftsvertrages „Zweck der Gesellschaft". Danach heißt es:

1. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendberufshilfe und der beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigungsförderung.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch
   a) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen, die der Eingliederung erwerbsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in das Arbeitsleben dienen;
   b) die Entwicklung, Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten, die geeignet sind, von Arbeitslosigkeit bedrohte und betroffene Personen im regulären Arbeitsmarkt zu platzieren, die Position von Beschäftigten am Arbeitsmarkt durch Qualifizierung zu verbessern sowie Gelegenheit zur Beschäftigung anzubieten;
   c) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Bildung, Beratung und Orientierung;
   d) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe gem. § 13 SGB VIII Sozialgesetzbuch in der jeweils gültigen Fassung, die helfen, soziale Benachteiligung und individuelle Beeinträchtigungen von jungen Menschen zu verringern und ihre soziale, schulische und berufliche Integration zu fördern;
   e) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der Fachkräftesicherung vor Ort, insbesondere der Begleitung in die Ausbildung und während der Ausbildung;
   f) die Integration von Behinderten, sozial Bedürftigen und Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen in Arbeitsförderungs-, Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen;
   g) die Zusammenarbeit mit Institutionen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Gesellschaftszweck widmen bzw. diesen fördern.

Vor diesem Hintergrund unterhält und entwickelt diese Gesellschaft daher u.a. umfangreiche und differenzierte Angebote zur beruflichen Orientierung und Qualifizierung, Beratung, Förderung schulischer Abschlüsse, Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung und Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und Beschäftigung.

Diese Angebote erfordern spezifische und sozialpädagogisch besonders qualifizierte Hilfen, die dem jeweiligen Bedarf an Förderung gerecht werden. Dazu kommen vorgegebene und eigenständige Konzepte und spezifische Methoden wie individuelle Förderplanung, Kompetenzfeststellung, Bildungsbegleitung, Case Management und Berufs- und Lebensplanung zum Einsatz.

Wichtige Leitlinie ist dabei die Kooperation mit den verantwortlichen Institutionen im Übergangsbereich von der Schule in den Beruf (Einrichtungen der Kommunen [Jugendhilfe usw.], Schulen, Arbeitsagentur und Jobcenter, Betriebe, Verbände, etc.).
Die Teilnehmer*innen sollten nach Abschluss der jeweiligen Maßnahmen in der Lage sein,

- ihr Leben eigenverantwortlich zu führen,
- eine Berufstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuüben,
- weiterführende Angebote im regulären Berufsbildungs- und Schulsystem wahrzunehmen.

Angestrebtes Ziel jeder Maßnahme ist letztendlich die nachhaltige Vermittlung in den Arbeitsmarkt oder in arbeitsmarktnahen Feldern.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

„Die Gewinnung von Jugendlichen für eine duale Ausbildung bleibt auch 2022 eine der zentralen Herausforderungen zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs unserer Wirtschaft", erklärt BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser und weiter: *„Die Coronapandemie hat bei der Berufsausbildung zu erheblichen Attraktivitätsverlusten bei Jugendlichen geführt, die nur schwer aufzuholen sind und die die zukünftige Fachkräfteentwicklung mehr und mehr behindern wird. Von daher sind dringend erfolgswirksame Impulse mit Lenkungswirkung vonnöten, die das Interesse junger Menschen an einer Berufsausbildung erhöhen." (BIBB Pressemitteilung 41/2022, vom 14.12.2022)*

Neben der Herausforderung, wie junge Menschen für eine duale Ausbildung gewonnen werden können, muss wohl ebenfalls geklärt werden, wie ausbildungsinteressierte Jugendliche erfolgreich bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt und wie Ausbildungsangebot und -nachfrage besser zusammengebracht werden können.

Die Arbeitslosenquote in NRW lag im Dezember 22 bei 7,4 Prozent (im März lag die Quote bei 7,3 Prozent). Die Jugendarbeitslosenquote (15 bis unter 24 Jahre) in Nordrhein-Westfalen lag 2022 im Schnitt bei 5,3%. Laut Arbeitsagentur beruht die Arbeitslosigkeit der 15- bis unter 25-Jährigen überwiegend auf den Problemen, die beim Übergang in das Ausbildungssystem und nach dem Abschluss der beruflichen Ausbildung entstehen. In diesen Übergangsphasen gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit. Letztlich bleibt festzuhalten, dass die Jugendarbeitslosigkeit in NRW seit 2018 relativ stagniert und bei der Zielgruppe Ü25 ein Anstieg zu verzeichnen ist. *(Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)*. Im Kreis Mettmann lag die Arbeitslosenquote im Dezember bei 6,2%.

Diese Zahlen verdeutlichen aus unserer Sicht vor allem eines, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter gelingt es auch bei einem relativ stabilen Arbeitsmarkt *(„Der NRW-Arbeitsmarkt ist 2022 trotz schwieriger konjunktureller Einflussfaktoren weitestgehend stabil geblieben/ Regionaldirektion 19.12.2022 | Presseinfo Nr. 37")* anscheinend nicht, ausreichend Erwerbslose an den Markt zu bringen, um den Fachkräftemangel zu schmälern oder das Passungsproblem zwischen Ausbildungsstellensuchenden und -Anbietern durch entsprechende, breitgefächerte Förderangebote für die Zielgruppe U25 abzufedern.

In der Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2022 ist die Analyse klar *(BIBB Presseerklärung 13/2022, vom 11.05.2022)*:

„Die Situation am Ausbildungsmarkt bleibt auch nach zwei Jahren mit Corona-Einschränkungen herausfordernd. Die Gefahr einer Abwärtsspirale bei den Neuverträgen ist nicht gebannt. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt trotz einer Steigerung von 1,2 % deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Es besteht die Gefahr, dass sich der Ausbildungsmarkt wie schon nach der Finanzkrise nicht mehr gänzlich erholt. Dies hätte schwerwiegende negative Konsequenzen für die Lebenschancen einer großen Zahl junger Menschen und für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Unternehmen …
Der Rückgang der Ausbildungsbetriebsquote wie auch der deutliche Rückgang der Bewerberinnen und Bewerber sind wichtige Signale für die weitere Entwicklung. Für die Bekämpfung des Fachkräftemangels ist es außerdem erforderlich, das passgenaue

Zusammenführen von Angebot und Nachfrage weiter zu verbessern. Dafür muss die berufliche Orientierung gestärkt und eine bedarfsorientierte Unterstützung gewährleistet werden, um den Übergang in Ausbildung sicherzustellen ...
Besorgniserregend ist der drastische Rückgang der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Es ist zu befürchten, dass viele junge Menschen durch die Einschränkungen der Berufsorientierung nicht erreicht werden konnten und auf andere Wege ausgewichen sind. Hierfür sind dringend weitere Untersuchungen notwendig ...
Trotz des Fachkräftemangels münden immer noch nur rund zwei Drittel der ausbildungsinteressierten jungen Menschen tatsächlich in eine reguläre Ausbildung ein. Damit wird das große Potenzial zur Gewinnung von Auszubildenden deutlich, das von den Betrieben nicht ausgeschöpft wird ...“

Vor diesem Hintergrund ist es beachtlich, dass im Kreis Mettmann Förderkapazitäten seitens der Arbeitsagentur und des Jobcenters reduziert werden (bei uns Plätze der außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen und der Arbeitsgelegenheiten, ...).

Welche Statistik und welches Argument auch immer herangezogen wird, Fakt bleibt, dass es sehr notwendig ist, dass das im Koalitionsvertrag festgehaltene Versprechen zur Stärkung der beruflichen Bildung vor allem vor Ort schnell angegangen wird. Wir können es uns nicht mehr leisten, Menschen auf dem Weg in die Ausbildung zu verlieren, und wir sollten allen die Chance auf einen Berufsabschluss ermöglichen. Wir Bildungsträger sind dazu bereit.“

Die Finanzierung der Leistungen der Bildung³ gGmbH erfolgt hauptsächlich über die Haushalte der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, z.T. aus Landesmitteln und der drei Gesellschafterkommunen und unterliegen damit der politischen Einflussnahme. Von daher gestalten sich die Rahmenbedingungen unserer Arbeit nach wie vor aus den Vorgaben der betroffenen Rechtskreise und den hieraus resultierenden Bestimmungen, wie z.B. den Ausschreibungsverfahren.

Die Finanzmittel, die für arbeitsmarktpolitische und berufliche Bildungsmaßnahmen insgesamt zur Verfügung gestellt werden, waren in den letzten Jahren recht stabil. Wenngleich sich auch die Fokussierung auf diverse Zielgruppen regelmäßig ändert. Derzeit gibt es keine belastbaren Erkenntnisse bzw. Informationen von Seiten der Bedarfsträger, dass mittelfristig mit existenzbedrohenden Begrenzungen der zur Verfügung gestellten Mittel zu rechnen ist.

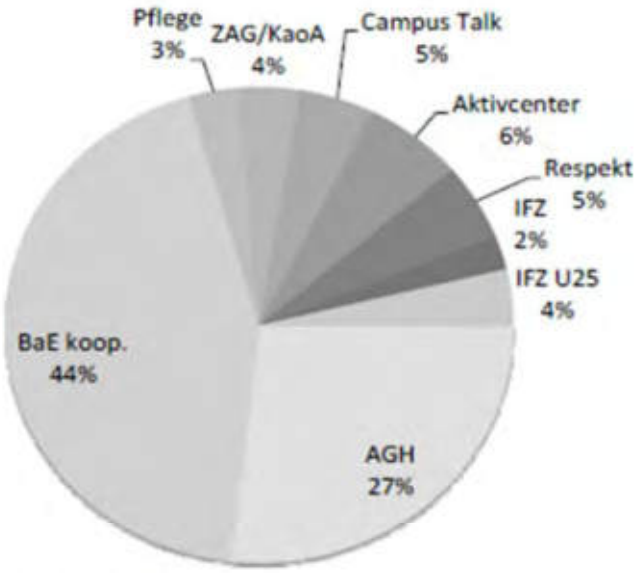
Inwieweit sich die aktuelle wirtschaftliche Lage und die „Nachwehen der Corona-Pandemie“ auf den beruflichen Bildungssektor und somit auf die Förderung unserer Zielgruppen auswirkt, ist im Moment noch nicht abzusehen. In Hinsicht auf die Entwicklung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und den jetzt schon zu beklagenden Arbeits- und Fachkräftemangel, könnte in den kommenden Jahren jedoch von einem erhöhten Bedarf an beruflicher Qualifikation ausgegangen werden. Tendenziell wäre dann mit einer besseren Marktlage für Einrichtungen der beruflichen Bildung zu rechnen, da die Zielgruppen für diese Einrichtungen für einen Arbeitsmarkt qualifiziert und vorbereitet werden müssen.

2. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2022 bildeten folgende Maßnahmen die wesentlichen Schwerpunkte unserer Förderarbeit:

	Projekt	Gesetzliche Verankerung
1.	AGH „für aktiv"	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
2.	AGH „SH-Möbellager"	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
3.	AGH „Industriestr."	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
4.	AGH „Fahrradwerkstatt" Langenfeld	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
5.	AGH „Fahrradwerkstatt" Hilden	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
6.	Aktivcenter U25	individuelles Aktivcenter, gem. § 16 I SGB II i.V.m. § 45 I S. 1 SGB III
7.	BaE koop	Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung nach § 76 SGB III – kooperatives Modell –
8.	„CampusTalk"	Beratungsstelle im Rahmen des Förderprogramms „Aufholen nach Corona"(Land NRW/ Bund)
9.	IFZ (bis Juni)	„individuelles Förderzentrum" - § 16 I SGB II i.V.m. § 45 I S. 1 Nrn. 1, 2 und 5 SGB III
10.	IFZ U25 (ab August)	„INDIVIDUELL UND FLEXIBEL FÜR DEINE ZUKUNFT" nach § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 Abs. 1 S. 1 SGB III / U25
11.	KAoA	Potenzialanalyse für Schüler/-innen der Jahrgangsstufe 8 i.R. „Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf NRW"
12.	„Pflege" (ab August)	„freie Förderung nach Förderantrag" auf Grundlage der §§ 16f SGB II und 23 und 44 BHO
13.	Respekt	Gem. § 16 F SGB II
13.	ZAG	Zukunft aktiv gestalten, i.R. ESF-Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier"
14.	Module	z.B. Grundausbildungslehrgänge und Prüfungsvorbereitung für externe Betriebe

Die Verteilung der angebotenen Hilfemaßnahmen ist im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleichgeblieben.



Verteilung der Umsatzerlöse

Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist Herr Bürgermeister Dr. Claus Pommer. Das Ratsmitglied, Herr Florian Große-Allermann, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Herr Olaf Schüren ist alleiniger Geschäftsführer der Bildung³ gemeinnützigen GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein. Seine finanziellen Mittel erhielt der Betrieb - wie in den Jahren zuvor - im Wesentlichen von der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Mettmann (ME-aktiv), die die Kosten des betreuenden Personals weitgehend übernahm. Die Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein trugen im Jahr 2022 als Gesellschafter mit einem Zuschuss in Höhe von insgesamt 390.000 Euro zum Betrieb der Gesellschaft bei.

Im Jahr 2022 weisen wir einen Jahresüberschuss in Höhe von 12.750 Euro aus. Zum Ende des Jahres 2022 beschäftigte die Gesellschaft 32 Vollzeit- bzw. Teilzeitkräfte (incl. der drei städt. Angestellten der Stadt Monheim am Rhein) und zwei Honorarkräfte zur Durchführung der genannten Projekte. In den Projekten wurden ca. 185 Teilnehmer*innen ausgebildet, qualifiziert oder anderweitig gefördert. Darüber hinaus befanden sich 75 Hildener Jugendliche in der Betreuung des Projektes KaoA.

3. Lage

a) Vermögens- und Finanzlage

Die Bildung³ gemeinnützigen GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein ist vom zuständigen Finanzamt als gemeinnützig anerkannt; Körperschaftssteuer ist deshalb nicht anzusetzen. Nach wie vor erfüllt die Gesellschaft den Gegenstand der Errichtung und des Betriebes von Einrichtungen, die der Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in das Arbeitsleben dienen.

Die Gesellschaft schloss zum Ende des Geschäftsjahres 2022 mit einem positiven Bilanzergebnis ab. Unsere Finanzlage ist z. Zt. als gesichert zu bezeichnen, die Kapitalstruktur ist nach wie vor ausgewogen. Im Verlauf des Geschäftsjahres verfügte die Gesellschaft über eine gute, ausreichende Liquidität. Die Geschäftsführung ist bestrebt, in jedem Fall eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, um den regelmäßigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Zu Liquiditätsengpässen ist es im Jahr 2022 nicht gekommen.

Das Umlaufvermögen betrug zum 31.12.2022 590.409 Euro (im Vorjahr 589.342 Euro).

b) Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage ist den vorangegangenen Absätzen zu entnehmen. Im Wesentlichen generierten sich unsere Einnahmen aus den Angeboten, die wir für die Arbeitsagentur und das Jobcenter durchführten. Hier verteilen sich allerdings die Einnahmen auf mehrere Projekte, was sich bei einem Verlust einer oder mehrerer Maßnahmen weniger dramatisch auf die Gesamtsituation auswirkt.

Im Wirtschaftsplan 2022 gingen wir von Gesamterlösen in Höhe von 2.175.819 EUR aus. Der Jahresabschluss weist Gesamterlöse in Höhe von 2.398.550 EUR auf. Diese Abweichung ist im Wesentlichen dem Zugewinn von Bildungsmaßnahmen (BaE, CampusTalk, Pflege und IFZ U25) geschuldet.

Die Geschäftsführung bewertet die Gesamtvermögens- und Ertragslage als geordnet und den Umständen entsprechend als solide. Einnahmeverluste durch nichtsteuerbare Fehlbelegungen von Teilnehmerplätzen, Verlusten durch ganze Maßnahmen und Streichungen von Platzkontingenten, sowie Kostensteigerungen, vor allem im Personalbereich, konnten weitestgehend kompensiert werden.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzielle Leistungsindikatoren ziehen wir für unsere interne Unternehmenssteuerung insbesondere die Personalaufwandsquote (93,1% /Vorjahr 94,5%) und den Cash-Flow (Finanzmittelbestand am Ende der Periode TEUR 365,7/ Vorjahr 400,9) heran.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die nicht finanziellen Leistungsindikatoren sind im Wesentlichen die hohe Qualifikation des Maßnahmenpersonals und das über die vielen Jahre hinaus erworbene fachliche Know-how. Die Bildung³ gGmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die Bemühungen hinsichtlich Integrationsquote und Teilnehmerzufriedenheit weiter intensiviert und das gesamte Handeln an diesen Qualitätskriterien ausgerichtet. Die Integrationsquote (IFZ alt, BaE, ZAG, Respekt, AC 25, IFZ, Pflege) lag bei 50,4%. Die Teilnehmerzufriedenheit lag bei 98%. Bei der Integrationsquote ist zu beachten, dass sämtliche Maßnahmen nicht auskömmlich seitens der Auftraggeber besetzt wurden. Das bedeutet, dass die Mitarbeiter*innen auch nicht die Möglichkeit hatten, bedarfsgerecht und entsprechend der individuellen Voraussetzungen der Teilnehmer*innen zu agieren. Oder einfach gesagt, es bestand nicht die Möglichkeit auszuwählen. *Von daher ist die erreichte Integrationsquote als gut zu bewerten.**

III. Prognosebericht

Aufgrund der unbeständigen Rahmenbedingungen für unsere Geschäftsentwicklung ist es erforderlich, zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und zum Erhalt des qualifizierten Personals, laufend für eine entsprechende Auslastung und damit Finanzierung der durchgeführten Projekte zu sorgen. Um dieses zu gewährleisten werden die Projekte und insbesondere die Teilnehmerzahlen fortlaufend evaluiert, um rechtzeitig durch entsprechende Anpassungen (z. B. zeitnahe Meldung von Fehlbelegungen an die Bedarfsträger, Sichtung und Bewerbung auf neue Maßnahmen) auf Veränderungen reagieren zu können. Etwaige betriebliche Aufwendungen (Materialaufwendungen und der Personalaufwand) entwickeln sich im Bedarfsfall im Wesentlichen analog zur Leistungsausweitung. Sie sind abhängig von stattfindenden oder nicht realisierten Projekten.

Wir behalten die o.g. finanziellen Leistungsindikatoren im Auge. Seit 2016 hat sich die Personalaufwandsquote kaum verändert. Sie lag zwischen 93% und 95%. Wir erwarten eine stabile Entwicklung innerhalb der genannten Bandbreite. Der Finanzmittelbestand ist, trotz leichtem Rückgang, nach wie vor auf einem hohen Niveau. Bei erwartetem Verlauf wird mit einer ebenfalls stabilen Liquiditätsausstattung gerechnet.

Für das Jahr 2023 wurde ein ausgeglichener Wirtschaftsplan erstellt. Das Umsatzniveau für das Jahr 2023 kann zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht beziffert werden, da dies maßgeblich davon abhängt, welche Fördermaßnahmen letztendlich von den Bedarfsträgern weiter gefördert werden. War dies in der Vergangenheit für uns als Anbieter dieser Fördermaßnahmen wenigstens temporär noch halbwegs absehbar, so ist seit einiger Zeit das Handeln der Agentur für Arbeit kaum kalkulierbar. Mitunter werden ausgeschriebene Maßnahmen nach einem Jahr Laufzeit wieder eingestellt und ersatzlos gestrichen. Aus unserer Sicht dringend notwendige Fördermaßnahmen (z.B. außerbetriebliche Ausbildung, praxisorientierte Maßnahmen für Geflüchtete) werden zurückgefahren oder sind kaum mehr Thema. Bei den eventuellen Ausschreibungen in 2023 gehen wir von einer erneuten Auftragserteilung durch das Regionale Einkaufszentrum aus. Sollten Verluste oder Einschnitte erfolgen, müssen sowohl Erlös als auch Kostenanpassungen ergebnisneutral vorgenommen werden. In der Konsequenz bedeutet dies, das Personal freigestellt werden müsste. Inwieweit ein ausgeglichenes Ergebnis für das Geschäftsjahr 2023 realistisch ist, hängt also hauptsächlich davon ab, ob die Bedarfsträger die Maßnahmeplätze auskömmlich mit Teilnehmer*innen bestücken und ob im Falle des Verlustes einiger Projekte durch einen Zugewinn neuer Fördermaßnahmen eine Kompensation realisiert werden kann. Es besteht natürlich weiterhin das Risiko, dass geplante Hilfemaßnahmen verschoben oder abgesagt werden.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements nach DIN EN ISO 9001: 2015 und der Anerkennung unserer Gesellschaft als Trägerin nach AZAV steht für dieses mit besonderen Risiken behaftete Aufgabengebiet ein umfangreiches Risikomanagementsystem zur Verfügung. Die Ziele des Risikomanagementsystems der Gesellschaft liegen darin, eventuelle Risiken, die einen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit haben, frühzeitig zu erkennen und zu analysieren, um angemessen darauf reagieren zu können.

Nach wie vor zeichnet sich aus unserer Sicht ein dringender Handlungsbedarf für Hilfemaßnahmen ab. Aus der IAB-KURZBERICHT 19|2022 des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) „Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt nehmen in der Corona-Krise weiter zu":

„In der Corona-Krise zeigen die Daten der BA deutliche Rückgänge beim Ausbildungsstellenangebot, bei der Zahl der Bewerbungen und bei den registrierten Abschlüssen von neuen Ausbildungsverträgen, den sogenannten Einmündungen. Dabei fallen die Rückgänge der Einmündungen am stärksten aus und die Zahl der Bewerbenden geht stärker zurück als die der Stellenangebote. Diese Ergebnisse weisen aufzunehmende Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt hin, die über den Rückgang bei den Bewerbenden hinausgehen. Mögliche Gründe hierfür kön-

nen etwa die fehlende Übereinstimmung zwischen angebotenen Stellen und beruflichen Wünschen von Ausbildungsinteressenten oder zwischen dem regionalen Angebot und der regionalen Nachfrage sein. Weitere Gründe sind, dass die Qualifikationen der Bewerbenden nicht dem Anforderungsprofil der Betriebe entsprechen oder dass junge Menschen Alternativen im tertiären Bildungsbereich vorziehen. Allerdings haben die Passungsprobleme auch schon vor der Pandemie zugenommen ...
Aufgrund erschwerter Kontaktaufnahmen während der Pandemie fanden Bewerbende und die BA schwerer zueinander, was den Rückgang der Rückgang der Registrierungsquote teilweise erklärt und worunter die Aktivierung und Vermittlung von jungen Erwachsenen litt ..."

*Alle zuständigen Stellen sind sich einig beim Ergebnis der Analyse.** Und nun? Uns ist nicht bekannt ob es neue, bahnbrechende Beratungssettings oder Methoden der Herangehensweise an die potenziellen jungen Menschen seitens der Bedarfsträger gibt, noch ob solche realisiert werden. Der Markt wird die oben skizzierten Probleme wahrscheinlich nicht lösen. Es wird wohl kein Weg daran vorbeiführen, über Fördermodule auf diese Passungsprobleme zu reagieren. Zudem ist es wichtig, die potenzielle Klientel wieder zu identifizieren und an die Hilfsangebote anzudocken. Die Schnittstellen zwischen den Rechtskreisen SGB II, III und VIII müssen hier bedient werden. Ebenso wahrscheinlich ist es, dass dies die Aufgabe der Bildungsträger vor Ort sein wird.

IV. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Erreichung positiver operativer Ergebnisse ist im Wesentlichen von der Belegung der Maßnahmeplätze durch die Auftraggeber abhängig. Die restriktive Regelung der 70%igen „Durchfinanzierung" der Fördermaßnahmen macht eine passgenaue Personalplanung schwierig. Durch die unbeeinflussbare Abhängigkeit von politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die sich auf die Gestaltung der Fördermaßnahmen auswirken, unterliegt die Bildung³ gGmbH mit ihren Angeboten naturgemäß einem finanziellen Risiko. Die Gesellschaft konnte in den vergangenen Jahren die Risiken durch veränderte Rahmenbedingungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik weitestgehend erfolgreich auffangen. Die Angebotsstruktur wurde bedarfsgerecht entsprechend weiterentwickelt oder angepasst. Die Unzuverlässigkeit der Auftraggeber - Arbeitsagentur und Jobcenter - bei der Belegung der Maßnahmeplätze bleibt allerdings, unabhängig von der Maßnahmestruktur, bestehen und hat sich weiter verfestigt.

Somit liegen zum einen in den Projektausschreibungen der Bedarfsträger und im Nachgang in deren auskömmlichen Belegung der Plätze nach wie vor die größten Risiken. Die stringente Wettbewerbsorientierung und unsicher werdenden Projektbeauftragungen von Landes- und Bundesseite könnten sich natürlich negativ auf die Gesellschaft auswirken. Ob und welche Projektierungen an den Markt gebracht werden und ob diese auch regional ausgeschrieben werden, erfährt man erst am Tag der Veröffentlichung. Von daher ist die finanzielle Planung für das Jahr 2023 vorsichtig, auf der Grundlage der Belegungszahlen des Vorjahres vorgenommen worden. Mögliche Veränderungen, z. B. den Verlust von Maßnahmen oder Kürzungen der Platzkontingente, müssten durch Gegensteuerung kompensiert werden. Die Ertragslage des Unternehmens kann sich daher von Jahr zu Jahr verändern. Einen Ausgleich reduzierter oder wegfallender Zuschüsse durch eine Steigerung von Umsatzzahlen wie in anderen Unternehmen ist aufgrund des Geschäftsmodells, der Ausrichtung auf die Zielgruppe von jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen und die pädagogischen Aufgabenstellungen nur bedingt zu realisieren.

Auf verschiedenen Ebenen lassen sich die o.g. Risiken skizzieren:

- Alle Maßnahmen werden im Rahmen der bundesweiten Ausschreibungen auf der sog. „e-Vergabe-Plattform" von den Regionalen Einkaufszentren an den Markt gebracht
- Vertragspartner sind nicht die Arbeitsagenturen oder Jobcenter vor Ort, sondern die Regionalen Einkaufszentren
- Die Maßnahmen sind i.d.R. nicht durchfinanziert, das bedeutet, dass nur ein festgelegter Anteil der Platzkontingente (i.d.R. 70%) garantiert finanziert wird. Dies macht eine solide Personalplanung schwer möglich
- Die eingekauften Maßnahmeplätze werden von den Fachkräften der Arbeitsagentur und des Jobcenters vor Ort nicht ausschöpfend besetzt. Dies bedeutet eine ständige Unterbelegung der Maßnahmen, bei gleichzeitigem Personalüberhang und somit die Gefahr nichtgedeckter Kosten für den anbietenden Träger
- Zudem drohen aufgrund der Nichtbesetzung der Teilnehmerplätze die Streichungen dieser Förderangebote *(Begründung: Für die Bedarfsträger ist die „Fehlbelegung" von Maßnahme-Plätzen in diversen Projekten gleichbedeutend mit einem fehlenden Bedarf am Markt für diese Leistung!)*
- Die Kommunikation mit den Fachkräften beider Bedarfsträger vor Ort reduziert sich weitestgehend auf restriktive Maßnahme Prüfungen. Ein kreativer, regelmäßiger Austausch zur Entwicklung der Förderarbeit findet selten statt
- Die mittelfristige Planung von Projekten ist nur schwer möglich
- Geeignetes Personal ist unter diesen Umständen am Markt schwer zu generieren

Im Fall von rückläufigen Erträgen besteht das Risiko, dass sich der Personalaufwand nicht genauso schnell reduzieren lässt wie der Ertragsrückgang möglicherweise stattfindet. Das ist das größte Personalrisiko. Die zahlreichen, langjährigen Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen befristeter Arbeitsverträge bilden im Falle eines Klageweges, ebenfalls ein nicht zu unterschätzendes internes Risiko für die Gesellschaft. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und die damit verbundenen enormen Mehraufwendungen bestätigen die Geschäftsführung darin, dass die Bindung an den TVöD für die Gesellschaft langfristig ein Problem werden könnte. Umso mehr, da ja nach wie vor nicht klar ist, ob und wie der Plan der letzten großen Koalition, die Rahmenbedingungen befristeter Arbeitsverträge zu verändern (vergl. Entwurf KoaV S. 52), von der neuen Regierung umgesetzt wird. Die angekündigten Tarifforderung der Gewerkschaft VERDI von 10,5 % im Rahmen der aktuellen Tarifverhandlungen könnte die Gesellschaft dauerhaft nicht aus eigener Kraft erbringen. Hier wäre ein höherer Zuschuss der Gesellschafter-Kommunen von Nöten.

Die letzten drei Jahre waren aus unterschiedlichen Gründen sehr herausfordernd. Allerdings hat die Bildung³ gGmbH die äußeren, anspruchsvollen Umstände wie Pandemie und Energiekrise sehr gut kompensiert. Abhängigkeiten stellen sich jedoch unterschiedlich dar. Der Willfährigkeit unserer Auftraggeber bei der Entscheidung, ob Fördermaßnahmen am Markt platziert werden oder nicht sind wir allerdings vollends ausgeliefert. Solange wir die Möglichkeit haben uns aktiv in verändernde Prozesse einzubringen, helfen uns unsere Erfahrung, unsere Zielstrebigkeit und unsere Flexibilität dabei diesen Prozessen adäquat zu begegnen. Schwierig wird es, wenn uns die eigene Einflussnahme und die Gestaltungsmöglichkeit genommen werden.

Eine langfristige Prognose ist - wie in den vielen Jahren zuvor - aufgrund der Entwicklung am und unserer Abhängigkeit vom Bildungsmarkt daher nicht möglich. Bestandsgefährdende Risiken oder eine akute Gefährdung der Gesellschaft insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität, lässt die aktuelle Bilanz zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen.

2. Chancenbericht

Die Bildung³ gGmbH hat gerade in den vergangenen drei Jahren viele Risiken durch unbeeinflussbare äußere Faktoren weitestgehend auffangen können und ihre Angebote sogar noch bedarfsgerecht weiterentwickelt (z.B. ZAG, Pflege, IFZ). Wir gelten als Erfahrungsträger bei der Ausbildung und Betreuung sozial benachteiligter, lernschwacher Jugendlicher und Erwachsener. Die Gesellschaft kann flexibel auf ausgeschriebene Angebote reagieren und ist für potentielle Partner einer Bietergemeinschaft ein attraktiver Träger. Neben dem vorhandenen Knowhow stärkt die Zugehörigkeit zu den drei Kommunen des Südkreises auch die Reputation bei den Auftraggebern.

Die Geschäftsführung kontrolliert zyklisch die Durchführung der Aufgaben und der daraus abzuleitenden Maßnahmen mit dem Ziel der ständigen Qualitätsverbesserung bestehender und vereinzelt auch der Entwicklung neuer Angebote. Es geht hierbei nicht um den Ausbau, sondern um die Behauptung der Marktposition.

Bei möglichen Ausschreibungen in 2023 gehen wir von einer erneuten Auftragserteilung durch das Regionale Einkaufszentrum aus. Geplante Ausschreibungen sind, nach heutigem Kenntnisstand, eine niederschwellige berufsorientierende Maßnahme seitens des Jobcenters ME-aktiv, für den Standort Hilden oder Langenfeld. Das Jobcenter informierte uns hierüber und legte uns ans Herz, auf diese Maßnahme zu bieten. Ob alle Verlängerungsoptionen von laufenden Maßnahmen gezogen werden ist noch nicht erkennbar. In zwei Bereichen wird es Kürzungen geben. Bei den AGH wird das Möbellager geschlossen und das Jobcenter wird die Option der Ausbildungsmaßnahme (BaEkoop) nicht realisieren.

Alle anderen AGH wurden im Januar ´23 neu beantragt und werden, so die Aussage des Jobcenters ME-aktiv, auch genehmigt.

Seit August läuft das mit dem Jobcenter preisverhandelte Projekt „Vorbereitung auf die Pflegeausbildung". Die inhaltliche Ausgestaltung der Maßnahme läuft gut, erste Vermittlungserfolge stellten sich ein. Einzig die Zuweisungspraxis seitens des Jobcenters ist schleppend. Wir bleiben hier im Gespräch. Nach unserer Einschätzung birgt gerade der Arbeitsmarkt des Pflegebereiches mittel- bis langfristig viel Potential für uns als Träger tätig zu werden.

3. Gesamtaussage

Der nationale Bildungsbericht – *Bildung in Deutschland 2022 (wbv Media GmbH & Company KG)* stellt u.a. fest, dass die „Trends und Problemlagen" im Lichte der Corona-Pandemie zu betrachten sind, da deren Auswirkung die Entwicklung des Bildungswesens in den letzten zwei Jahren maßgeblich geprägt hat. Je nach Bildungsbereich hat es unterschiedliche Folgen von pandemiebedingten Einschränkungen im Bildungsangebot gegeben. Als besonders einschneidend wird im Bildungsbericht die Schließung von Einrichtungen im Elementar- und Primarbereich sowie die damit einhergehende Verlagerung pädagogischer Betreuungs- und Unterstützungsaufgaben in den privaten Raum erachtet. Der Wegfall von Bildungseinrichtungen, bzw. deren Angeboten als ein bedeutsamer Sozialraum für Lernende hat zu teilweise gravierenden psychosozialen Folgen geführt. In nahezu allen Ausbildungsbereichen gibt es demnach Hinweise auf ein erhöhtes Maß an psychischer Belastung. Es gelingt weiterhin nur bedingt, den Zugang zu Bildung, Bildungswegen und -übergängen unabhängig von Geschlecht, Migrationshintergrund oder sozialer Herkunft zu gestalten. Soziale Ungleichheit zeigt sich bei der Möglichkeit des Erwerbs von Kompetenzen und Bildungsabschlüssen. Es gilt, Entwicklungs- und Teilhabechancen benachteiligter Personengruppen zu verbessern.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Autorinnen und Autoren des Nationalen Bildungsberichts, dass die Bewältigung der zuletzt teils parallel aufgetretenen Krisen eine kontinuierliche Aufgabe für die Gestaltung aller Bildungsbereiche darstellt, die nur gemeinsam

von Politik und Verwaltung, Bildungspersonal sowie den verschiedenen Berufs- und Interessenverbänden bewältigt werden kann *(Deutscher Bundestag Drucksache 20/4980)*. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, strebt die Bundesregierung eine engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation zwischen Bund und Ländern einschließlich Kommunen an. Denn die großen Herausforderungen im Bildungsbereich sind ohne gemeinsames Engagement von Bund und Ländern nicht zu bewältigen.

*Die Probleme sind also skizziert und es wird eine breite Trägerlandschaft nötig sein, um tatsächlich die anstehenden Aufgaben im Sinne aller Zielgruppen zu bewältigen. Neben der neuen und bewerten Formen der Qualifizierung müssen neue Zugangswege zu den Betroffenen geschaffen werden. Leider wurde während der Pandemie versäumt, sich dahingehend vorzubereiten. Durch den Mangel an Beratungs- und Betreuungsangeboten in vielen öffentlichen Bereichen aufgrund der Pandemie, haben die Bedarfsträger in einem hohen Maße den Kontakt zu der Klientel verloren. Das wird eine der Hauptaufgaben für die nächsten zwei Jahre sein: Auf kommunaler Ebene die Hilfenetze wieder eng zu knüpfen. Hilfs- und Förderprogramme machen eben nur dann Sinn, wenn diese auch mit Teilnehmer*innen besetzt werden. Für diese Aufgaben sind wir gut vorbereitet und stehen als Bildungsträger bereit.*"

V. Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem

Unser internes Kontrollsystem umfasst alle Formen von Überwachungsmaßnahmen, die unmittelbar oder mittelbar in die zu überwachenden Arbeitsabläufe integriert sind (prozessabhängige Überwachung). Beschrieben sind alle diesbezüglichen Maßnahmen in unserem Qualitätshandbuch (gem. DIN EN ISO 9001:2015 und Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung- AZAV). Zudem sind in den individuellen Stellenbeschreibungen die Zuständigkeiten und Aufgabengebiete aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festgelegt.

Im Bereich Verwaltung überwacht die Geschäftsführung zeitnah, laufend alle Geschäftsvorfälle, insbesondere den laufenden Zahlungsverkehr. Zudem wertet ein externes Unternehmen (Steuerberater) laufend die Ergebnisse der Finanzbuchhaltung aus. Hierzu wird der Geschäftsführung eine periodische Berichterstattung - „Betriebswirtschaftliche Auswertungen" - zur Verfügung gestellt. Der Steuerberater begleitet zudem den jeweiligen Jahresabschluss, sowie die Lohn- und Finanzbuchhaltung.

Verwaltet wird die Finanzbuchhaltung über das Programm „DATEV-Rechnungswesen". Über dieses Programm werden ebenfalls alle Transaktionen getätigt. Die Lohnabrechnung erfolgt auch mit Hilfe eines Programmes der Firma DATEV.

VI. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB) sind nicht vorhanden.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören seit dem 10.12.2020 von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,67 %).

3.4.1.4 Stiftung Haus Graven gGmbH

Basisdaten

Anschrift	Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 100 %
Gegenstand	Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege (§ 52 Abs.2 Nr. 6 AO) und die Förderung von Kunst und Kultur (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 AO) sowie die Förderung des Natur- und Umweltschutzes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder (§ 52 Abs. 2 Nr. 8 AO). Die Gesellschaft verwirklicht ihre Satzungszwecke durch den dauerhaften öffentlichen Erhalt des Baudenkmals „Wasserburg Haus Graven“, die Förderung, die Initiierung und /oder Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen insbesondere für Spender und Multiplikatoren, die Förderung von Kunst- und Geschichtsausstellungen sowie kulturellen und Geschichtlichen Bildungsveranstaltungen in den Räumlichkeiten des Baudenkmals „Wasserburg Haus Graven“. ;die Einrichtung eines Umwelt- und Klimaschutzzentrums sowie die Förderung von Bildung auf dem Gebiet des Natur-, Klima- und Umweltschutzes mit dem Ziel, vor allem Kinder und Jugendliche aber auch Erwachsene an die Themen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz heranzuführen und zu sensibilisieren; die Durchführung von Umwelt- und Klimaschutzprojekten und -veranstaltungen.
Gründungsdatum	23.09.2020
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 04.09.2020
Stammkapital	25.000,00 € **<u>Aufteilung des Stammkapitals:</u>** Stadt Langenfeld 25.000,00 €

Geschäftsführung	Frau Dr. Hella-Sabrina Lange
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Gesellschafterversammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Herr Georg Loer Frau Jasna Franz Herr Dieter Braschoss Frau Hiltrud Markett Herr Sven Lucht Herr Andreas Krömer Herr Torsten Fuhrmann Frau Birgit Radke Herr Carsten Nummert Frau Elke Horbach Herr Frank Noack
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2022 über 3 Mitarbeiter/innen 1 Geschäftsführerin, 1 Mitarbeiterin im Bereich Verwaltung und Organisation und 1 Hausmeister
Wirtschaftsprüfer	EversheimStuible; Herr Fuchs und Herr Schellhorn

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Stiftung Haus Graven gGmbH verfolgt das Ziel, die historische Wasserburg Haus Graven, dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, den Denkmalschutz zu pflegen und Haus Graven durch kulturelle Veranstaltungen sowie als Bildungsstätte für Umwelt- und Klimaschutz zu beleben. Es ist das Ziel, die dauerhafte Zugänglichkeit der historischen Wasserburg aufrechtzuhalten und das bedeutende Kulturdenkmal als lokalen und regionalen Identifikationsort zukünftigen Generationen zu erhalten. Dabei soll den sich wandelnden gesellschaftlichen Prozessen Rechnung getragen und die Wasserburg als intergenerationeller Begegnungsort erlebbar gemacht werden. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[7]

AKTIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.492,00	3.432,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
sonstige Vermögensgegenstände	199,92	0,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	113.987,49	108.617,51
	118.679,41	112.049,51

PASSIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	100.000,00	100.000,00
III. Bilanzergebnis	-10.728,56	-19.688,50
	114.271,44	105.311,50
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	4.000,00	5.500,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung	121,38	1.068,62
2. sonstige Verbindlichkeiten	286,59	169,39
(davon aus Steuern: 31.12.2022 286,59 € 31.12.2021 169,39 €)		
	118.679,41	112.049,51

[7] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse	38.009,00	20.435,00
2. sonstige betriebliche Erträge	40.000,00	0,00
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	39.617,06	29.572,53
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.822,42	5.961,73
davon für Altersversorgung: 0,00 €, Vorjahr: 0,00 €		
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.500,53	554,02
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	20.109,05	10.207,81
6. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	8.959,94	-25.861,09
7. Ergebnisvortrag	-19.688,50	6.172,59
8. Bilanzergebnis	**-10.728,56**	**-19.688,50**

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

Mit der Gründung der Stiftung Haus Graven gGmbH als 100%ige Tochter der Stadt Langenfeld im Jahr 2020 wird das Ziel, die historische Wasserburg Haus Graven, dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, den Denkmalschutz zu pflegen und Haus Graven durch kulturelle Veranstaltungen sowie als Bildungsstätte für Umwelt- und Klimaschutz zu beleben, verfolgt. Es ist gem. Satzung das Ziel, die dauerhafte Zugänglichkeit der historischen Wasserburg aufrechtzuhalten und das bedeutende Kulturdenkmal als lokalen und regionalen Identifikationsort zukünftigen Generationen zu erhalten. Dabei soll den sich wandelnden gesellschaftlichen Prozessen Rechnung getragen und die Wasserburg als intergenerationeller Begegnungsort erlebbar gemacht werden.

Geschäftsverlauf 2022

Nach den Umbaumaßnahmen in der Wasserburg Haus Graven konnte der reguläre Betrieb zum 2. Quartal 2022 aufgenommen werden.

II. Wirtschaftsbericht

Personalsituation
Die Stiftung Haus Graven gGmbH beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 eine Geschäftsführerin eine Mitarbeiterin im Bereich Verwaltung und Organisation und einen Hausmeister. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2022 beliefen sich auf 47.439,48 €.

Finanzen, Spenden und Förderungen
Die derzeitige Finanzsituation erweist sich als solide, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass die Stiftung Haus Graven gGmbH zusätzliche Kosten im Rahmen der kulturellen Förderung für den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. übernimmt.

Es wurden im Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 Umsatzerlöse in Höhe von 38.009,00 €. erzielt.

Seitens der Stadt Langenfeld erhielt die Stiftung Haus Graven gGmbH im Jahr 2022 Zuschüsse in Höhe von 40.000 €.

Die Stiftung Haus Graven gGmbH erhielt im Jahr 2022 keine Zuwendungen.

Das Vermögen besteht im Wesentlichen aus liquiden Mitteln.

III. Tätigkeiten

Im Rahmen ihrer koordinierenden und organisatorischen Tätigkeit für die Wasserburg Haus Graven setzte die Stiftung Haus Graven gGmbH die Veranstaltungskoordination für das Klima- und Umweltschutzzentrum sowie für den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. um.

Die Stiftung Haus Graven gGmbH vermietete die Räumlichkeiten für standesamtliche Trauungen und Feiern sowie Veranstaltungen. Diese waren durch die Pandemie nur bedingt umsetzbar.

Im Tätigkeitsfeld Vermietungen konnten in 2022 insgesamt 46 standesamtliche Trauungen und damit fünf mehr als im Vorjahr realisiert werden. 18 weitere Vermietungen fanden statt. Im Bereich Klima- und Umweltschutz konnten 13 Veranstaltungen realisiert werden.

IV. Prognosebericht

Aufgrund des Ausscheidens einer Mitarbeiterin für den Bereich Klima- und Umweltschutzzentrum bei der Stadt Langenfeld können Projekte voraussichtlich erst ab dem 3. Quartal 2023 wieder durchgeführt werden.

Ein Zuschuss der Stadt Langenfeld wird auch im Jahr 2023 erfolgen.

Im Jahr 2023 konnten bisher im Zeitraum 01.01.2023 – 30.04.2023 drei Kultur-Veranstaltungen – in Kooperation mit dem Burgcafé, vier Feiern und sieben standesamtliche Trauungen realisiert werden. Für das weitere Jahr 42 Veranstaltungen geplant. Als besonderes Kultur-Highlight wird eine Veranstaltung der neanderlandBiennale in der Wasserburg stattfinden.

Zudem stellte die Stiftung Haus Graven gGmbH im Rahmen der Kulturförderung dem Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. an fünf Terminen die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Im Bereich Klima- und Umweltschutz konnten in 2023 bisher keine Veranstaltungen realisiert werden.

Für das zweite Halbjahr 2023 plant die gGmbH eigene kulturelle Veranstaltungen sowie Kooperationsprojekte im Bereich Klima- und Umweltschutz.

Die Geschäftsführung geht für das Jahr 2023 davon aus, dass das Jahresergebnis auf dem Niveau des Jahres 2022 liegt.

V. Chancen- und Risikobericht

Das wesentliche Risiko der Gesellschaft im Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs besteht in Form von nicht erfolgten Buchungen der Wasserburg. Des Weiteren ist es nach wie vor schwierig, ausreichende Personalkapazitäten vorzuhalten. Im Rahmen der Erstellung einer Risikoanalyse wurden die problematischen Felder eruiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung zu entwickeln.

Grundsätzlich führt die gestiegene Attraktivität von Haus Graven zu steigenden Veranstaltungszahlen, so dass hier mit vermehrten Einnahmen zu rechnen ist. Die Auswirkungen der gegenwärtigen Energiekrise sind weiterhin nicht absehbar, so dass ein Stagnieren der Buchungen nicht ausgeschlossen werden kann, zumal die Kostensteigerung auch Auswirkungen auf die gGmbH bezugnehmend auf Personal haben wird.

Der Satzungszweck ist im Geschäftsjahr 2022 erreicht.

3.4.1.5 Bauverein Langenfeld eG

Basisdaten

Anschrift	Richrather Straße 92, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	7.478 Anteile (31.12.2021) zu je 410 € (3.061.090,12 €) verteilen sich auf 2.526 Mitglieder. Beherrschendes Unternehmen ist hierbei die B.L. Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Die Stadt Langenfeld besitzt 791 Anteile (10,58 %)
Gegenstand	Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln, veräußern und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Langenfeld im Rheinland.
Gründungsdatum	29.07.1919
Geschäftsführung	Herr Hubertus Dedeck
Organe	Geschäftsführer, Vorstand, Aufsichtsrat
Vorstand	Herr Michael Spieth, Vorsitzeneder, Herr Wolfgang Paumen Frau Gabriele Finger
Aufsichtsrat	Herr Rolf D. Gassen, Vorsitzender Herr Andreas Klett

	Frau Monika Ahrend Herr Jörg Arndt Herr Uwe Lucke Herr Maximilian Golombowski Herr Wolfgang Honskamp Frau Sigrid Junghänel Herr Arno Zollmarsch
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2022 über 21,5 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e.V.

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Beteiligung ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, erwähnung. Dies wäre die Dividende aus Bauvereinsanteilen in 2022 in Höhe von 12.972,40 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[8]

AKTIVA

Bilanz zum 31.12.2022

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Lizenzen		257,97	877,13
Sachanlagen			
Grundstücke mit Wohnbauten	23.461.103,45		24.115.937,99
Grundstücke mit anderen Bauten	2.095.727,14		2.149.264,14
Grundstücke ohne Bauten	2.858.666,32		2.858.666,32
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	91.208,39		91.208,39
Betriebs- und Geschäftsausstattung	101.898,39		195.404,12
Bauvorbereitungskosten	640.726,28	29.249.329,97	468.431,65
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	127.822,98		127.822,98
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.500.000,00	2.627.822,98	2.700.000,00
Anlagevermögen insgesamt		31.877.410,92	32.707.612,72
Umlaufvermögen			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
Grundstücke ohne Bauten	3.999,56		3.999,56
Unfertige Leistungen	1.504.189,41		1.638.452,41
Andere Vorräte	12.729,39	1.520.918,36	12.818,97
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	11.629,59		19.433,22
Sonstige Vermögensgegenstände	50.328,88	61.958,47	50.109,04
Flüssige Mittel und Bausparguthaben			
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.516.120,71		458.175,41
Bausparguthaben	254.611,63	1.770.732,34	231.248,19
Rechnungsabgrenzungsposten			
Geldbeschaffungskosten		0,00	550,00
Bilanzsumme		35.231.020,09	35.122.399,52

[8] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

Bilanz zum 31.12.2022

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Eigenkapital			
Geschäftsguthaben			
der mit Ablauf des Geschäftsjahres			
ausgeschiedenen Mitglieder	143.910,00		82.410,00
der verbleibenden Mitglieder	3.058.440,00		3.061.090,12
aus gekündigten Geschäftsanteilen	4.510,00	3.206.860,00	7.921,20
Rückständige fällige Einzahlungen auf			
Geschäftsguthaben: EUR 0,00			(0,00)
Ergebnisrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	1.511.500,00		1.477.200,00
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr			
eingestellt: EUR 34.300,00			(0,00)
Bauerneuerungsrücklage	1.371.595,03		1.371.595,03
Andere Ergebnisrücklagen	6.402.949,54		6.302.949,54
davon aus Bilanzgewinn Vorjahr			
eingestellt: EUR 0,00			(241.373,53)
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr			
eingestellt: EUR 100.000,00			(0,00)
für das Geschäftsjahr entnommen: EUR 0,00		9.286.044,57	(-428.979,78)
Bilanzgewinn			
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)	342.537,53		-310.266,24
Entnahme aus Ergebnisrücklagen	0,00		428.979,78
Einstellung in Ergebnisrücklagen	134.300,00	208.237,53	0,00
Eigenkapital insgesamt		12.701.142,10	12.421.879,43
Rückstellungen			
Rückstellungen für Pensionen	2.017.530,00		1.819.504,00
Sonstige Rückstellungen	87.174,00	2.104.704,00	194.106,00
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.015.958,22		16.926.912,23
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	2.228.211,75		1.062.468,38
Erhaltene Anzahlungen	1.808.172,94		1.716.519,84
Verbindlichkeiten aus Vermietung	57.342,43		59.418,38
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	160.129,84		605.268,98
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	111.436,62		260.397,58
Sonstige Verbindlichkeiten	43.922,19	20.425.173,99	55.924,70
davon aus Steuern: EUR 14.140,68			(19.971,98)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 481,38			(1.051,40)
Bilanzsumme		35.231.020,09	35.122.399,52

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum 01.01.- bis 31.12.2022

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	6.391.818,20		6.189.159,89
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	86.923,35	6.478.741,55	68.767,77
Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-134.263,00	98.937,80
Sonstige betriebliche Erträge		52.750,55	70.316,70
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	2.719.265,97		3.052.911,18
b) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	4.600,42	2.723.866,39	4.529,02
Rohergebnis		3.673.362,71	3.369.741,96
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	855.301,85		803.874,56
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	394.261,84	1.249.563,69	438.196,05
davon für Altersversorgung: EUR 198.486,30			(249.642,52)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		919.399,05	953.666,01
Sonstige betriebliche Aufwendungen		810.155,54	1.314.088,08
Erträge aus Gewinnabführungen	112.621,43		180.534,91
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	39.750,00		44.250,00
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 39.750,00			(44.250,00)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.411,46	154.782,89	2.179,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		413.760,77	447.653,92
Steuern vom Einkommen und Ertrag		0,00	-142.171,00
Ergebnis nach Steuern		435.266,55	-218.601,02
Sonstige Steuern		92.729,02	91.665,22
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)		342.537,53	-310.266,24
Entnahme aus Ergebnisrücklagen		0,00	428.979,78
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen		134.300,00	0,00
Bilanzgewinn		208.237,53	118.713,54

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	35,13	34,25	+0,88
Eigenkapitalrentabilität	1,10	5,83	-4,73
Anlagendeckungsgrad 2	101,52	101,24	+0,28
Verschuldungsgrad	171,31	178,21	-6,90
Umsatzrentabilität	4,32	21,43	-17,11

Geschäftsentwicklung

1. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln, veräußern und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Langenfeld im Rheinland.

2. Geschäftsverlauf

Marktsituation im lokalen Umfeld

Die Lage auf dem lokalen Wohnungsmarkt hat sich im Jahre 2022 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Langenfeld ist nach wie vor durch ein knappes Angebot an „bezahlbarem" Wohnraum gekennzeichnet. Aufgrund der momentan sehr volatilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bausektor wird sich daran auch im laufenden Wirtschaftsjahr 2023 voraussichtlich nichts ändern.

Nachfrage-/Angebotssituation in der Bauverein Langenfeld eG

Die Angebots- und Nachfragesituation hat sich im Geschäftsjahr 2022 wie schon in den Vorjahren unverändert als entspannt dargestellt. Es zeichnet sich jedoch ein zunehmender Bedarf an sehr preiswerten Wohnungen ab. Im Geschäftsjahr 2022 wurden überwiegend kostengünstige 2- und 3-Raum- Wohnungen nachgefragt.

Das Unternehmen hatte nur geringe leerstandsbedingte Mietausfälle zu verzeichnen. Diese waren in nahezu allen Fällen modernisierungsbedingt. Die Statistik lässt bisher auf eine gleichbleibend moderate Fluktuation für den nachfolgenden Zeitraum schließen.

Mieten

Die Durchschnittskaltmiete der Genossenschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 lag bei 6,13 Euro.

Bauträgerschaften

Die Genossenschaft hat im Geschäftsjahr 2022 keine Bauträgermaßnahmen oder Betreuungsmaßnahmen durchgeführt.

Betriebliche Organisation

Unsere Wohnungsgenossenschaft versteht sich als Dienstleistungsbetrieb für ihre Mitglieder und richtet sich somit auf die Erfüllung dieses Förderauftrages aus.

Unsere Dienstleistungen sollen auf Dauer zur Verfügung stehen. Dabei werden verschiedene Instrumente eingesetzt, die für die Erreichung der genossenschaftlichen Ziele und damit die Schaffung von Vorteilen für unsere Mitglieder geeignet sind. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht immer ein ausgewogenes Preis- / Leistungsverhältnis, das dem satzungsmäßigen Auftrag entspricht.

Die Genossenschaft wird von drei Vorstandsmitgliedern geleitet.

Die Interessen der Mitglieder werden durch den Aufsichtsrat vertreten. Der Aufsichtsrat überwacht die geschäftlichen Aktivitäten des Vorstandes und berät ihn im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Rechte und Pflichten. Er besteht aus 9 Personen, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden.

Neubautätigkeit

Bauprojekt „Königsberger Str."

Aktuell geplant sind die Errichtung von 46 Wohneinheiten in 4 Häusern sowie der Bau einer Tiefgarage. Die ursprünglich geplante Wohngruppe in einem der Häuser wurde zwischenzeitlich zugunsten weiterer 4 zusätzlicher Wohnungen aufgegeben. Im Dezember 2022 wurde der Bauantrag gestellt.

Nicht mehr nutzbare Bauvorbereitungskosten wurden als Abgang erfasst.

Bestandsbewirtschaftung/Modernisierung/Instandhaltung

Der gesamte Objektbestand befindet sich auf dem Gebiet der Stadt Langenfeld.

Am 31.12.2022 bewirtschaftete die Genossenschaft 170 Häuser mit 943 Mietwohnungen (Vorjahr: 944) und 4 gewerbliche Einheiten sowie 225 Einzelgaragen und 128 Tiefgaragenplätze.

	Fertiggestellt	Häuser	Wohnungen	Wohnfläche	Gewerbefläche
Baujahr	bis 20.06.1948	50	121	8.179,62 m²	
	ab 21.06.1948	120	822	52.229,42 m²	600,16 m²
	Gesamt	**170**	**943**	**60.409,04 m²**	**600,16 m²**

Auch im Geschäftsjahr 2022 hat die Genossenschaft zur Erhaltung und Verbesserung ihres Wohnungsbestandes wieder Modernisierungen und Instandhaltungen durchgeführt. Zwei kleine 2 Zimmerwohnungen wurden zu einer Wohnung zusammengelegt, da der Bedarf an größeren Wohnungen sehr groß ist.

Die Modernisierung und Instandhaltung des Bestandes an Alt-Immobilien, insbesondere der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, ist sehr aufwändig und kostenintensiv. Aufgrund der aktuellen energiepolitischen Favorisierung der Politik von regenerativen Energien als Ersatz für traditionelle Heizungsformen wird mit einer steigenden Investitionstätigkeit in diesem Bereich gerechnet.

Im Berichtsjahr wurden für Instandhaltung 1.087 TEUR (Vorjahr 1.270 TEUR) ausgegeben. Bezogen auf die Wohnfläche betrugen die Ausgaben rd. 17,82 EUR/m (Vorjahr 20,83 EUR/m²). Im Wirtschaftsjahr 2023 sind 1.470 TEUR eingeplant (bezogen auf die Wohnfläche: 24,09 EUR/m²).

Digitalisierung

Alle Liegenschaften sind mit Glasfaseranschlüssen FTTB[1] ausgestattet.

Vermietung

Die Fluktuationsrate beträgt 6,86 % und ist damit um 1,05 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Von den Kündigungen sind 13 Wohnungsnutzer durch organisierten Wohnungstausch im Bestand geblieben. Die entsprechend bereinigte Fluktuationsrate beträgt mithin 5,49 %. Längerfristige, über ein Wirtschaftsjahr hinausgehende Wohnungsleerstände konnten durch ein aktives und ausgewogenes Vermietungs-Management vermieden werden. Einige wenige kurzfristige Leerstände ergaben sich in geringem Umfang bei Sanierungsarbeiten, wenn langjährige Nutzer die Wohnungen freigaben.

Die wesentlichen Ursachen für die Fluktuation waren in der Rangfolge ihrer Häufigkeit: Familiäre Gründe (30,76 %), organisierter Wohnungstausch (19,99 %), zu kleine/zu große Wohnung (18,46 %), Umsiedlung in ein Senioren-/Pflegeheim (13,84 %).

Die ersten Kennzahlen für 2023 bestätigen, dass sich dieser Trend der letzten Jahre bei nur leichten Fluktuationsschwankungen fortsetzen wird.

Die Nutzungsentgelte stiegen im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 4.677 TEuro. Diese Entwicklung diente der Kompensation gestiegener Kosten und wird sich auch im laufenden Geschäftsjahr 2022 nicht vermeiden lassen.

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete betrug im Geschäftsjahr 2022 ca. 6,13 Euro/m² (Vorjahr 6,00 Euro/m²). Die Erhöhung beruht auf angepasste Wiedervermietungsmieten nach Instandhaltungen oder Modernisierungen.

Finanzierung des Bauprogramms

Zur Finanzierung der Mietwohnbauten standen neben den Eigenmitteln auch Landesmittel und weitere langfristige Fremdmittel zur Verfügung.

Finanzierungsart der Wohnungen

Frei finanzierte Wohnungen:
vom Gesamtbestand zum Bilanzstichtag sind 833 sowohl Alt- als auch Neubauwohnungen freifinanziert. Das entspricht im Verhältnis zum Gesamtbestand der Wohnungen einem Anteil von 88,33 %.

Öffentlich geförderte Wohnungen mit Belegungsbindung:
vom Gesamtbestand zum Bilanzstichtag sind 110 Wohnungen öffentlich gefördert. Es handelt sich hierbei um Neubauwohnungen. Das entspricht im Verhältnis zum Gesamtbestand der Wohnungen einem Anteil von 11,67 %.

Energetisches Ausstattungsmerkmal der Wohnungen:

Wohnungen mit Zentral- oder Etagenheizung:	942
Wohnungen ohne Heizung:	1

[1] FTTB = „Fibre to the Building" (Glasfaseranschluss bis an das Gebäude)

Ertragssituation

Der Ertrag wird überwiegend durch den Hauptleistungsbereich, die Hausbewirtschaftung, bestimmt, nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderungen Gesamtleistung	6.345	99,4	6.357	99,5	-12
Sonstige betriebliche Erträge	37	0,6	33	0,5	4
Betriebsleistung	6.382	100,0	6.390	100,0	-8
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.724	42,7	3.057	47,8	-333
Personalaufwand	1.250	19,6	1.242	19,4	8
Abschreibungen	919	14,4	954	14,9	-35
Sonstige betriebliche Aufwendungen	511	8,0	492	7,7	19
Zinsaufwand	356	5,6	381	6,0	-25
Gewinunabhängige Steuern	93	1,5	92	1,4	1
Aufwendungen für Betriebsleistung	5.853	91,8	6.218	97,2	-365
Betriebsergebnis	529	8,2	172	2,8	357
Beteiligungs- und Finanzergebnis	97		160		-63
Neutrales Ergebnis	-283		-784		501
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	343		-452		795
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0		142		-142
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	343		-310		653

Obwohl die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen sind, ist durch die Bestandsveränderungen an unfertigen Leistungen ein kleiner Rückgang dieser Kennzahl zu verzeichnen.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, wurde im Geschäftsjahr 2022 ein positives Betriebsergebnis von 529 T€ (Vorjahr 172 T€) erzielt. Unter Berücksichtigung des Beteiligungs- und Finanzergebnisses von 97 T€ (Vorjahr 160 T€) ergibt sich ein operatives Ergebnis von 626 T€ (332 T€).

Insgesamt beurteilen wir für das aktuelle Geschäftsjahr die Entwicklung unserer Genossenschaft als nach wie vor gut im gegebenen Marktumfeld.

Betriebsvermögen

Vermögensstruktur	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige Vermögenswerte und Rechnungsabgrenzungsposten					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	1	0,0	-1
Sachanlagen	29.249	83,0	29.879	85,0	-630
Finanzanlagen	2.628	7,5	2.828	8,1	-200
Anlagevermögen	31.877	90,5	32.708	93,1	-831
Grundstücke ohne Bauten	4	0,0	4	0,0	0
Bausparguthaben	255	0,7	231	0,7	24
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
	32.136	91,2	32.943	93,8	-807
Kurzfristige Vermögensgegenstände					
Forderungen	0	0,0	0	0,0	0
Unfertige Leistungen, andere Vorrate	1.517	4,3	1.651	4,7	-134
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62	0,2	70	0,2	-8
Flüssige Mittel	1.516	4,3	458	1,3	1.058
	3.095	8,8	2.179	6,2	916
Bilanzsumme	35.231	100,0	35.122	100,0	109

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 109 T€ auf einen Wert von 35.231 T€ erhöht. Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen vermindern sich um 630 T€. In der Minderung sind enthalten 243 T€ Abschreibungen an nicht mehr nutzbaren Bauvorbereitungskosten für das Bauvorhaben Königsberger Straße.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich mit 2.500 T€ um Anteile und Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Es wurde eine Rückzahlung in Höhe von 200 T€ vorgenommen.

Unter den unfertigen Leistungen mit 1.517 T€ werden gegenüber den Mietern noch nicht abgerechnete Heiz- und übrige Betriebskosten ausgewiesen.

Kapitalstruktur	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristiges Eigenkapital					
Geschäftsguthaben verbl. Mitglieder	3.059	8,7	3.061	8,7	-2
Ergebnisrücklagen	9.286	26,4	9.152	26,1	134
Bilanzgewinn (gekürzt um Dividende)	86	0,2	0	0,0	86
	12.431	35,3	12.213	34,8	218
Kurzfristiges Eigenkapital					
Gekündigte Geschäftsguthaben	148	0,4	90	0,3	58
Bilanzgewinn (Dividende)	122	0,3	119	0,3	3
	270	0,7	209	0,6	61
Langfristiges Fremdkapital					
Rückstellung für Pensionen	2.018	5,7	1.820	5,2	198
Steuer-, sonstige Rückstellungen	8	0,0	8	0,0	0
Dauerfinanzierungsmittel	17.814	50,6	17.572	50,0	242
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern (Wohnungsbauprämie)	19	0,1	19	0,1	0
	19.859	56,4	19.419	55,3	440
Kurzfristig					
Übrige Rückstellungen	79	0,2	186	0,5	-107
Kurzfristige Darlehen/Kapitaldienst	430	1,2	417	1,2	13
Erhaltene Anzahlungen	1.808	5,2	1.716	4,9	92
Übrige Verbindlichkeiten	354	1,0	962	2,7	-608
	2.671	7,6	3.281	9,3	-610
Gesamtkapital	35.231	100,0	35.122	100,0	109

Das langfristige Eigenkapital erhöht sich aufgrund des nicht zur Ausschüttung vorgesehenen Teils des Jahresüberschusses bei gleichzeitigem Anstieg des Geschäftsguthabens verbleibender Mitglieder um 218 T€. auf 12.431 T€. Damit beläuft sich die Eigenkapitalquote auf 35,28 % im Vergleich zum Vorjahr mit 34,77 %.

Die Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 242 T€. Diese Veränderung ergibt sich aus Folgendem:

Zugang Verbindl. ggü. Kreditinstituten	2.247 T€
abzgl. Tilgung aus Verbindl. ggü. Kreditinstituten	-3.158 T€
zzgl. Zugang aus Verbindl. ggü. anderen Kreditinstituten	1.372 T€
abzgl. Tilgung aus Verbindl. ggü. anderen Kreditinstituten	-207 T€
Zwischensumme	254 T€
abzgl. Veränderungen Mieterdarlehen (Begründung s. S. 12)	-12 T€
Veränderung zum Vorjahr der Dauerfinanzierung	242 T€

Bei den kurzfristigen übrigen Verbindlichkeiten in Höhe von 430 T€ handelt es sich um kurzfristige Darlehen/Kapitaldienst.

Finanzsituation

Die nachfolgende Aufgliederung der Bilanz zum 31.12.2022 nach Fristigkeiten zeigt folgende Deckungsverhältnisse:

	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
Langfristiger Bereich	T€	T€	T€
Vermögenswerte	32.136	32.943	807
Eigen- und Fremdkapital	32.290	31.632	658
Deckung	**154**	**-1.311**	**1.465**
Kurzfristiger Bereich			
Flüssige Mittel (vgl. Darstellung Cashflow)	1.516	458	1.058
Übrige Vermögenswerte	1.579	1.721	-142
	3.095	2.179	916
Verpflichtungen	2.941	3.490	549
Stichtagsliquidität (Netto-Geldvermögen/-bedarf)	**154**	**-1.311**	**1.465**

Am 31. Dezember 2022 waren die langfristig angelegten Vermögenswerte fristgerecht finanziert. 154 T€ langfristige Mittel standen im kurzfristigen Bereich zur Verfügung.

In der Stichtagsliquidität zum 31. Dezember 2022 wurden die Mieterdarlehen in voller Höhe (T€ 409) dem kurzfristigen Bereich zugeordnet, aufgrund einer Bestimmung in den Darlehensverträgen, die eine kurzfristige Kündigung ermöglicht. Bei Zuordnung der Mieterdarlehen zum langfristigen Bereich (zurzeit sind keine Anzeichen für wesentliche Kündigungen erkennbar) würde sich das Netto-Geldvermögen auf 563 T€ erhöhen.

Am Bilanzstichtag 31.12.2022 und auch im ersten Quartal 2023 waren keine unerwartet hohen Fälligkeiten erkennbar, die eine kurzfristige Fremdfinanzierung erforderlich gemacht hätten. Dennoch wäre es in einem unerwarteten Fall von kurzfristig entstandenen hohen Zahlungsverpflichtungen möglich gewesen, durch vorhandene Kontokorrentkredite und Beleihungsreserven in Form freier Grundbücher dem rechtzeitig und ausreichend zu begegnen.

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes („Flüssige Mittel" in Darstellung der Stichtagsliquidität) der Genossenschaft im Wirtschaftsjahr 2022 und im Vorjahr:

Kapitalflussrechnung

	2022	2021
	T€	T€
Jahresüberschuss	343	-310
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	920	954
Vereinnahmung von Verbindlichkeiten, Verzinsung Bausparguthaben	-4	-26
Zunahme der langfristigen Rückstellungen	198	107
Cashflow	1.457	725
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	243	453
Abnahme sonstiger Aktiva	142	-118
Zunahme sonstiger Passiva	-620	180
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.222	1.240
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	260	300
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-592	-404
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-332	-104
Einzahlungen aus der Valutierung von Darlehen	3.619	87
Einzahlungen auf Bausparguthaben	-22	-21
Zunahme der Geschäftsguthaben	56	118
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-918	-987
Rückzahlungen von Darlehen (Inhaberschuldverschreibungen)	-2.447	-269
Auszahlungen für Dividenden	-120	-112
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	168	-1.184
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	1.058	-48
Finanzmittelbestand am 1. Januar	458	506
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	1.516	458

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Genossenschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren stellen sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

Bestandskennzahlen

	in..	2022	2021	2020
Wohnungseinheiten	Anzahl	943	944	944
Gewerbeeinheiten	Anzahl	4	4	4
Garagen und Einstellplätze	Anzahl	542	542	542
Wohnfläche	m²	60.409	60.379	60.256
Gewerbefläche	m²	600	600	600
Wohn- und Nutzfläche	m²	61.009	60.979	60.856

Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität	in..	2022	2021	2020
Eigenkapitalrentabilität	%	2,76	-3,70	0,36
Gesamtkapitalrentabilität	%	2,05	-0,12	1,09
Eigenkapitalquote	%	35,28	34,77	34,54
Sollmietenentwicklung	T€	4.677	4.579	4.436

Serviceleistungen

Die Verbräuche sind allen Mietern, die an das System angeschlossen sind, über unsere Homepage und dem damit verbundenen BVL-Service-Portal (BSP) zugänglich. Jeder Mieter hat für das BSP@IP ein Login erhalten. Das BSP beinhaltet im Wesentlichen:

1. Website (www.bauverein-langenfeld.com)
2. BVL-Service-Portal (BSP) / Casavi
3. Verbrauchsportal / Stadtwerke Leipzig
4. Mieterserviceticket mit „Workflow" der Instandhaltungsabwicklung und Mieterselbstbeauftragung / BTS, visualisiert
5. Häufig gestellte Fragen

Alle hier beschriebenen Systeme sind auch dazu geeignet, unseren genossenschaftlichen Nutzern einfache Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten 24 Stunden am Tag mit der Geschäftsstelle anzubieten. Information und Kommunikation sollen dazu dienen, das vertrauensvolle Miteinander zwischen Mitgliedern und Verwaltung der Bauverein Langenfeld eG zu stärken.

Soziales Management

Traditionell ist unsere Genossenschaft bestrebt, allen unseren Nutzern ein gutes und sicheres Wohnen möglich zu machen. Diesem Anspruch ist sie seit ihrer Gründung am 19. Juli 1919 schon über 100 Jahre lang treu geblieben. Im Laufe dieser langen Zeit haben sich die Ansprüche mit dem steigenden Wohlstand und den Veränderungen der Lebensgewohnheiten gewandelt. Während die Anfangsjahre geprägt waren durch massive Wohnungsnot und Armut mit der Folge, dass in den Nachkriegszeiten des 1. und 2. Weltkrieges die Nachfrage nach „einfachen, aber gesunden Wohnungen"[2], ohne besondere Ansprüche an Qualität und Ausstattung, besonders groß war, hat sich die Lage heutzutage erfreulicherweise deutlich verbessert. Heute wird auch im preiswerten Wohnungssegment gute Qualität nachgefragt und bereitgestellt. Wenn auch nicht mehr so massiv, wie in den ersten Jahrzehnten der Genossenschaft, besteht aber auch aktuell eine große Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, der zudem in einem sicheren Wohnumfeld und in einer intakten Wohngemeinschaft mit ansprechbarem Vermieter angeboten wird.

Auch nach über 100 Jahren zeigt der Bauverein, dass sein genossenschaftliches Geschäftsmodell der Verbindung von Tradition mit Innovation für unsere Mitglieder erfolgreich ist und mehr bedeutet als nur „ein Dach über dem Kopf" zu haben. Genossenschaftliches Wohnen bedeutet heute: Ein gutes sicheres Wohnumfeld, funktionierende Nachbarschaften und sozialer Zusammenhalt der Mitglieder, die sich auf einen ortsansässigen und jederzeit ansprechbaren Vermieter verlassen können.

Der Member-Value, als Teil unseres sozialen Managements, schafft Anreize für eine Mitgliedschaft und ein Mietverhältnis mit der Genossenschaft. Member-Value bringt den Wert des genossenschaftlichen Unternehmens und seiner Wertschöpfung für die Mitglieder zum Ausdruck (Mitgliederwertkonzept).

Der BVL-Treff, das Gästehaus, das BVL-Service-Portal, ein kostenloser Internetzugang als Flat, welcher allerdings an allen Standorten aktuell auf bis zu 400 MBIT/S - dann aber kostenpflichtig - bestellt werden kann. Der Einsatz von innovativen Techniken und nicht zuletzt die Serviceleistungen der Genossenschaft, wie die Straßenreinigung und der Winterdienst auf den Bürgersteigen, führen zu wesentlichen Wettbewerbsvorteilen und damit zu einer Ergänzung der genossenschaftlichen „Dividende".

Unsere Genossenschaft gibt alle 2 Monate eine Mieterzeitung heraus und berichtet über aktuelle Themen. Im BVL-Treff als zusätzliche Kommunikationsstätte werden regelmäßige und besondere Veranstaltungen durchgeführt.

Das Gästehaus des BVL bietet eine preiswerte Übernachtungsmöglichkeit für Gäste unserer Mieterschaft und Mitglieder. Nähere Informationen erhalten Sie über unsere Homepage https://bauverein-langenfeld.com/gaestehaus.

Ausblick / Ziele

Die Genossenschaft wird weiterhin den Fokus auf die nachhaltige Entwicklung des Bestandes, insbesondere die bauliche Erneuerung der Objekte durch Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen, richten und den sich ändernden Marktgegebenheiten und -entwicklungen entsprechend anpassen und verbessern. Mit hieraus abgeleiteten zielgerichteten Investitionen wird bedarfsgerechter Wohnraum für die Nachfragegruppen der Zukunft aus dem Bestand erhalten bzw. angepasst.

Der Fokus im Bestand wird neben den denkmalschutzbedingten kostenintensiven Instandhaltungs- und Erhaltungsaufwendungen zusätzlich auf die Fortführung der Fassadenertüchtigungen im Hauptbaugebiet gerichtet sein.

Die Auswirkungen der sich rasant ändernden wirtschaftspolitischen – insbesondere die energiepolitischen - Rahmenbedingungen auf die künftige Ertragslage lassen sich zurzeit kaum einschätzen. Da zu erwarten ist, dass durch die benannten Krisen auch die lokale wirtschaftliche Lage sich verschlechtern könnte, ist eine negative Auswirkung auch auf die Ertragslage des Unternehmens nicht auszuschließen. Die Ertragslage des Geschäftsjahres 2023 wird sich dennoch voraussichtlich nach derzeitiger Einschätzung wiederum positiv entwickeln.

Nach dem vorläufigen Wirtschaftsplan 2023 wird voraussichtlich mit einem Ergebnis von 683 T€ gerechnet.

3.4.1.6 Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & CO. KG

Basisdaten

Anschrift	Elberfelder Straße 81, 40822 Mettmann
Beteiligungsverhältnis	Lokalfunk Mettmann Presse-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG 75,0 % Kreis Mettmann 6,2 % Stadt Erkrath 1,9 % Stadt Heiligenhaus 1,2 % Stadt Hilden 2,2 % Stadt Langenfeld 2,1 % Stadt Mettmann 1,5 % Stadt Monheim 1,7 % Stadt Ratingen 3,7 % Stadt Wülfrath 0,9 % Beteiligungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH 3,6 %
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben: - die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen, - dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen und

	- für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen; - Hörfunkwerbung zu verbreiten. Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.
Gründungsdatum	20.11.1989
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 04.03.2004
Kommanditkapital	520.000,00 € **<u>Aufteilung des Kommanditkapitals:</u>** Lokalfunk Mettmann Presse-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG 390.000,00 € Kreis Mettmann 32.240,00 € Stadt Erkrath 9.880,00 € Stadt Heiligenhaus 6.240,00 € Stadt Hilden 11.440,00 € Stadt Langenfeld 10.920,00 € Stadt Mettmann 7.800,00 € Stadt Monheim 8.840,00 € Stadt Ratingen 19.240,00 € Stadt Wülfrath 4.680,00 € Beteiligungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH 18.720,00 €
Geschäftsführung	Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH, Mettmann, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herrn Uwe Peltzer
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2022 über 2 Mitarbeiter

Wirtschaftsprüfer	Faasch Witt (beide ELWISS GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb, die Produktion und Verbreitung des lokalen Rundfunks im Kreis Mettmann. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[9]

Aktiva

		31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A.	**Anlagevermögen**		
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
	Software	14.719,00	17.960,00
II.	**Sachanlagen**		
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.235,00	72.726,00
III.	**Finanzanlagen**		
	Anteile an verbundenen Unternehmen	26.232,13	26.232,13
		91.186,13	116.918,13
B.	**Umlaufvermögen**		
I.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.185,01	81.722,72
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.183,67	196,19
		60.368,68	81.918,91
II.	**Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**	320.881,43	457.826,60
		381.250,11	539.745,51
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	6.148,38	5.967,81
		478.584,62	662.631,45

[9] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Passiva

		31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A.	**Eigenkapital**		
	Kapitalanteile der Kommanditisten	304.435,60	453.638,78
B.	**Rückstellungen**		
	Sonstige Rückstellungen	32.004,26	34.765,06
C.	**Verbindlichkeiten**		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 48.478,36 (Vorjahr: EUR 79.476,91)	48.478,36	79.476,91
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 89.215,87 (Vorjahr: EUR 86.400,96)	89.215,87	86.400,96
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.153,41 (Vorjahr: EUR 0,00)	1.153,41	0,00
4.	Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 3.297,12 (Vorjahr: EUR 8.349,74) davon aus Steuern: EUR 651,29 (Vorjahr: EUR 8.088,24)	3.297,12	8.349,74
		142.144,76	174.227,61
		478.584,62	662.631,45

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	2022 EUR	2021 EUR
1. Umsatzerlöse	1.007.506,85	995.277,10
2. Sonstige betriebliche Erträge	35.276,11	101.970,14
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	757.277,65	744.087,89
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	91.543,91	63.682,08
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	21.421,05	20.490,44
für Altersversorgung		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		
des Anlagevermögens und Sachanlagen	43.308,03	41.422,14
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	277.143,43	239.636,17
7. **Betriebsergebnis**	-147.911,11	-12.071,48
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.292,07	2.511,79
9. Ergebnis nach Steuern / Jahresfehlbetrag	-149.203,18	-14.583,27
10. Belastung auf Gesellschafterkonten	-149.203,18	-14.583,27
11. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Kennzahlen

	2022	**2021**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	63,47	68,48	-5,01
Eigenkapitalrentabilität	-49,01	-3,30	+30,03
Anlagendeckungsgrad 2	334,07	388,03	-53,96
Verschuldungsgrad	57,24	46,07	-11,17
Umsatzrentabilität	-14,68	-1,21	-13,47

Geschäftsentwicklung

1 Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft ist eine Betriebsgesellschaft gem. §§ 52 ff. LMG NRW. Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es eine zweite Säule, die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte, das Radioprogramm, ist.

Zwischen der Gesellschaft und der Veranstaltergemeinschaft wurde eine vertragliche Vereinbarung zur Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Sendegebiet des Kreises Mettmann abgeschlossen, in der die Grundpflichten gem. § 60 LMG NRW geregelt sind. So stellt die Betriebsgesellschaft alle zur Programmproduktion erforderlichen technischen Einrichtungen zur Verfügung und erstattet der Veranstaltergemeinschaft sämtliche entstandenen Kosten, insbesondere die Personalkosten der Redaktion. Der Betriebsgesellschaft obliegt die Vermarktung der zur Verfügung gestellten Werbezeiten sowie die Erbringung weiterer betriebswirtschaftlicher Leistungen.

Die Leitung und Überwachung der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG erfolgt einerseits auf Grundlage der Umsatzerlöse und des Jahresergebnisses. Wichtiger nichtfinanzieller Leistungsindikator ist die Hörerreichweite.

Branchenentwicklung

Im Jahr 2022 verzeichnete die Gattung Hörfunk in Deutschland eine marginale Verminderung der Werbeumsätze in Höhe von -0,6% gegenüber dem Vorjahr, liegt damit aber weiterhin über dem Niveau des Gesamtmarktes, der um 3,4% schrumpfte. Der Marktanteil des Radios am Gesamtwerbemarkt verbesserte sich leicht von 5,0% auf 5,2% (Basis: Bruttowerbeumsätze). Radio NRW bleibt mit € 131 Mio. das umsatzstärkste Radioangebot in Deutschland und kann einen Zuwachs von 1,2% gegenüber dem Vorjahr verbuchen. (Quelle: RMS/Nielsen Media Research, unbereinigte Bruttowerbeumsätze)

Betrachtet man den NRW-Markt isoliert, so ist radio NRW mit 1,6 Mio. Hörern weiterhin das meistgehörte Radioprogramm in NRW und gewinnt gegenüber dem Vorjahr 15.000 Hörer (+ 1,0%). In der werberelevanten Zielgruppe der 14-49-Jährigen liegt radio NRW mit 694.000 Hörern (- 3,7%) deutlich vor 1Live mit 536.000 Hörern (- 8,2%). Die Radio-Kombi des WDR „Best of 14-49" erreicht 995.000 Hörer und verliert 2,6% bzw. 27.000 Hörer in der Zielgruppe gegenüber dem Vorjahr. Der Reichweitenabstand der WDR-Kombi und radio NRW bleibt mit 301.000 Hörern konstant. (Quelle: MA 2022 Audio II Update, Durchschnittliche Stunde 6.00 bis 18.00 Uhr, Mo-Fr.).

2 Lage und Geschäftsentwicklung

2.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Veränderungen im Anlagevermögen betrafen im Geschäftsjahr im Wesentlichen Software (4 T€) sowie Studioausstattung (+ 5 T€) und Büro-IT-Anschaffungen (+ 7 T€). Insgesamt reduzierte sich das Anlagevermögen bei Abschreibungen in Höhe von 43 T€ um 26 T€ auf 91 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände gingen vor allem umsatzbedingt im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 21 T€ auf 60 T€ zurück. Die liquiden Mittel sanken gegenüber dem Vorjahr um 137 T€ auf 321 T€, verursacht durch den ergebnisbedingt negativen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr. Auf der Passivseite wird die Reduktion der Bilanzsumme (-185 T€) wesentlich durch das negative Jahresergebnis in Höhe von -149 T€ begründet, welches die Kapitalanteile der Kommanditisten entsprechend vermindert hat. Bei einer Bilanzsumme von 479 T€ wird ein Eigenkapital von 304 T€ (Vorjahr: 454 T€) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote sinkt somit auf 63,6% im Geschäftsjahr (Vorjahr: 68,5%).

Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich aus dem laufenden Geschäft, Kreditlinien bei Banken bestehen nicht. Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 120 T€ führte neben den Auszahlungen für Investitionen (17 T€) dazu, dass sich der Bestand an liquiden Mitteln um 137 T€ auf 321 T€ reduzierte. Auszahlungen an Gesellschafter erfolgten im Berichtsjahr nicht.

2.2 Ertragslage

Das Jahr stand weiter stark unter krisenhaftem Einfluss, neben der Corona-Pandemie waren der Ukrainekrieg und die sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Auswirkungen ausschlaggebend. Die Gesellschaft hat das Jahr insgesamt mit einem Verlust in Höhe von 149 T€ erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert (- 15 T€) abgeschlossen. Operativ konnten deutliche Rückgänge bei den Kombierlösen durch lokale Erlössteigerungen überkompensiert werden, so dass der Gesamtumsatz, wie prognostiziert, bei annähernd stabilen landesweiten Erlösen geringfügig gesteigert werden konnte:

Umsatz	**2022**	**Anteil**	**2021**	**Anteil**	**Veränderung**	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse Lokal	435	*43,2*	299	*30,1*	136	*45,5*
Umsatzerlöse Funk-Kombi West	283	*28,1*	401	*40,3*	-118	*-29,4*
Umsatzerlöse radio NRW	215	*21,4*	222	*22,3*	-7	*-3,2*
Sonstige Erlöse	74	*7,3*	73	*7,3*	1	*1,4*
Summe Umsatz	**1.007**	*100,0*	**995**	*100,0*	**12**	*1,2*

Einen wesentlichen Einfluss auf die Umsatzentwicklung haben die sogenannten Hörerreichweiten (E.M.A.), die sich wie folgt entwickelten:

Zielgruppe 14-49 Jahre

Hörerreichweiten	**E.M.A. 2022 II**	**E.M.A. 2022 I**	**E.M.A. 2021 II**	**E.M.A. 2021 I**
Durchschnittsstunde 6-18 Uhr Mo-Fr	5,1%	3,1%	2,6%	2,3%

Die für die landesweite Vertriebsvergütung ausschüttungsrelevante Reichweite konnte zum Stichtag 2022 I erwartungsgemäß in eine positive Richtung geführt werden und zeigt einen anhaltend zufriedenstellenden Trend.

Bei dem oben beschriebenen leichten Anstieg der Umsatzerlöse resultiert die deutliche Ergebnisverminderung zum einen aus den im Vorjahr enthaltenen Sondereffekten aus der Auflösung von Rückstellungen, die in diesem Jahr entfallen sind. Ferner führte insbesondere der Wegfall von Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr zu einem Anstieg der Personalaufwendungen um 29 T€ auf 113 T€.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 37 T€ auf 277 T€ wurde unter anderem durch höhere Instandhaltungsaufwendungen sowie Beratungsleistungen für die Beantragung von Corona-Hilfen verursacht.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen als wesentliche Aufwandsposition sind mit einem Anstieg von 1,7% bzw. 13 T€ auf 757 T€ annähernd konstant geblieben.

Insgesamt entwickelte sich der Sender trotz der zum Planungszeitpunkt nicht in dem Maße vorhersehbaren gesamtwirtschaftlichen Krise gemäß den Erwartungen der Geschäftsführung.

3 Prognosebericht

Wir erwarten im Geschäftsjahr 2023 im lokalen Markt ein Umsatzniveau leicht unterhalb des zufriedenstellenden Niveaus des Berichtsjahrs, bei der Funk-Kombi West wird ein deutliches Umsatzwachstum prognostiziert. Diese Erwartung stützt sich einerseits auf das Ausbleiben eines umfassenden Wirtschaftseinbruchs und andererseits auf ein Ende der Einschränkungen aus den Corona-Maßnahmen. Radio NRW prognostiziert Vertriebsprovisionen in 2023 leicht unter Vorjahresniveau. Bei einer gleichzeitig unterstellten, deutlich angestiegenen individuellen Reichweite von Radio Neandertal, die maßgeblich ist für den Anteil des Radios an den radio NRW-Vertriebsprovisionen, wird das Vorjahresniveau der radio NRW-Zuflüsse voraussichtlich deutlich überschritten. Die aktuelle Erhebung im Jahr 2023 zeigt für den Sender mit 6,5% noch einmal einen deutlich gesteigerten ausschüttungsrelevanten Reichweitenwert. In der Gesamtbetrachtung wird das Jahresergebnis in 2023 auch aufgrund erwarteter Kostensteigerungen voraussichtlich weiter in der Verlustzone liegen, jedoch mit einem niedrigeren Betrag als im Berichtsjahr.

4 Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Ergebnisse des Senders sind stark von den erzielten Werbeerlösen und der Hörerreichweite abhängig. Die Hörerreichweite ist Grundlage für die von radio NRW zugeteilten Vertriebsprovisionen und dient als Argumentation gegenüber den lokalen und regionalen Werbekunden (Werbewirksamkeit). Wirtschaftliche Schwächephasen, ausgelöst zum Beispiel durch Lieferkettenprobleme, Preissteigerungen, Corona-Maßnahmen oder auch durch den Ukraine-Krieg können einen direkten wesentlichen negativen Einfluss auf das Buchungsverhalten der lokalen und regionalen Werbekunden und damit auf die Umsatzerlöse haben.

Hinzu kommt, dass Werbeerlöse und Hörerreichweite durch den Markteintritt neuer Wettbewerber in Nordrhein-Westfallen beeinträchtigt werden können: Mit Antenne NRW wurde in 2021 ein DAB+-Angebot und mit NRW1 in 2022 ein weiteres regionales UKW-Format in den Markt gebracht. Beide Wettbewerber werden ihre Marktaktivitäten in 2023 verstärken. Zudem wird ein sich weiter änderndes Mediennutzungsverhalten, insbesondere in der jungen Zielgruppe (14-29 Jahre), einen negativen Einfluss auf die Hörerreichweite und damit direkt und indirekt auch auf die Werbeerlöse haben. Da die Kostenseite kaum flexibel angepasst werden kann, sondern stattdessen direkt von den Auswirkungen der Inflation betroffen ist, haben unerwartete, kurzfristige Entwicklungen auf der Erlösseite eine direkte Auswirkung auf das Jahresergebnis.

In dem von der Landesanstalt für Medien intensiv vorangetriebenen Strukturanalyse-Prozess des NRW-Lokalfunks liegt eine Chance auf Entwicklung einer mittelfristig wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines flächendeckenden Lokalfunks.

In die Risikobetrachtung der Geschäftsführung werden auch die verwendeten Finanzinstrumente einbezogen. Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen die Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergeben. Die Forderungen unterliegen einem Ausfallrisiko, das heißt dem Risiko, dass Geschäftspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und somit ein Ausfall der Forderung zu verzeichnen ist. Diesem Risiko wird fallweise über eine Beurteilung der Bonität der Kunden im Vorfeld des Eingehens einer Geschäftsbeziehung vorgesorgt und durch die laufende Überwachung entgegengewirkt. Damit wird das Risiko sowohl antizipativ als auch laufend in die Risikobeurteilung einbezogen. Daneben wird das Risiko bilanziell über Wertberichtigungen im Jahresabschluss berücksichtigt. Darüber hinaus ist das Unternehmen Liquiditätsrisiken und Zahlungsschwankungen ausgesetzt, denen über eine stetige Überwachung der Liquidität begegnet wird. Auf den Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird vollständig verzichtet.

3.4.1.7 Zweckverband Gesamtschule Langenfeld-Hilden

Basisdaten

Anschrift	Hildener Straße 3, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Körperschaft des öffentlichen Rechts Aufteilung auf Basis der Schülerzahlen (Stichtag:15.10.2019) Stadt Langenfeld 59,47% Stadt Hilden 40,53 %
Verbandszweck	Der Schulverband ist Träger der Gesamtschule in Langenfeld. Die Schule nimmt Schüler/innen aus den Städten Hilden und Langenfeld auf. Unbeschadet der Aufnahmeentscheidung des/der Schulleiters/in im Einzelfall ergibt sich der Anteil der Schüler/innen aus den zwei Städten aus den Vorgaben der Schulverbandsversammlung.
Gründungsdatum	01.07.1992
Satzung	Gültig in der Fassung vom 01.02.2017
Geschäftsführung	Frau Petschnig
Organe	Verbandsvorsteher, Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher	Herr Frank Schneider, Bürgermeister Stadt Langenfeld
Verbandsversammlung	Frau Dr. Barbara Aßmann, Herr Jürgen Brüne, Herr Kevin Buchner, Herr Martin Falke, Herr Felix Freitag, Frau Andrea Meybom, Frau Marianne Münnich, Herr Thomas Remih, Frau Claudia Schlottmann ab 03.11.2020; Frau Dr. Barbara Aßmann, Herr Tobias Bohn, Frau Michaela Detlefs-Doege, Herr Felix Freitag, Frau Siedi Serag, Herr Sascha Geszat. Für die Stadt Hilden ab 01.11.2020; Frau Sönke Eichner, Herr Martin Falke, Herr Christoph Bosbach, Herr Hamza El Halimi, Herr Uwe Gramminger, Herr Kevin Peter Schneider, Frau Marianne Münnich

Anzahl der Mitarbeiter	Der Zweckverband verfügt über 6 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Beratungs- und Prüfungsamt der Stadt Hilden Michael Witek und Susanne Rother

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Der Schulverband ist Träger der Gesamtschule in Langenfeld. Die Schule nimmt Schüler/innen aus den Städten Hilden und Langenfeld auf. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld sind die Zahlung einer Umlage an den Zweckverband in Höhe von 895.212,14 € (2021 970.027,74 €) und die Personalkostenerstattung für Verwaltungsmitarbeiter durch den Zweckverband in Höhe von 193.816,00 € (2021 210.576,00 €).

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Hierunter fallen Zuwendungen für Investitionen in 2022 in Höhe von 91.344,29 € (2021 128.700,50 €). Kosten für die Schülerbeförderung betragen 100.306,27 € (2021 101.093,82 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[10]

Bilanz Aktiva 2022

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2022	Stand zum 31.12.2022	Differenz
		in EUR		
0.	**Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit**	**5.674,13**	**20.349,07**	**14.674,94**
1.	**Anlagevermögen**	**20.193.785,39**	**19.962.887,57**	**-230.897,82**
1.1	***Immaterielle Vermögensgegenstände***	***0,00***	***0,00***	***0,00***
1.2	***Sachanlagen***	***20.193.785,39***	***19.962.887,57***	***-230.897,82***
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	19.550.349,65	19.245.941,61	-304.408,04
1.2.2.2	Schulen	19.550.349,65	19.245.941,61	-304.408,04
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	24.210,32	17.009,53	-7.200,79
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	618.535,51	699.246,52	80.711,01
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	689,91	689,91	0,00
2.	**Umlaufvermögen**	**1.426.192,20**	**1.208.557,19**	**-217.635,01**
2.2	***Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände***	***-2.050,96***	***4.824,16***	***6.875,12***
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	-2.050,96	4.824,16	6.875,12
2.4	Liquide Mittel	1.428.243,16	1.203.733,03	-224.510,13
	Bilanzsumme	**21.625.651,72**	**21.191.793,83**	**-433.857,89**

Bilanz Passiva 2022

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2022	Stand zum 31.12.2022	Differenz
		in EUR		
1.	**Eigenkapital**	**13.708.010,67**	**13.480.356,67**	**-227.654,00**
1.1	Allgemeine Rücklage	14.007.884,56	13.708.010,67	-299.873,89
	davon Überschüsse aus Vorjahren	717.810,52	417.936,63	-299.873,89
1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-299.873,89	-227.654,00	72.219,89
	aus Vorjahren	-299.873,89	0,00	299.873,89
	des laufenden Jahres	0,00	-227.654,00	-227.654,00
2.	**Sonderposten**	**7.518.905,20**	**7.467.638,33**	**-51.266,87**
2.1	für Zuwendungen	7.518.905,20	7.467.638,33	-51.266,87
3.	**Rückstellungen**	**9.001,57**	**35.808,93**	**26.807,36**
3.4	Sonstige Rückstellungen	9.001,57	35.808,93	26.807,36
4.	**Verbindlichkeiten**	**389.734,28**	**207.989,90**	**-181.744,38**
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	190.877,93	139.621,86	-51.256,07
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	55.091,03	60.053,06	4.962,03
4.8	Erhaltene Anzahlungen	143.765,32	8.314,98	-135.450,34
	Bilanzsumme	**21.625.651,72**	**21.191.793,83**	**-433.857,89**

[10] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Ergebnisrechnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021	Fortge-schriebener Ansatz 2022	davon Ermächti-gungsüber-tragungen aus 2021	Ist-Ergebnis 2022	Vergleich Ansatz/Ist 2022	Ermächti-gungsüber-tragung 2022
		in EUR					
		1	2	3	4	5	6
	I. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit						
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.034.375,63	1.870.268,00	0,00	1.958.463,34	88.195,34	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	32.366,45	32.700,00	0,00	32.717,52	17,52	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	360.395,31	437.675,00	0,00	407.111,54	-30.563,46	0,00
10	= *Ordentliche Erträge*	*2.427.137,39*	*2.340.643,00*	*0,00*	*2.398.292,40*	*57.649,40*	*0,00*
11	- Personalaufwendungen	175.166,88	198.618,00	0,00	183.333,74	-15.284,26	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.966.889,96	1.918.175,00	0,00	1.781.739,33	-136.435,67	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	448.036,15	470.000,00	0,00	528.817,92	58.817,92	0,00
15	- Transferaufwendungen	30.000,00	32.000,00	0,00	32.000,00	0,00	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	106.918,29	121.850,00	0,00	114.730,35	-7.119,65	0,00
17	= *Ordentliche Aufwendungen*	*2.727.011,28*	*2.740.643,00*	*0,00*	*2.640.621,34*	*-100.021,66*	*0,00*
18	= **Ordentliches Ergebnis**	**-299.873,89**	**-400.000,00**	**0,00**	**-242.328,94**	**157.671,06**	**0,00**
	II. Finanzergebnis						
21	= *Finanzergebnis*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-299.873,89**	**-400.000,00**	**0,00**	**-242.328,94**	**157.671,06**	**0,00**
	III. Außerordentliches Ergebnis						
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	14.674,94	14.674,94	0,00
25	= *Außerordentliches Ergebnis*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*14.674,94*	*14.674,94*	*0,00*
26	= **Jahresergebnis**	**-299.873,89**	**-400.000,00**	**0,00**	**-227.654,00**	**172.346,00**	**0,00**
29	= **Ergebnis**	**-299.873,89**	**-400.000,00**	**0,00**	**-227.654,00**	**172.346,00**	**0,00**
	nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
35	**Verrechnungssaldo (= Saldo 31 bis 34)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Kennzahlen

	2022	**2021**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	63,61	68,01	-4,49
Eigenkapitalrentabilität	-1,69	-2,19	+0,50
Anlagendeckungsgrad 2	67,71	67,93	-0,22
Verschuldungsgrad	1,81	2,91	-1,10
Umsatzrentabilität	-9,51	-12,36	+2,85

Geschäftsentwicklung

Im vergangenen Jahr hat sich die Zusammensetzung des Gremiums verändert. Zwölf Mitglieder der Zweckverbandsversammlung gehören den Räten der Städte Langenfeld und Hilden an. Sowohl Langenfeld als auch Hilden entsenden Vertreter der Verwaltung in das Gremium Zweckverbandsversammlung. Dies sind Herr Sönke Eichner der Stadt Hilden, sowie Frau Sonja Wienecke der Stadt Langenfeld.

Für Ihre Mitarbeit im Gremium Zweckverbandsversammlung erhielten die Mitglieder der 7. Wahlperiode folgende Sitzungsgelder im Jahr 2022:

Dr. Aßmann, Barbara	Langenfeld	CDU	75,00 €
Bohn, Tobias	Langenfeld	CDU	75,00 €
Buchner, Sarah	Hilden	SPD	50,00 €
Detlefs-Doege, Michaela	Langenfeld	CDU	25,00 €
El Halimi, Hamza	Hilden	SPD	50,00 €
Falke Martin	Hilden	CDU	50,00 €
Freitag, Felix	Langenfeld	B/G/L	75,00 €
Geißler, Cornelia	Hilden	Bündnis 90 / Die Grünen	25,00 €
Gramminger, Uwe	Hilden	FDP	47,56 €
Greszat, Sascha	Langenfeld	SPD	45,00 €
Hindrichs,Marco	Langenfeld	CDU	25,00 €
Hirsch-Biermann, Elke	Langenfeld	Bündnis 90 /Die Grünen	25,00 €
Münnich, Marianne	Hilden	Bündnis 90 / Die Grünen	25,00 €
Schimang, Christian	Hilden	CDU	25,00 €
Schimmelpfennig, Mark	Langenfeld	SPD	25,00 €
Schneider, Kevin	Hilden	CDU	25,00 €
Serag, Siedi	Langenfeld	Bündnis 90 / Die Grünen	50,00 €

Die Mitglieder der Stadt Hilden erhielten für die Sitzung am 01.12.2022 keine Sitzungsgelder, es erfolgt ein Nachtrag, der erst im Jahr 2023 steuerliche Auswirkungen haben wird.

Verbandsvorsteher ist weiterhin Herr Frank Schneider, Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamter der Stadt Langenfeld. Die Aufgabe des Vorsitzenden der Zweckverbandsversammlung nimmt Herr Martin Falke wahr, Herr Christoph Bosbach, sein Vertreter, hat mit Wirkung zum 04.08.2022 auf sein Mandat verzichtet. Frau Sarah Buchner wurde am 08.11.2022 zur neuen Vertreterin gewählt.

Der Jahresabschluss 2022 konnte wie vorgesehen fertiggestellt werden. Wie in den Vorjahren auch, sind im Haushaltsjahr 2022 Mehraufwendungen bei einigen Positionen durch Minderaufwendungen in anderen Fällen gedeckt.
Das ursprünglich kalkulierte Ergebnis von –400.000 € veränderte sich auf -242.328,94 €. Die Erträge liegen um 157.671,06 € über den fortgeschriebenen Planansätzen. Hierbei kam es insbesondere in den Positionen Zuwendungen und allgemeine Umlagen zu Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten.

Die Reduzierungen des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen wurden unter anderem im Bereich der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bewirkt, wo es zu Minderausgaben in Höhe von ca. 64.800 € kam. Im Bereich der Kostenerstattungen an die Städte kam es aufgrund der Umstellung auf die IST-Kostenrechnung ebenfalls zu einer Minderausgabe in Höhe von 24.753 €.

Im Bereich der sonstigen Dienstleistungen kam es im Bereich der Schülerbeförderung bedingt durch das 9 € Ticket zu Minderausgaben in Höhe von ca. 57.000 €. Hiervon wurde aufgrund der unterjährigen, nicht vorab kalkulierbaren Erhöhungen der Gas- und Strompreise eine überplanmäßige Aufwendung gem. § 83 (1) GO NRW in Höhe von 47.500

€ zugunsten der Bewirtschaftungskosten zum Jahresende umgebucht. Zum Jahresende wurden hiervon tatsächlich 22.354 € in Anspruch genommen.

Im Bereich Support Digitalisierung wurden Mehrausgaben in Höhe von 16.0000 € für die Garantieerweiterungen der neu erworbenen Schülerendgeräte durch Minderausgaben im Bereich Betreuungskosten behinderter SchülerInnen gedeckt. Es konnten weniger Freiwillige im Sozialen Jahr zur Unterstützung eingestellt werden als geplant.

In diesem Jahr liegen keine nicht gedeckten Corona-Aufwendungen vor, es wurden keine Abgrenzungen vorgenommen und gemäß § 6 NKF-Covid-19-Isolierungsgesetz gesondert aktiviert.
Krisenbedingte Mehraufwendungen führten zu einem außerordentlichen Ertrag in Höhe von 14.674,94 €.

Auch in diesem Jahr konnten ergebnis- und investive Ereignisse durch die Umlagen und Zuwendungen der Mitgliedsgemeinden gedeckt werden.

Im Vergleich geben folgende Kennzahlen Hinweise auf die Entwicklung des Zweckverbandes:

	Bedeutung in %	31.12. 2019	31.12. 2020	31.12. 2021	31.12. 2022
Anlagenintensität	Anteil Sachanlagen an Bilanzsumme	93,1	92,2	93,4	94,2
Reinvestitionsquote	Investitionen und Gebäudeunterhaltung im Verhältnis zur Abschreibung	159,8	165,1	284,1	61,7
Eigenkapitalquote I	Eigenkapital zur Bilanzsumme	63,3	64,3	63,4	63,6
Eigenkapitalquote II	EK und Sonderposten zur Bilanzsumme	97,1	97,6	98,2	98,9
Anlagendeckung II	EK, Sonderposten zum Anlagevermögen	104,4	105,8	105,1	104,9
Anlagendeckung III	EK, Sonderp. u. langfristige Verb. zum Anlagevermögen	104,1	105,8	105,1	104,9

Aufgrund der bereits unter NKF abgelaufenen Geschäftsjahre ist ein Vergleich der Kennzahlen möglich. Vergleichbare Werte anderer Zweckverbände liegen leider nicht vor.

Die Anlagenintensität hat sich auf 94,2 % leicht erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist nach wie vor hoch.

Die Reinvestitionsquote liegt mit 61,7 % deutlich unter den angestrebten 100 %. Im Vorjahr lag diese jedoch mit 284,1 % deutlich über den angestrebten 100 %. Das bedeutet, dass die Investitionen 2022 nicht ausgereicht haben, um den Wertverlust des Anlagevermögens durch Abschreibungen auszugleichen. Die bilanziellen Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 18 % gestiegen.

Im Jahr 2022 wurden diverse Reparaturen durchgeführt, z.B. Austausch von Fenstern. Die technischen Gebäudeeinrichtungen werden regelmäßig gewartet und sind in einem guten Zustand. Für das Jahr 2023 sind u.a. weitere 109.000 € Haushaltsmittel für die Bauunterhaltung, 100.000 € für den Austausch der Heizkesselanlage im Gebäude D, sowie 140.000 € für die Erneuerung der Holzfenster eingestellt, insgesamt Mittel in Höhe von 444.000 €.
Im Jahr 2024 werden weitere 558.000 € für die Unterhaltung der Gebäude benötigt, u.a. 250.000 € für die Sanierung der Kesselanlage im Haupthaus, 110.700 € für die bauliche Unterhaltung, 80.000 € für den Austausch weiterer Holzfenster, sowie diverser Wartungen in

Höhe von 66.300 €. In den kommenden Jahren sind weitere diverse, altersbedingte Reparaturen notwendig, die im Haushalt berücksichtigt sind.
Hinzu kommt der weitere Ausbau der Digitalisierung, unter anderem finanziert aus Mitteln des Digitalpaktes in Höhe von insgesamt 477.202 €. Weitere Mittel für den Austausch bzw. Instandhaltung der Infrastruktur sind in den nächsten Jahren notwendig.

Im Zeitvergleich ist zu erkennen, dass der Anteil des Eigenkapitals zur Bilanzsumme stabil ist. Dies ist positiv zu bewerten. Ebenso ist der Anlagendeckungsgrad II in den letzten Jahren stabil geblieben, was für eine gesunde Finanzierung des Anlagevermögens spricht.

Wie bereits bekannt, werden die Aufwendungen in der Ergebnisrechnung und die Auszahlungen in der Finanzrechnung stets zu 100 % durch die Umlage gedeckt. Das geplante Ergebnis konnte um 157.671,06€ verbessert werden. Hauptursache für diese Veränderung waren die Minderausgaben in Höhe von ca. 64.800 € im Bereich der Gebäudeunterhaltung, sowie im Bereich der Schülerbeförderung in Höhe von 57.000 €.

Die Anerkennung und der Zulauf von Schülerinnen und Schülern zur Bettine-von-Arnim-Gesamtschule aus der Stadt Hilden sind nach wie vor gut. Die Anmeldezahlen liegen nicht mehr über den zur Verfügung stehenden Plätzen wie in den Vorjahren. Zum 15.10.2022 besuchen 1.252 SuS die Bettine-von-Arnim-Gesamtschule, davon kommen 674 (= 53,83 %) aus Langenfeld, 533 (= 42,57 %) aus Hilden und 45 (= 3,59 %) aus anderen Städten.
Der Schulstandort ist weiterhin gesichert.
Insbesondere melden sich regelmäßig Inklusionsschüler an der Schule an. Die Finanzierung der notwendigen Inklusionshelfer sowie des Schülerspezialverkehrs belasten den Zweckverband.

3.4.1.8 Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld-Monheim

Basisdaten

Anschrift	Friedenauer Straße 17c, 40789 Monheim am Rhein
Beteiligungsverhältnis	Körperschaft des öffentlichen Rechts Gleichmäßige Aufteilung Stadt Langenfeld 50% Stadt Monheim am Rhein 50 %
Verbandszweck	Der Zweckverband ist Träger der Erziehungsberatungsstelle. Ziel ist es die Ratsuchenden zu informieren und gemeinsam mit ihnen Lösungen für Probleme und Konflikte zu erarbeiten. Durch Beratung und therapeutische Hilfen sollen bereits verfestigte Probleme gelöst oder erleichtert werden.
Leiter Beratungsstelle	Frau Blass
Organe	Verbandsvorsteher, Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher	Herr Frank Schneider, Bürgermeister Stadt Langenfeld
Verbandsversammlung	Nach § 5 I der Satzung des Zweckverbandes entsendet die Stadt Langenfeld 6 Vertreter in die Verbandsversammlung: Thomas Bremer Jürgen Brüne Michaela Detlefs-Doege Barbara Assmann Elke Horbach Felix Freitag
Anzahl der Mitarbeiter	Der Zweckverband verfügt über 4 Mitarbeiter in Vollzeit und 7 in Teilzeit
Wirtschaftsprüfer	RPA Langenfeld / Frau Vogt und Frau Basner

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Der Zweckverband ist Träger der Erziehungsberatungsstelle. Ziel ist es die Ratsuchenden zu informieren und gemeinsam mit ihnen Lösungen für Probleme und Konflikte zu erarbeiten. Durch Beratung und therapeutische Hilfen sollen bereits verfestigte Probleme gelöst oder erleichtert werden. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld sind die Zahlung einer Umlage an den Zweckverband in Höhe von 447.191 € (2021 451.641,25 €) und die Erstattung von Personalkosten in Höhe von 32.828 € (2021 30.530,41 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[11]

Bilanz Aktiva 2022

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2022	Stand zum 31.12.2022	Differenz
		in EUR		
0.	**Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit**	**0,00**	**2.441,44**	**2.441,44**
1.	**Anlagevermögen**	**3.579,19**	**4.415,83**	**836,64**
1.2	***Sachanlagen***	***3.579,19***	***4.415,83***	***836,64***
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.579,19	4.415,83	836,64
2.	**Umlaufvermögen**	**135.146,02**	**197.651,76**	**62.505,74**
2.2	***Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände***	***0,00***	***11.393,63***	***11.393,63***
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	0,00	-800,00	-800,00
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	-800,00	-800,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	0,00	12.193,63	12.193,63
2.4	Liquide Mittel	135.146,02	186.258,13	51.112,11
	Bilanzsumme	**138.725,21**	**204.509,03**	**65.783,82**

Bilanz Passiva 2022

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2022	Stand zum 31.12.2022	Differenz
		in EUR		
1.	**Eigenkapital**	**59.986,99**	**162.656,30**	**102.669,31**
1.1	Allgemeine Rücklage	49.292,16	59.986,99	10.694,83
	davon Überschüsse aus Vorjahren	168.491,95	179.186,78	10.694,83
1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.694,83	102.669,31	91.974,48
	aus Vorjahren	10.694,83	0,00	-10.694,83
	des laufenden Jahres	0,00	102.669,31	102.669,31
2.	**Sonderposten**	**2.833,32**	**3.783,29**	**949,97**
2.1	für Zuwendungen	2.833,32	3.783,29	949,97
3.	**Rückstellungen**	**25.557,36**	**16.249,04**	**-9.308,32**
3.4	Sonstige Rückstellungen	25.557,36	16.249,04	-9.308,32
4.	**Verbindlichkeiten**	**50.347,54**	**21.820,40**	**-28.527,14**
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36.026,45	6.271,00	-29.755,45
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	9.306,49	9.513,45	206,96
4.8	Erhaltene Anzahlungen	5.014,60	6.035,95	1.021,35
	Bilanzsumme	**138.725,21**	**204.509,03**	**65.783,82**

[11] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Ergebnisrechnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2021	Fortge-schriebener Ansatz 2022	davon Ermächti-gungsüber-tragungen aus 2021	Ist-Ergebnis 2022	Vergleich Ansatz/Ist 2022	Ermächti-gungsüber-tragung 2022
		in EUR					
		1	2	3	4	5	6
	I. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit						
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	922.540,00	0,00	895.557,68	-26.982,32	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00	0,00	12.193,63	12.193,63	0,00
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	9.308,32	9.308,32	0,00
10	= *Ordentliche Erträge*	*0,00*	*922.540,00*	*0,00*	*917.059,63*	*-5.480,37*	*0,00*
11	- Personalaufwendungen	0,00	777.890,00	0,00	642.897,61	-134.992,39	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	171.800,00	0,00	159.659,29	-12.140,71	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	3.000,00	0,00	1.942,01	-1.057,99	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	14.850,00	0,00	12.532,85	-2.317,15	0,00
17	= *Ordentliche Aufwendungen*	*0,00*	*967.540,00*	*0,00*	*817.031,76*	*-150.508,24*	*0,00*
18	= **Ordentliches Ergebnis**	**0,00**	**-45.000,00**	**0,00**	**100.027,87**	**145.027,87**	**0,00**
	II. Finanzergebnis						
21	= *Finanzergebnis*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**0,00**	**-45.000,00**	**0,00**	**100.027,87**	**145.027,87**	**0,00**
	III. Außerordentliches Ergebnis						
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	2.641,44	2.641,44	0,00
25	= *Außerordentliches Ergebnis*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*2.641,44*	*2.641,44*	*0,00*
26	= **Jahresergebnis**	**0,00**	**-45.000,00**	**0,00**	**102.669,31**	**147.669,31**	**0,00**
29	= **Ergebnis**	**0,00**	**-45.000,00**	**0,00**	**102.669,31**	**147.669,31**	**0,00**
	nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
35	**Verrechnungssaldo (= Saldo 31 bis 34)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Kennzahlen

	2022	**2021**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	79,51	43,17	+36,34
Eigenkapitalrentabilität	63,19	18,33	+44,86
Anlagendeckungsgrad 2	4.475,00	2.150,00	+2.325,00
Verschuldungsgrad	23,31	126,67	-103,36
Umsatzrentabilität	11,23	1,23	+10,00

Geschäftsentwicklung

Entwicklung der Erziehungsberatungsstelle und dessen Aufgabenbereiche

Die Beratungsarbeit im Jahr 2022 wurde durch die Rückkehr aus der Coronazeit und durch den Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt. So gehörten neben der Rückkehr in die Präsenzberatung auch die Beratung ukrainisch geflüchteter Menschen zum Alltag. Die Anzahl der Beratungsfälle 2022 erhöhte sich nach der pandemischen Zeit von 601 Fällen in 2021 auf 641 Fälle. Die Neuaufnahmen steigen auf 477 Fälle in 2022. Dabei entfällt ein Anteil von knapp 52,9 % auf Langenfelder und 45,7 % auf Monheimer Beratungsfälle.

Pro Vollzeitkraft weist die Beratungsstelle in 2022 bei 8 Vollzeitkräften ca. 80 Fälle auf. Der Arbeitsanteil der Einzelfallarbeit sank von über 80% in den Vorjahren auf 63,5% in 2022, während die fallübergreifenden Tätigkeiten gleichzeitig von 19% in den Vorjahren auf 36,5% anstiegen. Hierzu gehören vor allem Kooperationen mit anderen Institutionen und die Kooperationen mit den Familienzentren in Monheim und Langenfeld, die Zusammenarbeit in Arbeitskreisen, wie auch mit den Schulen und den beiden Jugendämtern, sowie die Durchführung eigener Kurse und Angebote der Beratungsstelle.

Die Verteilung der Fallzahlen auf die beiden Umlagegemeinden (in 2022: 52,9 Beratungsfälle aus Langenfeld und 45,70% Beratungsfälle aus Monheim) ist in den letzten 10 Jahren immer wieder Schwankungen unterlegen gewesen, weicht aber verteilt über die Jahre nicht wesentlich von der Verteilung der Anzahl der Jugendlichen aus Monheim und Langenfeld ab. Bei den soziodemographischen Daten bezogen auf die Fallarbeit ergaben sich leichte Änderungen in einzelnen Bereichen: Der Anteil der Jungen mit 52,6 % (2021: 52,8%) liegt höher als der Anteil der Mädchen mit 47,2 % (2021: 47,0%). Im zweiten Jahr in Folge wurde der Anteil Divers mit 0,2% in 2022 erfasst.

Über 50% der Kinder mit Beratungsbedarf sind im Kindergarten- und in der Grundschule. Der Anteil der beratenen Familien mit Migrationshintergrund sank leicht von 30,2% im Vorjahr auf 29,5%. Der Anteil der Familien, die von Trennung und Scheidung betroffen sind und Hilfe bei der Beratungsstelle nachfragen, stieg von 2021 auf 2022 stark an. 56,9 % der Eltern sind im Vergleich zum Vorjahr 50,9% getrennt. Die in den letzten Jahren deutlich erkennbare Tendenz der ständig steigenden Elternzahl, die bei einem immer früheren Alter (vor dem 3. Lebensjahr des Kindes) ihrer Kinder die Beratungsstelle aufsuchen, reduzierte sich in 2022 auf 7,2 %.

Den größten Beratungsbedarf gab es in der Alterskohorte von 6 bis 8 Jahren mit 28%, von 3 bis 6 Jahren mit 23,3% und mit 15,3 % in der Alterskohorte von 12 bis 15 Jahren. Der Anteil der Mediationsverfahren hat sich im Vergleich zu 2021 von 107 auf 83 in 2022 reduziert.

Fallübergreifende Tätigkeitsfelder (aus dem allgemeinen Bericht der Erziehungsberatungsstelle)

Kindertageseinrichtungen

In 2022 wurden insgesamt 13 Familienzentren betreut, zu denen sich 26 Kitas zusammengeschlossen haben. In den Familienzentren werden im Rahmen der ergänzenden Landesförderung Sprechstunden, themenzentrierte Elterncafés, Elternabende, Supervisionen und Fortbildungen von Kitamitarbeitenden durchgeführt. Die Fördermittel des Landes konnten im Jahr 2022, nahezu vollständig ausgeschöpft werden. Generell können sich alle Kindertagesstätten, städtischer und freier Trägerschaft mit ihren Beratungsanliegen an die Erziehungsberatungsstelle wenden. Da die Zahl der Kinder in den beiden Kommunen stetig wächst, werden auch immer neue Kindertagesstätten gebaut und so steigt die Anzahl der Anfragen in diesem Bereich auch weiterhin an.

Schulpsychologie

Knapp ein Drittel aller Ratsuchenden gaben als einen Grund der Anfrage „Schwierigkeiten in der Schule“ (29,5%) an. Hier arbeitet die Beratungsstelle neben der individuellen Begleitung der Eltern und Kinder auch sehr „schulnah“, indem sie sehr engen Kontakt zu den Schulen, Lehrer/innen und Schulsozialarbeiter/innen der Schulen hält. Im Rahmen dessen finden auch fallbezogene Unterrichtsbesuche und Kontaktgespräche mit hilfesuchenden Eltern statt. Im Rahmen der Einzelfallarbeit, sowie der psychologischen Begleitung des Schulteams, gibt es eine starke Vernetzung mit der Schulsozialarbeit „Schnittpunkt“ in Langenfeld und der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie in Monheim. Die Mitarbeiter/innen der BEKJ nehmen an verschiedenen Schulen regelmäßig an Beratungslehrer/innen-Teams der Bettine-von-Arnim Gesamtschule und des KAGs, an den MUT-Teams der Grundschulen in Monheim oder UT-Teams der Prisma-Gesamtschule, sowie an Fallbesprechungen mit den Sozialarbeiter/innen etc. teil. Wie auch in den letzten 6 Jahren, wurde die Tradition der „Kunstausstellung in der Beratungsstelle“ in Kooperation mit dem Konrad-Adenauer-Gymnasium durchgeführt. Ziel ist es, die Schüler/innen über das Thema Kunst mit den Angeboten der Beratungsstelle in Kontakt zu bringen.

Ein Teil der neu ausgeschriebenen Stellen der Landesschulpsychologie in Mettmann wurden besetzt und zum Ende des Jahres ist auch eine Zuteilung der neuen Kolleginnen zu einem Nord- und Südkreis innerhalb der Kreises Mettmannes erfolgt. Diese neuen Kolleginnen sollen vor allem als Ansprechpartnerinnen für die Schulen zur Verfügung stehen. Sie werden sich dementsprechend in den Schulen in Langenfeld und Monheim mit ihrem Angebot vorstellen. Auch eine Kooperation mit der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche ist geplant. Dies soll über die Bildung von „Fachteams“ geschehen, dafür ist nun ein erster Termin in März angesetzt.

Krisenintervention

Es gab im Jahr 2022 zwei Krisen in einer Grundschule und einer weiterführenden Schule. In der Grundschule wurde von sexualisierter Gewalt unter Kindern berichtet. Sowohl die Schulleitung, als auch die Lehrer:innen und Eltern wurden beraten. In einer weiterführenden Schule kam es zu einem Mobbingvorfall, in dessen Verlauf auch von sexualisierte Gewalt in sozialen Netzwerken berichtet wurde. Es wurde insbesondere die Schulleitung beraten, wie auch eine mehrteilige stufenweite Unterstützung der Schüler:innen der Jahrgangsstufe angeboten.

Trennung und Scheidung / Mediation

Die Anfragen im Bereich Mediation bei Trennung und Scheidung sind weiterhin hoch, sind jedoch im Vergleich zu den „letzten beiden Coronajahren“ wieder gesunken. Das bedeutet konkret, es gab 83 Fälle, im Jahr 2021 waren es noch 107 Fälle. Durch die Umstellung des Angebotes in dem Sinne, dass die meisten Fälle nun von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter bearbeitet werden, konnten wir an dieser Stelle Personalressource einsparen. Der Anteil der gerichtsgeschickten Mediationen ist gleichgeblieben (20 Fälle).

Sexualisierte Gewalt

Im Jahr 2022 ist es gelungen, einen positiven Zuwendungsbescheid für eine halbe Stelle im Arbeitsbereich sexualisierte Gewalt zu erhalten. Leider gestaltete sich die Stellenbesetzung sehr schwierig, wir konnten im ersten Auswahlverfahren keine Fachkraft gewinnen. Erst nach einer zweiten erweiterten Ausschreibung ist es gelungen eine Psychologin, Frau Schnitzler, zu finden. Diese hat nun zum 1.12.2022 ist Arbeit begonnen.

Geplant ist weiterhin eine enge Vernetzung mit Sag`s e.V. und der Psychologischen Beratungsstelle in Hilden. In Hilden hat zum 1.1.2023 nun auch eine Fachkraft begonnen und bei Sag`s e.V. wird voraussichtlich

zum 1.3.23 eine neue Mitarbeiterin beginnen. Diese drei Fachkräfte werden dann gemeinsam die Versorgung des Südkreises in Bezug auf dieses Thema optimieren. Es geht natürlich vor allem um eine bestmögliche Versorgung von betroffenen Kindern und Jugendlichen und um eine möglichst frühe Aufdeckung.

Generell ist dieser Arbeitsbereich durch die großen Kampagnen des Landes wieder mehr in den Blick genommen worden. So ist auch ein Anstieg der Fallanfragen auf 23 nachvollziehbar und durch den Einsatz der neuen Fachkraft weiter zu erwarten.

Kursangebote

Der Kurs für Eltern von schwierigen Jugendlichen (Elterncoaching) war erneut stark gefragt und hat im Frühjahr 2022 stattgefunden. Auch der Kurs zum Thema Pubertät sowie der Kurs „Kinder im Blick“ haben im zweiten Halbjahr erfolgreich stattgefunden.

Corona-Aufholpaket

Im Rahmen der Finanzierung durch das Corona-Aufholpaket gab es die Möglichkeit für acht Grundschulen in Monheim, dass jeweils ein Kind ein Kind der Schule an einer befristeten wöchentlichen psychologischen Begleitung teilnehmen kann. So wurden dann von Oktober bis Dezember des Jahres acht Kinder wöchentlich psychologisch in der Beratungsstelle betreut. Zusätzlich erhielten auch die Eltern regelmäßige Beratungstermine. Leider wurde das Projekt „Aufholen nach Corona“ im Jahr 2023 vom Land nicht fortgeführt, so dass dieses Angebot nicht weiter erfolgen konnte.

Für die Kinder, bei denen das Angebot nicht ausreichend war und noch einen weiteren Beratungsbedarf hatten, wurden weitere Möglichkeiten gesucht und angeboten.

Darstellung des Geschäftsverlaufs 2022 einschließlich des Geschäftsergebnisses:

❑ Erläuterungen Ergebnisrechnung

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die allgemeinen Zuwendungen und Umlagen des Zweckverbandes lagen 2022 im Ergebnis bei 895.558 Euro.

Die Zuwendungen setzten sich aus unterschiedlichen Förderungen zusammen:

1. die Landesförderung der Familienberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft - in 2022 betrug insgesamt 65.424 Euro
2. die Förderung von Familienberatungsstellen aufgrund einer fachbezogenen Pauschale für Kooperationen mit Familienzentren (diese Förderung ist jedes Jahr abhängig von der jeweiligen Haushaltslage des Landes NRW). In 2022 wurden für 270 durchgeführte Kooperationsstunde á 50 Euro insgesamt 13.500 Euro vereinnahmt. 14.300 Euro wurden veranschlagt, 800 Euro wurden zurückgezahlt
3. die Landesförderung für die Fachberatungsstelle Sexualisierte Gewalt ab 12/2022 in Höhe von 2.585 Euro.
4. Aufholen nach Corona in Höhe von 4.000 Euro

d.h. die Zuweisungen betrugen insgesamt 85.509 Euro. Die Umlage aus Monheim und Langenfeld betrug 808.220 Euro. Ergänzend wurden Abschreibungen in Höhe von 1.829 Euro bebucht.

Die Gesamtabweichung in Höhe von 26.982 Euro zum Gesamtansatz in Höhe von 922.540 Euro in der Zeile 2 lässt sich durch eine Abweichung im Bereich der Zuwendungen erklären. Im Bereich der Projektstelle Beratung zum Thema sexualisierte Gewalt, wurde in der Planung ein höherer Ertrag, da die Stelle ganzjährig eingeplant wurde, angenommen.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der zusätzliche und nicht eingeplante Ertrag in Zeile 6 resultiert aus dem Guthaben für die Nebenkostenvorauszahlung 2021 in Monheim. Eine mehrfache Änderung der Abrechnung für das Gebäude Heine Straße 6 in Monheim war notwendig. (s. Forderungsspiegel 12.193,63 Euro).

Sonstige ordentliche Erträge

Die im Jahresabschluss gebuchten sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 9.308 Euro ergeben sich aus der nicht geplanten Auflösung von Rückstellungen.

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen ist das Rechnungsergebnis mit 642.898 Euro im Jahresabschluss 134.992 Euro geringer, als der Planansatz für 2022. Diese hohe Abweichung resultiert im Wesentlichen aus personaltechnischen Veränderungen in der Beratungsstelle.

Herr Goldstein hat sich im Mai in Rente verabschiedet, während die Nachfolgerin Frau Egger-Kapper erst im August in der Beratungsstelle ihre Arbeit aufgenommen hat. D.h. in der Zwischenzeit reduzierte sich Aufwand bei den Dienstbezügen mit, den Sozialversicherungen und den Versorgungsaufwendungen deutlich.

Frau Egger-Kapper wurde als Sozialpädagogin eingesetzt und verstärkt somit die multiprofessionelle Ausrichtung des Teams. Frau Pacher hat ab dem 01.10.2022 in der Erziehungsberatung Ihre Arbeit aufgenommen, um freigewordene Stellenanteile von Frau Rometsch, die im Rahmen einer beruflichen Umorientierung die Erziehungsberatungsstelle verlassen hat, abzudecken.

Das Projekt Beratungsstelle gegen sex. Gewalt (100% 0,5 VZÄ EG 13) wurde im Haushalt vollständig eingeplant, jedoch konnte eine Besetzung dieser Stelle mit Frau Schnitzler erst am 01.09.2022 erfolgen, so dass auch hier ein entsprechend geringerer Aufwand im Bereich der Beschäftigten entstand.

Der Ansatz für die Honorarkräften im Haushaltjahr 2022 mit 11.000 Euro wurde überschritten. Hier wurden 14.987 Euro verausgabt, um die fehlenden Stellenbesetzungen durch eine Fortführung im Rahmen der Honorartätigkeit von Herrn Goldstein zu kompensieren.

Als weitere Abweichung zu benennen ist, dass der Ansatz von 500 Euro für die Beihilfen nicht verausgabt wurde.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ursprüngliche Ansatz beträgt. 171.800 Euro, jedoch wurden im Haushaltsjahr 2022 nur 159.659 Euro verausgabt.

Die geringeren Aufwendungen in Höhe von 12.659 Euro insgesamt bei den Sach- und Dienstleistungen resultieren im Wesentlichen aus den ursprünglich geplanten Kostenerstattungen (Personalkosten Langenfeld/ Nebenkostenabrechnungen).

Diese wurden im Umfang von 38.000 Euro geplant, jedoch nur in Höhe von 32.828 Euro in Rechnung gestellt. Weitere Minderausgaben ergaben sich bei der Wartung von Software. Hier wurden von 11.100 Euro im Ansatz 6.019 Euro ausgegeben.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Der geplante Ansatz von 14.850 Euro wurde in 2022 um einen Betrag von 2.317 Euro unterschritten. Der Ansatz für Fortbildungsmittel im Umfang von 7.800 Euro wurde trotz Bewilligung aller beantragten Fortbildungen nicht ausgeschöpft (5.776 Euro).

Jahresergebnis

Die Ergebnisrechnung schließt im Jahresergebnis 2022 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 102.669 Euro ab. Der Überschussbetrag wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Außerordentliche Erträge

Die Rechnungen des Jahres 2022 wurden geprüft, um festzustellen, ob Mehraufwendungen im Zusammenhang mit den verschiedenen Krisen entstanden und Haushaltsisolierungen notwendig sind. Coronabedingt entstanden sind: 2441 Euro für zusätzlichen Aufwand (z.B. für Corona-Schnelltests u.ä.) die verpflichtend im Haushalt zu isolieren sind.

Weitere coronabedingte Isolierungen, z.B. bedingt durch die Energiekriese, konnten nicht ermittelt werden. Bei einem Vergleich der Nebenkostenabrechnungen der vergangenen Jahre konnte keine inflationsbedingte Veränderung festgestellt werden, so dass keine Isolierung vorgenommen wurde.

Ergänzend wurden 200 Euro Spenden als außerordentlicher Ertrag gebucht.

❑ Erläuterungen Finanzrechnung

Anschaffung von beweglichen Anlagevermögen

Es wurden 2.937 Euro für bewegliches Anlagevermögen (Tisch für Gruppenraum, ein Notebook und Monitore) bei einem Ansatz von 3.800 Euro aufgewendet.

❑ Erläuterungen Bilanz Passiva

Eigenkapital

Das zu Beginn des Jahres 2022 mit 59.987 Euro ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss von 102.669 Euro auf einen Stand von 162.656 Euro zum Stand 31.12.2022.

❑ Erläuterungen Finanzrechnung

Anschaffung von beweglichen Anlagevermögen

Der kalkulierte Ansatz wurde um 1.689,16 € unterschritten, da auch hier corona-bedingt geplante Anschaffungen nicht getätigt wurden, dafür jedoch Ausstattungen für die digitalisierung der Arbeitsplätze und für der Ermöglichung von Homeoffice.

❑ Erläuterungen Bilanz Passiva

Eigenkapital

Das zu Beginn des Jahres mit 33.192,19 € ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss von 16.099,97 € auf einen Stand von 49.292,16 € zum Stand 31.12.2020.

Rückstellungen

Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen um 420,64 € begründet sich aus Urlaubsrückstellungen.

3.4.1.9 Zweckverband Berufsbildende Schulen Opladen

Basisdaten

Anschrift	Stauffenbergstraße 21 - 23, 51379 Leverkusen
Beteiligungsverhältnis	Die Städte Leverkusen, Monheim, Langenfeld, Burscheid und Leichlingen betreiben gemeinsam den Zweckverband der Berufsbildenden Schulen in Opladen.
Verbandszweck	Der Schulverband ist Träger des Berufskollegs in Opladen. Der Schuldbezirk des Schulverbandes umfasst die Stadtgebiete der Städte: Burscheid, Langenfeld, Leichlingen und Monheim sowie den Stadteilen der Stadt Leverkusen: Bergisch Neukirchen, Hitdorf, Lützenkichen, Opladen und Quettingen.
Geschäftsführung	Frau Demmer
Organe	Verbandsvorsteher, Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher	Oberbürgermeister Uwe Richrath (Leverkusen)
Verbandsversammlung	Nach § 5 I der Satzung des Zweckverbandes entsendet die Stadt Langenfeld 3 Vertreter in die Verbandsversammlung: Barbara Aßmann Felix Freitag Sonja Wienecke (ab 01.09.2021) Thomas Kaps

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Der Schulverband ist Träger des Berufskollegs in Opladen. Der Schuldbezirk des Schulverbandes umfasst die Stadtgebiete der Städte: Burscheid, Langenfeld, Leichlingen und Monheim sowie den Stadteilen der Stadt Leverkusen: Bergisch Neukirchen, Hitdorf, Lützenkichen, Opladen und Quettingen. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld 2022 ist die Zahlung einer Umlage an den Zweckverband in Höhe von 677.154,00 € (2020 546.499,00 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals 2020[12] [13]

			2020	2019
1. Anlagevermögen				
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände		9.759,04	13.195,90
1.2	Sachanlagen			
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			
	1.2.1.1	Grünflächen		
	1.2.1.2	Ackerland		
	1.2.1.3	Wald, Forsten		
	1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke		
	SUMME		**0,00**	**0,00**
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			
	1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen		
	1.2.2.2	Schulen	7.627.433,44	7.983.854,34
	1.2.2.3	Wohnbauten		
	1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude		
	SUMME		**7.627.433,44**	**7.983.854,34**
1.2.3	Infrastrukturvermögen			
	1.2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens		
	1.2.3.2	Brücken und Tunnel		
	1.2.3.3	Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
	1.2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen		
	1.2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen		
	1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens		
	SUMME		**0,00**	**0,00**
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden			
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler			
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		166.424,70	173.097,22
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung		245.079,01	235.546,75
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau			
	SUMME		**411.503,71**	**408.643,97**
1.3	Finanzanlagen			
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen			
1.3.2	Beteiligungen		4.000,00	
1.3.3	Sondervermögen			
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens			
1.3.5	Ausleihungen			
	1.3.5.1	an verbundene Unternehmen		
	1.3.5.2	an Beteiligungen		
	1.3.5.3	an Sondervermögen		
	1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen		
	SUMME		**4.000,00**	**0,00**
2. Umlaufvermögen				
2.1	Vorräte			
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren			
2.1.2	Geleistete Anzahlungen			
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen		2.532.969,00	2.166.469,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen		3.182,23	4.631,35
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände		0,00	8.161,81
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens			
2.4	Liquide Mittel		1.315.875,98	961.983,22
	SUMME		**3.852.027,21**	**3.141.245,38**
3. Aktive Rechnungsabgrenzung			368,11	
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				
BILANZSUMME			**11.905.091,51**	**11.546.939,59**

[12] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

[13] Zum Redaktionsschluss lag kein aktueller Jahresabschluss mit entsprechenden Angaben vor, daher erfolgen hier die Darstellungen des Abschlusses 2020.

		2020	2019
1. Eigenkapital			
1.1	Allgemeine Rücklage	8.726.320,02 €	8.726.320,02 €
1.2	Sonderrücklagen		
1.3	Ausgleichsrücklage	269.288,85	269.288,85
1.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	911.433,77	452.905,32
	SUMME	**9.907.041,54**	**9.448.513,09**
2. Sonderposten			
2.1	für Zuwendungen	148,76	162,72
2.2	für Beiträge		
2.3	für den Gebührenausgleich		
2.4	Sonstige Sonderposten		
	SUMME	**148,76**	**162,72**
3. Rückstellungen			
3.1	Pensionsrückstellungen		
3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten		
3.3	Instandhaltungsrückstellungen	110.000,00	
3.4	Sonstige Rückstellungen	34.854,89	37.868,28
	SUMME	**144.854,89**	**37.868,28**
4. Verbindlichkeiten			
4.1	Anleihen		
	4.1.1 für Investitionen		
	4.1.2 zur Liquiditätssicherung		
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
	4.2.1 von verbundenen Unternehmen		
	4.2.2 von Beteiligungen		
	4.2.3 von Sondervermögen		
	4.2.4 vom öffentlichen Bereich		
	4.2.5 von Kreditinstituten	681.153,59	1.690.007,23
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		
4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.874,46	116.637,71
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	9.018,27	2.910,56
4.8	Erhaltene Anzahlungen	900.000,00	250.000,00
	SUMME	**1.863.046,32**	**2.060.366,50**
5. Passive Rechnungsabgrenzung			
BILANZSUMME		**11.905.091,51**	**11.546.899,59**

Ergebnisrechnung 2020

		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	davon Ermächtigungs-übertragungen aus dem Vorjahr	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist des Haushaltsjahres	Ermächtigungs-übertragungen in das Folgejahr
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1	Steuern und ähnliche Abgaben						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.318.403,22	3.574.900,00		3.579.439,17	4.639,17	
3	+ Sonstige Transfererträge						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.292,05	4.750,00		4.267,21	-482,79	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	5.500,00		12.253,00	6.753,00	
8	+ Aktivierte Eigenleistungen						
9	+/- Bestandsveränderungen						
10	= **ordentliche Erträge**	**3.323.695,27**	**3.585.050,00**	**0,00**	**3.595.959,38**	**10.909,38**	**0,00**
11	- Personalaufwendungen	444.730,06	473.000,00		475.946,54	2.946,54	
12	- Versorgungsaufwendungen						
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.516.960,54	2.081.950,00		1.742.821,12	-339.128,88	
14	- Bilanzielle Abschreibungen	454.709,21	587.000,00		480.134,99	-106.865,01	
15	- Transferaufwendungen						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	360.046,67	384.000,00		380.007,68	-3.992,32	
17	= **ordentliche Aufwendungen**	**2.778.446,48**	**3.525.950,00**	**0,00**	**3.078.910,33**	**-447.039,67**	**0,00**
18	= **ordentliches Ergebnis** (= Saldo Zeilen 10 und 17)	**545.248,79**	**59.100,00**	**0,00**	**517.049,05**	**457.949,05**	**0,00**
19	+ Finanzerträge						
20	- Zinsen und Sonstige Finanzaufwendungen	92.343,47	59.100,00		58.560,60	-539,40	
21	= **Finanzergebnis** (= Saldo Zeilen 19 und 20)	**-92.343,47**	**-59.100,00**	**0,00**	**-58.560,60**	**539,40**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** (= Saldo Zeilen 18 und 21)	**452.905,32**	**0,00**	**0,00**	**458.488,45**	**458.488,45**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge				40,00	40,00	
24	- Außerordentliche Aufwendungen						
25	= **Außerordentliches Ergebnis** (= Saldo Zeilen 23 und 24)	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**40,00**	**40,00**	**0,00**
26	= **Jahresergebnis** (= Summe Zeilen 22 und 25)	**452.905,32**	**0,00**	**0,00**	**458.528,45**	**458.528,45**	**0,00**
27	- Globaler Minderaufwand*				0,00		
28	= **Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)**	**452.905,32**	**0,00**	**0,00**	**458.528,45**	**458.528,45**	**0,00**
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage							
29	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen						
30	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen						
31	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen						
32	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen						
33	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 29 bis 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
*** Beim globalen Minderaufwand ist in der Spalte des fortgeschriebenen Ansatzes lediglich der im Ergebnisplan festgesetzte Betrag zu übernehmen.**							
zusätzlich benötigte Daten:							
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten							
allgemeine Umlagen von Gemeinden							
Gewerbesteuerumlage							
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit (5342)							
Summe Steuerbeteiligungen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	

Kennzahlen

	2020	2019	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	81,83	76,72	+5,11
Eigenkapitalrentabilität	5,19	2,99	+2,20
Anlagendeckungsgrad 2	133,20	133,46	-0,26
Verschuldungsgrad	22,20	30,34	-8,14
Umsatzrentabilität	13,63	8,17	+5,46

Geschäftsentwicklung 2020

9.1 Allgemeines

Der Zweckverband als Zusammenschluss der Mitgliedsgemeinden Leverkusen, Langenfeld, Monheim, Leichlingen und Burscheid ist Schulträger des Berufskollegs Opladen. Die Aufgaben und die Organisation werden in der Satzung des Zweckverbandes Berufsbildender Schulen (BZV) geregelt.

Nach § 38 (2) der KomHVO NRW ist dem Jahresabschluss u. a. ein Lagebericht gem. § 49 KomHVO NRW beizufügen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr verschaffen. Er soll so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Zweckverbandes vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu enthalten. Während der Jahresabschluss grundsätzlich Vergangenheitsbezogen ist, sind in den Lagebericht auch zukunftsorientierte Elemente einzubeziehen. Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des BZV einzugehen.

9.2 Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 beläuft sich auf 11.905.091,51 € und erhöht sich damit gegenüber der Bilanz zum 31.12.2019 mit 11.546.939,59 € um 358.151,92 €.

Zusammengefasst stellt sich die Bilanz (Vermögenslage) des Berufsschulzweckverbandes zum 31.12.2020 wie folgt dar:

AKTIVA	€	%	PASSIVA	€	%
Anlagevermögen	8.052.696,19	67,5 %	Eigenkapital	9.907.041,54	83,2%
			Sonderposten	148,76	
Umlaufvermögen	3.852.027,21	32,3 %	Rückstellungen	144.854,89	1,2%
			Verbindlichkeiten	1.853.046,32	15,6 %
aktive Rechnungsabgrenzung	368,11	0,00%	passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00%
	11.905.091,51			11.905.091,51	

9.3 Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft (wichtige Ergebnisse zum Jahresabschluss sowie Erläuterung zur Struktur der Bilanz)

Mittelverwendung (Aktiva)

Die Aktivseite der Bilanz soll über das Vermögen des Berufsschulzweckverbandes zum 31.12.2020 die Werte der Mittelverwendung dokumentieren.

Den größten Anteil auf der Vermögensseite stellen die Sachanlagen mit 8.048.461,54 € oder rd. 67,5 % (Anteil an der Bilanzsumme) dar.

Der nächst höhere Posten der Vermögensseite sind die Forderungen i.H.v. 2.536.151,23 € dies entspricht einem Anteil von 21,3 %. Die liquiden Mittel mit einem Anteil von rd. 11 % beziffern sich auf 1.315.875,98 €.

Die restlichen Positionen spielen nur eine untergeordnete Bedeutung zum Gesamtvermögen.

Mittelherkunft (Passiva)

Die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert wurde; hier wird die Mittelherkunft sichtbar. Das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital ist von besonderer Bedeutung. Ein hoher Eigenkapitalanteil wirkt sich vorteilhaft aus. Er verbessert die Kreditbeurteilung und sichert finanzielle Unabhängigkeit.

Das Eigenkapital der Bilanz ermittelt sich als Saldo der Vermögenswerte abzüglich Schulden und Rechnungsabgrenzung. Es hat mit einem Anteil von über 83 % an der Bilanzsumme einen sehr guten Wert.

Eigenkapitalentwicklung:

Eigenkapital lt. (korrigierter) Bilanz zum 31.12.2008	9.790.166,99 €
+ Jahresüberschuss 2009	28.885,45 €
./. Jahresfehlbetrag 2010	621.102,44 €
./. Jahresfehlbetrag 2011	468.676,11 €
./. Jahresfehlbetrag 2012	79.713,14 €
./. Jahresfehlbetrag 2013	117.145,44 €
./. Jahresfehlbetrag 2014	109.818,18 €
./. Jahresfehlbetrag 2015	29.272,58 €
./. Verlust Anlagenabgang 2015	1.004,63 €
+ Jahresüberschuss 2016	120.450,45 €
+ Erhöhung durch Verkauf Anlagevermögen	7.661,60 €

+ Jahresüberschuss 2017	205.888,95 €
+ Jahresüberschuss 2018	269.286,85 €
+ Jahresüberschuss 2019	452.905,32 €
+ Jahresüberschuss 2020	458.528,45 €
Verbleibendes Eigenkapital 31.12.2020	9.907.041,54 €

Die Kreditverbindlichkeiten für Investitionen in Höhe von rd. 880 T€ stehen in einem nicht sehr hohen Verhältnis zum Anlagevermögen in Höhe von rd. 8 Mio. €. Der größte Anteil ist also durch das hohe Eigenkapital abgedeckt.

9.4 Ergebnisrechnung 2020

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2020 wurde ein Jahresüberschuss i. H. v. 458.528,45 € festgestellt. Das Ergebnis weicht damit gegenüber dem geplanten Jahresfehlbetrag 2020 von 0 € entsprechend ab.

Erläuterung erheblicher Abweichungen:

Zeile 07 „sonstige ordentliche Erträge"
Hier wurden 5.500 € eingeplant, weil davon ausgegangen wurde, in 2020 Rückstellungen für Prüfkosten auflösen zu können. Im Jahre 2020 erfolgte jedoch keine Jahresabschlussprüfung, sodass die Rückstellungen in voller Höhe bestehen blieben.

Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen"
Hinsichtlich der Gebäudeunterhaltungsplanung (Konto 5211) wurden für 2020 rd. 386.000 € zu viel eingeplant. Da diverse Sanierungen nicht erfolgten, konnte der Aufwand nicht plangemäß verbucht werden.

Hauptursache der Jahresüberschussentstehung ist die Einplanung von notwendigen Sanierungsmaßnahmen, die in der Umsetzung auf Grund des Fehlens einer zuverlässigen fachmännischen Begleitung scheiterten. In 2020 erfolgte mit Unterstützung der PD die Ausschreibung von Generalplanerleistungen, der Vertrag konnte im Juli 2021 abgeschlossen werden, sodass Gebäudeunterhaltungsaufwendungen erst in 2021 ff. abgeflossen sind.

Die Planung für die „Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens" war rd. 9.000 € zu hoch. Geplante Reparaturen auf Initiative der Fachlehrerinnen und – Lehrer mussten verschoben werden.

Im Budget „Aufwendungen für sonstige Sachleistungen" wurden rd. 65.000 € weniger verausgabt. Eine größere Schulmobiliarausschreibung konnte nicht stattfinden, weil keine Rahmenvertragsbeteiligung zugelassen wurde.

Zeile 14 „bilanzielle Abschreibungen":
Die Bezifferungen der voraussichtlichen Abschreibungsbeträge gestalten sich als schwierig, die Abweichung bezifferte sich auf rd. 106.000 €.

Zeile 16 „sonstige ordentliche Aufwendungen":
In Summe war die Abweichung geringfügig (rd. 1 %). Innerhalb der Sachkonten gab es einige Verschiebungen, die durch den Distanzunterricht zu erklären sind.

9.5 Finanzrechnung 2020

Im Finanzplan wurde keine Änderung der Liquiditätsreserven geplant. Die Finanzmittel haben sich jedoch um rd. 353.000 € erhöht. Die Ursache der Erhöhung war die ungeplante Ausgleichzahlung der Stadt Leverkusen i.H.v. 650.000 €.

Zeile 18 „Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen":
Dieser Zuschuss wurde nicht eingeplant. Dies ist jedoch unschädlich, da die Zahlung ohnehin keinen Einfluss auf die aktuelle Umlage haben soll, da das Geld zweckgebunden für spätere Investitionen verausgabt wird.

Zeile 25 „Auszahlungen für Baumaßnahmen":
Es wurden investive Kosten für die Machbarkeitsstudie i.H.v. 17.500 € eingeplant. Der Vertrag mit der PD kam erst in 10/2020 zustande, so dass die Mittel erst ab dem Folgejahr abgeflossen sind.

Zeile 26 „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen":
Bei der Überschreitung i.H.v. rd. 45.000 € handelt es sich um das Budget für den Erwerb von 85 Schüler - PCs. Die in 2019 geplante Ausschreibung konnte erst in 2020 erfolgen.

Zeile 27 „Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen":
Die Finanzierung der Beteiligung wurde versehentlich im Ergebnisplan veranschlagt. Der damals kalkulierte Betrag von 7.400 € konnte auf 4.000 € reduziert werden.

Zeile 35 „Auszahlung für die Tilgung (...) von Krediten":
Die außerplanmäßige Tilgung i.H. der Restschuld i.H.v. rd. 740.000 € erfolgte, weil die entsprechende Liquidität vorhanden war.

Im Übrigen liegen bei den Abweichungen der Finanzrechnungspositionen die gleichen Gründe wie bei der Ergebnisrechnung vor.

9.6 Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Berufsschulzweckverbandes

Die Haushaltswirtschaft umfasst die Bereiche Jahreshaushaltsplanung, die mittelfristige Planung, die Steuerung des Ablaufs, die Ausführung des Haushaltes und die Rechnungslegung.

Die zahlenmäßige Darlegung der Entwicklung der Ansätze ist in der Bilanz (aus der MACH - Software) ersichtlich. Somit ist eine Vergleichbarkeit der „Ansätze" 31.12.2019 und 31.12.2020 gegeben.

Zur Erhöhung der Transparenz der Haushaltswirtschaft wird die Entwicklung der Zweckverbandsumlage der Jahre 2017 – 2020 dargestellt:

Jahr	Gesamtumlage
2017	3.061.719 € (davon kassenwirksam: 2.821.819 €)
2018	3.255.669 € (davon kassenwirksam: 2.968.912 €)
2019	3.298.954 € (davon kassenwirksam: 2.931.356 €)
2020	3.545.800 € (davon kassenwirksam: 3.179.300 €)

Basis der Haushaltsplanung ist grundsätzlich der bestehende Haushalt. Ziel ist es, die Gesamtkosten und damit die Umlageforderung stabil zu halten. Neuanschaffungen werden kontinuierlich und begrenzt durchgeführt.

Produktorientierte Ziele und Kennzahlen

Nach produktorientierten Zielen und Kennzahlen wird nicht differenziert. Das Berufskolleg Opladen ist ein Gesamtprodukt. Die Ausgaben sind somit untereinander deckungsfähig, nur der Saldo gem. Ergebnis- bzw. Finanzplan soll nicht verschlechtert werden.

Für die Beurteilung einer Bilanz wendet man in der Regel spezielle Analysemethoden an, um objektive Vergleiche durchführen zu können. Die nachfolgend verwendeten Kennzahlen sind dem Kennzahlenset aus dem Runderlass des IM vom 01.10.2008 entnommen.

Bei der Analyse der Bilanz wird das Verhältnis einzelner Bilanzposten zueinander betrachtet und bewertet. Dabei werden schwerpunktmäßig die Finanzierung des Haushalts (mit Eigen- und Fremdkapital) und die Finanzierung der (langfristigen) Vermögensgegenstände des Anlagevermögens in Relation gesetzt.

Vermögensanalyse

Die Eigenkapitalquote I beziffert sich auf rd. 83,2 % (Vorjahr: 81,8 %).

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese ist lt. Fachliteratur als „ordentlich" zu bezeichnen. Rd. 95 % des Vermögens resultiert aus der Bezifferung des Schulgebäudes und des -grundstücks. Finanzielle Beteiligungen und Wertpapiere sind in 2020 i.H.v. 4.000 € vorhanden.

Schuldenanalyse

Der Verschuldungsgrad beziffert sich auf 9 % (Vorjahr: 17,8 %).

Statischer Verschuldungsgrad: $\frac{\text{lfr. Fremdkapital x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Dieser ist somit als gering zu bewerten. Letztmalig wurde in 2006 zur Finanzierung der Innensanierung ein Kredit aufgenommen. Detaillierte Zahlen können dem Verbindlichkeitsspiegel entnommen werden.

Ertragsanalyse

Neben der Umlage, die sich aus der Jahresplanung ergibt, werden nur geringe Erträge verbucht. Hierbei handelt es sich überwiegend um Mieteinnahmen, Fortbildungsmittel der Bezirksregierung, Zuwendungen im Rahmen der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung und Erstattungen des Fördervereins für die Reinigungskraft des Berufskollegs.

Finanzanalyse

Liquide Mittel bestanden zum Bilanzstichtag i. H. v. rd. 1,3 Mio. € (Vorjahr: 960 T €).

Anwendung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen

Von der Erstellung einer Nebenrechnung im Sinne dieser Vorschrift wurde abgesehen. Zum einen hielt sich der Corona bedingte Mehraufwand in Grenzen bzw. es konnten gleichzeitig Minderausgaben festgestellt werden, zum anderen wurde die Personalsituation in der Geschäftsstelle im gesamten Jahr 2020 durch eine Abordnung in den Krisenstab auf ca. 1,2 Stellen reduziert, daher wäre die Umsetzung des zusätzlichen Controllings aus zeitlichen Gründen schwierig gewesen.

9.7 Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Aktuell führt der Zweckverband die in der Schulverbandsversammlung am 10.02.2022 vorgestellten Machbarkeitsstudien zu Ende. Auf Grundlage der Gesamtkosten und der vergaberechtlichen Optionen erfolgt eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Varianten. Die Ergebnisse werden Grundlage der weiteren Beschlussfassung sein.

3.4.1.10 PD – Partnerschaft der öffentlichen Hand GmbH

Basisdaten

Anschrift	Friedrichstraße 149, 10117 Berlin
Beteiligungsverhältnis	Zum 31.12.2019 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10. 020 Geschäftsanteile. Beherrschender Gesellschafter ist mit 7.884 Geschäftsanteilen die Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt Langenfeld erwarb Ende 2020 10 Anteile. (weniger als 1 %)
Verbandszweck	Gesellschaftsvertraglicher Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen, um die staatlichen Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen.
Gründungsdatum	2008
Geschäftsführung	Herrn Stéphane Beemelmans Herrn Claus Wechselmann
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2022 über 750 Mitarbeiter

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Gesellschaftsvertraglicher Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der öffentlichen Hand. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[14]

AKTIVA

		31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		679.328,18	621.386,18
II. Sachanlagen			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.388.552,00	2.024.182,00
		4.067.880,18	2.645.568,18
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
Unfertige Leistungen		7.257.181,79	6.185.827,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.186.191,28		11.400.387,25
- davon gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 8.744.096,28 (Vorjahr: EUR 7.602.548,81)			
- davon gegen Gesellschafter: EUR 12.031.764,16 (Vorjahr: EUR 11.065.396,83)			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	2.327.718,97		2.068.446,98
- davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 1.953.695,18 (Vorjahr: EUR 1.507.292,66)			
		15.513.910,25	13.468.834,23
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		29.654.773,93	23.300.369,48
		52.425.865,97	42.955.030,71
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		521.736,21	440.065,76
		57.015.482,36	46.040.664,65

[14] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

		31.12.2022 EUR		31.12.2021 EUR
A.	**EIGENKAPITAL**			
I.	Ausgegebenes Kapital			
1.	Stammkapital	2.004.000,00		2.004.000,00
2.	Nennbetrag eigene Anteile	-962.600,00		-1.137.000,00
			1.041.400,00	867.000,00
II.	Kapitalrücklage		3.608.072,63	3.608.072,63
III.	Gewinnrücklagen		14.623.122,12	14.623.122,12
IV.	Gewinnvortrag		8.703.506,76	0,00
V.	Jahresüberschuss		9.353.382,14	12.703.506,76
			37.329.483,65	31.801.701,51
B.	**RÜCKSTELLUNGEN**			
1.	Steuerrückstellungen	1.446.809,00		1.288.344,00
2.	Sonstige Rückstellungen	10.507.800,86		6.474.834,82
			11.954.609,86	7.763.178,82
C.	**VERBINDLICHKEITEN**			
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.609.300,99		1.095.051,70
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.609.300,99 (Vorjahr: EUR 1.095.051,70)			
	- davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 411.376,02 (Vorjahr: EUR 366.560,00)			
	- davon gegenüber GesellschafternEUR 1.577.300,99 (Vorjahr: EUR 1.095.051,70)			
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.729.335,29		1.949.909,72
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 2.729.335,29 (Vorjahr: EUR 1.949.909,72)			
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.392.752,57		3.430.822,90
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 3.392.752,57 (Vorjahr: EUR 3.430.822,90)			
	- davon aus Steuern: EUR 3.201.406,21 (Vorjahr: EUR 3.275.361,45)			
	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 153.435,90 (Vorjahr: EUR 139.885,69)			
			7.731.388,85	6.475.784,32
			57.015.482,36	46.040.664,65

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2022 EUR	2021 EUR
1.	Umsatzerlöse	115.563.301,22	93.702.161,29
2.	Erhöhung/Minderung des Bestands an Vorräten	1.071.354,79	337.683,62
3.	Sonstige betriebliche Erträge	137.746,93	50.355,98
4.	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.290.620,13	-20.870.666,34
5.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-50.945.212,73	-36.726.753,60
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 125.656,66 (Vorjahr: EUR 90.112,59)	-8.134.666,22	-5.731.219,59
		-59.079.878,95	-42.457.973,19
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.662.433,05	-1.216.061,04
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.033.422,88	-11.272.296,65
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung: EUR 320,03 (Vorjahr: EUR 557,98)	-59.308,68	-73.559,19
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.292.697,44	-5.495.678,72
10.	**Ergebnis nach Steuern**	9.354.041,81	12.703.965,76
11.	Sonstige Steuern	-659,67	-459,00
12.	**Jahresüberschuss**	9.353.382,14	12.703.506,76

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69,07	58,22	+10,85
Eigenkapitalrentabilität	39,95	31,14	+8,81
Anlagendeckungsgrad 2	1.494,26	1.277,88	+216,38
Verschuldungsgrad	44,77	71,77	-27
Umsatzrentabilität	13,56	9,93	+3,63

Geschäftsentwicklung

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Unternehmensstruktur

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 99 GWB. Gesellschafter sind der Bund, Länder, Kommunen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie weitere öffentliche Organisationen, Institutionen und zwei Beteiligungsvereine. Sie kontrollieren über ihre Stimmrechte und Mitwirkungspflichten die Arbeit der PD. Die Gesellschafter der PD und ihre nachgeordneten Behörden haben die Möglichkeit, die PD auf der Grundlage von § 108 Abs. 4 GWB direkt zu beauftragen, und zwar in Bezug auf alle angebotenen Beratungsfelder und in jeder Projektphase. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist grundsätzlich in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber einschließlich der Republik Zypern als derzeit einzige ausländische Gesellschafterin in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektemanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhaben der öffentlichen Hand.

Zum 31.12.2022 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10.020 Geschäftsanteile, die sich wie folgt auf die Gesellschafter verteilen:

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
PD Berater der öffentlichen Hand GmbH	4.813
Bundesrepublik Deutschland	2.083
PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin" e.V.	240
PD-Beteiligungsverein „Kommunale Großkrankenhäuser" e.V.	160
Land Baden-Württemberg	100
Land Brandenburg	100

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Land Freie Hansestadt Bremen	100
Land Freie und Hansestadt Hamburg	100
Land Hessen	100
Land Mecklenburg-Vorpommern	100
Land Niedersachsen	100
Land Nordrhein-Westfalen	100
Land Rheinland-Pfalz	100
Land Sachsen-Anhalt	100
Land Schleswig-Holstein	100
Republik Zypern	100
Freie Hansestadt Bremen	25
Stadt Bochum	25
Stadt Duisburg	25
Stadt Essen	25
Stadt Frankfurt am Main	25
Stadt Leipzig	25
Stadt Mannheim	25
Stadt Nürnberg	25
Stadt Wuppertal	25
Kreis Mettmann	25
Kreis Paderborn	25
Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	20
Bergisch Rheinischer Wasserverband KöR	20
Bundesagentur für Arbeit	20
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben AöR	20
Dataport AöR	20
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGVU)	20
FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20
KommunalBIT AöR (Kommunaler Betrieb für Informationstechnik)	20
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
Universität Bonn	20
Universität Duisburg-Essen KöR	20
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20
Westfälische Hochschule	20
Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20
Zweckverband eGo-Saar	20
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20
govdigital eG	20
Klinikum Worms gGmbH	20
Leibnitz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	20
RKiSH - Rettungsdienst Kooperation in Schleswig-Holstein	20
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15
Stadt Aachen	15
Stadt Bergisch Gladbach	15
Stadt Braunschweig	15
Stadt Freiburg i.Br	15
Stadt Herne	15
Stadt Jena	15
Stadt Krefeld	15
Stadt Leverkusen	15
Stadt Mainz	15
Stadt Mönchengladbach	15
Stadt Oberhausen	15
Stadt Offenbach	15
Stadt Paderborn	15
Stadt Potsdam	15
Stadt Recklinghausen	15

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Stadt Remscheid	15
Stadt Salzgitter	15
Kreis Segeberg	15
Stadt Solingen	15
Burgenlandkreis	15
Landkreis Celle	15
Landkreis Dachau	15
Landkreis Dahme-Spreewald	15
Landkreis Görlitz	15
Kreis Groß-Gerau	15
Kreis Herzogtum Lauenburg	15
Hochsauerlandkreis	15
Main-Taunus-Kreis	15
Landkreis Nienburg/Weser	15
Kreis Ostholstein	15
Landkreis Sigmaringen	15
Landkreis Uckermark	15
Stadt Bergkamen	10
Stadt Castrop-Rauxel	10
Stadt Dormagen	10
Stadt Hürth	10
Stadt Iserlohn	10
Stadt Langenfeld	10
Stadt Lüneburg	10
Stadt Ratingen	10
Stadt Troisdorf	10
Stadt Unna	10
Landkreis Lichtenfels	10
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10
Kreisstadt Bad Hersfeld	5

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Stadt Barsinghausen	5
Stadt Dillenburg	5
Stadt Ennepetal	5
Stadt Erkrath	5
Stadt Gelnhausen	5
Stadt Halle (Westf.)	5
Stadt Hamminkeln	5
Stadt Heiligenhaus	5
Stadt Kamp-Lintfort	5
Stadt Königs Wusterhausen	5
Stadt Lengerich (Westf.)	5
Stadt Lindau	5
Stadt Mettmann	5
Stadt Monheim am Rhein	5
Kreisstadt Olpe	5
Stadt Papenburg	5
Stadt Rheinberg	5
Stadt Sehnde	5
Stadt Taunusstein	5
Stadt Waren (Müritz)	5
Stadt Wedel	5
Stadt Wesseling	5
Stadt Wülfrath	5
Stadt Würselen	5
Stadt Brake (Unterweser)	2
Samtgemeinde Heeseberg	2
Stadt Heusenstamm	2
Marktgemeinde Holzkirchen	2
Stadt Hünfeld	2
Samtgemeinde Lachendorf	2

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
Gemeinde Langerwehe	2
Gemeinde Lilienthal	2
Gemeinde Marpingen	2
Stadt Mengen	2
Gemeinde Merzenich	2
Stadt Michendorf	2
Gemeinde Neubiberg	2
Gemeinde Nörvenich	2
Gemeinde Nohfelden	2
Gemeinde Oberthal	2
Stadt Pattensen	2
Stadt Schwarzenbek	2
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2
Gemeinde Tholey	2
Stadt Uetersen	2
Stadt Wittingen	2
Gemeinde Zöllnitz	2
Deutscher Landkreistag e. V.	1
Deutscher Städte- und Gemeindebund	1
Deutscher Städtetag	1
	10.020

** Anzahl Geschäftsanteile im Nennwert von je 200 Euro*

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aktuell aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden.

Des Weiteren hat die Gesellschaft seit 2021 einen Betriebsrat mit aktuell 11 (nebenamtlichen) Mitgliedern. Der Betriebsrat hat zudem einen Betriebs-, Personal- und Wirtschaftsausschuss eingerichtet.

Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat. Das im Jahr 2017 gegründete Gremium berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Gesundheit, IT und

Verwaltungsmodernisierung. Das Gremium kann Empfehlungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat aussprechen, diese sind an die Empfehlungen nicht gebunden. Die Mitglieder wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt.

Der Beirat bestand im Jahr 2022 aus 15 Mitgliedern. Es fand eine Sitzung am 3. November 2022 statt. Schwerpunkt waren hierbei das Thema der Wirkungsorientierung und der Strategieprozess der PD, der in 2023 stattfinden soll.

1.2 Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2022 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Unternehmensbereiche und Standorte betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

1.3 Unternehmensführung

Die Gesellschafterversammlung hat am 08.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

Darüber hinaus hat die Geschäftsführung beschlossen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe häufig neu ausgerichtet werden. Demografische und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierbei ebenso zu berücksichtigen. Die Digitalisierung ist dabei zugleich Treiber und Mittel des Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen. Abgeleitet aus der Erweiterung des Artikels 91 GG stellt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) für alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung die zentrale Herausforderung dar. Im Rahmen eines bundesweiten, interföderalen Programms wird dieses schrittweise umgesetzt. Auch der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene greift diese Entwicklungen auf und setzt weitere transformatorische Eckpunkte für ein modernes Staatswesen in Deutschland. Diesen Anforderungen unterstehen in vergleichbarem Umfang die Länder, die sich entsprechende E-Government-Gesetze gegeben haben und zugleich - gemeinsam mit den Kommunen - zur Umsetzung des OZG verpflichtet sind. Auch unterstreichen die Erfahrungen der Coronakrise die Notwendigkeit einer weitergehenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Aufgrund der großen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bearbeitung vorgenannter Aspekte wächst der Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung mit Projekten auf allen föderalen Ebenen (zu der kommunalen Ebene siehe den folgenden Abschnitt) und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung weiter etabliert.

2.1.2 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand weiterhin vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen und Immobilien mit begrenzten Haushaltsmitteln zu bauen, zu sanieren und auszubauen sowie Verwaltungsstrukturen bei den Bau-, Gesundheits- und den sonstigen Kommunalverwaltungen zu modernisieren. Corona (auslaufend) und der Krieg in der Ukraine führen allerdings zu erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Das damit verbundene drastische Wachstum der Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern werden vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Allerdings zeichnet sich bereits ein Gegentrend ab, da die bisher hohe Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor wegen der hohen Preise wegbricht. Umso wichtiger ist eine große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln. Dazu hat die Bundesregierung im Rahmen des Deutschen Aufbau- und Resilienzplanes (DARP) reagiert und daraus einen Beratungsauftrag an die PD in einer Höhe von 50 Mio. € brutto bis 2026 zum Abbau von Investitionshemmnissen insbesondere im kommunalen Bereich vorgesehen, der überwiegend bereits beauftragt und im Jahr 2022 anteilsmäßig abgearbeitet wurde.

2.1.3 Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein Umsatzwachstum verzeichnen.

Die PD durfte sich in 2022 als „Hidden Champion" des Beratungsmarktes 2022/2023 im Bereich „Public Sector" bezeichnen, zu dem sie Ende 2021 gewählt worden war. Die Auszeichnung „Hidden Champion des Beratungsmarktes" wird seit 2008 durch die unabhängige Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB) vergeben. Die Kategorie „Public Sector" war im Jahr 2021 erstmalig vergeben worden.

2.2 Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2022 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2022 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Dem dienen auch das bereits in 2020 eröffneten Hamburger Büro sowie die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg. 2022 wurden zudem Mietverträge für Büros in München und Stuttgart geschlossen, die in 2023 bezogen werden.

Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird gezielt auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie Nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens (BIM: Building – Information – Modeling) oder auch die Exploration von innovativen/ beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens sowie auf die Verwaltungsmodernisierung der Kommunen gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für den bestehenden Marktbereich Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz. So kann dazu beigetragen werden, dass der massive Investitionsstau der öffentlichen Hand verringert wird und es werden gleichzeitig Impulse für eine fortgesetzt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gegeben.

Die Geschäftsführer Stéphane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2022 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung inkl. Vergabestelle	Strategische Verwaltungsmodernisierung inkl. Science Group
Finanzen, Einkauf &Facilities (Einkauf & Facilities ab dem 1. Februar 2022), Recht, Gesellschafterbetreuung, interne Revision, interner Datenschutzbeauftragter (DSB, ab 1.7.2022)	Personal, Marketing & Kommunikation (inkl. Lektorat und Qualitätssicherung), Digitalisierung & IT, Einkauf & Facilities (bis zum 31.01.2022), interne Revision

Im Geschäftsjahr 2022 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung" Herr Karl-Heinz Heller, Herr Dr. Uwe Schmidt und ab dem 1. November 2022 Frau Birte Frischemeier, aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung" Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend und Herr Dr. Peter-Roman Persch, sowie ab dem 1. November 2022 aus dem Bereich der Corporate Functions Frau Anja Tannhäuser.

Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von rd. 9.353 T€ abgeschlossen und liegt damit um 1.316 T€ über Plan. Wie in der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022 prognostiziert, reduzierte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Gesamtleistung (T€) (ohne sonstige betriebliche Erträge)	9.286	11.396	25.961	43.468	54.578	65.407	94.040	116.635
Deckungsbeitrag 1 (T€)	6.327	8.051	16.289	23.585	31.952	48.767	73.184	94.482
Jahresüberschuss (T€)	1.064	1.324	2.838	3.858	2.898	6.303	12.704	9.353

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten und zu festigen.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch planmäßig die Gesamtaufwendungen angestiegen. Der wesentliche Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Des Weiteren erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Insbesondere stiegen die Gesamt-Mietaufwendungen der Ge-

sellschaft. Die Anpassung der Büroflächen nach der Corona-Pandemie an das Personalwachstum der vergangenen Jahre führte zu Erweiterungen der Büroflächen in Berlin, in den Betriebsstätten Düsseldorf und Frankfurt und am Standort Hamburg. Ein Kostenanstieg ist wie erwartet gegenüber dem Vorjahr nach der Pandemie auch bei den Reise- und Fortbildungskosten zu verzeichnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	120.983	116.772	-4.211
Aufwand	-109.407	-103.066	6.341
davon Personalaufwand	*-62.329*	*-59.080*	*3.249*
Zinsergebnis, neutraler Aufwand, Steuern	-3.584	-4.353	-768
Jahresüberschuss	7.992	9.353	1.361

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2022 über direkte Geldmittel in Höhe von 29,7 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 6,4 Mio. € angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 4.000 T€.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich um 15,7% (+ 1.786 T€) erhöht. Angestiegen sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.950 T€ auf 2.729 T€. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Rückstellungen um 4.191 T€. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen zum einen aus der angestiegenen Rückstellung für Tantieme (+1.735 T€) und zum anderen bei den Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (+2.050 T€).

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2022) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 37,3 Mio. € bei rund 65,5% der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme hat sich um 11,0 Mio. € (+ 23,8%) gegenüber dem Vorjahreswert auf 57,0 Mio. € erhöht. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 9,2-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis weitestgehend erfüllt. Auf Grund der geringeren Umsätze mit bezogenen Fremdleistungen liegt die Gesamtleistung unter der Prognose. Entsprechend den Umsätzen haben sich auch die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen entwickelt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Kosten für Leistungen durch externe Dienstleister. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen und auch Weiterbildungsmaßnahmen haben verstärkt stattgefunden. Des Weiteren wurde in der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2021 die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 4.000 T€ beschlossen. Zudem hat die PD mit Genehmigung des Aufsichtsrates die Einrichtung einer Stiftungsprofessur an der Technischen Universität Dresden für ressourceneffizienten Hochbau gefördert, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu intensivieren.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2022 rund 13.706 T€ und liegt damit um 2.130 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um 4.567 T€ gemindert.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 6.354 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 29.655 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 13.283 T€ und aus der Investitionstätigkeit -3.103 T€. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist -3.826 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2021 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß in Höhe von 4.000 T€.

Die PD hat während des Geschäftsjahres 2022 durchschnittlich 717 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 519 im Geschäftsjahr 2021.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B.

- Das Rollen- und Kompetenzmodell wurde im letzten Jahr weiter überarbeitet. Nach der Erarbeitung und Pilotierung im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung im letzten Jahr wurden ebenfalls die Bereiche Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung und die Corporate Functions in das Rollen- und Kompetenzmodell überwiegend integriert.
- An das 2021 umfassend evaluierte und qualitätsgesicherte Basis-Curriculum schloss sich Anfang 2022 die Pilotierung des Aufbau-Curriculums an, das das curriculare Aus- und Weiterbildungsangebot der PD ergänzt hat. Mithilfe beider Curricula wird ein bereichsübergreifender, einheitlicher Wissens- und Kompetenzstandard sichergestellt. Durch die Integration diverser informeller Formate wird das formalisierte curriculare Angebot ergänzt und erweitert.
- Aufbauend auf dem entwickelten Führungsleitbild und den Pilottrainings 2021 durch Egon Zehnder wurde das Konzept für ein PD-spezifisches und entwicklungsorientiertes Führungskräfteprogramm in diesem Jahr überarbeitet. Das modulare Führungskräfteprogramm unterstützt und stärkt unsere Führungskräfte in ihrer Rolle und fördert ein einheitliches Führungsverständnis.
- Die Zielvereinbarungs-, Halbjahres- und Jahresgespräche wurden 2022 weiterentwickelt und finden mit allen Mitarbeitenden statt.
- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
- Die PD fördert weiterhin die Gleichstellungskultur. Um auch den internen Austausch zum Thema Diversität sowie das Bewusstsein für Vielfalt innerhalb der PD weiterzuverfolgen, wurde ein weiteres Netzwerk „women@PD" gegründet, welches Frauen ermöglichen soll, aktiv ihre Karriere zu planen und ihre Potenziale auszuschöpfen.
- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung. Die PD hat Arbeitssicherheitsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Bestellung von Betriebsärzt:innen, Sicherheitsfachkräften und Sicherheitsbeauftragten oder ein ausreichendes Erste-Hilfe-Konzept für Arbeitnehmer:innen auch im Jahr 2022 umgesetzt. Des Weiteren sind arbeitsmedizinische Angebote, wie zum Beispiel Grippeschutzimpfung und Augenuntersuchung, sowie das BEM den Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt worden.
- Am 20. und 21. Oktober 2022 fand für alle Kolleginnen und Kollegen der PD-StaffDay 2022 in Berlin in Präsenz statt. Es wurde ein abwechslungsreiches Programm aus Informations-, Interaktions- und Vernetzungsbestandteilen unter dem Motto „Wir. Nachhaltig. Zusammen" veranstaltet. Bestandteil des

Programms waren die quartalsweise Aufsichtsrats-Nachberichterstattung durch die Geschäftsführung, Impulse der Mitglieder der Geschäftsleitung sowie der Leitungen der internen Corporate Functions sowie zahlreiche Interaktions- und Vernetzungsmöglichkeiten. Gleichfalls konnten die Mitarbeitenden eigene Initiativen vorstellen.

- Im Juni wurden an allen PD-Standorten Get-together-Angebote gemacht, die von den Kolleginnen und Kollegen aufgrund der Corona-Situation freiwillig genutzt werden konnten. Jahreszeit-bedingt wurden die Treffen mit Bewirtung in Freiluft-Restaurants angeboten. Sie dienten der sozialen Verbundenheit und dem Kennenlernen auch und vor allem für die Kolleginnen und Kollegen, die während der digitalen Onboarding-Zeit der Corona-Pandemie in die PD eingetreten sind.
- Regelmäßig monatlich werden vom Team Marketing und Kommunikation Einführungs-Workshops zur Markenpositionierung der PD sowie den Aspekten der Identität (Markenleitbild) und der Visualisierung (Corporate Design) durchgeführt. Sie werden von der überwiegenden Zahl der neu zur PD gekommenen Mitarbeitenden besucht.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.
- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- Auch 2022 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an acht gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt. Die Beschäftigten der PD konnten Vorschläge für mögliche Spendenempfänger einreichen, über die bis Mitte Dezember unternehmensweit abgestimmt wurde. Auf unserer Webseite (https://www.pd-g.de/csr) stellen wir die acht mit der PD-Firmenspende bedachten Organisationen vor.
- Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt – wenn immer möglich – alternative Besprechungsmedien.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur in Übereinstimmung mit den gängigen Verfahren und Vorschriften der Haushaltsaufstellung und -führung abgewickelt

werden muss. Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten der Vergabestelle sowie in den Aufgabenfedern Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz (NUK) und Wohnen und Quartier (W&Q) gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert wurden.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. November 2022 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2024-2027 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2023 – 2027 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 20% erwartet.

Für das Jahr 2023 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Gesamtleistung steigt in der Planung gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 20%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Aufgrund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD in einem Umfeld ohne Corona-Beschränkungen und mit etwas gebremsten Steigerungsraten wird das operative Ergebnis im Jahr 2023 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2022. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen begründet.

3.2 Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur oder Pandemien und inzwischen auch Kriegsereignisse oder Cyberangriffen auf die IT-Infrastruktur der Gesellschaft.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Da die IT-Infrastruktur der Gesellschaft für die Geschäftstätigkeit als kritisch angesehen werden muss, sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um Ausfallrisiken zu vermeiden bzw. zu minimieren. Dazu gehört u.a. auch, dass interne Mitarbeiter gegenüber den zentralen IT-System wie externe Mitarbeiter behandelt werden; durch die damit verbundenen Schutzmechanismen werden die Auswirkungen etwaigen fehlerhaften Verhaltens der eigenen Mitarbeiter minimiert. Um die Verletzlichkeit der Systeme zu überprüfen und geeignete Schutzmaßnahmen abzuleiten, führt die Gesellschaft regelmäßig Penetrationstests durch.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationsmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Auch wurde eine interne Revision im Unternehmen aufgebaut. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

3.4.1.11 Regio IT-Beteiligungsgenossenschaft eG

Basisdaten

Anschrift	Lombardenstraße 24, 52070 Aachen
Beteiligungsverhältnis	Zum 31.12.2019 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10. 020 Geschäftsanteile. Beherrschender Gesellschafter ist mit 7.884 Geschäftsanteilen die Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt Langenfeld erwarb Ende 2022 25 Anteile. (weniger als 1 %)
Verbandszweck	Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder bei der Erfüllung der Versorgungaufgaben in den von den Mitgliedern versorten inländischen Kommunen. Die Genossenschaft verfolgt daneben keine weiteren wirtschaftlichen Ziele. Gegenstand der Genossenschaft ist die Schaffung von Verbundvorteilen für die Mitglieder über eine Beteiligung an der regio iT für Informationstechnologie mbH sowie in diesem Rahmen das Angebot eigener Dienstleistungen für die Mitglieder, insbesondere die Beratung bei IT-Projekten und der gemeinsame Einkauf von IT-Produkten im Bereich Hard- und Software.
Gründungsdatum	2021
Geschäftsführung	Dieter Ludwigs (Vorstand)
Organe	Vorstand, Generalversammlung

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder bei der Erfüllung der Versorgungaufgaben in den von den Mitgliedern versorten inländischen Kommunen. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen in 2022 keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[15]

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile		0,00	15.000,00
B. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen		516.000,00	516.000,00
Summe Anlagevermögen		516.000,00	516.000,00
C. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Vermögensgegenstände		11.284,69	3.000,19
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		128.386,82	43.974,04
Summe Umlaufvermögen		139.671,51	46.974,23
		655.671,51	**577.974,23**

[15] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben			
1. der verbleibenden Mitglieder		491.000,00	284.000,00
II. Kapitalrücklage		49.100,00	28.400,00
III. Ergebnisrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage		263,53	0,00
IV. Jahresfehlbetrag			17.491,08
V. Bilanzgewinn		8.598,33	
- davon Verlustvortrag EUR -17.491,08 (EUR 0,00)			
Summe Eigenkapital		548.961,86	294.908,92
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	2.161,00		0,00
2. sonstige Rückstellungen	9.400,00	11.561,00	8.724,50
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.148,65		340,81
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.148,65 (EUR 340,81)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	94.000,00		274.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 94.000,00 (EUR 274.000,00)		95.148,65	
		655.671,51	**577.974,23**

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge	2.351,11	0,00
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.049,00	0,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.617,71	0,00
	6.666,71	0,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	12.829,43	17.135,00
4. Erträge aus Beteiligungen	49.201,55	0,00
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.470,17	356,08
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.233,41	0,00
7. Ergebnis nach Steuern	**26.352,94**	**17.491,08-**
8. Jahresüberschuss	**26.352,94**	**17.491,08-**
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	17.491,08	
10. Einstellungen in Ergebnisrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	263,53	
11. Bilanzgewinn	**8.598,33**	

Kennzahlen

	2022	**2021**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	83,69	51,04	+32,65
Eigenkapitalrentabilität	1,64	-5,76	+7,4
Anlagendeckungsgrad 2	124,81	110,27	+14,54
Verschuldungsgrad	19,49	95,93	-76,44
Umsatzrentabilität	1300,00	-	-

Geschäftsentwicklung

Aufgrund der Größe der Gesellschaft verzichtet der Vorstand auf die Erstellung eines Lageberichts.

3.4.1.12 d-NRW AöR - Anstalt des öffentlichen Rechts

Basisdaten

Anschrift	Rheinische Straße 1, 44137 Dortmund
Beteiligungsverhältnis	Stammkapital 1.368.000,00 € (Land NRW 1.000.000,00) 368.000 Stammeinlage der beigetretenen Kommunen Die Stadt Langenfeld erwarb Mitte 2022 einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 1.000,00 €. (weniger als 1%)
Verbandszweck	Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung.
Gründungsdatum	2016
Geschäftsführung	Herr Dr. Roger Lienenkamp (Vorsitzender Geschäftsführer) Herrn Markus Both (Allgemeine Vertreter der Geschäftsführung)
Organe	Geschäftsführung, Verwaltungsrat

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Weitere Aufgaben ergeben sich aus § 6 des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[16]

AKTIVA

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	63.822,98	7.416,00
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	75.880,75	68.434,25
	139.703,73	75.850,25
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Geleistete Anzahlungen	2.396.237,37	2.392.488,83
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.414.326,72	6.607.692,61
2. Forderungen gegen Gesellschafter	3.000,00	0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	370.906,62	1.172.744,53
	4.788.233,34	7.780.437,14
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	18.758.025,55	10.347.155,40
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	10.155,51	5.088,01
	26.092.355,50	20.601.019,63

[16] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	1.368.000,00	1.281.000,00
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40	1.528.752,40
	2.896.752,40	2.809.752,40
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	5.607.394,23	3.339.662,11
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.508.274,00	2.619.837,60
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.768.116,30	11.651.941,58
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.282.238,57	179.825,94
- davon aus Steuern: EUR 64.311,06 (Vorjahr: EUR 56.411,03)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 10.371,04 (Vorjahr: EUR 9.578,18)		
	17.558.628,87	14.451.605,12
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	29.580,00	0,00
	26.092.355,50	20.601.019,63

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022 EUR	2021 EUR
1. Umsatzerlöse	101.209.076,39	51.001.544,75
2. Sonstige betriebliche Erträge	432.735,97	344.201,31
3. Materialaufwand	-96.866.327,83	-47.342.141,81
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.225.433,05	-2.663.559,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-814.486,54	-649.137,76
	-4.039.919,59	-3.312.697,13
5. Abschreibungen	-45.626,74	-39.777,47
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-676.092,82	-636.770,92
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.837,42	-31.327,63
8. Ergebnis nach Steuern	**7,96**	**-16.968,90**
9. Sonstige Steuern	-7,96	16.968,90
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**0,00**	**0,00**

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	11,10	13,64	-2,54
Eigenkapitalrentabilität	0,0003	-0,64	+0,6503
Anlagendeckungsgrad 2	6074,29	8092,11	-2.017,82
Verschuldungsgrad	799,65	633,17	+166,48
Umsatzrentabilität	0,001	-0,03	+0,031

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR", das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2022 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 368 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Berichtsjahr trotz Inflation, Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise und fortdauernder Lieferschwierigkeiten um ca. 2,0 % (Vorjahr: 2,9 %) gewachsen. Wie schon in den Vorjahren ist der IT-Sektor vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Für den Bereich Information und Kommunikation konnte ein deutlicher Zuwachs von 3,6 % verzeichnet werden. Aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung gewinnt die Informationstechnologie-Branche weiter an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragsservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2022 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2022 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2022 im Durchschnitt 69 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Auf die im Berichtsjahr erfolgte Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR, die insbesondere eine Verordnungsermächtigung (§ 6 Abs. 2) beinhaltet, und die exklusive Zuweisung von Digitalisierungsaufgaben auf die Anstalt per Rechtsverordnung (d-NRW VO) wurde bereits unter I. hingewiesen.

Im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 15.05.2022 haben sich nachfolgende Umressortierungen ergeben, die für die d-NRW AöR bedeutsam sind. Die allgemeine Aufsicht über die Anstalt ist vom vormaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) NRW auf das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) NRW übergegangen, das zugleich auch das Land Nordrhein-Westfalen als Träger der Anstalt vertritt.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Wartung, Pflege, Gestaltung und Redaktion von nrwGOV-Themenseiten die Zuschlagserteilung mit einer Obergrenze von bis zu 3 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT-Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 85 Beitritte von Städten, Gemeinden und Kreisen zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2022 auf insgesamt 368 Kommunen haben anwachsen lassen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 101.209 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 51.002) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	**31.12.2021**	**31.12.2022**	**Veränderung**
Aktiva	**T€**	**T€**	**T€**
Anlagevermögen	76	140	+64
Umlaufvermögen	20.520	25.942	+5.422
Rechnungsabgrenzung	5	10	+5
Passiva			
Eigenkapital	2.810	2.897	+87
Fremdkapital	17.791	23.195	+5.404
Bilanzsumme	**20.601**	**26.092**	**+5.491**

Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 5.422 erhöht. Grund dafür sind bei einer Erhöhung der bereits geleisteten Anzahlungen (+TEUR 4) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 8.411) bei zugleich verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.194) sowie eine Verringerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (-TEUR 802).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 87) und das Fremdkapital ist um +TEUR 5.404 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen" (+TEUR 1.116) und die „Sonstige Verbindlichkeiten" (+TEUR 2.102) gewachsen. Demgegenüber sind die „Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen" (-TEUR 112) im Vergleich zum 31.12.2021 verringert. Die „Rückstellungen" sind gegenüber dem Vorjahr erhöht

(+TEUR 2.268). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.557) und die Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit (+TEUR 28), bei verringerten „Sonstige Rückstellungen" (-TEUR 279) und verringerten Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 42).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2022 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 5.491), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 8.411), auf 11,1 % (31.12.2021: 13,6 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 18.758 (31.12.2021: TEUR 10.347).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,6 % (Vorjahr: 101,9 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2022 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Onlinezugangsgesetz (OZG), Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Kommunal-vertreter.NRW, Serviceportal.NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal Behörden und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landes-verwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2021 TEUR	2022 TEUR	+/- Vj. TEUR
Betriebserträge	51.345	101.642	+50.297
Betriebsaufwendungen	-51.314	-101.628	+50.314
Finanzergebnis	-31	-14	-17
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2021 TEUR	2022 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	22.604	16.184	-6.420
Dienstleistungen	29.819	87.582	57.763
übrige Umsatzerlöse	1	0	-1
	52.424	103.766	51.342
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-1.423	-2.557	-1.134
	51.001	101.209	50.208

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 49.524 auf TEUR 96.866 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 676 (Vorjahr: TEUR 637) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 21), Raummiete TEUR 195 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 62), Rechts- und Beratungskosten TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 52), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 11), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 22) sowie Buchführungskosten TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 25).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrentgelte.

d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „RV 2019-2023 (Lose 1-7)" mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.238 (von ursprünglich TEUR 40.000), „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)" mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 922 (von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)" mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 121.000 (von ursprünglich TEUR 200.000).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den zahlreichen Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate (4 % in 2022) erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind). Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitenden Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Für den Gesamtkontext befindet sich ein Personalentwicklungskonzept in der Aufstellung. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von 36,4 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

e) Risikomanagement

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem gibt es bislang nicht. Aktuell wird vor dem Hintergrund des stetigen Wachstums der d-NRW AöR ein Risikomanagementsystem etabliert.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch ergeben sich weitere Potentiale für die Anstalt. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, sind auf der Grundlage der bereits o. g. d-NRW VO zu erwarten, mit der der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung übertragen worden sind. Dadurch kann sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen (z. B. Ausgestaltung des OZG-Folgegesetzes). Unwägbarkeiten ergeben sich zudem noch im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022, weil die Ausrichtung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung in NRW bislang noch nicht abschließend geklärt ist.

c) Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist zu erwarten, dass sich Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden, d. h. sich wieder in Richtung der Vorjahreswerte bewegen werden.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld Rhld. zum 31.12.2022

3.4.2.1 Stadtwerke Langenfeld GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH 60% Thüga AG 20% Westenergie AG 20 %
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Ferner kann sie den Betrieb für andere Unternehmen ganz oder teilweise führen.
Gründungsdatum	19.06.1998
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	4.338.000 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 2.794.000 € Thüga AG: 614.000 € Westenergie AG: 730.000 €
Ergebnisabführungsvertrag ab 01.01.2006	Mit Vertrag vom 01.12.2005 (Ur-Nr. 645 für 2005, Notar Dr. Kierdorf, Köln) und Änderung vom 04.11.2014 hat die Gesellschaft mit der SEG einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Geschäftsführung	Herr Stefan Figge
Organe	Aufsichtsrat. Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Aufsichtsrat	Frank Schneider, Vorsitzender Dieter Braschoss

	Franz Janssen Thomas Kirbisch Marcus Rexfort Sascha Vilz Gregor Wiel Christoph Kahlen (Thüga AG) Jörg Mann (Thüga AG) Sandra Köhler (Rheinische Energie AG) Jürgen Wallraven (E.ON)
Gesellschafter- versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Thomas Grieger, Prokurist Christoph Kahlen, Thüga AG Frank Schürmann, Westenergie AG (bis 04.08.2022) Martin Schwermann, Westenergie AG (ab 04.08.2022)
Anzahl der Mitarbeiter	Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co.KG angestellt
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Zweck der Beteiligung

Die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass die Stadtwerke aus Sicht der Wirtschaftsprüfer den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden der Stadtwerke wurde auch im Geschäftsjahr 2022 die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Energieversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Seit 2009 werden 20 % der Anteile durch den Erwerb einer strategischen Beteiligung an der Thüga AG gehalten. Die Beteiligung wird indirekt über die KOM9 GmbH & Co. KG gehalten, eine Konsortialgesellschaft, an der eine Vielzahl von Stadtwerken Gesellschafter sind. Darüber hinaus werden Beteiligungen an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH und der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gehalten, welche Eigentümer der Immobilie ist, die die Stadtwerke als Betriebs- und Verwaltungsgebäude nutzen. Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 60 % am Stammkapital der Stadtwerke Langenfeld GmbH beteiligt. Weitere Gesellschafter sind mit einer Beteiligung von 20 % des Stammkapitals die Thüga AG, München, und mit einer Beteiligung von ebenfalls 20 % die Westenergie AG. Durch Eigenkapitalerhöhung in 2022 haben sich die Beteiligungsverhältnisse wie folgt geändert; Stadtentwicklungsgesellschaft 64,38 %, Thüga AG 14,15 %, Westenergie 21,46 %. Mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist der Ergebnisabführungsvertrag vom 21.11.2005. Durch diesen und die Änderung vom 04.11.2014 sowie die Änderung vom 07.12.2022 verpflichtet sich die Gesellschaft ab 01.01.2006 ihren Gewinn an die Stadtentwicklungsgesellschaft abzuführen. Entsprechend dieses Vertrages wurden für das Jahr 2022 2.124.575,38 € an die Gesellschafter abgeführt. (2021 1.948.873,75 €). Weitere wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bestehen in Form der Konzessionsabgabe an die Stadt Langenfeld in Höhe von 487.183,49 € und Zinsaufwendungen für gewährte Darlehen in Höhe von 101.216,01 €. Darüber hinaus bestehen zwei Darlehen bei der Stadt Langenfeld aus den Jahren 2017 und 2019 in Höhe von insgesamt 6.450.000,00 €. (2017 Darlehen, Stand zum 31.12.2022: 2.900.594,25 €, 2019 Darlehen, Stand 31.12.2022: 2.440.625,00 €).

Ebenfalls wesentlich sind die Aufwendungen für Personalkostenerstattungen an das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG in Höhe von 3.899.905,84 € (2021 3.411.698,85 € /die Stadtwerke beschäftigen kein eigenes Personal) und Aufwendungen für Verwaltungskostenzuschläge in Höhe von 106.922,66 € (2021 95.136,37 €).

Im August 2022 erfolgte eine Kapitalerhöhung und diente der Finanzierung des Erwerbs der Anteile an der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG. Hierbei wurden Einzahlungen durch die Gesellschafter in das gezeichnete Kapital (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 348 T€ und Westenergie AG: 116 T€) sowie in die Kapitalrücklage (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 3.224 T€ und Westenergie AG: 1.075 T€) getätigt.
Die zweite Kapitalerhöhung erfolgte im Dezember 2022 und dient der Finanzierung des fortgesetzten Breitbandausbaus in der Stadt Langenfeld. Diese erfolgte in Höhe von 804 T€ durch eine Umwandlung der Kapitalrücklage zugunsten des gezeichneten Kapitals. Ferner tätigten die Gesellschafter Einzahlungen zur Erhöhung der Kapitalrücklage (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 6.188 T€ und Westenergie AG: 2.062 T€).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[17]

AKTIVA

	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	161.426,00	190.244,00
2. Geleistete Anzahlungen	21.831,00	3.380,00
	183.257,00	193.624,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	134.093,87	134.093,87
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	42.403,00	46.613,00
3. Bezugsanlagen	825.858,00	579.856,00
4. Verteilungsanlagen	33.200.381,47	32.413.349,96
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	700.036,00	699.406,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	10.079,65
	34.902.772,34	33.883.398,50
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	11.273.760,84	6.510.692,97
2. Sonstige Ausleihungen	1.640,00	1.640,00
	11.275.400,84	6.512.332,97
	46.361.430,18	40.589.355,47
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.861.542,15	1.755.457,81
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.760.229,02	7.680.876,24
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	209.905,35
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.400.078,81	327.502,74
	8.160.307,83	8.218.284,33
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	22.809.688,05	2.030.016,45
	32.831.538,03	12.003.758,59
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	677,09	2.552,09
	79.193.645,30	52.595.666,15

[17] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

	€	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		4.338.056,00	3.070.000,00
II. Kapitalrücklage		13.441.427,33	1.696.415,33
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		7.585.000,00	6.785.000,00
		25.364.483,33	11.551.415,33
B. EMPFANGENE BAUKOSTENZUSCHÜSSE		0,00	0,00
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen		358.222,00	320.336,00
2. Steuerrückstellungen		0,00	144.000,00
3. Sonstige Rückstellungen		8.733.308,53	4.730.004,00
		9.091.530,53	5.194.340,00
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Anleihen		12.719.290,46	13.110.812,26
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	458.290,46		
(im Vorjahr:	276.812,26)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.230.207,84	9.104.006,70
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	699.545,83		
(im Vorjahr:	873.798,86)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		5.526.644,87	3.951.219,43
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	5.526.644,87		
(im Vorjahr:	3.951.219,43)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		669.098,19	198.067,34
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	669.098,19		
(im Vorjahr:	198.067,34)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		2.121.665,99	1.969.351,93
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	2.121.665,99		
(im Vorjahr:	1.969.351,93)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten		15.470.724,09	7.516.453,16
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	10.436.113,55		
(im Vorjahr:	2.175.233,91)		
- davon aus Steuern:			
von weniger als einem Jahr:	223.063,95		
(im Vorjahr:	172.710,47)		
		44.737.631,44	35.849.910,82
		79.193.645,30	52.595.666,15

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse		41.614.789,50	34.923.644,38
2. andere aktiviere Eigenleistungen		327.783,87	125.259,65
3. sonstige betriebliche Erträge		612.873,81	1.156.783,04
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-27.128.912,61	-21.024.831,01
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-3.203.258,31	-2.882.703,58
		-30.332.170,92	-23.907.534,59
5. Betrieblicher Rohertrag		12.223.276,26	12.298.152,48
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		-3.048.940,46	-2.674.872,83
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-850.965,38	-736.826,02
- davon für Altersversorgung (im Vorjahr: -222.640,00)	-273.697,09	-3.899.905,84	-3.411.698,85
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		-2.268.782,11	-2.272.376,50
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		-3.351.226,51	-3.671.640,38
9. Betriebsergebnis		2.703.361,80	2.942.436,75
10. Erträge aus Beteiligungen		555.673,72	543.643,66
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		28.069,29	2.059,00
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen (im Vorjahr: 1.837,00)	17.104,00		
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-617.633,10	-599.700,91
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen (im Vorjahr: -7.017,60)	-6.795,24		
13. Finanzergebnis		-33.890,09	-53.998,25
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-44.896,33	-95.564,75
15. Ergebnis nach Steuern		2.624.575,38	2.792.873,75
16. Sonstige Steuern		0,00	-144.000,00
17. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn		-2.124.575,38	-1.948.873,75
18. Jahresüberschuss		500.000,00	700.000,00
19. Einstellung in die Gewinnrücklage		-500.000,00	-700.000,00
20. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	32,03	21,96	+10,07
Eigenkapitalrentabilität	10,35	24,18	-13,83
Anlagendeckungsgrad 2	127,87	106,31	+21,56
Verschuldungsgrad	212,23	355,33	-143,1
Umsatzrentabilität	6,50	8,42	-1,92

Personalbestand

Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke Langenfeld GmbH tätig zu sein. Deshalb werden die anteilig auf die Stadtwerke entfallenden Personalaufwendungen weiterberechnet. Um einen besseren Einblick in die Ertragslage zu ermöglichen, werden entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise die weiterberechneten Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung als Personalaufwendungen ausgewiesen.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Der Unternehmensgegenstand der Stadtwerke Langenfeld GmbH („Stadtwerke") als kommunales Energieversorgungsunternehmen umfasst die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen. Die unternehmerische Tätigkeit der Stadtwerke umfasst die Tätigkeiten Gas- und Stromvertrieb, Gas und Stromversorgungsnetz, Breitbandnetz und Kommunikationsdienstleistungen.

Für die Versorgung der Langenfelder Kunden mit Erdgas waren Ende 2022 sechs Übernahmestationen, 20 Schrankregelanlagen und 13.766 Hausanschlüsse vorhanden. Aus zwei Ferngasleitungen führen die Stadtwerke das Erdgas über das eigene Mittel- und Niederdrucknetz ihren Kunden zu.

Die Stadtwerke werden wie bisher in Gemeinschaft mit der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG („Verbandswasserwerk") geführt. Das Personal, das für die Werke tätig ist, ist bei dem Verbandswasserwerk beschäftigt. Personal- und andere Aufwendungen, die den Werken direkt zugerechnet werden können, werden diesem unmittelbar belastet. Für die Verrechnung der gemeinsamen Aufwendungen gilt ein Verteilungsschlüssel, der 2022 überarbeitet wurde und die Tätigkeiten zeitgemäßer abbildet. Dieser Verteilschlüssel berücksichtigt das Volumen der Investitionen, die Anzahl der Buchungsvorgänge und die Anzahl der Kunden. Hierbei sind die Zahlen des Vorjahres maßgeblich für das laufende Jahr. Somit ergibt sich für das Geschäftsjahr 2022 für die Stadtwerke Langenfeld ein Aufteilungsschlüssel von 51 % (Vorjahr 43 %).

Seit 2009 werden Anteile durch den Erwerb einer strategischen Beteiligung an der Thüga AG indirekt über die KOM9 GmbH & Co. KG gehalten, an der eine Vielzahl von Stadtwerken Gesellschafter beteiligt sind. Darüber hinaus werden Beteiligungen an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH und der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gehalten, welche Eigentümer der Immobilie sind, die die Stadtwerke als Betriebs- und Verwaltungsgebäude nutzen.

Mit der Gründung der Stromnetzgesellschaft, bestehend aus den Gesellschaften Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG und der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH, in 2022 ist der Zugriff auf das Stromnetz gelungen. Die Stadtwerke sind zu 51 % an der Stromnetzgesellschaft beteiligt. Das Stromnetz ist vollständig an die Westenergie AG verpachtet.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 64,39 % am Stammkapital beteiligt. Weitere Gesellschafter sind mit einer Beteiligung von 14,15 % des Stammkapitals die Thüga AG, München und mit einer Beteiligung 21,46 % die Westenergie AG, Essen.

Die Anteile der Westenergie AG wurden im Laufe des Jahres 2023 auf die Rheinische Energie AG übertragen.

Zum 28. Juni 2023 ist die Thüga AG, München, aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Anteile werden auf die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (74,99 %) und auf die Rheinische Energie AG (25,01 %) verteilt.

Mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist trotz der Folgen des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 um 1,9 % gewachsen. Wesentliche Impulse für das Wachstum sind die Konsumausgaben für den privaten und staatlichen Bereich mit 3,6 %. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % und betrug im Jahr 2022 durchschnittlich 46.179 Euro. Auf der Entstehungsseite des BIP war die wirtschaftliche Entwicklung 2022 nicht einheitlich. Das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete eine Stagnation (0 %). Die Land- und Forstwirtschaft verzeichnete mit -4,5 % den stärksten Rückgang. Die übrigen Bereiche verzeichneten einen Zuwachs von 1 % bis 6,3 %. Die sonstigen Dienstleistungen mit 6,3 % verzeichnen den stärksten Anstieg, gefolgt von Handel, Verkehr und Gewerbe mit 4 % und Kommunikationstechnik mit 3,6 %.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1 ,2022)

Der Verbraucherpreisindex ist gegenüber 2021 um 6,9 % auf 110,2 gestiegen.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre Genesis-online)

2.1.2. Energiewirtschaftliche und -rechtliche Rahmenbedingungen

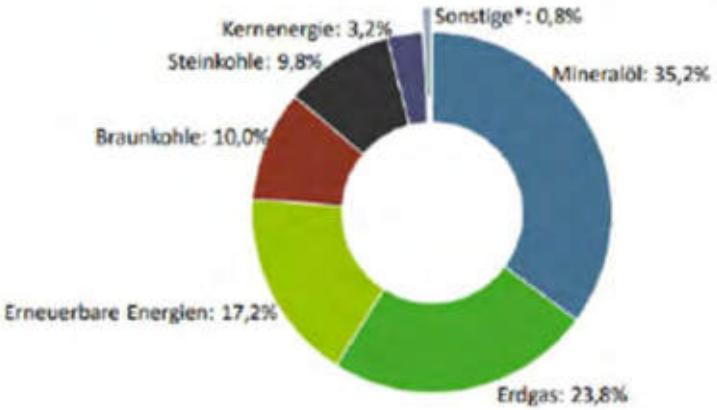
Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2022 insgesamt 11.829 PJ (Peta Joule), gegenüber dem Vorjahr nahm der Verbrauch damit um -4,7 % ab.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wirtschaftswachstum und die Zunahme der Bevölkerung um 1 Mio. Menschen (30.06.2022) positiv auf den Verbrauch ausgewirkt. Die drastisch gestiegenen Energiepreise führten zu verhaltensbedingten Einsparungen. Ebenfalls verbrauchsenkend waren die milden Temperaturen des Winters; die Gradtagszahlen lagen 12 % unter dem Vorjahresniveau.

Durch die planmäßigen Abschaltungen der Atomkraftwerke verzeichnete die Kernkraft den stärksten Rückgang von -49,8 % und besitzt am Primärenergieverbrauch nur noch einen Anteil von 3,2 %. Der Erdgasverbrauch sank um -14,8 % bedingt durch die milden Temperaturen und der Einsparungsanstrengungen. Die Steigerung der Steinkohle +4,8 % und der Braunkohle +5,1 % auf einen Anteil von 19,8 % beruht auf der erhöhten Nachfrage nach Strom. Auch der Produktionsanteil aus erneuerbaren Energien ist um +4,4 % auf 17,2 % gewachsen, wobei die Stromerzeugung aus Wind (+8 %) geringer ausfiel als aus Photovoltaik (+21 %).

Primärenergieverbrauch in Deutschland

2022 insgesamt:
11.829 PJ (vorläufig)



* einschließlich Stromaustauschsaldo

Quelle: AG Energiebilanzen; Stand 12/2022

Wichtigster Energieträger bleibt in Deutschland auch 2022 das Mineralöl mit einem Anteil von 35,2 % (Vorjahr: 32,5 %).

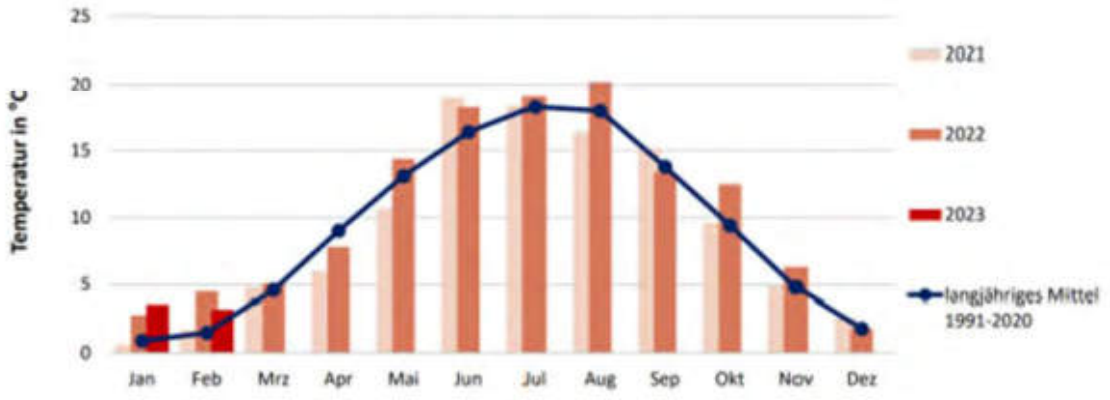
Erdgasverbrauch und Verwendung:

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2022 nach vorläufigen Daten um gut -14,8 % auf 366,2 Mrd. kWh ab.

Das Jahr 2022 mit einer vorl. Jahresmitteltemperatur von 10,5°C zählt somit zu den wärmsten seit der Wetteraufzeichnung von 1881 und liegt auf dem Niveau von 2018. Gegenüber dem langjährigen Mittel waren alle Monate bis auf den April zu warm.

Temperatur

– Gebietsmittelwerte der Monatsmitteltemperatur –



Quelle: DWD „Monatlicher Klimastatus Deutschland"

Der Rückgang beim Erdgasverbrauch wird im Wesentlichen durch den gesunkenen Verbrauch bei den Haushalten (-15,2 %), Fernwärme (-13,5 %) und durch die Kundengruppe Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (-14,7 %), Stromerzeugung (-14,2 %) und die Industrie (-14,3 %) hervorgerufen. Der Verkehr (+25 %) verzeichnet eine Zunahme.

Die Erdgaspreise für die Kundengruppe Haushalt (Jahresverbrauch: 20.000 kWh) haben sich von durchschnittlich 7,06 ct/kWh in 2021 über 15,29 ct/kWh im 1. bis 3. Quartal 2022 auf 20,04 ct/kWh gesteigert. Kostensenkend hat sich die Mehrwertsteuerreduzierung von 19 % auf 7 % ausgewirkt. Zusätzlich hat die Bundesregierung mit der Soforthilfe eine weitere Entlastung für die Erdgaskunden umgesetzt, die sich auf die Erdgasabrechnung 2022 reduzierend auswirkt.

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch in Deutschland beträgt in 2022 490,8 Mrd. kWh und fällt damit um -3,2 % niedriger aus als gegenüber dem Vorjahr. Die Industrie (-5,1 %), Handel, Gewerbe und Dienstleistungen (-1,5 %) und Haushalte (-2,3 %) tragen zum Verbrauchsrückgang bei. In der Verbrauchsgruppe Verkehr wird ein Anstieg um 5 % gemessen.

Die Bruttostromproduktion in 2022 beläuft sich auf 574 Mrd. kWh (Vorjahr: 585 Mrd. kWh). Die erneuerbaren Energien mit 256,2 Mrd. kWh machen rd. 44,6 % der Stromerzeugung aus. Gegenüber dem Vorjahr ist der Stromexport gestiegen auf 78,5 Mrd. kWh, somit steigt der Stromaustauschsaldo von -20,8 auf -27,5 Mrd. kWh.

(Quelle: BDEW, Energieversorgung 2022)

Rechtliche preisliche Entwicklungen

Die Bundesregierung hat mit der Einführung der Strompreisbremse und Wärme- und Gaspreisbremse eine befristete Reduzierung der Energiepreise ab 2023 gestartet. Für Haushaltskunden, die Erdgas beziehen, wird für 80 % des Verbrauches der Arbeitspreis auf 12ct/kWh gedeckelt. Für Haushaltskunden, die Strom beziehen, wird der Verbrauch für 80 % und bis 30.000 KWh/a auf 40ct/kWh begrenzt. Die Umsetzung der Strompreisgrenze hat die ganze Branche vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Zum 1. Oktober 2022 wurde befristet die Gasspeicherumlage in Höhe von 0,059 ct/kWh eingeführt, diese dient der Sicherung der Füllstandsvorgaben für die deutschen Gasspeicher. Die Gasspeicherumlage ist zum 1. Januar 2023 auf 0,145 ct/kWh gestiegen und hat sich somit um das 2,45-fache erhöht.

Das nationale Emissionshandelssystem, welches 2021 mit Festpreisen gestartet ist, hat für 2022 einen Zertifikatspreis von 30 EUR/t festgelegt. Für 2023 wird die nächste Erhöhung auf 35 EUR/t ausgesetzt um keine weiteren Kostenerhöhungen hervorzurufen.

Die Entwicklung der Strompreise ab 2022 wird an den KWK Index abgebildet, der dem durchschnittlichen Baseloadpreis an der EPEX Spot je Quartal entspricht.

Beim Erdgas soll die preisliche Entwicklung anhand des EGIX Germany verdeutlicht werden, dieser wird auf Basis börslicher Handelsgeschäfte in den jeweils aktuellen Frontmonatskontrakten der Marktgebiete THE berechnet.

2.2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 wurde der weitere Ausbau des Glasfasernetzes durch Investitionen (T€ 2.520) vorangetrieben. Die Erlöse im Breitbandbereich haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 111 auf T€ 3.325 gesteigert.

Die Gasverkaufserlöse haben sich, trotz witterungsbedingten Rückgängen, durch die zusätzlich gewonnenen Kunden um T€ 2.913 verbessert. Die Preiserhöhung zum 1. Januar 2022 und 1. Oktober 2022 haben diesen Effekt verstärkt. Die Gasabsatzmenge lag mit 255 GWh um 65 GWh unter dem Vorjahresniveau.

Die Stromabgabemenge im Geschäftsjahr 2022 liegt mit 40,2 GWh leicht unter dem Vorjahresniveau (42,4 GWh). Die Stromverkaufserlöse sind infolge vorgenommener Preisanpassungen zum 1. März 2022 und 1. Juli 2022 insbesondere durch den Wegfall der EEG Umlage gesunken auf T€ 8.984.

Entsprechend den Regelungen im Ergebnisabführungsvertrag wird das Jahresergebnis in Höhe von T€ 2.125 an die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH abgeführt.

Ergebnisentwicklung

Der betriebliche Rohertrag bewegt sich auf dem Vorjahresniveau und hat sich nur leicht um T€ -74 auf T€ 12.224 verringert. Infolge der Zunahme des Personalaufwands (T€ 488), der gesunkenen Abschreibungen (T€ -3) und der gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ -320), ergibt sich ein Betriebsergebnis von T€ 2.703 (Vorjahr: T€ 2.942). Unter Berücksichtigung des um T€ 20 besseren Finanzergebnisses und gesunkenen Steuern um T€ -194 ist ein um T€ -24 geringeres Jahresergebnis vor Gewinnabführung von T€ 2.625 (Vorjahr: T€ 2.649) erzielt worden.

Investitionsmaßnahmen

Die Investitionen belaufen sich auf T€ 8.058. Hiervon entfallen T€ 4.763 auf die Beteiligung an der Stromnetzgesellschaft Langenfeld und T€ 3.237 auf das Sachanlagevermögen sowie T€ 58 auf die immateriellen Vermögensgegenstände. Beim Sachanlagevermögen entfielen T€ 2.520 auf den Breitbandausbau.

Finanzierungsmaßnahmen

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr bestehende langfristige Kredite planmäßig getilgt. Darüber hinaus haben die Stadtwerke kurzfristige Kredite aufgenommen und planmäßig getilgt.

Maßnahmen im Personalbereich

Das gesamte Personal ist beim Verbandswasserwerk angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke tätig zu sein. Deshalb werden den Stadtwerken anteilige Personalkosten weiterberechnet. Die Gehälter der Mitarbeiter, die für die Stadtwerke und das Verbandswasserwerk tätig sind, werden nach dem allgemeinen Kostenverteilungsschlüssel verteilt, der im Berichtsjahr 51 % (Vorjahr: 43 %) zu Lasten der Stadtwerke betrug. Der Kostenverteilschlüssel wurde Ende 2022 überarbeitet und berücksichtigt die betrieblichen Tätigkeiten zeitgemäßer. Der Schlüssel wird aus den Investitionen, der Anzahl der Buchungsvorgänge und der Anzahl der Kunden ermittelt. Soweit eine direkte Zuordnung der Kosten auf die Stadtwerke erfolgt, wird der Kostenschlüssel nicht angewendet. Die Mitarbeiter, die ausschließlich für die Stadtwerke tätig sind, werden vollständig weiterberechnet. Bei den Löhnen erfolgt die Verteilung nach den Stundenaufschreibungen.

2.3. Lage des Unternehmens

2.3.1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage wurden die bis zum 31. Dezember 2022 erhaltenen Baukostenzuschüsse rechnerisch vom Anlagevermögen abgezogen, da die Baukostenzuschüsse, welche der Gesellschaft ab dem 1. Januar 2003 zufließen, aktivisch von den Anlagenzugängen abgesetzt werden.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
AKTIVA		
Anlagevermögen abzgl. Baukostenzuschüsse	46.361	40.589
Umlaufvermögen	32.833	12.007
Bereinigte Bilanzsumme	**79.194**	**52.596**
PASSIVA		
Eigenkapital	25.364	11.551
Rückstellungen	9.092	5.195
Verbindlichkeiten	44.738	35.850
Bereinigte Bilanzsumme	**79.194**	**52.596**

Die bereinigte Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 26.598 auf T€ 79.194 erhöht. Wesentliche Investitionen wurden in das Breitbandgeschäft und in den Erwerb der Beteiligung Stromnetzgesellschaft Langenfeld vorgenommen.

Das Umlaufvermögen hat sich im Berichtsjahr um T€ 20.826 auf T€ 32.833 erhöht. Dies beruht im Wesentlichen auf der Zunahme der liquiden Mittel um T€ 20.780.

Das Eigenkapital beläuft sich auf T€ 25.364. Danach beträgt die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag 32,03 %, nach 21,96 % im Vorjahr. Das abzuführende Jahresergebnis wird unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund T€ 3.897 auf T€ 9.092 erhöht. Insbesondere haben die Rückstellungzuführungen für Energierisiken in Höhe von T€ 3.542 zu der Erhöhung geführt.

Die Verbindlichkeiten haben sich vor allem durch kreditorische Debitoren (Überzahlungen der Kunden) aus dem Strom- und Gasvertrieb erhöht.

2.3.2. Finanzlage

Der Finanzmittelfonds hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 20.780 verbessert und stellt sich wie folgt dar:

	2022 T€	2021 T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	18.622	2.782
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-7.486	-1.307
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	9.644	-2.227
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	20.780	-752
Finanzmittelfonds am 01.01.	2.030	2.782
Finanzmittelfonds am 31.12.	**22.810**	**2.030**

Der Finanzmittelfonds beinhaltet den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten von T€ 22.810 (Vorjahr T€ 2.030).

Der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 15.840 verbessert. Wesentliche Gründe ergeben sich durch die Erhöhung von Rückstellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen und dem Abbau von Forderungen.

Der negative Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ -6.179 erhöht.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit hat sich um T€ 11.871 gegenüber dem Vorjahr auf T€ 9.644 verbessert. Enthalten sind die Aufnahme (T€ 850) und Tilgung (T€ -1.724) von langfristigen Darlehen, Darlehenszinsen (T€ -611), die Kapitalerhöhung (T€ 13.313) und die Ausschüttung an die Gesellschafterin (T€ -1.949).

Die vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten Kreditlinien von Banken stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann.

2.3.3. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich wie folgt entwickelt:

	2022 T€	2021 T€
Umsatzerlöse	41.615	34.924
Andere aktivierte Eigenleistungen	328	125
Sonstige betriebliche Erträge	613	1.157
Materialaufwand	-30.332	-23.907
Personalaufwand	-3.900	-3.412
Abschreibungen	-2.269	-2.272
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.351	-3.672
Finanzergebnis	-34	-54
Ertragsteuern/sonstige Steuern	-45	-240
Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung	**2.625**	**2.649**

Die Umsatzerlöse teilen sich im Berichtsjahr wie folgt auf:

	2022 T€	2021 T€
Erlöse Erdgasvertrieb/-Netz	28.467	21.057
Erlöse Strom	8.984	9.814
Erlöse Breitband	3.325	3.214
Sonstige Erlöse	839	839
Umsatzerlöse	**41.615**	**34.924**

Die um T€ 6.691 gestiegenen Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen mit T€ 7.410 aus den höheren Erlösen aus Erdgasvertrieb und -Netz sowie mit T€ -830 aus der Abnahme der Erlöse aus Strom.

Der um T€ 6.425 gestiegene Materialaufwand resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Energiekosten.

Der Personalaufwand in Höhe von T€ 3.900 ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 488 gestiegen. Die Tariferhöhung zum 1. April 2022 um 1,8 % und Änderungen des Kostenverteilschlüssels sind verantwortlich für die Erhöhung.

3. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Die Stadtwerke haben ein Risikomanagementsystem installiert, um bestandsgefährdende und für die wirtschaftliche Lage wesentliche Risiken zu erkennen und effektiv zu steuern. Es kommt das softwarebasierte Risikomanagementsystem „Ready4Risk" zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken in der Versorgungswirtschaft zum Einsatz. Der zentrale Risikocontroller überwacht das Gesamtsystem und die dezentralen Risikobeauftragten übernehmen die Funktion von Ansprechpartnern in den einzelnen Abteilungen. Grundsätzlich wird als Risiko die Abweichung vom Wirtschaftsplan verstanden sowie solche Risiken, die einen negativen Einfluss auf die Versorgungssicherheit haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind derzeit nicht erkennbar.

Risiken

Das Mahn- und Sperraufkommen 2022 hat sich gegenüber 2021 nicht verändert. Wir rechnen in 2023 durch den Anstieg der Energiekosten und der allgemeinen Kostenentwicklung mit einer Zunahme der Mahnungen und Sperrungen.

Die unternehmerischen Tätigkeiten der Stadtwerke sind mit rechtlichen Risiken aus den Vertragsbeziehungen zu Kunden und sonstigen Geschäftspartnern verbunden. Zudem können Behörden und Gerichte in die Preisgestaltung eingreifen. Die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes und zugehöriger Verordnungen sowie die Aktivitäten der Regulierungsbehörden im Zusammenhang mit dem Betrieb von Versorgungsnetzen inklusive der Netznutzungsentgelte können sich finanziell negativ auswirken. Insbesondere Ende 2022 mussten die Stadtwerke ihre Preise aufgrund der drohenden Gasmangellage und dem Wegbrechen einiger Lieferanten anpassen. Die milde Witterung hat im Wesentlichen für eine Entspannung bei der Gasversorgung geführt. Die Stadtwerke rechnen mit einer Preisprüfung der Kartellbehörden.

Risiken im Gasvertrieb resultieren vor allem aus dem Markt- und Konkurrenzdruck und einer differenzierten Preispolitik, insbesondere bei großen Sondervertragskunden. Auch im Privatkundensegment nimmt die Preissensibilität und die damit verbundene Wechselbereitschaft zu. Unsere Maßnahmen Erdgaskunden von Nichthaushaltskunden, die in die Ersatzversorgung gefallen sind über den EGIX abzurechnen, erweisen sich als richtig.

Darüber hinaus bestehen Risiken des Umsatzausfalls aufgrund der Witterungsverhältnisse.

Die Risiken durch den Krieg in der Ukraine und hierdurch möglicherweise bedingte Ausfälle bei der Gasversorgung lassen sich nur schwerlich vorhersagen. Der Gasnotfallplan vom 23. Juli 2022 besteht weiterhin. Auch wenn die Gasspeicherstände bereits zu 75 % gefüllt sind, bleibt der Winter 2023/24 eine zentrale Herausforderung. Ohne einen sparsamen Gasverbrauch bestehen bei kalter Witterung Risiken.

Die Bürgeranleihen, zur Finanzierung des Breitbandausbaues mit einem Volumen von T€ 12.669, müssen bis Ende 2025 bzw. 2028 zurückgezahlt werden. Die Anleihegläubiger verfügen über ein 3-monatiges Kündigungsrecht, das erstmals zum 1. Dezember 2017 bzw. zum 5. Oktober 2020 ausgeübt werden konnte und dann jeweils jährlich zum Zinsstichtag. Dadurch besteht das Risiko, sofern das Zinsniveau weiter ansteigen sollte, dass bereits vor dem Jahr 2025 bzw. 2028 Rückzahlungen vorzunehmen sind. Hierbei könnten die Stadtwerke auf eine Refinanzierung angewiesen sein.

Chancen

Chancen ergeben sich für die Stadtwerke durch die Entwicklung neuer Angebote und Produkte in den Bereichen Energieversorgung und Kommunikationsdienstleistungen oder in der Kombination von beidem.

Als regionaler Energieversorger ist es den Stadtwerken besonders wichtig, im Sinne des Klimaschutzes zu agieren. Daher wird im Bereich Vertrieb Gas der klimaneutrale Ansatz weitergeführt.

Das Verdichten des Glasfasernetzes stand auch im Geschäftsjahr 2022 weiterhin im Mittelpunkt. Neben Nachverdichtungen an der bestehenden Kabeltrasse wurde mit der Neuerschließung des Stadtgebiets Wiescheid begonnen.

Prognosebericht

Das Planergebnis nach Steuern 2023 beläuft sich auf T€ 2.203 und liegt somit nahezu auf dem Niveau von 2022. Der Gesamtumsatz wird im Wesentlichen durch das Energiegeschäft (T€ 64.825) und Breitband (T€ 3.543) verursacht. Der Materialaufwand (T€ 56.476), die Personalkosten (T€ 4.310), die Abschreibungen (T€ 2.412) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ 3.218) führen zu einem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 2.179.

Im Finanzplan 2023 sind für Investitionen insgesamt € 4,8 Mio. vorgesehen. Es wird im Wesentlichen in den Glasfasernetzausbau investiert.

Das Planbetriebsergebnis 2022 in Höhe von T€ 2.071 wurde um T€ 554 übertroffen.

4. Öffentliche Zwecksetzung bzw. -erreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass die Stadtwerke den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden der Stadtwerke wurde auch im Geschäftsjahr 2022 wieder die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Energieversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

5. Angaben zu Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S. 4 EnWG

Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gas- und Elektrizitätssektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Es wird auf die Erläuterungen im Anhang zu diesem Tätigkeitsabschluss verwiesen.

3.4.2.2 Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH.
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.
Gründungsdatum	03.12.2021
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	4.035.000 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtwerke Langenfeld GmbH: 2.058.000 € Westnetz GmbH: 1.977.000 €
Geschäftsführung	Herr Jochem Schämann und Herr Stefan Figge
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter-versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Thomas Grieger, Prokurist Christoph Kahlen, Thüga AG Frank Schürmann, Westenergie AG (bis 04.08.2022) Martin Schwermann, Westenergie AG (ab 04.08.2022)
Anzahl der Mitarbeiter	Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co.KG angestellt
Wirtschaftsprüfer	Cebulla und Heidbrink (Dr. Röhricht – Dr. Schillen GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH. Das Stammkapital beträgt 4.035.000 €. Die Stadtwerke Langenfeld GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 2.058.000 € und die Westnetz GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 1.977.000 €. Die Hafteinlage beträgt 1.000.000 € ebenfalls im Verhältnis 51 % Stadtwerke Langenfeld GmbH zu 49 % Westnetz GmbH. Das Stammkapital der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH beträgt 25.000 €.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Im August 2022 erfolgte Kapitalerhöhung der Stadtwerke Langenfeld GmbH und diente der Finanzierung des Erwerbs der Anteile an der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG. Hierbei wurden Einzahlungen durch die Gesellschafter in das gezeichnete Kapital der Stadtwerke (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 348 T€ und Westenergie AG: 116 T€) sowie in die Kapitalrücklage der Stadtwerke (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 3.224 T€ und Westenergie AG: 1.075 T€) getätigt.

Weitere wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bestehen in Form der Konzessionsabgabe an die Stadt Langenfeld in Höhe von 1.900.000 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[18]

Aktiva

in €	31.12.2022	31.12.2021
Anlagevermögen		
Sachanlagen	8.361.375,15	0,00
Finanzanlagen	25.000,00	0,00
	8.386.375,15	**0,00**
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.216.006,77	4.034.706,91
Guthaben bei Kreditinstituten	30.467,34	0,00
	1.246.474,11	**4.034.706,91**
	9.632.849,26	**4.034.706,91**

Passiva

in €	31.12.2022	31.12.2021
Eigenkapital		
Kapitalanteile Kommanditisten	4.034.705,48	4.032.172,11
Rücklagen	562.648,18	0,00
	4.597.353,66	**4.032.172,11**
Rückstellungen	**461.826,00**	**0,00**
Verbindlichkeiten	**3.102.042,43**	**2.534,80**
Rechnungsabgrenzungsposten	**1.471.627,17**	**0,00**
	9.632.849,26	**4.034.706,91**

[18] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

in €	01.01. - 31.12.2022	03.12. - 31.12.2021
Umsatzerlöse	3.114.802,36	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	378.668,09	0,00
Materialaufwand	-1.961.500,00	-2.500,00
Abschreibungen	-388.692,68	0,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-94.983,77	-33,37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.597,45	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-479.515,00	0,00
Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	565.181,55	-2.533,37
Gutschrift auf Rücklagenkonten	-565.181,55	0,00
Belastung auf Kapitalkonten	0,00	2.533,37
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Kennzahlen

	2022	**2021**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	47,72	99,93	-52,21
Eigenkapitalrentabilität	12,29	-0,07	+12,36
Anlagendeckungsgrad 2	60,33	-*	-*
Verschuldungsgrad	109,55	0,07	+109,48
Umsatzrentabilität	18,14	-*	-*
***kein Anlagevermögen und Umsatz in 2021**			

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

1. Grundlagen

Die Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG (im weiteren Verlauf „Langenfeld KG" oder „Gesellschaft" bezeichnet), Langenfeld, stellt auf Grund der Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag den Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des dritten Buches des Handelsgesetzbuches und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auf. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRA 26774 eingetragen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.

Die Gesellschaft ist mit Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags am 3. Dezember 2021 gegründet worden, die Eintragung im Handelsregister ist am 17. Januar 2022 erfolgt.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2022 hat die Gesellschafterin Westnetz GmbH die Stromverteilungsanlagen der allgemeinen örtlichen Versorgung der Stadt Langenfeld sowie die dazu gehörigen nicht aufgelösten Baukostenzuschüsse und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2022 ihre Beteiligung an der Komplementärin Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH, Langenfeld, im Wege der Sacheinlage eingebracht. Aus dieser Einbringung sind Sachanlagen mit Anschaffungskosten in Höhe von 5.628.135,01 €, Finanzanlagen in Höhe von 25.000,00 € sowie passive Rechnungsabgrenzungsposten mit 1.618.429,53 € zugegangen.

Die Gesellschafterin Westnetz GmbH hat mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1.Januar 2022, 51,0 % ihrer Kommanditbeteiligung an der Langenfeld KG an die Stadtwerke Langenfeld GmbH veräußert und übertragen.

Die Gesellschaft verpachtet ihr Stromverteilnetz gemäß Pachtvertrag vom 3. Dezember 2021 an die Westenergie AG, Essen; wodurch die Langenfeld KG mit Pachtbeginn zum 1. Januar 2022 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen hat.

Die Gesellschaft hat am 10. November 2022 einen Darlehensvertrag zur Finanzierung von Investitionen in die Netzinfrastruktur aufgenommen. Der Vertrag sieht einen Darlehensbetrag von 6.630.000,00 € vor, von dem am Stichtag 31. Dezember 2022 ein Betrag von 2.620.000,00 € abgerufen worden ist. Der Zinssatz beträgt 4,190 % p.a.; das Darlehen ist in voller Höhe am 30. Dezember 2025 zurückzuzahlen. Bei dem Darlehen haften alle im Rahmen der bankmäßigen Geschäftsverbindungen.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Konjunkturprognosen für Deutschland 2022 zeichneten im Herbst 2021 für das Berichtsjahr ein zunächst optimistisches, aber auch vielschichtiges Gesamtbild. Aus Sicht des ifo Instituts sollte zwar das Bruttoinlandsprodukt deutlich um 5,1 % steigen, das damit einhergehende Wirtschaftswachstum jedoch nicht alle Branchen gleichermaßen begünstigen. Ursächlich dafür, so die Annahme, sei in erster Linie die Corona-Pandemie. Mit diesem gespaltenen Ausblick ging die deutsche Wirtschaft in das Jahr 2022.

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Wachstumshoffnungen zunichte gemacht. Die in diesem Zuge angekündigte Neuorientierung kennzeichnete seither die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung, insbesondere im Energiesektor. Die Bunderegierung hat seit Beginn des Krieges zahlreiche Gesetze auf den Weg gebracht, um das Funktionieren des Gasmarktes sicherzustellen, Versorgungssicherheit zu gewährleisten sowie Industrie und Bürger zu entlasten. Trotz aller stützenden Maßnahmen durch die Politik, die ihre Wirkung erst allmählich entfalten können, wurde die Wirtschaft in erheblichem Maße von den Entwicklungen an den Energiemärkten und den sonstigen Rohstoffmärkten, an denen sich ähnlich massive Preissteigerungen ergaben, getroffen.

Insgesamt hat sich die deutsche Wirtschaft im dritten Jahr der Corona-Pandemie trotz des Krieges und der Energiekriese weiter erholt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2022 um 1,9 % gestiegen.

Über das ganze Berichtsjahr hinweg für Wirtschaft und Bürger spürbar war die rasant steigende Teuerung. Die Bundesregierung ging in ihrer Herbstprojektion von Mitte Oktober für den Jahresdurchschnitt 2022 von einer Inflationsrate von 8,0 % und für 2023 von 7,0 % aus. Eine Hauptursache für die hohe Inflation ist die Energiepreisentwicklung.

Eine weiterhin wichtige Einflussgröße für die deutsche Wirtschaft blieb auch im Berichtsjahr die Corona-Pandemie. Auch wenn das deutsche Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2022 erstmals wieder oberhalb des Vorkrisenniveaus lag (+0,2 % im Vergleich zum 4. Quartal 2019), beeinträchtigte die Pandemie wie in den beiden Vorjahren das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Insbesondere die Lieferketten waren weltweit weiterhin stark gestört und verzögerten so eine schnellere wirtschaftliche Erholung. Obwohl einzelne Unternehmen bereits von

Verbesserungen in der Lieferkette berichten, werden die Probleme vermutlich noch weit in das Jahr 2023 reichen.

Für Netzbetreiber in Deutschland sind die finanziellen Bedingungen der jeweiligen Regulierungsperiode bedeutend, da diese sich auf die Investitionen der nächsten Jahre auswirken, die in den Netzausbau fließen. Dies gilt insbesondere für die Strom-Verteilnetze, die das Rückgrat der Energiewende bilden. Im Rahmen der Festlegung des so genannten Eigenkapitalzinses für die vierte Regulierungsperiode in Deutschland (2023 bis 2027 für Gas und 2024 bis 2028 für Strom) hatte die Bundesnetzagentur (BNetzA) den Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen auf 5,07 % und für Altanlagen (vor 2006 aktiviert) auf 3,51 % beschlossen. Diese Festlegung wurde am 27. Oktober 2021 im Amtsblatt der BNetzA veröffentlicht. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus ist der Wert niedriger als die in der aktuellen Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 % für Neuanlagen und 5,12 % für bestehende Anlagen. Da der Wert aus Sicht des Unternehmens methodisch nicht korrekt ermittelt worden war und nicht die Herausforderungen der Energiewende abbildet, haben die Verteilnetzbetreiber der E.ON rechtliche Schritte gegen die Entscheidung eingeleitet. Beim zuständigen Oberlandesgericht Düsseldorf waren fristgerecht über 1.000 Beschwerden zu der Entscheidung der BNetzA eingegangen.

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Verschiedene Netzstudien der Deutsche Energie-Agentur (dena) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zusammen mit weiteren Partnern verdeutlichen, dass die Energiewende einen erheblichen Netzausbau insbesondere im Stromsektor erfordert. Darüber hinaus wird zukünftig die Kopplung des Strom- und Gassektors zu Übertragungs- und Speicherzwecken an Bedeutung gewinnen.

Gesamtleistung

Für das Geschäftsjahr 2022 betragen die Umsatzerlöse der Gesellschaft 3.114.802,36 € (Vorjahr 0,00 €) die sich aus Pachterträgen, Konzessionszahlungen und den erfolgswirksam aufgelösten Hausanschlusskostenbeiträgen und Baukostenzuschüssen zusammensetzen.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter.

Tätigkeitsabschluss gem. § 6b EnWG

Die Langenfeld KG erbringt grundsätzlich Leistungen in der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung.

Ergebnisentwicklung und Ertragslage

Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen die Pachterträge und das Jahresergebnis.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1.068.000,00 € Umsatzerlöse aus der Verpachtung von Netz und Zählern an die Westenergie AG, Essen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen den von der Gesellschafterin Westnetz GmbH zu leistenden Ertragszuschuss und stellen außerordentliche Erträge des Geschäftsjahres 2022 dar.

Die unter den Materialaufwendungen aufgeführten Aufwendungen für bezogene Leistungen sind die Dienstleistungsentgelte an die Westenergie AG für die kaufmännische Dienstleistung sowie die Haftungspauschale an die Langenfeld GmbH.

Die planmäßige Abschreibung beläuft sich auf 388.692,68 €.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist durch Aufwendungen im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung 2022, der Steuerberatung, den Notariats- und Anwaltskosten sowie durch weitere betriebliche Aufwendungen geprägt, die im Wesentlichen auf die Verluste aus Abgängen des Sachanlagevermögens entfallen.

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 565.181,55 €.

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde eine Bilanzsumme von 9.632.849,26 € ausgewiesen.

Die Aktivseite ist vor allem durch das Sachanlagevermögen geprägt. Die Passiva bestehen im Wesentlichen aus dem Eigenkapital, den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie aus den passivisch abgegrenzten Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen 30.467,34 €.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Betriebsrisiken bestehen im Wesentlichen im operativen Verteilnetzbetrieb durch Fehlbedienungen im Netz, durch Planungsfehler sowie mögliche Systemausfälle. Diese Risiken sind durch Verträge mit dem Pächter abgesichert. Die Qualität der Netze sowie die für die Kunden notwendige Versorgungssicherheit wird durch kontinuierliche Erneuerung und Erweiterung der Anlagen, Verbesserung der Prozesse und permanente Qualitätssicherung gewährleistet.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Prognosebericht

Gegenstand der Langenfeld KG ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.

Seit Aufnahme der operativen Tätigkeit per 1. Januar 2022, ist die Unternehmung vor allem auf die physikalische Stromverteilung fokussiert. Die Geschäftsführung wird zukünftig die Prozesse als Netzeigentümer weiter optimieren.

Die Gesellschaft wird sich weiterhin in den Schwerpunkten Netzerhalt und dem Ausbau der Netzinfrastruktur betätigen. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem kommunalen Gesellschafter und dem Netzbetreiber.

Im Rahmen der laufenden Regulierungsperiode ist von stabilen Pachterlösen auszugehen. Ab dem Beginn der vierten Regulierungsperiode (Gas 2023 / Strom 2024) ist eine Ergebnisbelastung aufgrund der abgesenkten regulatorischen Eigenkapitalzinssätze und der erhöhten Fremdkapitalzinssätze zu erwarten. Mit Beginn der fünften Regulierungsperiode (Gas 2028 / Strom 2029) können gestiegene Fremdkapitalzinsen über eine Erhöhung der regulatorischen

Pacht aufgefangen werden. Die Geschäftsführung geht für 2023 von einem Ergebnis vor Steuern von rund 705 T€ aus.

Der Netzbetreiber Westnetz GmbH hat Maßnahmen getroffen, um den sicheren Betrieb der Stromnetze in der Coronakrise zu gewährleisten.

Auswirkungen des seit dem 24. Februar 2022 herrschenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung nicht.

3.4.2.3 Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH.
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.
Gründungsdatum	03.12.2021
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	25.000 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtwerke Langenfeld GmbH: 12.750 € Westnetz GmbH: 12.250 €
Geschäftsführung	Herr Jochem Schämann und Herr Stefan Figge
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter- versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Thomas Grieger, Prokurist Christoph Kahlen, Thüga AG Frank Schürmann, Westenergie AG (bis 04.08.2022) Martin Schwermann, Westenergie AG (ab 04.08.2022)
Anzahl der Mitarbeiter	Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co.KG angestellt
Wirtschaftsprüfer	Cebulla und Heidbrink (Dr. Röhricht – Dr. Schillen GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH (Langenfeld GmbH), Langenfeld, ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH. Das Stammkapital beträgt 4.035.000 €. Die Stadtwerke Langenfeld GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 2.058.000 € und die Westnetz GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 1.977.000 €. Die Hafteinlage beträgt 1.000.000 € ebenfalls im Verhältnis 51 % Stadtwerke Langenfeld GmbH zu 49 % Westnetz GmbH. Das Stammkapital der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH beträgt 25.000 €.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen **keine wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[19]

Aktiva

in €	31.12.2022	31.12.2021
Umlaufvermögen		
Forderungen gegen Gesellschafter	7.042,43	2.525,87
Sonstige Vermögensgegenstände	124,18	107,26
Guthaben bei Kreditinstituten	24.708,89	24.328,27
	31.875,50	**26.961,40**

Passiva

in €	31.12.2022	31.12.2021
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Gewinnvortrag	1.524,75	0,00
Jahresüberschuss	2.105,12	1.524,75
	28.629,87	**26.524,75**
Rückstellungen	**3.245,63**	286,65
Verbindlichkeiten	**0,00**	150,00
	31.875,50	**26.961,40**

[19] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

in €	01.01. - 31.12.2022	08.11. - 31.12.2021
Sonstige betriebliche Erträge	9.542,43	2.525,87
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.042,43	-714,47
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-394,88	-286,65
Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	2.105,12	1.524,75

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,82	98,38	-8,56
Eigenkapitalrentabilität	7,35	5,75	+1,6
Anlagendeckungsgrad 2	-*	-*	-*
Verschuldungsgrad	11,34	1,65	+9,69
Umsatzrentabilität	-*	-*	-*
***kein Anlagevermögen und Umsatz in 2021 und 2022**			

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Geschäftsentwicklung

1. Grundlagen

Die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH (Langenfeld GmbH), Langenfeld, stellt auf Grund der Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag den Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des dritten Buches des Handelsgesetzbuches auf. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Düsseldorf unter HRB 95823 eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Langenfeld GmbH ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG mit Sitz in Langenfeld.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtleistung

Für das Geschäftsjahr 2022 betragen die sonstigen betrieblichen Erträge der Langenfeld GmbH 9.542,43 € (Vorjahr 2.525,87 €).

Mitarbeiter

Die Langenfeld GmbH hat keine eigenen Mitarbeiter.

Ergebnisentwicklung und Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten eine Kostenerstattung und die vertraglich vereinbarte Haftungspauschale der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Wesentlichen durch Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung 2022, Aufwendungen für kaufmännische Dienstleistungen sowie Kosten für die Erstellung der Steuererklärungen 2022 und Steuerberatung geprägt.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2022 beläuft sich auf 2.105,12 € (Vorjahr 1.524,75 €).

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde eine Bilanzsumme von 31.875,50 € (Vorjahr 26.961,40 €) ausgewiesen.

Die Aktivseite besteht nur aus dem Umlaufvermögen und ist durch das Bankguthaben geprägt. Die Passiva bestehen aus dem Eigenkapital der Gesellschaft und Rückstellungen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Das Risiko besteht in der persönlich unbeschränkten und nicht beschränkbaren Haftung als Komplementärin bei der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht für 2023 und die folgenden Jahre von einem positiven Ergebnis auf Vorjahresniveau aus.

Die Geschäftsführung erwartet keine Auswirkungen aus dem Kriegsgeschehen in der Ukraine oder der Coronakrise auf die Gesellschaft.

3.4.2.4 Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis **Kommandisten**	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH 64,4% Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH 35,6%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Einwohner der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein mit Trink-und Brauchwasser. Die Versorgung von Verbrauchern, die außerhalb von Langenfeld und Monheim ansässig sind, kann übernommen werden. Die Gesellschaft übernimmt ferner die Betriebsführung der Stadtwerke.
Gründungsdatum	19.07.1996
Formwechselnde Umwandlung	Mit Beschluss vom 24.08.2006 (Notar Dr. Claus Kierdorf, Köln, UR-Nr. 407/2006) wurde die Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG umgewandelt. Die Eintragung erfolgte am 31.08.2006.
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 24.08.2006
Kommanditkapital	5.150.000 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 3.317.000 € Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH: 1.833.000 €
Geschäftsführung	Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herr Stefan Figge
Organe	Aufsichtsrat. Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Aufsichtsrat	Daniel Zimmermann, Vorsitzender Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Frank Schneider, stellv. Vorsitzender Bürgermeister der Stadt Langenfeld Josef Aschenbroich Malte Franke

	Franz Janssen Tim Koesling Stefan Lauber Monika Sikora Detlef Thedieck Christian Wozny Barbara Zwank-Mielke beratend; Thomas Grieger, Kämmerer der Stadt Langenfeld Roland Liebermann (ab Mai 2022), Kämmerer der Stadt Monheim am Rhein Nina Richter (ab September 2022) Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein
Gesellschafter- versammlung	Daniel Zimmermann, Vorsitzender Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Frank Schneider, stellv. Vorsitzender Bürgermeister der Stadt Langenfeld Thomas Grieger, Kämmerer der Stadt Langenfeld Martin Frömmer, Geschäftsführer der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs GmbH
Anzahl der Mitarbeiter	92 Angestellte (Vorjahr 88)
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Persönlich haftende Gesellschafterin der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG ist die Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH mit Sitz in Langenfeld und einem gezeichneten Kapital von 25.000,00 Euro. Gesellschafter sind die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 3.317.000,00 Euro (64,4%) und die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 1.833.000,00 Euro. Die Stammeinlage beträgt insgesamt 5.150.000,00 Euro.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Gewinnverteilung des Verbandswasserwerks Langenfeld-Monheim. Gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages ist Grundlage für die Gewinnverteilung unter den Gesellschaftern das Verhältnis der Wasserabnahme zwischen den Städten Langenfeld und Monheim am Rhein. Für das Jahr 2022 beträgt der Anteil der Stadt Langenfeld bzw. der Anteil der Gesellschafterin Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit 3.279 Tm³ 60,00% des Gesamtverbrauchs und somit einem Bilanzgewinn von 351.053,35 Euro.

Ebenfalls wesentlich sind die Aufwendungen für Personalkostenerstattungen an das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG in Höhe von 3.899.905,84 € (2021 3.411.698,85 € /die Stadtwerke beschäftigen kein eigenes Personal) und Aufwendungen für Verwaltungskostenzuschläge in Höhe von 106.922,66 € (2021 95.136,37 €).

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Zu erwähnen wären hier Ausleihungen an Beteiligungsunternehmen, welche auf ein langfristig gewährtes Darlehen an die Gewerbepark KG entfallen. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2029. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurde eine Sondertilgung in Höhe von 50.000,00 Euro vorgenommen. Die Geschäftsführung und die Arbeitnehmer des Verbandswasserwerkes sind auch für die Stadtwerke tätig, da diese nicht über eigenes Personal verfügt. Dem Verbandswasserwerk obliegt ebenso die kaufmännische als auch die technische Betriebsführung der Stadtwerke. Ein schriftlicher Betriebsführungsvertrag liegt nicht vor. Die anteilige Belastung der Stadtwerke mit Personalkosten und nicht direkt zurechenbaren Sachkosten erfolgt seit 1957 nach einem festgelegten Schlüssel für nicht direkt zurechenbare Sachkosten. Zusätzlich erhält das Verbandswasserwerk einen Verwaltungskostenzuschlag in Höhe von 3 % der auf die Stadtwerke entfallenden Personalkosten. Die gegenseitige Weiterbelastung von

Mietaufwendungen erfolgt im Wesentlichen ebenfalls anhand des vorgenannten Nutzungsschlüssels. Die Bezugsbasis für Betriebseinrichtungen ohne wasserspezifische Anlagen und gemeinsam genutzte Fahrzeuge ist unverändert 20 % der Anschaffungskosten für die Verteilung.

Mit Datum vom 01.12.2013 wurde zwischen den Stadtwerken und der Gewerbepark KG, für ein Bürogebäude einschließlich Lager- und Werkstattfläche mit ca. 2279 m² und 54 Stellplätze, auf dem Grundstück Elisabeth-Selbert-Straße 2, ein Mietvertrag geschlossen. Mit Wirkung vom 01.06.2016 wurde ein Nachtrag zum Mietvertrag über weitere Büroflächen mit ca. 658 m² abgeschlossen. Die Aufwendungen für das Bürogebäude einschließlich Lager- und Werkstattfläche werden aufgrund der gemeinsamen Nutzung durch die Gesellschaften hälftig aufgeteilt. Seit Ende 2000 wird das gemeinsame Kundenzentrum der Stadtwerke und das Verbandswasserwerk in einem angemieteten Gebäude betrieben. Die Aufwendungen für das „Servicecenter“ werden wegen der überwiegenden Nutzung durch die Stadtwerke im Verhältnis Stadtwerke 65 % zu Verbandswasserwerk: 35 % aufgeteilt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[20]

AKTIVA

	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	134.021,00	72.739,00
2. Geleistete Anzahlungen	1.550,00	0,00
	135.571,00	72.739,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	777.933,83	785.878,83
2. Wassergewinnungs- und aufbereitungsanlagen	633.443,00	736.375,00
3. Verteilungsanlagen	18.783.169,57	17.217.619,43
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	688.900,00	392.467,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	436.410,22	118.441,85
	21.319.856,62	19.250.782,11
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	1.394.643,60	1.394.643,60
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	400.000,00	475.000,00
3. Sonstige Ausleihungen	22.604,58	32.804,58
	1.817.248,18	1.902.448,18
	23.272.675,80	21.225.969,29
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	273.077,79	231.317,66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.712.375,36	1.547.899,78
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	669.098,18	198.067,34
3. Forderungen gegen die Städte	869.183,00	480.465,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	234.034,08	252.542,03
	3.484.690,62	2.478.974,15
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.411.183,92	3.061.193,93
	7.168.952,33	5.771.485,74
	30.441.628,13	26.997.455,03

[20] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

	€	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL			
I. Kommanditkapital		5.150.000,00	5.150.000,00
II. Kapitalrücklage		4.240.672,25	4.240.672,25
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		6.983.000,00	5.779.002,89
		16.373.672,25	15.169.675,14
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen		344.175,00	424.632,00
2. Steuerrückstellungen		78.721,00	229.207,00
3. Sonstige Rückstellungen		576.968,00	485.309,00
		999.864,00	1.139.148,00
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.370.372,14	5.985.026,66
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	682.682,98		
(im Vorjahr:	577.154,52)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		865.758,19	659.529,99
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	865.758,19		
(im Vorjahr:	659.529,99)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		0,00	166.597,70
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	0,00		
(im Vorjahr:	166.597,70)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		584.642,04	702.412,00
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	584.642,04		
(im Vorjahr:	702.412,00)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber den Städten		75.647,24	5.363,74
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	75.647,24		
(im Vorjahr:	5.363,74)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten		2.983.972,27	2.978.401,80
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	2.983.972,27		
(im Vorjahr:	2.978.401,80)		
- davon aus Steuern:			
von weniger als einem Jahr:	285.762,10		
(im Vorjahr:	304.523,89)		
		12.880.391,88	10.497.331,89
D. Passive latente Steuern		187.700,00	191.300,00
		30.441.628,13	26.997.455,03

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse		16.072.363,13	15.144.385,65
2. andere aktiviere Eigenleistungen		358.329,97	242.635,66
3. sonstige betriebliche Erträge		222.024,92	279.264,13
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-1.748.246,75	-1.854.081,70
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-1.278.700,24	-1.004.827,77
		3.026.946,99	2.858.909,47
5. Betrieblicher Rohertrag		13.625.771,03	12.807.375,97
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		-5.419.762,87	-5.214.111,18
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-1.458.612,65	-1.433.962,01
- davon für Altersversorgung	396.967,36	-6.878.375,52	-6.648.073,19
(im Vorjahr:	414.600,08)		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		-1.729.656,33	-1.682.747,72
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.842.015,29	-2.519.131,31
9. Betriebsergebnis		2.175.723,89	1.957.423,75
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		25.732,39	11.097,52
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen	16.433,00		
(im Vorjahr:	2.435,00)		
- davon aus verbundenen Unternehmen	7.837,50		
(im Vorjahr:	8.662,52)		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-221.473,95	-222.053,38
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	6.528,76		
(im Vorjahr:	9.302,40)		
12. Finanzergebnis		-195.741,56	-210.955,86
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-190.896,31	-167.465,00
- davon aus der Auflösung passiver latenter Steuern	3.600,00		
(im Vorjahr:	7.200,00)		
14. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss		1.789.086,02	1.579.002,89
15. Einstellung in die Gewinnrücklage		-1.203.997,11	-879.002,89
16. Bilanzgewinn		585.088,91	700.000,00

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	53,79	56,19	-2,40
Eigenkapitalrentabilität	10,93	10,41	+0,52
Anlagendeckungsgrad 2	107,68	102,31	+5,37
Verschuldungsgrad	84,77	76,70	+8,07
Umsatzrentabilität	13,54	12,92	+0,62

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über 92 Angestellte (Vorjahr 88). Die Geschäftsführung und die Arbeitnehmer des Verbandswasserwerkes sind auch für die Stadtwerke tätig, da diese nicht über eigenes Personal verfügt. Dem Verbandswasserwerk obliegt ebenso die kaufmännische als auch technische Betriebsführung der Stadtwerke.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Die Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG (nachfolgend auch Verbandswasserwerk genannt) versorgt die Einwohner der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein mit Trink- und Brauchwasser.

Das Verbandswasserwerk liefert ihren Kunden Trinkwasser, das durch eigene technische Anlagen in Monheim entnommen, aufbereitet und ins Rohrnetz eingespeist wird. Zusätzlich wird Trinkwasser von der Stadtwerke Solingen GmbH sowie von der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG bezogen.

Ende 2022 waren folgende technische Einrichtungen vorhanden: Sechs Brunnen zur Wassergewinnung sowie Trinkwasseraufbereitungsanlagen, 2.424 Meter Verbindungsleitung DN 400 mit Dosierstation zum Trinkwasserbezug von der Stadtwerke Solingen GmbH sowie 2.900 Meter Transportleitung DN 400 zum Anschluss an das Leverkusener Leitungssystem, ein Hochbehälter mit einem Speicherraum von 10.000 m³ sowie eine Druckerhöhungsanlage, 366 km Rohrnetz und 23.359 Hausanschlüsse zur Verteilung des Trinkwassers in Langenfeld und Monheim am Rhein.

Das Verbandswasserwerk führt die Betriebsführung der Stadtwerke durch. Das Personal, das für die Werke tätig ist, ist bei dem Verbandswasserwerk beschäftigt. Personal- und andere Aufwendungen, die den Werken direkt zugerechnet werden können, werden diesen unmittelbar belastet. Für die Verrechnung der gemeinsamen Aufwendungen gilt ein Verteilungsschlüssel. Der Verteilschlüssel wurde Ende 2022 überarbeitet und berücksichtigt die betrieblichen Tätigkeiten zeitgemäßer. Dieser wird aus dem Investitionsvolumen, der Anzahl von Buchungsvorgängen und der Anzahl der Kunden ermittelt. Hierbei sind die Zahlen des Vorjahres maßgeblich für das laufende Jahr. Hieraus ergab sich im Geschäftsjahr 2022 für das Verbandswasserwerk ein Aufteilungsschlüssel in Höhe von 49 % (Vorjahr: 57 %).

Die Beteiligungen des Verbandswasserwerks umfassen jeweils 44,9 % der Gesellschaftsanteile an der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG und an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH. Die Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG besitzt das Betriebs- und Verwaltungsgebäude in der Elisabeth-Selbert-Str. 2 und vermietet es u.a. an das Verbandswasserwerk und die Stadtwerke.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 64,4 % und die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit 35,6 % am Kommanditkapital beteiligt. Die Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH ist als Komplementärin nicht am Vermögen beteiligt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2022 um 1,9 % gewachsen trotz der Folgen des Krieges in der Ukraine. Wesentliche Impulse für das Wachstum sind die Konsumausgaben für den privaten und staatlichen Bereich mit 3,6 %. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % und betrug im Jahr 2022 durchschnittlich TEUR 46. Auf der Entstehungsseite des BIP war die wirtschaftliche Entwicklung 2022 nicht einheitlich. Das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete eine Stagnation (0 %). Die Land und Fortwirtschaft verzeichnete mit -4,5 % den stärksten Rückgang. Die übrigen Bereiche verzeichneten einen Zuwachs von 1 % bis 6,3 %. Die sonstigen Dienstleistungen mit 6,3 % verzeichnen den stärksten Anstieg, gefolgt Handel, Verkehr und Gewerbe mit 4 % und Kommunikationstechnik mit 3,6 %.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1 ,2022)

Der Verbraucherpreisindex ist gegenüber 2022 um 6,9 % auf 110,2 gestiegen.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre Genesis-online)

2.1.1. Wasserwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Gesamtwasserabgabe in 2022 beläuft sich in Deutschland auf 4.670 Mio. m³ und liegt unter der Gesamtwasserabgabe 2021 in Höhe von 4.675 Mio. m³.

Die Niederschlagsmenge fällt mit 699 mm in 2022 um 15,7 % niedriger aus als zum Vorjahr und liegt unter dem Niveau des langjährigen Mittels von 791 mm. Diese Niederschlagsmenge ist jedoch nicht ausreichend um die vorhandenen Wasservorkommen langfristig wiederherzustellen.

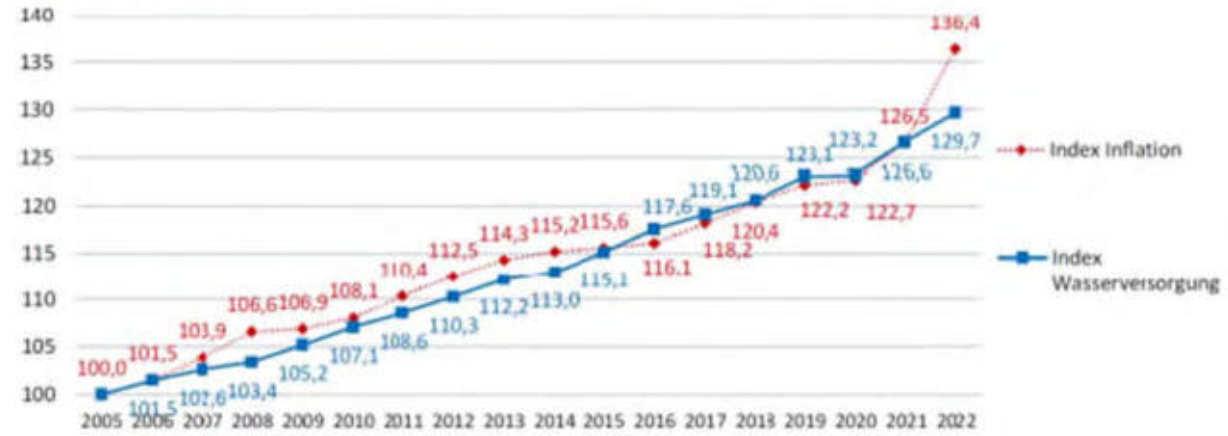
Der Temperaturmittelwert 2022 beläuft sich auf 10,5 Grad und fällt gegenüber 2021 nur um 1,3 Grad höher aus. Gegenüber dem langjährigen Mittel ergibt sich eine Abweichung von 1,2 Grad.

Der Wasserverbrauch 2022 pro Tag und Kopf pendelt sich voraussichtlich in Deutschland auf etwa 125 Liter ein und ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 2 Liter gesunken. Hierbei entfallen auf Duschen und Waschen 36 %, Toilettenspülung 27 % und Wäsche waschen 12 %. Lediglich 4 % entfallen auf Essen und Trinken. Der letzte amtliche Wert aus 2016 wies einen Wasserverbrauch von 123 Liter pro Kopf und Tag aus.

Der durchschnittliche Wasserpreis in Deutschland hat sich ebenfalls in 2022 erhöht um 3,1 % Punkte auf 129,7 %. Jedoch liegt die Preiserhöhung der Wasserpreise unter der Inflationsentwicklung.

Entwicklung der Preise und Gebühren für die Wasserversorgung und der Inflationsrate 2005 bis 2022 in Deutschland

Indices (2005 = 100)



Quelle: Destatis

Das Investitionsaufkommen zur Sicherung einer sicheren Wassergewinnung und Verteilung bewegt sich weiterhin auf hohen Niveau. In 2021 wurden EUR 3.385 Mio. investiert. Für 2022 rechnet man mit einem Investitionsvolumen in Höhe von EUR 3.450 Mio.
(Quelle: BDEW, Wasserwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, 2022)

2.2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Das Verbandswasserwerk weist für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 einen Jahresüberschuss vor Einstellung in die Gewinnrücklagen von TEUR 1.789 aus. Der Rohertrag ist insbesondere durch gestiegene Umsatzerlöse um TEUR 929, den gestiegenen aktivierten Eigenleistungen um TEUR 115 und den gestiegenen Materialaufwand um TEUR 168 um TEUR 819 auf TEUR 13.626 gestiegen. Der Anstieg des Umsatzes ergeben sich durch die Wasserpreiserhöhungen und der Personalverrechnung. Der Zuwachs bei den aktivierten Eigenleistungen ergibt sich durch das gestiegene Investitionsvolumen. Der gestiegene Materialaufwand wird im Wesentlichen durch gestiegene Instandhaltungsaufwand begründet. Trotz gestiegene sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 323) und die Zunahme des Personalaufwands (TEUR 230) bei gestiegenen Abschreibungen (TEUR 47), ist das Betriebsergebnis um TEUR 219 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Unter Berücksichtigung des um TEUR 15 verbesserten Finanzergebnisses und einem höheren Ertragssteueraufwand ist ein um TEUR 210 gestiegener Jahresüberschuss erzielt worden. Gegenüber der Planung 2022 liegt das Ergebnis nach Steuern mit TEUR 614 über den Erwartungen (Plan: TEUR 1.175). Wesentliche Abweichungen zum Plan ergeben sich bei den Umsätzen (TEUR +158), aktivierten Eigenleistungen (TEUR +158), sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR +196), Material (TEUR +245), Personal (TEUR -564), Abschreibungen (TEUR -76) und sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR +232).

Wasserdarbietung

Aus dem eigenen Wasserrecht von 5,0 Mio. m³ pro Jahr und der möglichen Jahresbezugsmenge von 1,4 Mio. m³ aus Solingen und 1,2 Mio. m³ aus Leverkusen stehen insgesamt 7,6 Mio. m³ Wasser zur Verfügung. Der Gesamtwasserbezug betrug im Berichtsjahr rd. 71,8 % der möglichen Höchstmenge (2021: 79,3 %).

Wasserverkauf

Die Wasserabgabe bzw. der Wasserverkauf hat sich gegenüber dem Vorjahr um 232 Tm³ im Haushaltsbereich und bei den Industriebetrieben erhöht.

Die Verkaufsmenge entfällt wie folgt auf die beiden Städte ohne Berücksichtigung von Löschwasser:

	2022		2021	
	Tm³	%	Tm³	%
Langenfeld	3.279	60,0	3.316	60,7
Monheim am Rhein	2.183	40,0	2.147	39,3
Summe	5.462	100	5.463	100

Die Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf, die um 3,8 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben, entfallen in folgender Höhe auf die Städte, ohne Berücksichtigung von Löschwasser:

	2022		2021	
	TEUR	%	TEUR	%
Langenfeld	7.087	60,5	6.892	61,1
Monheim am Rhein	4.628	39,5	4.392	38,9
Summe	11.715	100	11.284	100

Investitionsmaßnahmen

Die Investitionen in das Anlagevermögen im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von TEUR 3.946 entfallen hauptsächlich auf Verteilungsanlagen, insbesondere mit TEUR 2.678 (Vorjahr: TEUR 1.065) auf das Leitungsnetz und Hausanschlüsse sowie mit TEUR 416 (Vorjahr: TEUR 328) auf die Messeinrichtungen.

Maßnahmen im Personalbereich

Das gesamte Personal ist beim Verbandswasserwerk angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke tätig zu sein. Deshalb werden den Stadtwerken anteilige Personalkosten weiterberechnet. Die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für das Verbandswasserwerk und die Stadtwerke tätig sind, werden nach Stundennachweisen oder dem allgemeinen Kostenverteilungsschlüssel verteilt, der im Berichtsjahr für das Verbandswasserwerk 49 % (Vorjahr: 57 %) betrug.

Die Mitarbeiter, die ausschließlich für ein Werk beschäftig sind, werden vollständig dort hinzugerechnet. Bei den Löhnen erfolgt die Verteilung nach Stundenaufschreibungen. Im Durchschnitt des Jahres 2022 waren 92 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung und Auszubildende beschäftigt.

2.3. Lage des Unternehmens

2.3.1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage wurden die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse rechnerisch vom Anlagevermögen abgezogen, da die Baukostenzuschüsse (BKZ), welche der Gesellschaft ab dem 1. Januar 2003 zufließen, aktivisch von den Anlagenzugängen abgesetzt werden.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR
AKTIVA		
Anlagevermögen abzgl. BKZ	23.273	21.226
Umlaufvermögen	7.169	5.771
	30.442	**26.997**
PASSIVA		
Eigenkapital	16.374	15.170
Rückstellungen	1.000	1.139
Verbindlichkeiten	12.880	10.497
Passive latente Steuern	188	191
	30.442	**26.997**

Die Bilanzsumme hat gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.445 auf TEUR 30.442 zugenommen. Der Anstieg des Anlagevermögen um TEUR 2.047 entfällt im Wesentlichen auf Investitionen in Rohleitungen und Hausanschlüsse.

Die Erhöhung des Umlaufvermögens um TEUR 1.398 gegenüber dem Vorjahr ist auf die Zunahme der Forderungen / Vorräte und der Erhöhung der liquiden Mittel zu begründen.

Das Eigenkapital hat sich durch die Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 1.204 auf TEUR 16.374 erhöht und beträgt bezogen auf die bereinigte Bilanzsumme 53,8 % nach 56,2 % im Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Einstellung in die Gewinnrücklagen von TEUR 585 ist unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Die Abnahme der Rückstellungen um TEUR -139 auf TEUR 1.000 beruht vor allem durch die Inanspruchnahme von Pensionsrückstellungen und Gewerbesteuerrückstellungen.

Die um TEUR 2.383 auf TEUR 12.880 gestiegenen Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf dem Abschluss neuer Kredite in Höhe von TEUR 3.000.

Finanzlage

Der Finanzmittelfonds beinhaltet die flüssigen Mittel in Höhe von TEUR 3.411 (Vorjahr: TEUR 3.061). Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.183	3.894
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-3.848	-1.934
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	2.015	-1.485
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	350	475
Finanzmittelfonds am 1.1.	3.061	2.586
Finanzmittelfonds am 31.12.	**3.411**	**3.061**

Einen bedeutenden Einfluss hat das gestiegene Umlaufvermögen aus Forderungen und Vorräten auf den Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, der um TEUR -1.711 gesunken ist.

Der negative Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR -1.914 erhöht.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit von TEUR 2.015 enthält insbesondere die Tilgung von langfristigen Darlehen, die Neuaufnahme von Krediten und die Ausschüttungen an die Gesellschafter.

Die vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten Kreditlinien von Banken stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt ist.

Der Anlagendeckungsgrad als Verhältnis des langfristigen Fremdkapitals und des Eigenkapitals zum langfristig gebundenen Anlagevermögen beträgt 106,2 % (Vorjahr 100,4 %).

Ertragslage

Die Ertragslage setzt sich wie folgt zusammen:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Umsatzerlöse	16.073	15.144
Andere aktivierte Eigenleistungen	358	243
Sonstige betriebliche Erträge	222	279
Materialaufwand	-3.027	-2.859
Personalaufwand	-6.878	-6.648
Abschreibungen	-1.730	-1.683
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.842	-2.519
Finanzergebnis	-196	-211
Ertragsteuern	-191	-167
Jahresüberschuss vor Einstellung in Gewinnrücklagen	**1.789**	**1.579**

Die Umsatzerlöse teilen sich im Berichtsjahr wie folgt auf:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Erlöse aus Wasserverkauf	11.715	11.284
Auflösung Baukostenzuschüsse	0	18
Erlöse aus der Personalüberlassung	3.671	3.266
Nebengeschäftserlöse	687	576
	16.073	**15.144**

Die Zunahme der Umsatzerlöse um TEUR 929 resultiert aus den gestiegenen Wasserverkaufserlösen bedingt durch Wasserpreisanpassungen. Des Weiteren haben sich die Erlöse aus der Personalüberlassung an die Stadtwerke um TEUR 405 erhöht.

Der Materialaufwand ist gegenüber 2021 um TEUR 168 durch höhere Wartungskosten im Leitungsnetz gestiegen.

Die Personalkosten haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 230 erhöht durch den Personalaufbau und den tariflichen Lohnsteigerungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen weisen ein Anstieg um TEUR 323 auf, der sich durch die Erhöhung der Abschreibung der Restbuchwerte, die gestiegen Konzessionsabgabe und EDV Kosten begründet.

3. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

3.1. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Das Verbandswasserwerk hat ein Risikomanagementsystem installiert, um bestandsgefährdende und für die wirtschaftliche Lage wesentliche Risiken zu erkennen und effektiv zu steuern. Es kommt das softwarebasierte Risikomanagementsystem „Ready4Risk" zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken in der Versorgungswirtschaft zum Einsatz. Der zentrale Risikocontroller überwacht das Gesamtsystem und die dezentralen Risikobeauftragten übernehmen die Funktion von Ansprechpartnern in den einzelnen Abteilungen. Grundsätzlich wird als Risiko die Abweichung vom Wirtschaftsplan verstanden sowie solche Risiken, die einen negativen Einfluss auf die Versorgungssicherheit haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind auch derzeit nicht erkennbar.

Risiken und Chancen

Die Energiekrise zum Ende des Jahres 2022 hat zu weiteren Maßnahmen geführt, um die Wasserversorgung jeder Zeit sicherzustellen. Daher hatte das Verbandswasserwerk seit November 2022 ein Dieselnotstromaggregat zusätzlich angemietet.

Das erdgasbetriebene Notstromaggregat für die Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) wurde Anfang 2023 fertiggestellt. Zusätzlich hat das Verbandswasserwerk sich dazu entschlossen, dass bestehende Notstromaggregat auch mit Flüssiggas betreiben zu können. Dieser Umbau wird aber erst im Laufe von 2023 abgeschlossen sein.

Der Neubau des Wasserspeichers soll auf dem Gelände der TWA erfolgen. Hierzu werden die entsprechenden Planungen und Anträge vorbereitet.

Das Mahn- und Sperraufkommen 2022 hat sich gegenüber 2021 trotz der Pandemie und Energiekrise nicht verändert. Für 2023 rechnen wir mit einem Anstieg der Mahn und Sperraufkommen aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung.

3.2. Prognosebericht

Für das Jahr 2023 wird mit einem Umsatz von EUR 17,5 Mio. und einer Wasserabgabe von 5,5 Mio. m³ gerechnet.

Insbesondere die Preissteigerungen beim Bezug von Frischwasser und Energie werden durch die Wasserpreisanpassung zum 1.1.2023 aufgefangen und stabilisieren den betrieblichen Rohertrag.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.142 gerechnet.

Im Finanzplan 2023 sind für Investitionen Mittel von insgesamt rund EUR 3,0 Mio. vorgesehen, zu deren Finanzierung die Aufnahme von Fremdmitteln in Höhe von EUR 1,5 Mio. vorgesehen sind. Es werden hauptsächlich Investitionen in die Verteilungsanlagen, insbesondere in das Rohrnetz und in Hausanschlüsse, Notstromversorgung sowie in Wasseraufbereitungsanlagen vorgenommen.

4. Öffentliche Zwecksetzung bzw. -erreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass das Verbandswasserwerk den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden des Verbandswasserwerks wurde auch im Geschäftsjahr 2022 wieder die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Wasserversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören seit dem 09.12.2020 von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 18,18 %). Bis 09.12.2020 gehörten dem Aufsichtsgremium von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frau an (Frauenanteil 18,18 %). Damit wird der in § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Der Gleichstellungsplan nah § 5 LGG liegt für die Gesellschaft für das Jahr 2022 nicht vor.

3.4.2.5 Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis **Kommandisten**	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH 64,4% Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH 35,6%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand Aufgaben im Bereich der Versorgung beinhaltet; insbesondere die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei der für die Versorgung der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein mit Trink- und Brauchwasser zuständigen Kommanditgesellschaft Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG.
Gründungsdatum	23.05.2006
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 23.05.2006
Stammkapital	25.000,00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 16.100,00 € Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH: 8.900,00 €
Geschäftsführung	Herr Stefan Figge Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtig mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft, mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter- **versammlung**	Daniel Zimmermann, Vorsitzender Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Frank Schneider, stellv. Vorsitzender Bürgermeister der Stadt Langenfeld Thomas Grieger, Kämmerer der Stadt Langenfeld Martin Frömmer, Geschäftsführer der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin (ohne Kapitaleinlage) der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG mit Sitz in Langenfeld. Gesellschafter sind die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 16.100,00 Euro (64,4%) und die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 8.900,00 Euro. Die Stammeinlage beträgt insgesamt 25.000,00 Euro.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[21]

AKTIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.035,00	1.575,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	47,04	3.874,19
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	28.166,12	25.253,21
	29.248,16	30.702,40

PASSIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	2.243,40	3.147,35
III. Jahresfehlbetrag	-945,24	-903,95
	26.298,16	27.243,40
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	2.712,00	2.671,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	238,00	313,00
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: laufendes Jahr: 0,00 € Vorjahr: 0,00 €)		
2. sonstige Verbindlichkeiten	0,00	475,00
(davon aus Steuern: laufendes Jahr: 0,00 € Vorjahr: 475,00 €)		
	29.248,16	30.702,40

[21] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse	3.100,00	2.500,00
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	540,00	45,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.505,24	3.358,95
4. Ergebnis nach Steuern	-945,24	-903,95
5. Jahresfehlbetrag	-945,24	-903,95

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,66	87,10	+2,56
Eigenkapitalrentabilität	-3,59	-3,32	-0,27
Anlagendeckungsgrad 2	2.802,91	1.899,33	+903,58
Verschuldungsgrad	11,22	12,70	-1,48
Umsatzrentabilität	-30,49	-36,16	+5,67

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Die Geschäftstätigkeit der Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH beschränkt sich auf die Beteiligung an der Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG (ohne Kapitalanteil) als persönlich haftende Gesellschafterin und die Geschäftsführungstätigkeit.

2. Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 haben sich die Umsatzerlöse um € 600,00 zum Vorjahr auf € 3.100,00 erhöht, während die laufenden Geschäftsaufwendungen um € 641,29 auf € 4.045,24 zugenommen haben, so ein Jahresfehlbetrag von € -945,24 erzielt wurde, nach einem Jahresfehlbetrag von € -903,95 im Vorjahr.

Die Guthaben bei Kreditinstituten, die aus dem Geschäftskonto bestehen, erhöhten sich um € 2.912,91 auf € 28.166,12. Die vorhandenen liquiden Mittel stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann.

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresfehlbetrag von € 27.243,40 auf € 26.298,16 verringert.

3. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind derzeit nicht erkennbar.

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist durch die positive Entwicklung der Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG gesichert.

Für das Jahr 2023 wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.

3.4.2.6 Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis Kommandisten	Stadtentwicklungsgesellschaft mbH: 5,1 % Stadtwerke Langenfeld GmbH: 50 % Verbandswasserwerke Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG: 44,9 %
Gegenstand	Erwerb, die Bebauung, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, insbesondere der Erwerb und die Bebauung sowie Vermietung und Verwaltung eines Grundstückes in Langenfeld.
Gründungsdatum	11.08.2000
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 22.12.2005
Kommanditkapital	796.000.00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 40.596 € Stadtwerke Langenfeld GmbH: 398.000 € Verbandswasserwerke Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG: 357.404 €
Geschäftsführung	Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH, vertreten durch deren Geschäftsführer: Herr Stefan Figge (ab 26.01.2021)
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (EversheimStuible)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist die Gewerbepark West Verwaltungs GmbH, das gezeichnete Kapital beträgt 25 T€. Die Komplementärin ist am Kapital der Gesellschaft nicht beteiligt. Kommanditisten sind die Stadtwerke Langenfeld GmbH, mit Kommanditeinlage in Höhe von 398.000,00 Euro (50%), das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH, mit Kommanditeinlage In Höhe von 357.404,00 T€ (44,9%) und die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 40.596,00 T€. Die Kommanditeinlage beträgt insgesamt 796.00,00 T€.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[22]

AKTIVSEITE

		31.12.2022	31.12.2021
	€	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.400,00	3.840,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Bauten	3.977.476,69		4.098.647,69
2. technische Anlagen und Maschinen	22.215,00		24.250,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.653,00	4.003.344,69	4.859,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
fertige Erzeugnisse und Waren		0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.741,70		4.638,10
2. Forderungen gegen Gesellschafter	75,00		37.406,78
3. sonstige Vermögensgegenstände	14.215,23	20.031,93	6.153,55
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
Guthaben bei Kreditinsituten		26.169,92	33.645,15
		4.051.946,54	4.213.440,27

[22] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVSEITE

		€	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL				
I. Kapitalanteile Kommandisten		796.000,00		796.000,00
II. Gewinnrücklagen		426.034,06		426.034,06
III. Ergebnisvortrag		114.471,82		-50.285,61
IV. Jahresüberschuss		184.936,83	1.521.442,71	164.757,43
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen		12.844,00		4.940,00
2. Sonstige Rückstellungen		6.750,00	19.594,00	7.085,00
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.054.949,86		2.265.981,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		16.732,80		55.356,22
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		419.804,93		524.182,65
4. sonstige Verbindlichkeiten		14.634,24	2.506.121,83	13.593,52
davon aus Steuern	14.634,24			
(im Vorjahr	13.593,52)			
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
passiver Rechnungsabgrenzungsposten			4.788,00	5.796,00
			4.051.946,54	4.213.440,27

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse		524.868,94	510.741,81
2. sonstige betriebliche Erträge		20.178,40	2.238,60
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00		11.362,52
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	116.416,59		92.859,34
		116.416,59	
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		135.852,00	134.449,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		15.149,14	13.812,88
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen			
laufendes Jahr 0,00			
im Vorjahr 0,00			
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		63.892,78	69.902,14
davon an verbundene Unternehmen			
laufendes Jahr 7.837,50			
im Vorjahr 8.662,52			
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		28.800,00	25.837,10
9. Ergebnis nach Steuern		**184.936,83**	**164.757,43**
10. sonstige Steuern		0,00	0,00
11. Jahresüberschuss		**184.936,83**	**164.757,43**

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	37,54	31,74	+5,80
Eigenkapitalrentabilität	12,16	12,34	-0,18
Anlagendeckungsgrad 2	89,83	87,49	+2,34
Verschuldungsgrad	166,07	214,73	-48,66
Umsatzrentabilität	35,24	32,29	+2,95

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Bebauung, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, insbesondere der Erwerb und die Bebauung sowie Vermietung und Verwaltung eines Grundstückes in Langenfeld.

Die Gesellschaft ist Eigentümerin eines Gewerbeobjektes mit Büro- und Lagerhallenflächen im Gewerbegebiet Fuhrkamp-Ost im nördlichen Langenfeld. Die Stadtwerke, die außerdem Mieter der Lagerhalle sind, nutzen etwa drei Viertel der Flächen zusammen mit der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG (Verbandswasserwerk) als Unternehmensstandort.

Gesellschafter sind die Stadtwerke und das Verbandswasserwerk zu insgesamt 94,9 % sowie die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH zu 5,1 %.

2. Geschäftsverlauf

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2022 um 1,9 % gewachsen trotz der Folgen des Krieges in der Ukraine. Wesentliche Impulse für das Wachstum sind die Konsumausgaben für den privaten und staatlichen Bereich mit 3,6 %. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % und betrug im Jahr 2022 durchschnittlich 46.179 €. Auf der Entstehungsseite des BIP war die wirtschaftliche Entwicklung 2022 nicht einheitlich. Das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete eine Stagnation (0 %). Die Land- und Fortwirtschaft verzeichnete mit -4,5 % den stärksten Rückgang. Die übrigen Bereiche verzeichneten einen Zuwachs von 1 % bis 6,3 %. Die sonstigen Dienstleistungen mit 6,3 % verzeichnen den stärksten Anstieg, gefolgt von Handel, Verkehr und Gewerbe mit 4 % und Kommunikatintechnik mit 3,6 %.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1 ,2022)

Der Verbraucherpreisindex ist gegenüber 2021 um 6,9 % auf 110,2 gestiegen. Die Preissteigerung hat zu einer Anpassung der Mieten in Januar 2023 geführt.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre Genesis-online)

Das Bürogebäude war im Jahr 2022 voll vermietet.

3. Lage des Unternehmens

Die Entwicklung wichtiger Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

		2018	2019	2020	2021	2022
Eigenkapital	T€	877	1.052	1.171	1.337	1.522
Eigenkapitalquote	%	18,5	22,1	27,0	31,7	37,6
Bilanzsumme	T€	4.735	4.769	4.334	4.213	4.052
Jahresergebnis	T€	5	174	120	165	185

Im Geschäftsjahr 2022 ist ein Jahresüberschuss von T€ 185 nach einem Jahresüberschuss von T€ 165 im Vorjahr erwirtschaftet worden.

Das Sachanlagevermögen entfällt im Wesentlich auf die Gewerbeimmobilie. Der Buchwert des Sachanlagevermögens ist um T€ 126 gesunken. Die Abnahme resultiert aus den Abschreibungen in Höhe von T€ 136 sowie den im Jahr 2022 vorgenommenen Investitionen in Höhe von T€ 10.

Die Schulden betreffen mit T€ 2.055 (Vorjahr: T€ 2.266) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch planmäßige Tilgungen bedingt. Die liquiden Mittel sind von T€ 34 auf T€ 26 gesunken. Die Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2022 jederzeit in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

4. Chancen und Risiken

Die Finanzierung der Gewerbeimmobilie ist zu einem hohen Anteil durch langfristige Darlehen von Kreditinstituten sowie Gesellschafterdarlehen gedeckt, für elementare Schäden am Gebäude bestehen Versicherungen.

Das Vermietungsrisiko besteht lediglich für den nicht von den Stadtwerken genutzten Teil der Immobilie, der rund ein Viertel der gesamten Bürofläche ausmacht.

Im Jahr 2022 war die gesamte Bürofläche vermietet. Mit Beginn des Jahres 2023 erfolgt eine Mietanpassung dieser Flächen.

Die vorstehenden Ausführungen der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gelten aufgrund der engen Verflechtungen für die persönlich haftende Gesellschafterin analog.

3.4.2.7 Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld GmbH 5,1% Stadtwerke Langenfeld GmbH 50,0 % Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG 44,9 %
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Immobilien, die wirtschaftlich als eigene Objektgesellschaften geführt werden und insbesondere die Beteiligungen und Übernahme der Geschäftsführung an Handelsgesellschaften, die einen entsprechenden Geschäftszweck haben.
Gründungsdatum	08.12.2005
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 22.12.2005
Stammkapital	25.000,00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld GmbH: 1.275,00 € Stadtwerke Langenfeld GmbH 12.500,00 € Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG 11.225,00 €
Geschäftsführung	Herr Stefan Figge
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist der Geschäftsführer der Stadtwerke Langenfeld GmbH Herr Dipl.-Oec. Stefan Figge seit dem 26.01.2021 (Herr Dipl.-Ing. Udo Jürkenbeck bis 28.02.2021). Gesellschafter sind die Stadtwerke Langenfeld GmbH, mit einer Stammeinlage in Höhe von 12.500,00 Euro (50%), das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH, mit einer Stammeinlage In Höhe von 11.225,00 Euro (44,9%) und die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 1.275,00 Euro. Die Stammeinlage beträgt insgesamt 25.000,00 Euro.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[23]

AKTIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.035,00	1.575,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	5.875,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	5,98	772,46
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.172,62	19.255,74
	26.213,60	27.478,20

PASSIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Verlustvortrag / Gewinnvortrag	-372,08	32,07
III. Jahresfehlbetrag	-828,32	-404,15
	23.799,60	24.627,92
B. RÜCKSTELLUNGEN		
sonstige Rückstellungen	2.101,00	2.065,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	313,00	238,00
2. sonstige Verbindlichkeiten	0,00	547,28
(davon aus Steuern: 31.12.2022 0,00 € 31.12.2021 -547,28 €)		
	26.213,60	27.478,20

[23] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2022 €	2021 €
1.	Umsatzerlöse	2.500,00	2.500,00
2.	sonstige betriebliche Erträge	28,53	64,00
3.	Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	540,00	45,00
4.	sonstige betriebliche Aufwendungen	2.816,35	2.923,15
5.	**Ergebnis nach Steuern**	**-827,82**	**-404,15**
6.	sonstige Steuern	0,50	0,00
7.	**Jahresfehlbetrag**	**-828,32**	**-404,15**

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	92,31	92,59	-0,28
Eigenkapitalrentabilität	-3,48	-1,64	-1,84
Anlagendeckungsgrad 2	2.600,00	1.250,00	+1.350,00
Verschuldungsgrad	10,14	11,57	-1,43
Umsatzrentabilität	-33,13	-16,17	-16,96

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.

Geschäftsentwicklung

Die Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH, Langenfeld, wurde am 22. Dezember 2005 gegründet. Gesellschaftszweck ist die Beteiligung an Immobiliengesellschaften und deren Geschäftsführung.

Im Jahr 2022 beschränkte sich ihre Geschäftstätigkeit auf die Beteiligung an der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld, als persönlich haftende Gesellschafterin ohne Kapitalanteil.

Die hieraus erzielte Vergütung von € 2.500,00 führte, nach Abzug der Aufwendungen, zu einem Jahresfehlbetrag von € -828,32. Der Verlustvortrag aus dem Vorjahr beträgt € -404,15.

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist durch die positive Entwicklung der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gesichert.

Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung sind insoweit derzeit nicht erkennbar.

3.4.2.8 Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH

Basisdaten

Anschrift	Solinger Straße 41, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 100 %
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der öffentlichen Straßenbeleuchtung einschließlich der Errichtung und Vermarktung multifunktionaler Straßenbeleuchtungs-masten für Zwecke des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur in Langenfeld. Weiterhin obliegt der Gesellschaft die Aufgabe, die Stadt Langenfeld bei Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben mit Informa-tionstechnik zu unter-stützen um eine moderne, ordnungsgemäße und effiziente Verwaltung zu gewährleisten. Dabei ist die digitale Strategie der Stadt Langenfeld zu berücksichtigen.
Gründungsdatum	28.11.2019
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 28.11.2019
Stammkapital	25.000,00 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 25.000,00 €
Geschäftsführung	Herr Bernhard Kempen Frau Sabine Janclas
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Gesellschafterversamm-lung	Herr Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Lan-genfeld Frau Sabine Janclas (Geschäftsführerin) Jürgen Brüne, Ratsherr Dominic Müller, Ratsherr André Sersch, Ratsherr Ingo Wenzel, Ratsherr Torsten Fuhrmann, Ratsherr Macus Rexfort, Ratsherr

	Jennifer Haacken, Sachkundige Bürgerin Dietmar Sonntag, Sachkundiger Bürger Dirk Niemeyer, Ratsherr Sascha Vilz, Ratsherr Frank Noack, Ratsherr
Anzahl der Mitarbeiter	5 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Sven Rücker Thilo Marenbach (beide Ecovis Audit AG)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist der Geschäftsführer Herr Bernhard Kempen seit dem 05.08.2020 und die Geschäftsführerin Frau Sabine Janclas (Herr Thomas Grieger und Herr Ulrich Beul bis 05.08.2020). Gesellschafter ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 € (100%).

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH (DIL) hat zum Beginn des Jahres 2020 die Straßenbeleuchtung von der Innogy SE erworben. Da die DIL der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (SEG) gehört (100%ige Tochtergesellschaft), hat die Stadt Langenfeld in 2019 bilanziell eine Einlage in die SEG in Höhe von TEUR 3.500 geleistet.

Es bestehen umfangreichere finanzielle Verflechtungen zwischen der DIL und der Stadt Langenfeld, da die DIL insbesondere den Betrieb und die Bewirtschaftung aber auch die Modernisierung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Langenfeld vornimmt. Aufwendungen entfallen hier im Wesentlichen auf Aufwendungen für Dienstleistungen (296.150,32 €), Erweiterung Straßenbeleuchtung (116.780,46 €) und Kosten der Straßenbeleuchtung (449.739,25 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[24]

AKTIVA

	€	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.932,00	3.799,00
II. Sachanlagen			
1. technische Anlagen und Maschinen	1.875.446,00		2.004.729,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.813,00		19.134,00
		1.891.259,00	
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	109.776,27		121.120,14
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7.609,23		7.995,41
		117.385,50	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstiuten		461.268,34	878.988,64
C. Rechnungsabgrenzung		20.706,67	16.666,62
		2.493.551,51	3.052.432,81

[24] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

PASSIVA

	€	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00
II. Kapitalrücklage	3.500.000,00		3.500.000,00
III. Bilanzergebnis	-1.138.723,05		-752.449,14
		2.386.276,95	
B. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen		27.200,00	55.800,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		66.990,25	216.479,08
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter		8.023,72	719,44
3. Sonstige Verbindlichkeiten		5.060,59	6.883,43
(davon aus Steuern: 31.12.2022 4.026,03 € 31.12.2021 4.015,84 €) (davon aus sozialer Sicherheit: 31.12.2022 577,52 € m 31.12.2022 911,87 €) (davon mit einer Restlaufzeit bis 1 Jahr:: 31.12.2022 5.060,59 € m 31.12.2022 6.883,43 €)			
		2.493.551,51	3.052.432,81

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

			2022 €	2021 €
1. Umsatzerlöse			716.351,24	755.566,72
2. sonstige betriebliche Erträge			74.154,98	128.854,20
3. Materialaufwand				
a) bezogene Leistungen			450.497,00	624.099,67
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter:		283.298,18 €		253.544,14
b) soziale Abgaben:		52.360,39 €	335.658,57	41.453,76
(davon Altersversorgung:	0,00 €;	0,00 €)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen			276.881,30	272.789,28
6. sonstige betriebliche Aufwendungen			112.607,65	76.655,59
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1.135,61	2.606,92
8. Ergebnis nach Steuern			-386.273,91	-386.728,44
9. Jahresfehlbetrag			**-386.273,91**	**-386.728,44**
10. Ergebnisvortrag			-752.449,14	-365.720,70
11. Bilanzergebnis			**-1.138.723,05**	**-752.449,14**

Kennzahlen

	2022	2021	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	95,67	99,86	-4,19
Eigenkapitalrentabilität	-16,17	-13,96	-11,04
Anlagendeckungsgrad 2	127,40	139,57	-12,17
Verschuldungsgrad	3,35	10,10	-6,75
Umsatzrentabilität	-53,91	-51,19	-2,72

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt im Geschäftsjahr 2022 über 5 Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

DIL wurde gegründet, um die Digitalisierung in der Stadt Langenfeld zu beschleunigen. Um der technologischen Entwicklung Rechnung zu tragen, sind hierzu ihre Aufgaben und entsprechend ihr Gesellschaftszweck stets auf Aktualität zu überprüfen. Zu ihrer Gründung wurde der Gesellschaftszweck wie folgt festgelegt:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der öffentlichen Straßenbeleuchtung einschließlich der Errichtung und Vermarktung multifunktionaler Straßenbeleuchtungsmasten für Zwecke des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur in Langenfeld.

Weiterhin obliegt der Gesellschaft die Aufgabe, die Stadt Langenfeld bei Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben mit Informationstechnik zu unterstützen, um eine moderne, ordnungsgemäße und effiziente Verwaltung zu gewährleisten. Dabei ist die digitale Strategie der Stadt Langenfeld zu berücksichtigen. Mit der 3. Gesellschafterversammlung am 10.12.2020 wurden die Aufgaben des Unternehmens weiter spezifiziert *(Kursiv):*

Straßenbeleuchtung. *DIL verantwortet, verwaltet, modernisiert und gestaltet die Straßenbeleuchtung Langenfelds. Darüber hinaus kann DIL zukünftig die Außenbeleuchtung einzelner Teile des Stadtkonzerns wie Feuerwehr, Schulen, Sportplätze, etc., die nicht ins Straßenbeleuchtungsnetz integriert sind, koordinieren.*

DIL stellt hierzu im Auftrag der Stadt Langenfeld den kontinuierlichen Betrieb der Straßenbeleuchtung sicher und trägt die Verantwortung für die Verkehrssicherheit des elektrotechnischen Apparates in der gesamten Stadt Langenfeld. Die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung wird kontrolliert und überwacht. Mängel und Schäden werden beständig ausgebessert, dabei wurde das Mängelmanagement durch den verantwortlichen Mitarbeiter modernisiert. Das gesamte Management wird vom alten, zur Ausphasung anstehenden Rundsteuersignal auf ein effizientes, digitales Kontrollsystem mit energiesparenden und wartungsintervall-reduzierenden Effekten umgestellt. Entsprechend der Straßenplanung sowie zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit werden neue Lichtpunkte im Straßenraum installiert. Die gesamte Straßenbeleuchtungsanlage soll in einem wenige Jahre umfassenden Prozess vollständig modernisiert werden. Dabei werden nicht nur veraltete Leuchtensysteme durch moderne LED-Technologie ersetzt, sondern durch Einsatz von entsprechenden Schnittstellen smarte Leuchtensysteme verbaut, die sich in das digitale Kontroll-und Steuerungssystem integrieren lassen. Die Beleuchtungssituationen werden erfasst, die Leuchten individuell eingemessen und per digitalem Lichtmanagement auf die Anforderung der jeweiligen Position eingestellt. Diese Modernisierung sowie die Gewährleistung der Anlagenverfügbarkeit und der Anlagensicherheit stellt einen komplexen Planungs-, Umsetzungs-, Bau- und Kontrollprozess dar. Dieser wird durch DIL verantwortet und sichergestellt.

Geplant war neben den notwendigen Maßnahmen zum Betrieb vor allem der Beginn des umfangreichen Modernisierungsprojektes zur Straßenbeleuchtung Langenfelds. Aufgrund der langen Reaktionszeit vom Projektträger wurde eine Zusage erst nach 12 Monaten im Dezember 2022 erteilt, so dass mit der Ausschreibung im Januar 2023 gestartet werden konnte. Hierzu waren in 2022 Erlöse in Höhe von 845.000,00 EUR **geplant**. Bei tatsächlichen Erlösen in Höhe von 574.930,06 EUR ergibt sich eine Differenz von 270.069,94 EUR.

Stadtschlüssel. *DIL betreibt, verwaltet, gestaltet und vermarktet künftig den Stadtschlüssel für Langenfeld und potenziell für andere Kommunen.*

Der Stadtschlüssel wurde als Prototyp durch die Stadtwerke Langenfeld geschaffen. Er wird von den Langenfelder Bürgern gerne genutzt und stellt ein sehr öffentlichkeitswirksames Stadtmarketinginstrument dar. Er ist in der Fachwelt deutschlandweit bekannt. Die Stadt Langenfeld beauftragte DIL, den Stadtschlüssel von den Stadtwerken zu übernehmen. Nach ressourcenhungrigen Übergabeprozessen mit den überaus zahlreichen Vertragspartnern, konzipiert DIL den neuen Stadtschlüssel in seiner Basis als vollständig kundenzentriertes System. Das Herstellen von Rechtssicherheit, Vertragssicherheit, Datensicherheit, Wartbarkeit, Code-Sicherheit, Herstellerunabhängigkeit und Servicequalität neben einem funktionalen Gesamtsystem für einen kommunalen Betrieb stellt eine große Herausforderung dar. Das System soll durch seine Integration als Erweiterung der Urbanen Datenplattform konzipiert werden und eine modulare Architektur aufweisen. So können beständig neue Dienstleistungen und Features in das Stadtschlüsselsystem eingefügt und den Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Geplant war die Erweiterung der Funktionalität des Stadtschlüssels. Hierzu liegt eine umfangreiche Anforderungsliste vor, die auch mit dem bisherigen Dienstleister hinsichtlich des Aufwandes abgeschätzt wurde. Leider ergab sich bei der Prüfung des bestehenden Vertragsverhältnisses, dass der aktuelle Rahmenvertrag hierfür nicht mehr das notwendige Budget berücksichtigen kann und es daher zu einer Neuausschreibung kommen muss. Hierzu wurde anwaltliche Hilfe von der Kanzlei Wolter Hoppenberg eingeholt. Im Laufe des Jahres 2022 wurden die rechtlichen Aspekte abgewogen. Aufgrund von Alleinstellungsmerkmalen hätte die Beauftragung an [ui], ohne Ausschreibung erfolgen können.

Die Stadt Langenfeld wollte eine entsprechende Vorlage in den Rat der Stadt Langenfeld einbringen und mit dem Förderantrag ZIZ gegenfinanzieren. Nach einigen Überlegungen ist die Stadt aber davon abgewichen und die geplanten Erweiterungen wurden nicht beauftragt. Als Konsequenz auch nicht der Stadt Langenfeld in Rechnung gestellt. Hierzu waren für das Jahr 2022 Erlöse in Höhe von 208.000,00 EUR **geplant**. Bei tatsächlichen Erlösen in Höhe von 67.436,22 EUR ergibt sich eine Differenz von -140.563,78 EUR.

Datenplattform. *DIL betreibt und verantwortet die offene, urbane Datenplattform der Stadt Langenfeld und bietet immer weiter neue Services für Bürger, Unternehmen und Stadtverwaltung, die über das Cockpit Urban Pulse zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere die kontinuierliche Beratung zu neuen Technologien wie Sensoriken und digitalen Einsatzmöglichkeiten ist dabei Kernaufgabe von DIL. DIL muss die Datensicherheit, Aktualität und Rechtskonformität der Urbanen Plattform garantieren.*

Die Datenplattform stellt das digitale Herz der Stadt Langenfeld dar. Sie ist nach offenen Standards konzipiert und wird von DIL für die beständige Erweiterung von z.B. Sensoriken oder Dienstleistungen unterhalten. Dabei ist insbesondere die Gewährleistung der Datensicherheit von größter Bedeutung. Zudem ist es notwendig, dass DIL die technologische Koordination leistet, sodass Prozesse, Systeme und Geräte, die in Langenfeld mittelfristig angeschafft und etabliert werden, kompatibel zur Datenplattform sind.

Die Verlängerung der Datenplattform um ein Jahr wurde vereinbarungsgemäß beauftragt. Damit konnte DIL den Betrieb der notwendigen Grundinfrastruktur für den Stadtschlüssel und weiteren Digitalisierungsprojekten sicherstellen. Geplante Erweiterungen, besonders im Bereich der Visualisierung konnten aus dem gleichen Grund wie beim Stadtschlüssel selbst nicht beauftragt werden. Hierzu waren geplant in Erlöse in Höhe von 338.000,00 EUR. Bei tatsächlichen Erlösen in Höhe von 57.776,33 EUR ergibt sich eine Differenz von -280.223,67 EUR.

Fördermanagement. *DIL sichtet, berät und koordiniert mögliche Förderprojekte im Bereich IT, Digitalisierung und Smart City von z. B. Bund und Land, um der Stadt Langenfeld finanzielle Unterstützung zur Durchführung geplanter Maßnahmen zu beschaffen. DIL geht hierbei als Einwerber für Konsortialpartner, Projektleiter und Koordinator vor.*

DIL soll ein Fördermanagement für die Themenfelder im Gesellschaftszweck des Unternehmens aufbauen. Damit soll DIL für die Stadt Langenfeld nicht nur Mitnahmeeffekte von Subventionen erzeugen, sondern engagiert sich im digitalen und innovativen Umfeld beim Gründen von Konsortien, Schmieden von Allianzen und Erringen von Forschungs- oder Förderprojekten. Die Stadt Langenfeld ist auf dem Weg in die Digitalisierung und in die smarte Stadt bereits unterwegs. DIL baut diese Richtung aus und sorgt mit der Vernetzung für Austausch, Lerneffekte mit unseren Partnern und für das Einwerben von Drittmitteln, die dem Stadtkonzern finanziell und / oder personell sowie ressourcentechnisch zugutekommen.

Leerstandsmanagement

Die Kosten, die für das Projekt Leerstandsmanagement entstehen, sowie Personalkosten werden zu 100% durch BMWK erstattet. Bei den Mitteln handelt es sich, anders als ursprünglich vermutet nicht um Umsatzerlöse, sondern nach Korrektur um sonstige betriebliche Erträge. Dies wurde in der vorliegenden BWA entsprechend gewürdigt. Die Planzahlen stellten das Maximum erreichbarer Mittel dar, die je nach anfallenden Kosten 1:1 erstattet werden.

Durch das Anfallen weniger als geplanter Kosten, mussten auch nur entsprechend weniger Erlöse verbucht werden. Darüber hinaus werden der Stadt Langenfeld im Rahmen des Förderprojektes temporär Frequenzmesser zur Verfügung gestellt. Die zu erwartenden Einnahmen als Förderung zu den Personalkosten wurden mit 54.883,22 EUR als Forderung für den geplanten Mittelabruf eingebucht (geplant 36.000 EUR).

Digitale Infrastruktur. *DIL berät, koordiniert und organisiert die digitale Infrastruktur Langenfelds, testet Prototypen und lotet neue Geschäftsmodelle im Bereich kommunaler Digitalisierung und Smart Cities aus, unter anderem, um Mitfinanzierungsmöglichkeiten zu heben. Zudem berät und koordiniert DIL künftig IT-Konzepte innerhalb des Stadtkonzerns für z. B. Schulen, Badeeinrichtungen, Feuerwehr, etc. DIL berät, empfiehlt und testet smarte Technologien und digitale Prototypen und stellt agil Lösungen zur Verfügung.*

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die digitale Infrastruktur einer Stadt nicht unmoderiert wächst, sondern zielgerichtet koordiniert wird. DIL soll eine Koordination aufbauen, um Sackgassen im IT-Bereich zu vermeiden und Synergien zu ermöglichen. Dabei berät DIL den Stadtkonzern, sorgt für Integration in die Datenplattform und realisiert mit Prototypen, Kreativität und Agilität ein schnelles Testen digitaler Möglichkeiten.

Im Jahr 2022 wurde DIL zwar nicht mit der Entwicklung der digitalen SMART-City Strategie der Stadt Langenfeld beauftragt; konnte sich aber bei der Bearbeitung konstruktiv einbringen und den Prozess positiv begleiten. Hierdurch entfielen aber Einnahmen, die im Wirtschaftsplan 2022 in Höhe von 13.000,00 EUR prognostiziert waren.

Personalkosten

Aufgrund der erst im Juli 2022 besetzten Stelle für das Fördermanagement und dadurch, dass sich die Gehälter nicht so hoch entwickelt haben wie vermutet, fielen die Personalkosten (ohne Boni) um ca. 80.000 EUR niedriger aus als geplant.

Sonstige Betriebliche Aufwendungen

Aufgrund günstiger verhandelter Miete, aufgrund nicht verfügbarer Handwerksunternehmen wurden statt der geplanten 47.100 EUR Kosten nur 25.867,67 EUR Raumkosten verursacht. Die Verwaltungsaufwendungen sind mit 49.848,80 im geplanten Budget von 50.000 EUR.